

Presseschau

Aktuelles aus unserem Land



Die Landtagsfraktion

CDU

vom 17.10.2016



Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

Top-Themen

Kein Witz, NRW geht's wirklich I so schlecht!	1
Laschet fordert Politik, die Arbeitsplätze schafft	3
Emotional wie selten, sicher wie früher	4
Flüchtlings-Kanzlerin will mehr abschieben	5
Einander nahe wie lange nicht mehr	7
Merkel fordert in Paderborn Druck bei Abschiebungen	8
"Flüchtlingskanzlerin" a.D.	9
Jubel für die Bundeskanzlerin	10
DLT16	12
Demos gegen Merkel und AfD	13
Der Riss ist noch zu spüren	13
Die Kanzlerin 4.0	14
Die Junge Union steht zur Kanzlerin Von Werner Herpell	15
Junge Union setzt auf Angriff	16
DLT16	17
Junge Union kämpft für neues Rentensystem	18

CDU-Landtagsfraktion / CDU NRW

"Zitterpartie will ich nicht sagen"	19
-------------------------------------	----

Landtag

Protest	21
Silvester-Ausschuss schickt Brandbrief an Staatskanzlei	22
Aufklärung zur Silvesternacht stockt	22
Elf Polizisten klagen gegen Bevorzugung von Frauen	23

Wirtschaft / Industrie / Energie

Jetzt beginnt der Ausverkauf von Kaisers Tengelmann	24
Wettbewerb kennt eben nicht nur Gewinner	25
Studie: Ceta-Zusatzerklärung bedeutungslos	26
Thyssen-Krupp soll weiblicher werden	27
Kaiser's-Retter Gabriel?	28
NRW fordert Deckelung der EEG-Umlage	29

Arbeit/Gesundheit/Soziales

Nahles schlägt Pflöcke in der Rentenpolitik ein	30
---	----

Haushalt / Finanzen

Zweifel an der Schuldenbremse	32
-------------------------------	----

Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

16 zu null	34
Verfall des Föderalismus	35
Das Versagen der Länder	36
Geld und Macht	37
Zentralisierung	38
Geben und nehmen	39
Der Bund zahlt, die Länder geben aus	40
Trotz neuer Rechtssicherheit bleiben Zweifel	41
NRW erhält 1,4 Milliarden Euro mehr	42
Ein großes Stück vom Kuchen	43
NRW gewinnt 1,4 Milliarden Euro	44
16 gegen einen	45
NRW gewinnt bei neuem Finanzpakt	46
Der Bund sitzt auf dem Geld	47
Schäuble zahlt und bekommt mehr Kontrolle	48
Bundesregierung kapituliert vor Niedrigzinsen	50
Schule / Hochschule / Kultur / Medien	
Keinesfalls Geschichte	51
NRW-Schülervereine fordern endlich Einigung zum Turbo-Abitur	52
Das Ende der Kreidezeit	53
Innere Sicherheit / Justiz	
Hat sich Al-Bakr in Deutschland radikalisiert?	54
Ohne jeden Schutz im Netz	55
Einfache Antwort	56
Vergewaltigte Seniorin: 19-Jähriger gefasst	57
Viele offene Fragen im Fall des Terrorverdächtigen al-Bakr	58
In NRW-Gefängnissen ändert sich nichts	59
Merkel und de Maiziere fordern Aufklärung	59
Kauder droht Facebook und fordert Maas zum Regulieren auf	60
NRW schickt Berater in Einbruchsviertel	60
Gruselclown schockt am Weseler Bahnhof	61
Familie / Frauen / Integration	
NRW baut Notunterkünfte ab	62
Abschied von Notunterkünften	63
Liebe Muslime, lerne Deutsch!	64
Asyl-Chaos verhindert Schätzung der "Papierlosen"	65
NRW baut mit hohem Tempo Flüchtlingsunterkünfte ab	66

Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

Verkehr / Bauen

Länder überlassen dem Bund die Fernstraßen	67
Kaum jemand kauft ein E-Auto	68
"15-Minuten-Takt beim RRX frühestens ab 2030"	69
Drei Tote nach Geisterfahrt: Polizei vermutet Absicht	70
Die Helfer kämpften vergeblich	71
Weniger Hürden für den Bau des Eigenheims	72
Güterzüge im Schlafzimmer	73
Horror-Autobahn und Lebensader	74

Umwelt /Landwirtschaft / Verbraucher

Haben wir zu viele Zoos in NRW?	76
Ersatzmittel mit Nebenwirkungen	78
Bindender Verzicht	79
Regierung bremst beim Verbraucherschutz	80
"Lücken im Rechtsschutz"	81
Der deutsche Wald braucht dringend eine Verjüngungskur	82
Schmidt: "Der Wald ist essentiell für den Klimaschutz"	83

Kommunales / Sport

Sehnsucht nach Medaillen	84
NRW-Stützpunkten droht Zusammenlegung	85
Olympia-Stützpunkte: Heftiger Streit in NRW	86
Olympiazentren attackieren den Sportbund	87
Gezerre um Olympiastützpunkte Geheimes Papier benennt Mängel	88
NRW-Städtetag will Geld aus Finanzpakt	89
DORTMUNDS schlimmer Norden	90
Ab in die TONNE	92
Städte lassen Fördergelder in Milliardenhöhe liegen	93
Der schwierige Start von Kölns Stadtchefin Henriette Reker	94
Im Schatten der Gewalt: Rekers erstes Jahr	95

Bundespoleitik

Machtkampf der CSU-Alphatiere	96
Keine falsche Bewegung	98
Showdown der Schwesterparteien	99
Gönnen können	100
Noch eine Ehrenrunde in Berlin	101
Merkels Doppelpass mit dem "Libero"	102
Der letzte Libero der CSU	103

Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

Die Kröpf-Kontroverse	104
Sozial demolierte Partei	105
Rot-Rot-Grün rückt näher	107
Sonstiges	
Peinliche Panne beim Wahlprogramm der Grünen	108

Bild vom 17.10.2016 , S. 12

**ZDF-„Heute Show“ rechnet
mit Landesregierung ab**

**Kein Witz, NRW
geht's wirklich
so schlecht!**

viele
fte ah





Düsseldorf – „wäre NRW ein Pferd, man würde es erschießen.“

Rumms. Das hat gegessen. Diesen und viiiiiiele andere Sprüche machte „Heute Show“-Moderator Oliver Welke am Freitagabend in der ZDF-Satire-Sendung über unser Bundesland (Welke: „schlimmer als Sachsen“). Fast ein Drittel der Sendung nahm die Abrechnung mit „Nordrhein-Katastrophen“ ein.

Und das Schlimme ist: Die Satire-Show hatte mit praktisch allen Zahlen und Beispielen recht!

► So sagte Welke in der Sendung: „Nordrhein-Westfalen hatte im letzten Jahr ein Wirtschaftswachstum von 0,0 Prozent – für alle, die in NRW zur Schule gehen: Das ist nicht viel!“ STIMMT. Laut Statistik belegte NRW mit 0,0 Prozent letztes Jahr den letzten Platz aller Bundesländer. Immerhin: Inzwischen ist NRW die Nummer 8.

► Weiter behauptete

te die „Heute Show“: NRW hat die meisten Staus in Deutschland: STIMMT. Laut ADAC gab es 2015 rund 568 000 Stauereignisse auf deutschen Autobahnen mit einer Länge von 112 600 Kilometern. 32 Prozent aller Staumeldungen wurden in NRW gezählt.

► In der Sendung sagte Welke, in NRW gebe es die meisten Insolvenzen. STIMMT. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es 2015 genau 23 123 Insolvenzen. Spitzenreiter auch hier mit 7347 NRW.

Schuld hat für die „Heute Show“ vor allem Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD), das Land sei „scheiße regiert“. Dass Kraft vor wenigen Wochen dennoch mit 98,5 Prozent zur SPD-Landeschefin wieder gewählt wurde, kommentierte Welke mit: „Das gibt es nicht einmal in Nordkorea.“

Im Hintergrund wurde dazu die Ministerpräsidentin mit dem Spruch „Freude durch Kraft“ in Frakturschrift gezeigt. „Kraft durch Freude“ war die Ferien-Organisation der Nazis.

Übrigens: 2013 war Kraft noch Gast in der Show. Sie sagte damals danach, sie habe sich „wohl gefühlt“. Wie sie sich nach der jüngsten Show gefühlt hat, wollte BILD gerne wissen. Aber es gab von der Staatskanzlei keinen Kommentar.

engel, past, ar



Fotos: ZDF

Neue Westfälische vom 15.10.2016, S. 6

Laschet fordert Politik, die Arbeitsplätze schafft

Altersvorsorge: Nordrhein-Westfalens CDU-Chef kündigt Initiative für junge Familien an

Von Florian Pfitzner

■ **Paderborn.** Nordrhein-Westfalens CDU-Vorsitzender Armin Laschet hat beim „Deutschlandtag“ der Jungen Union (JU) in Paderborn einen Ausblick auf die Landtagswahl in sieben Monaten gegeben. Wie JU-Chef Paul Ziemak griff er die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf an, die aus seiner Sicht

wirtschaftlich zu weit durchreguliere und den Betrieben damit zu viel aufhalse. Laschet verlangte, „bürokratische Bremsen zu lösen und den Vorwärtsgang einzulegen“.

Der Oppositionsführer in NRW erneuerte seine Kritik, wonach das bevölkerungsreichste Bundesland „bei fast jedem Ländervergleich Schlusslicht“ sei. „Wir wollen

wie Bayern und Baden-Württemberg in der Spitzengruppe mitspielen“, sagte er am Abend im Paderborner Schützenhof.

Mit Blick auf den neuen Länderfinanzausgleich teilt Laschet die Meinung von NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Er nannte den Beschluss „eine gute Lösung“. Es sei jedoch

„wichtig, die Gründe dafür anzugehen, weshalb NRW im alten Länderfinanzausgleich Nehmerland geworden ist“. Laschet forderte „eine Politik, die unsere Wirtschafts- und Steuerkraft stärkt und neue Arbeitsplätze schafft“.

Für den CDU-Parteitag im Dezember kündigte Laschet Wohnneigentum „die beste Wohneigentumsförderung für

junge Familien an. Dazu solle ein Baukindergeld eingeführt werden. „Eigentum schafft Heimat, Eigentum schafft Freiheit und Sicherheit“, erklärte der Chef der NRW-CDU. Angesprochen auf die von der JU geforderte Rentenreform sagte Laschet, dass Wohnneigentum „die beste Form der Altersvorsorge“ sei.

„Merkel muss ein klares Signal senden“

Kurz Gefragt: Kevin Gniosdorff, Vorsitzender der Jungen Union im Kreis Paderborn, im Interview

Herr Gniosdorff, was bedeutet der JU-Deutschlandtag für den Kreisverband Paderborn?

KEVIN GNIOSDORFF: Das ist eine Riesensache. Ende 2014 kam NRW als Standort ins Gespräch. Da habe ich gesagt: „Wir müssen uns da bewerben“. Im März 2015 kam der Zuschlag für uns. Darüber freuen wir uns riesig. Hier sind im Übrigen gut 60 Helfer von uns im Einsatz. Manche haben dafür Urlaub genommen – toll!

Welche Signale sollten vom Deutschlandtag ausgehen?

GNIOSDORFF: Ich wünsche mir einen klaren Kurs. Eine große Koalition in Berlin bedeutet viele Kompromisse, darunter auch faule. Ich wünsche mir heute eine Richtungsvorgabe der Parteivorsitzenden Angela Merkel. Es muss aus Paderborn ein klares Signal kommen, wofür die CDU steht. Dann hätten wir auch nicht so viele Probleme mit der AfD.

Der JU-Kreisverband Pader-

born ist mit Abstand der größte in OWL. Sind sie weiter auf Wachstumskurs?

GNIOSDORFF: Ich habe als Kreisvorsitzender vor vier Jahren mit 997 Mitgliedern begonnen, jetzt sind wir gut 1.030. Für mich ist es nicht das Ziel, die 1.000 zu halten, sondern auf 1.100 zuzugehen. Um bei plus minus null zu landen, brauchen wir 100 bis 120 Neumitglieder pro Jahr.

Die Fragen stellte Matthias Bungeroth



JU-Kreisvorsitzender: Kevin Gniosdorff. FOTO: MARI KOPPELMANN

Weizenbier und Kölsch extra geordert

Service: Rund 80 Mitarbeiter des Paderborner Schützenhofes kümmern sich um die Gäste

Von Viktoria Bartsch

■ **Paderborn.** Die Politiker auf dem Deutschlandtag scheinen es bodenständig zu mögen: Auf dem Speiseplan am Freitag standen Hähnchenbrust in heller Portweinsauce mit Gemüse und Kräuterreis, für Samstag ist Rindergulasch mit Nudeln eingeplant. Sonderwünsche von Politikern gab es nicht, so Haus- und Veranstaltungsleiterin Edith Hustadt.

„Um 1.000 Personen innerhalb einer Stunde zu versorgen, muss man immer schauen, dass man den Geschmack der meisten Gäste trifft“, erklärt Hustadt. Ob Bundeskanzlerin Angela Merkel im Schützenhof essen wird, ist fraglich.

Als Bier wird Paderborner Gold gereicht – frisch gezapft. „Keine Frage, wir sind hier in

Paderborn, also gibt es auch Paderborner Bier“, sagt Hustadt. Vorab wurde der Bestand an Weizenbier erhöht. „Für die bayerischen Gäste.“ Außerdem wurde auch eine Ladung Kölsch extra geordert.

Zum ersten Mal sei Hustadt für eine so hochkarätige Veranstaltung zuständig. Etwas aufgeregt sei sie bereits. Rund 80 Mitarbeiter sind an den drei Tagen im Einsatz, verteilt auf die Bereiche Service, Küche, Reinigung, Hausmeisterei und Büro, um Politiker und Gäste zu versorgen.

Wenn Sonntagmittag der Deutschlandtag gegen 13 Uhr endet, ist für Hustadt und ihr Team jedoch noch lange nicht Schluss. „Bis der Schützenhof wieder so aussieht wie vorher und alles an seinem ursprünglichen Platz ist, wird es wohl Dienstag sein“, sagt Hustadt.

Westfalenblatt vom 17.10.2016, S. 3

Emotional wie selten, sicher wie früher

Angela Merkel überzeugt beim Deutschlandtag der Jungen Union in Paderborn

Von Andreas Schnadwinkel

Paderborn (WB). Ein kurzes Winken und ein knappes »Tschüss«, als Angela Merkel den Schützenhof verlässt. Mehr Menscheln muss nicht sein, und mehr verlangt auch niemand von ihr.

Man merkt: Die Kanzlerin ist wieder gefestigt, ganz bei sich und guter Dinge. Den Deutschlandtag der Jungen Union (JU) in Paderborn meistert sie am Samstag lo-

cker, weil sie überzeugt und die Seele der Basis streichelt. Und Merkel wäre nicht Merkel, wenn ihre Aussagen nicht im Ungefähren blieben.

Auch bei den Politprofis kommen die Worte der Kanzlerin gut an. »Das war die beste emotionale Rede, die ich bislang von ihr gehört habe«, sagt der Paderborner CDU-Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann. Dem kann der heimische CDU-Landtagsabgeordnete Daniel Sieveke nur zustimmen: »Angela Merkel erlebt man oft als rein kopfgesteuert. In Paderborn hat sie auch das Bauch-

gefühl angesprochen, ohne anhebend zu sein.«

Ehrlich herzlich klingt der Applaus und hell scheinen die Smartphone-Displays, als die CDU-Vorsitzende den Saal flotten Schrittes betritt. Die moderne, in technischem Blau gehaltene Atmosphäre – der JU-Deutschlandtag soll sich um Industrie 4.0 drehen, kreist aber letztlich um das Megathema Flüchtlingskrise – gefällt der Physikerin. »Das sieht nach Zukunft aus.«

Wer die Regierungschefin im März beim Nordhessentag in Volkmarsen gesehen hat, erkennt den Unterschied deutlich. Haltung und Körpersprache sind ganz anders. Merkel wirkt nicht angeschlagen und unsicher wie vor sieben Monaten, sondern gefestigt. »Das war ein herausforderndes Jahr«, sagt sie. »Denken Sie nicht, dass es einfacher wird.« Das wird es sicher nicht, wenn man nach Griechenland blickt. Auf den Inseln stauen sich die Flüchtlinge, weil die Rückführung in die Türkei nicht klappt. Daher zieht die Regierung in Athen in Erwägung, Flüchtlinge aufs Festland zu holen. Und das könnte einen neuen Sog nach Griechenland auslösen – mit all den Folgen, die bekannt sind und von denen die Kanzlerin nur zu gut weiß. Das ist Flüchtlingspolitik nach außen. Nach in-

nen setzt Merkel auf Integration derer, die nach Asylrecht eine Bleibeperspektive haben. An dieser Stelle ist der Beifall einigermaßen freundlich. Mehr Applaus gibt es beim Thema Abschiebung von illegalen Flüchtlingen. Gerade nach Köln – sie meint die sexuellen Übergriffe von Nordafrikanern

gen rot-grün dominierten Bundesländer sich aus ideologischen Gründen mehr oder weniger verweigern? In der CDU-Spitze fordern manche, die Abschiebungen zur Bundessache zu machen. Das spricht Merkel nicht an, stellt aber immerhin die rhetorische Frage: »Glauben Sie, wir hätten ein einziges sicheres Herkunftsland, wenn die Union nicht wäre?«

Ausführlich berichtet sie von ihrer Afrikareise. »Junge Leute in Afrika haben ein Smartphone, aber keine Chance auf Entwicklung. Wenn sich das nicht ändert, hat nicht nur Deutschland ein Problem. Dann hat die Welt ein Problem.« Klingt einleuchtend.

Da spricht eine Kanzlerin, die wieder Boden unter den Füßen hat – Boden im Sinne von sinkenden Flüchtlingszahlen. Bislang sind es 220 000 in diesem Jahr, am Ende weniger als 300 000. Kein Vergleich zu 2015, aber immer noch über der von der CSU geforderten Obergrenze von 200 000. Diesen Begriff benutzen in Paderborn nur die Bayern.

»Der »Tatort« ist die einzige Sendung, über die man morgens noch mit jemandem sprechen kann.«

Bundeskanzlerin Angela Merkel

in der Silvesternacht – müssten illegale Einwanderer »wann immer möglich unser Land verlassen«. Was soll das heißen. »wann immer möglich?« Typisch Angela Merkel, hier bleibt sie im Ungefähren. Doch sie spricht auch Klartext: »Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung, um die Personen zurückzuführen, die keinen Anspruch auf Asyl in Deutschland haben.« Derzeit arbeitet das Bundesinnenministerium an einem Gesetzentwurf »zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht«. Damit sollen Abschiebungen erleichtert werden. Doch, was tun, wenn die dafür zuständi-



Paderborns Bürgermeister Michael Dreier, Angela Merkel, JU-Chef Paul Ziemiak und Bundestagsabgeordneter Carsten Linnemann.

Video und mehr Fotos im Internet www.westfalen-blatt.de

Stimmen



Sebastian Kurz (30), österreichischer Außenminister, sprach gestern per Videobotschaft zu den Delegierten. Der ÖVP-Politiker war als Hauptredner für den Sonntagmorgen vorgesehen, sagte aber vor zwei Wochen den Besuch ab. Zuvor hatte schon EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker für den Termin gepasst. Kurz vertritt in der Flüchtlingspolitik eine konsequente Haltung für Grenzkontrollen und Obergrenzen. Kurz und JU-Vorsitzender Paul Ziemiak sind befreundet.



Daniel Sieveke (39, CDU), NRW-Landtagsabgeordneter aus Paderborn, plädiert dafür, eine Größenordnung zu nennen, die nicht als Obergrenze verstanden werden müsse. »Ich denke, dass die Menschen klare Zahlen wollen. Wir müssen sagen, was geht und was nicht geht. Schließlich sollen die Bürger Integration mitleisten«, erklärte Sieveke. Zu den Demonstrationen sagte er: »Wer gegen Rechts demonstriert, demonstriert auch gegen uns, der meint auch die CDU.«



Armin Laschet (55), CDU-Landesvorsitzender NRW, geht davon aus, dass sich SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft erneut mit Stimmen der Linkspartei zur Regierungschefin wählen lassen würde. »Die NRW-Wahl im Mai ist ein Test für Rot-Rot-Grün nach der Bundestagswahl im September«, sagte Laschet. Die CDU lehne eine Koalition mit der AfD ab und erwarte umgekehrt von der SPD, kein Bündnis mit der Linkspartei einzugehen – weder in NRW noch auf Bundesebene.

Express vom 17.10.2016, S. 2

Flüchtlings-Kanzlerin will mehr abschieben

Angela Merkel kommt Kritikern entgegen: Neue Töne in der Asylpolitik

Paderborn - „Simply the Best“ dröhnt aus den Boxen, als Angela Merkel die Halle verlässt und der Unions-Nachwuchs jubelt: Beim Deutschlandtag der Jungen Union hat die Kanzlerin „geliefert“, so JU-Chef Paul Ziemiak. Soll heißen: Merkel ist ihren Kritikern entgegengekommen. Und will nun Flüchtlinge abschieben.

Von der „Entfremdung“ zwischen den Volksparteien und ihren Wählern spricht Merkel bei der Parteijugend und von der „Politikverdrossenheit“. Und kommt jetzt ihren immer zahlreicheren Kritikern entgegen: „Wir brauchen eine nationale Kraftan-

strengung zur Abschiebung von Flüchtlingen ohne Bleiberecht“, so die Kanzlerin: „Das haben wir in der Vergangenheit nicht konsequent gemacht.“

Abschiebung - das ist eine Vokabel, die gut kommt auf diesem Deutschlandtag. Die CDU-Jugend hat sie da jubelnd hinter sich, nur beim CSU-Nachwuchs zielt man sich noch etwas: Es sei „in der aktuellen Problembewältigung noch deutlich Luft nach oben“, so muffelte Bayerns JU-Chef Hans Reichhart.

Denn nicht alles, was Merkel da ansprach, war solche Musik in den Ohren der Bayern: „Die Einstellung ‚Ein Muslim kommt bei mir nicht ins Land‘



Foto: dpa

Sucht Rezepte gegen die Politikverdrossenheit: Bundeskanzlerin Angela Merkel

ist mit den europäischen Werten nicht vereinbar“, schrieb die Kanzlerin den Wutbürgern ins Album, von der ewigen

CSU-Idee einer „Obergrenze“ für Flüchtlinge war bei Merkel nicht die Rede.

Vor der Halle grölten bei Merkmals Auftritt rund 250 AfD-Anhänger rechte Parolen, doch die übelsten Feinde der Kanzlerin sind immer noch die Parteifreunde aus München: Wie eine Antwort auf Merkmals Rede wirkte ein Auftritt von CSU-General Andreas Scheuer: Von einem „Einwanderungsbegrenzungsgesetz“ redet der, von „deutscher Leitkultur“ und Burkas als „Uniform der Islamisten“. Die Botschaft: Mit ihrer „Abschiebungs“-Rede hat sich die Kanzlerin bewegt. Aber bis Merkel auch in Bayern wieder „Simply the Best“ ist, muss noch viel passieren.



Wirklich lange hat Angela Merkel durchgehalten. Hat ihre humane Haltung in der Flüchtlingskrise verteidigt – gegen Wutbürger und Rassisten, gegen verzagte CDU-Granden und die heiß laufende CSU-Spitze. Und hat sich allen platten Parolen verweigert. Es war wie eine Polit-Studie in Echtzeit: Wie lange kann die Bundeskanzlerin sich gegen Stammtische und Bierzelte stemmen? Das Ergebnis: 14 Monate lang. Denn der Deutschlandtag der Jungen Union war nun ein Fest für all ihre Jäger – Merkel übte den Kotau und änderte ihren Ton. Sprach von Abschiebung und von einer „nationalen Kraftanstrengung“, um abgelehnte Flüchtlinge loszuwerden.

Es sind Reizworte und sie sollen wirken in München und in Dresden. Es geht dabei gar nicht um eine Wende in der realen Politik, es geht um Worte und um Stimmung. Vielleicht sah Merkel ja wirklich keinen Ausweg – angesichts der Wahlspleiten, der ewig drohenden Seehofer-Revolution und der AfD-Erfolge. Bleibt der Respekt vor einer Politikerin, die so lange und so ruhig Vernunft und Menschlichkeit gegen eine Hasswelle stellte. Und eine Träne angesichts des neuen Tonfalls.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016, S. 2

Einander nahe wie lange nicht mehr

Die Bundeskanzlerin bekommt von der Jungen Union viel Lob. Zwar schwelt auch beim Nachwuchs der Konflikt zwischen CDU und CSU. Doch die Wogen glätten sich.

Von Livia Gerster

PADERBORN, 16. Oktober

Wer vom Bundesvorsitzenden der Jungen Union (JU) Krawall erwartet hat, wurde enttäuscht. Den gab es vor einem Jahr. Dieses Jahr wurden auf dem Parteitag der Nachwuchsorganisation von CDU und CSU die Früchte geerntet. „Liebe Bundeskanzlerin, da haben Sie geliefert“ – so begrüßte der 31 Jahre alte Paul Ziemiak, der Bundesvorsitzende der Jungen Union, am Samstag Angela Merkel. Von der Kanzlerin geliefert wurden: weniger Flüchtlinge. Dafür bekam sie das Lob der nach eigenen Aussagen „geilsten Jugendorganisation der Welt“.

Eigentlich stand der „Deutschlandtag“ in Paderborn, wo laut Armin Laschet „das Herz der CDU schlägt“, unter dem Motto „Industrie 4.0“. Zwar sprach die Kanzlerin auch über Wirtschaft, vor allem davon, wie gut Deutschland dastehe mit 2,7 Millionen neuen Arbeitsplätzen in den vergangenen fünf Jahren und der schwarzen Null. Genau hin hörten die Delegierten allerdings vor allem beim Thema Flüchtlinge. Die Bundeskanzlerin beantwortete diese Fragen in Paderborn anders als im vergangenen Jahr. Besser, wie die meisten Zuhörer fanden. Merkel sagte etwa: „Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung zur Rückführung derer, die abgelehnt wurden.“ Oder: „Wer die Sprache nicht lernen will (...), da muss es auch Kürzungen der Leistungen geben.“ Zudem: „Nach den Ereignissen in Köln“ sei klar, „dass diejenigen, die straffällig werden, unser Land auch wieder verlassen müssen“.

Vielen Delegierten reichte das nicht.

Die Bayern-Fraktion blieb während des rosensenden Schlussapplauses für Merkel demonstrativ sitzen. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer, der nach der Kanzlerin sprach, traf die Stimmung vieler Delegierter. Die Burka „ist die Uniform der Islamisten“, sagte er. Und: „Wir sagen ja zum Kreuz im Klassenzimmer“. „Kinder gehören bei uns in die Schule und nicht vor den Traualtar.“ Und: „Im Übrigen bin ich auch gegen Multikulti, gegen Genderwahn und ...“ – der Rest ging in ohrenbetäubendem Jubel und „Andi“-Rufen unter. Sebastian Reischmann vom Landesverband Hessen riet Scheuer nach seiner Rede: „Gehen Sie um keinen Jota auf die Position der CDU zu! Bleiben Sie hart, holen Sie weiter die absolute Mehrheit, und wenn es sein muss, dann sprechen Sie eine noch deutlichere Sprache gegen die desolante Parteiführung der christdemokratischen Union.“ Die kritischen Zwischenrufe und das Gejohle der meisten Delegierten wurden vom Jubel der Bayern-Fraktion übertönt.

Doch sind in der Jungen Union die Kritiker Merksels nicht in der Mehrzahl. Sie sind nur lauter. Das bewies etwa der gescheiterte Antrag der Bayern-Fraktion, die Mitglieder zu einer Flüchtlingsobergrenze zu befragen. Von der spricht Ziemiak nämlich schon lange nicht mehr – ein Zugeständnis an Merkel. „Eine Obergrenze ist jetzt nicht mehr unser dringlichstes Problem, weil die Zahlen ja runtergehen“, sagte er dieser Zeitung. Viele Mitglieder der Jungen Union sind zunehmend genervt von der Sonderrolle der Bayern. „Der ständige Streit ist nicht gerade hilfreich bei der politischen Arbeit“, sagte Florian Braun, der den „Deutschlandtag“ in Paderborn als Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalens in diesem Jahr ausrichtete. Auch Tilman Kuban, Landesvorsitzender in Niedersachsen, kritisierte Scheuers Rede als undifferenziert. Christoph Klausning, Mitglied im Rat der Stadt Köln, rief Scheuer unter lauten Buhrufen aus der Bayern-Fraktion zu: „Sie machen Klientelpolitik für Bayern. Sie riskieren das gesamte Konzept der Union als Volkspartei!“ Und: „Wann fangen Sie endlich an, den Gegner rechts zu attackieren?“

So war die Junge Union auf dem dies-

jährigen Parteitag weniger einheitlich-rebellische Jugendpartei als vielmehr ein Abbild ihrer Mutterparteien. Der Streit zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU wurde vom Nachwuchs routiniert ausgetragen. Und doch waren sich Merkel und die CSU schon lange nicht mehr so nahe wie auf diesem Parteitag. Das sagte dann auch Stephan Klenner vom Landesverband Hessen: „Zwar unterscheiden sich Scheuer und Merkel in der Lautstärke, aber gar nicht so sehr im Inhalt. Und das finde ich sehr beruhigend.“

Auch die übrigen Redner schlugen deutliche Töne an. Der Landesvorsitzende der CDU in Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, sprach von No-go-Areas, immer mehr Salafisten und den massenhaften Übergriffen der Kölner Silvesternacht, die am Münchner Hauptbahnhof nicht geduldet worden wären. Der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium Jens Spahn forderte „mehr

Recht und Ordnung“, und CDU-Generalsekretär Peter Tauber äußerte: „Schwarz-Rot-Gold sind unsere schönsten Farben.“ Als der JU-Bundvorsitzende Ziemiak mit 258 von 303 Jastimmen im Amt bestätigt wurde, sang Helene Fischer: „Ich will immer wieder mit dir tanzen gehen.“ Spätestens, als der Landesverband Bayern am Samstagabend in Tracht zur Party erschien und von den anderen Landesverbänden mit „Zieht den Bayern die Lederhosen aus“ begrüßt wurde, löste sich aller Streit in Wohlgefallen auf.

Zwei Delegierte fielen auf unter den 160 Gästen in Paderborn, von denen die meisten junge Männer im Anzug sind: Die Deutsch-Irakerin Maha Taufik und ihre Schwester aus dem Münsterland tragen Kopftuch. Erst ist die 18 Jahre alte Maha im Frühling in die CDU eingetreten, dann die Schwester. Das Konservative an der CDU gefalle ihr, sagte sie. Dass es so viel um den Islam geht, überrasche sie schon ein wenig, aber die Positionen der Redner teile sie durchaus: „Natürlich bin ich gegen die Burka. Man weiß doch nicht, wer daruntersteckt.“ Und gegen die Flüchtlinge, die zu großen Teilen auch aus ihrer Heimat, dem Irak, kommen, habe sie zwar nichts, aber: „Die Probleme müssen dort gelöst werden, nicht hier.“ Die Rede der Kanzlerin fand sie deshalb sehr gut. Nur an die Bayern müsse sie sich gewöhnen.

Neue Westfälische vom 17.10.2016, S. 1

Merkel fordert in Paderborn Druck bei Abschiebungen

Bundeskanzlerin in OWL: Beim Deutschlandtag der Jungen Union wählt die Parteichefin ungewohnt deutliche Worte in der Flüchtlingsfrage



Star im Paderborner Schützenhof: Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach als Gast der Jungen Union.

FOTO: MARC KOPPELMANN

Von Matthias Bungeroth

■ **Paderborn.** Bei einem ihrer seltenen Besuche in Ostwestfalen-Lippe hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ungewohnt deutliche Worte in der Flüchtlingsfrage geäußert. Sie forderte auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Paderborn „eine nationale Kraftanstrengung zur Rückführung derer, die abgelehnt wurden“. Ein Hin- und Herschieben der Verantwortung zwischen Bund und Ländern bringe nichts, weil die Bürger Ergebnisse sehen wollten.

Gut ein Jahr nach ihrer Entscheidung, Tausenden Flüchtlingen aus Ungarn die Einreise nach Deutschland zu genehmigen, hat Merkel auch mit Kritik in den eigenen Reihen zu kämpfen. Bei mehreren Landtagswahlen musste die CDU Verluste hinnehmen, verlor etliche Wähler an die rechtspopulistische AfD.

In Paderborn sagte die Kanzlerin, für schnellere Abschiebungen müssten die Ausländerbehörden besser ausgestattet werden. Bund, Länder und Kommunen müssten stärker kooperieren. Bundesinnenminister Thomas de Maizière arbeitet an einem Gesetz, laut dem Ausländer, die ihre Abschiebung hintertreiben, über den Abschiebetermin nicht mehr vorab informiert werden.

Die Integrationsbeauftragte

der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), verlangt vom Bund, die freiwillige Ausreise abgelehnter Asylbewerber stärker zu fördern. Im ersten Halbjahr habe es 30.530 solche Rückkehrer gegenüber 16.432 Abschiebungen gegeben. Die Rückkehrprogramme müssten besser ausgestattet werden. Niedersachsens Innenministerium meldete, dass bis Anfang September 8.940 Flüchtlinge freiwillig ausgereist seien. 2015 seien es

im ganzen Jahr 5.809 gewesen.

Über eine Obergrenze für Flüchtlinge wollte Merkel in Paderborn nicht sprechen. Diese Forderung aus Reihen der Schwesterpartei CSU hatte einst auch die Junge Union gestellt, ist inzwischen aber davon abgerückt. Die Kanzlerin sagte der Parteijugend hierzu: „Die Einstellung ‚Ein Muslim kommt bei mir nicht ins Land‘ ist mit den europäischen Werten nicht zu vereinbaren.“

Der designierten UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat unterdessen vorgeschlagen, Flüchtlinge weltweit zu verteilen. „Wir brauchen ein groß angelegtes und effizientes Verteilungssystem. Nicht nur nach Europa, sondern auch nach Nordamerika, Lateinamerika, Australien“, sagte Guterres.

➤ *Kommentar, Zwischen Weser und Rhein*

AfD zieht an Grünen vorbei

◆ Die AfD hat die Grünen in einer Emnid-Umfrage in der Wählergunst überholt und ist damit bundesweit auf Platz drei hinter Union und SPD gelandet. Die Rechtspopulisten legten in dem von *Bild am Sonntag* veröffentlichten Sonntagtrend

um einen Punkt auf 13 Prozent zu.

◆ Die Grünen verschlechterten sich auf elf Prozent. Die Union erreichte erneut 32 Prozent, die SPD stieg auf 24 Prozent. Die FDP blieb bei sechs Prozent, die Linke sank auf neun Prozent.

Neue Westfälische vom 17.10.2016, S. 2

„Flüchtlingskanzlerin“ a.D.

Florian Pfitzner, Düsseldorf

Warum sie am Ende sitzengeblieben sind, als einzige Gruppe in der Halle, sich ihre Hände nur schwer zum Beifall rührten, hat kaum jemand verstanden. Zwei,



drei Mal ist Angela Merkel auf sie zugegangen: Sie hat die Leistungen ihres Bundeslandes gewürdigt, bei der Flüchtlingsbewegung, beim Länderfinanzausgleich, und trotzdem zeigte sich die Lunge Union Bayern fast schon gelangweilt vom Auftritt der CDU-Vorsitzenden im Paderborner Schützenhof.

„Fluchtursachen bekämpfen“, schön und gut, davon haben sie zuletzt viel gehört, während es die AfD in zehn Parlamente geschafft hat. Rechts von der Union dürfe es keine demokratisch legitimierte Partei geben, sagte einst CSU-Übervater Franz Josef Strauß. Inzwischen fragt man sich über Bayern hinaus, wann der Satz endlich wieder gilt.

In Paderborn setzte Merkel ein Zeichen der Versöhnung an ihre Parteijugend, die im Vorjahr wie CSU-Chef Horst Seehofer eine „Obergrenze für Flüchtlinge“ gefordert hatte. Inzwischen, da die Zahl der registrierten Flüchtlinge tief gesunken ist, rufen die Jungen nach einer härteren Gangart bei der Integration und bei der Abschiebung.

Im Gegensatz zu anderen Jugendorganisationen steht die Lunge Union rechts von ihrer Mutterpartei. Man hat das beim Auftritt des heimlichen Stars des „Deutschlandtags“ in Paderborn gemerkt: CSU-Generalsekretär Scheuer echaufferte sich mit schrillum Feld-

geschrei bis zur Heiserkeit. Er prangerte „Wirtschaftsmigranten“ an, die das deutsche Asylrecht aushöhlten, verlangte von Zuwanderern die Anerkennung der „deutschen Leitkultur“ und rief nach einem „Einwanderungsbegrenzungs-gesetz“.

Die ehemalige Bullenhalle des städtischen Schützenhofs kochte fast über vor bierseliger Begeisterung. Als die Schweißperlen getrocknet und die letzten Weizengläser ausgetrunken waren, kühlte man sich wieder ab.

Merkel ist vor dem Wahljahr 2017 schlau genug, das aufzunehmen und – zunächst nur rhetorisch – nach rechts zu schwenken. Also versprach sie Großes: eine „nationale Kraftanstrengung zur Rückführung derer, die abgelehnt wurden“. Kürzere Asylverfahren, schnellere Abschiebungen. Ihr Innenminister hat die dafür nötigen Vorgaben eingetütet; zuletzt jagte eine Asylrechtsverschärfung die nächste: von der Wohnsitzauflage über die Einschränkung des Familiennachzugs bis zur angekündigten Abschiebung nach langjährigem Aufenthalt. Da mag man sich fragen, was die rechtskonservative JU Bayern noch stört.

Im Wahlkampf hat die Regierungschefin genauso wenig mit einer „Flüchtlingskanzlerin“ gemeinsam wie das „Integrationsgesetz“ mit Integration. Merkel ist eine Flüchtlingskanzlerin a.D.

*florian.pfitzner@
ihr-kommentar.de*

Titelseite,

Zwischen Weser und Rhein

Neue Westfälische vom 17.10.2016, S. 5

Jubel für die Bundeskanzlerin

Deutschlandtag der Jungen Union: CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer heizt die Bierzeltatmosphäre im Paderborner Schützenhof an. CDU-Chefin Angela Merkel stuft feiner ab und sieht die junge Generation in der Verantwortung

Von Florian Pfitzner

■ **Paderborn.** Die Drehbühne ist in tief blaues Licht getaucht, rund herum flimmern Bildschirme mit Landeswappen, auf größeren Monitoren laufen ausgewählte Label-Tweets zum Schlagwort „DLT16“. „Toll arrangiert“, lobt Bundeskanzlerin Angela Merkel kurz nach ihrer Ankunft beim Deutschlandtag der Jungen Union (JU). „Sieht nach Zukunft aus.“

Für die CDU-Vorsitzende haben sie das rotierende Podium in der ehemaligen Bullenhalle des Paderborner Schützenhofs angehalten. Man hatte ihr ja schon einiges zugemutet in den Tagen vor der Veranstaltung. JU-Chef Paul Ziemiak ging forsch voran; er zeigte sich verärgert über die Große Koalition, über „schlechte und teure Kompromisse“ in der Wirtschafts- und Rentenpolitik.

Merkel bügelt die Kritik weitgehend ab. Sie bleibe an der Rentenfrage dran, klar. Insgesamt erwartet sie jedoch mehr von ihrer Jugendorganisation. Sie macht sich sogar ein wenig lustig. Als die Bundeskanzlerin von einem Besuch in der Aachener Uni erzählt und von der Frage eines Studenten nach seiner Rente. „Da musste ich aufpassen, dass ich nicht anfangen zu lachen.“

„Sie haben es doch in der Hand, wie viele Kinder Sie bekommen“, stellt Merkel fest, gut vorbereitet und gut angelegt an diesem Tag. „Sie können uns aus dem Dilemma des demografischen Wandels herausführen.“ Damit hat sie den Saal für sich gewonnen. In ernsterem Ton ermahnt sie Ziemiak später. Man möge sich doch bitte nicht nur mit der Rente aufhalten, „das ist ein bisschen traurig“.

Lieber lenkt Merkel die Aufmerksamkeit auf das große Ganze. Gerade war sie in Äthiopien, Niger und Mali, auf dem afrikanischen Kontinent leben insgesamt mehr als eine Milliarde Menschen. „Wenn Sie mal so alt sind wie ich“, sagt Merkel zu den 300 Delegierten der Jungen Union, also ungefähr im Jahr 2050, würden es 2,6 Milliarden sein. „Wenn alle diese jungen Menschen dann ein Smartphone haben, aber keine Entwicklungschance bei sich zu Hause, dann hat nicht nur Europa ein Problem, dann hat die Welt ein Problem.“

Merkel gibt der JU Hausaufgaben auf. Sie fragt, wie sie sich eine „effiziente, gute Entwicklungshilfe“ vorstellt. Sie wirbt für höhere private Investitionen in Afrika, den Ausbau von Verkehrs- und Energienetzen und eine bessere Berufsausbildung, um Fluchtursachen anzugehen.

Sie freut sich über eine Initiative von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zur deutschen G20-Präsidentschaft. Dazu gibt es höllichen Beifall der Vertreter der 18 JU-Landesverbände (Niedersachsen ist aus historischen Gründen dreigeteilt).

Die Schwesterparteien CDU und CSU hat in den vergangenen Monaten vieles getrennt. Nach Merkels Rede stehen sie im Saal fast geschlossen auf – bis auf die JU Bayern, die erst ihre Fahne schwenkt, als CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer auftritt. *Zu tief sitzen das „Vor und Zurück“* der Kanzlerin in der Flüchtlingspolitik: „Wir sind in einer angespannten Situation“, raunt der Vorsitzende Hans Reichhart.

In einer Sache ist man sich

jedoch einig: „Mit aller Macht“ sollten CDU und CSU ein rot-rot-grünes Bündnis bei der Bundestagswahl in knapp einem Jahr verhindern. So ruft es Scheuer in den Saal, „das muss uns zusammenschweißen“.

In einer „Zeit der Stimmungen“, wie Scheuer in Anlehnung an Merkels Modewort „postfaktisch“ konstatiert, würden politische Fakten oft überlagert. Er greift die Geschichtsvergessenen an: jene Handvoll Neonazis vor dem Schützenhof, die „Merkel in den Knast“ stecken wollen. Er empfiehlt eine „klare Kante“ gegen politische Extremisten, Islamisten, Terroristen.

Gleichzeitig liefert der CSU-Generalsekretär den Linken in der Innenstadt Argumente für ihren allgemeinen Protest gegen „Rechts“, als er mit grobschlächtigen Parolen die überschwappende Bierzeltatmosphäre anheizt: Es gehöre zu den Zielen seiner Partei, dass „nach großen Integrationsanstrengungen Deutschland Deutschland bleibt“. Es gelte, der „Vollkasko-Mentalität von Wirtschaftsmigranten“ ein Ende zu setzen. Seiner CSU schwebt ein „Einwanderungsbegrenzungs-gesetz“ vor.

Merkel stuft da feiner ab, verteidigt rechtsstaatliche Erregenschaften. In der Integration geht es ihr um „fördern und fordern“. Wer straffällig werde, wie bei den Silvester-übergriffen in Köln, müsse „unser Land, wann immer möglich wieder verlassen“. Diejenigen, die kein Bleibe-recht und alle juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft haben, „die müssen wir wieder zurückführen“.

Unter den 900.000 Men-

schen, die 2015 nach Deutschland gekommen sind, liegt die Anerkennungsquote bei rund 60 Prozent. Im Vorjahr hat die JU noch wie CSU-Chef Horst Seehofer eine „Obergrenze für Flüchtlinge“ gefordert. Angesichts der rückläufigen Zahlen gibt sich Ziemiak heute entspannt. „Frau Bundeskanzlerin, da haben Sie geliefert.“

Auf diejenigen, die hier bleiben dürfen, sollte man „neugierig sein“, rät Merkel, die eine klare Ansage dazu auf-schiebt, ob sie 2017 erneut als Kanzlerkandidatin der Union antreten will. Sie sieht gerade die junge Generation in der Verantwortung, bei Aufrecht-erhaltung eigener Prinzipien „Brücken zu bauen – in Europa, nach Afrika, zu den Muslimen“.

Stimmen zu Merkel aus OWL

◆ Lars Brakhage, OWL-Vorsitzender der JU: „Ich bin begeistert von der Euphorie im Saal.“

◆ Carsten Linnemann (MdB, Paderborn): „Dieser Tag hat gezeigt, dass man konstruktiv diskutieren und trotzdem die Kanzlerin unterstützen kann.“

◆ Daniel Sieveke (MdB, Paderborn): „Ich glaube, dass die Menschen in der Zuwanderungsdiskussion Zahlen hören wollen, was geht und was nicht geht. Sonst ist Integration nicht mehr leistbar.“

◆ Kevin Gniosdorff (Vorsitzender JU-Kreisverband Paderborn): „Die Rede von Merkel war super. Ich habe jetzt vier Deutschlandtage der Jungen Union mit gemacht. Aber der Auftritt in Paderborn war der Beste.“ (bth)



Fühlte sich in Paderborn sichtlich wohl: Kanzlerin Angela Merkel mit Paderborns Bürgermeister Michael Dreier (L.) und JU-Bundesvorsitzendem Paul Ziemak. FOTOS: KÖPPELMANN

Elmar Brok greift NRW-Politik an

■ **Paderborn** (bth). In Wahlkampfstimmung zeigte sich der Bielefelder Europaabgeordnete Elmar Brok (CDU) vor den Delegierten des Deutschlandtages der Jungen Union. Er warf der NRW-Landesregierung eine „zentralistische Politik“ vor. Der ländliche Raum dürfe in seiner Bautätigkeit nicht benachteiligt werden, forderte Brok mit Hinweis auf den neuen Landesentwicklungsplan. Zudem erklärte er, dass viele der zugewanderten Menschen, die an den Übergriffen am Hauptbahnhof von Köln 2015 beteiligt waren, hätten zuvor abgeschoben werden müssen. „Die Übergriffe hätten nicht stattfinden können, wenn man sich an die europäischen Regeln gehalten hätte.“ Brok fügte hinzu: „Wir haben weniger Flüchtlinge in Europa, weil Merkel und die EU die richtige Politik gemacht haben.“

Friedliche Demonstrationen

Bilanz: Rund 250 Menschen folgten laut Polizei dem Aufruf der AfD. Weitere 600 Bürger setzen sich für Vielfalt und Toleranz ein

Von Matthias Bungeoth

■ **Paderborn.** Anhänger der AfD haben zeitgleich zur Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beim Deutschlandtag der Jungen Union zu einer Kundgebung auf dem Rathausplatz in Paderborn aufgerufen. 250 Teilnehmer folgten dem Aufruf nach Angaben der Polizei. 800 Teilnehmer hatte die AfD im Vorfeld angekündigt. Vor dem Rednerpodium waren Transparente mit Aufschriften wie „Suche Orban, biete Merkel“ zu sehen.

Zeitgleich beteiligten sich rund 600 Menschen an Kundgebungen des „Bündnis gegen Rechts“ sowie des „Bündnis für Toleranz“, die sich wiederum gegen die Demonstration der AfD-Anhänger richteten. Es gab einen Marsch der Teilnehmer vom Paderborner

Hauptbahnhof bis in die Innenstadt. Einige versuchten, die AfD-Kundgebung vor dem Rathaus mit Musik, Pfiffen oder „Nazis raus“-Rufen zu stören.

Laut Polizei verliefen alle Kundgebungen friedlich. Im Vorfeld des Wochenendes hatte es noch Spekulationen darüber gegeben, ob sich rech-

te Gegner auch an den Veranstaltungsort des Deutschlandtages der Jungen Union begeben würden. Vor den Toren des Schützenhofes fanden sich Samstag wenig, offensichtlich aus der Neonaziszene stammende Demonstranten ein, die Transparente mit Aufschriften wie „Merkel in den Knast“ hochhielten.



Kundgebung auf dem Rathausplatz. Dem Aufruf der AfD folgten rund 250 Teilnehmer mit auffälligen Transparenten. FOTO: R. PETERS

Rätsel um den Paderborner Pfau

Präsent: JU-Vorsitzender Paul Ziemak überreicht Angela Merkel eine Figur, die Anklang findet

■ **Paderborn** (bth). Als Präsent für ihren Redeauftritt erhielt Kanzlerin Angela Merkel vom JU-Bundesvorsitzenden Paul Ziemak die Skulptur eines Pfau. Doch als Ziemak ihr die Bedeutung dieser Figur für die Paderborner Geschichte erläutern wollte, verhaspelte er sich. Die Kanzlerin nahm die kleine Panne mit Humor, empfahl den Delegierten, bei ihrer Arbeit die Geschichte nicht aus den Augen zu verlieren und sagte augenzwinkernd: „Ich sitze ja gleich 25 Kilometer im Auto. Da habe ich Zeit, mich über die Bedeutung des Paderborner Pfau zu informieren.“

Der Pfauensage zufolge flog ein Pfau im Jahr 836 den Reliquien des Heiligen Liborius voraus, als sie von Le Mans in

die Bischofsstadt an der Pader überführt wurden. Als der Klerus mit den Reliquien im Paderborner Dom eintraf, fiel er tot zu Boden. Ein Pfauwedel wird stets dem Liboriuschrein beim jährlichen Liborifest vorangetragen.



Freut sich über den Pfau: Angela Merkel. FOTO: KÖPPELMANN

Westfalenblatt vom 17.10.2016, S. 1



Schon fast im Wahlkampfmodus: Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gibt sich in Paderborn selbstbewusst. Foto: Oliver Schwabe

■ Von Andreas Schnadwinkel

Paderborn (WB). Angela Merkel geht einen weiteren Schritt auf die Kritiker ihrer Flüchtlingspolitik zu. Die Kanzlerin hat am Samstag beim Deutschlandtag der Jungen Union in Paderborn eine konsequentere Abschiebung von Flüchtlingen, die kein Asylrecht haben, gefordert und dies als »nationale Kraftanstrengung« bezeichnet.

Merkel sagte, dafür müssten die Ausländerbehörden besser ausgestattet werden. Vor allem aber müssten Bund, Länder und Kommunen stärker kooperieren. »Es interessiert die Bürger nicht, wer wen beschuldigt.« Bei den im Vorjahr offiziell knapp 900 000 gekommenen Flüchtlingen gebe es eine Anerkennungsquote von 60 Prozent. Diesen Menschen müsse Deutschland »ein Angebot machen, offen und neugierig sein – aber auch fordern«, betonte die Kanzlerin und verteidigte den EU-Flüchtlingsdeal mit der Türkei: »Es gibt fast kei-

ne Toten mehr in der Ägäis. Ähnliche Verträge müssen auch mit Mittelmeer-Anrainern wie Tunesien und Ägypten geschlossen werden.« Die Flüchtlingskrise nahm einen großen Teil der Rede ein, aber die Kanzlerin sprach auch andere ihr wichtige Themen an.

Entwicklungshilfe: Wenige Tage nach ihrer Reise in die Länder Mali, Niger und Äthiopien ging Merkel auf Afrika ein. Demografieforscher erwarten auf dem Kontinent eine Verdoppelung der Bevölkerungszahl auf 2,5 Milliarden Men-

schen im Jahr 2050. Man müsse »Entwicklungshilfe so machen, dass Entwicklungschancen im privaten Bereich entstehen«, sagte Merkel. Wenn in Afrika alle jungen Menschen »ein Smartphone haben, aber keine Entwicklungschancen, dann hat nicht nur Deutschland ein Problem – dann hat die Welt ein Problem«, so Merkel.

Krieg in Syrien: Angesprochen auf die humanitäre Lage in der syrischen Stadt Aleppo, erklärte die CDU-Chefin den Konflikt zur »Sache der Vereinten Nationen und der Veto-

mächte«. Als sie dies zögerlich äußerte, hatte die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« vorab berichtet, Merkel wolle für schärfere Sanktionen gegen Russland werben – wegen der Kriegsführung in Syrien.

Digitalisierung: Hier mahnte die Kanzlerin: »Es ist nicht ausgemacht, dass uns die Digitalisierung der Industrie schnell genug gelingt.« Das liege auch am Datenschutz. »Unser Verhältnis zu Daten ist noch komplizierter als unser Verhältnis zur Kohle.« Die CDU-Vorsitzende bezeichnete Deutschland als »digitales Entwicklungsland« und nannte ein Beispiel: »Marokko hat die Fingerabdrücke seiner Bewohner digitalisiert. Und wenn wir mit den Behörden dort Fingerabdrücke abgleichen wollen, schicken wir Fax mit den Abdrücken.«

Wahlkampf: Merkel machte auch Stimmung in Hinblick auf die Wahlen. »NRW wird unter Wert regiert«, sagte sie und bekam Riesenbeifall für den Appell: »Wir müssen Rot-Rot-Grün verhindern«.

Mehr auf den Seiten 2 bis 4

Seehofer bekräftigt Forderung nach Obergrenze

CSU-Chef Horst Seehofer beharrt im Streit mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) auf einer Obergrenze von 200 000 Zuwanderern pro Jahr. »Ich werde die Seele der CSU nicht verkaufen. Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit sind die wich-



tigsten Eigenschaften eines Politikers«, sagte Bayerns Ministerpräsident der »Bild am Sonntag«. »Die Obergrenze von 200 000 Zuwanderern pro Jahr ist – neben Humanität und Integration der Schutzbedürftigen – ein zentraler Punkt meiner Politik. Dieses Kernelement werde ich nicht aufgeben, nur damit Harmonie herrscht«, bekräftigte Seehofer.

Westfalenblatt vom 17.10.2016, S. 2

Demos gegen Merkel und AfD

Friedliche Kundgebungen in der Paderborner Innenstadt

✂ Von Christian Althoff

Paderborn (WB). Proteste haben den Besuch Bundeskanzlerin Angela Merkmals am Samstag in Paderborn begleitet.

Über den Autobahnen A33 und A44 hingen »Merkel muss weg«-Plakate. Entsprechende Aufkleber fanden sich später auch auf Toiletten des Schützenhofs, wo Merkel sprechen sollte. »Die haben wir dahin geklebt«, sagte Sonja Schaak, stellvertretende AfD-Vorsitzende im Kreis Lippe dem WESTFALEN-BLATT. Sie sei am Eingang nicht kontrolliert worden. Auch der vorbestrafte Neonazi Sascha Krolzig, Mitglied der Kleinpartei »Die Rechte«, gehörte zu dem Dutzend Gegendemonstranten, das Merkel vor dem Schützenhof empfing.

Als die CDU-Chefin sprach, demonstrierten AfD-Anhänger drei Kilometer weiter vor dem Rathaus gegen Merkel. Die Polizei schätzte ihre Zahl auf 250, die AfD sprach von 500. Jugendliche waren zu sehen, junge Eltern mit ihren Kindern und Rentner. Ihnen standen in Sichtweite nach Polizeiangaben 600 Gegendemonstranten gegenüber. Die versuchten, mit Musik und Trillerpfeifen die AfD-Kundgebung zu stören.

Guido Reil, Bergmann aus Essen und nach 26 Jahren bei der SPD jetzt vielbeschäftigter AfD-Red-

ner, rief den Demonstranten zu, das Ausland mache sich Sorgen »um den Geisteszustand von Frau Merkel«. Die meisten Flüchtlinge kämen nicht wegen Krieg und Verfolgung, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. Reil machte Merkel indirekt »für den Tod des kleinen Flüchtlingsmädchens, das am Strand lag«, verantwortlich (er meinte den dreijährigen Ailan Kurdi, der bei Bodrum angespült wurde). »Die Familie hätte in der sicheren Türkei bleiben können, aber sie hat sich aufs Meer gewagt, weil unsere Regierungen ihr das Paradies versprochen haben.«

Der Paderborner AfD-Kreisvorsitzende Günter Koch hatte zuvor postuliert, Deutschland solle pro Jahr 200 000 Flüchtlinge mehr abschieben als es aufnehme. Es kämen »zu 70 Prozent Analphabeten«, die Sozialleistungen bräuchten. Anwalt Markus Meinel aus Bad Lippspringe, früher FDP und CDU, jetzt parteiloser Direktkandidat der Paderborner AfD für die Bundestagswahl 2017, sagte, die Zuwanderung bedrohe »die Existenz der deutschen Nation«, wie sie noch nie bedroht worden sei. 80 Prozent der Flüchtlinge seien Muslime, und der Koran erlaube ihnen, »Gegner totzuschlagen«.

Der AfD-Landesvorsitzende Marcus Pretzell rief, die Union sei tot, weil sie nicht die Kraft habe,

sich von Merkel zu trennen. Die AfD werde 2021 die Kanzlerschaft übernehmen – »in einer Koalition mit Restbeständen der CDU«.

Der frühere ARD-Korrespondent und jetzige niedersächsische AfD-Vorsitzende Armin-Paul Hampel verlangte die Rückkehr zur Wehrpflicht. Für den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban forderte er den Aachener Karlspreis, der für Verdienste um Europa verliehen wird. »Orban hat mehr für Deutschland getan als unsere Regierungen der letzten 20 Jahr«, behauptete er.

Bei den Gegendemonstranten lobte Johannes Menze von den Paderborner Grünen Angela Merkel für ihre Entscheidung, einen großen Flüchtlingstreck nach Deutschland zu lassen. Er kritisierte aber auch die deutsche Politik, die mit zur Situation der Flüchtlinge geführt habe. »Warum liefern wir Waffen in den Nahen Osten? Und warum haben wir 2014 Zahlungen für das UN-Flüchtlingsprogramm im Libanon und Jordanien gestoppt?« Reinhard Menne von »Paderbunt« rief in Richtung AfD: »Hohle Phrasen ersetzen keine Lösungen. Es gibt keine einfachen Rezepte.« Die AfD spalte die Gesellschaft mit Neid und Missgunst. »Vielleicht muss vielen von uns wieder klar werden, dass Demokratie nicht einfach so da ist, sondern dass man

irgendwann wieder um sie kämpfen muss.«

Westfalenblatt vom 17.10.2016, S. 3

Der Riss ist noch zu spüren

Auch in der Jungen Union streiten CDU und CSU über die Obergrenze – Bayern sorgen für Stopp des Homoehe-Antrags

Paderborn (WB/as). Ein Hauch aus Passau wehte am Samstag in den Paderborner Schützenhof. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer zeigte den Westfalen zumindest ansatzweise, was beim Politischen Aschermittwoch in Bayern los ist.

Seine Rede begeisterte vor allem die JU-Delegierten aus Bayern, aber bei weitem nicht nur. Als Scheuer eine rot-rot-grüne Bundesregierung mit Sagra Wagenknecht (Linke) als Finanzministerin, Ralf Stegner (SPD) als Innenminister, Claudia Roth (Grüne) als Außenministerin und Anton Hofreiter (Grüne) als Verkehrsminister herunterbetete, tobte der Saal.

Da wusste jemand, welche Knöpfe er drücken muss. »Kinder gehören in die Schule und nicht vor den Traualtar.« »Wir sind stolz auf die Kreuze im Klassenzimmer und das Läuten der Kirchenglocken.« »Leitkultur ist mehr als das Grundgesetz, sie ist die Charta unseres Zusammenlebens« – das sind Sätze, die sitzen.

Und besonders den Bayern taten die Worte ihres Generalsekretärs gut, nachdem ihr Antrag auf Beschluss einer Obergrenze von maximal 200 000 Zuwanderern pro Jahr abgelehnt worden war. Immerhin setzten sich die jungen CSU-Leute damit durch, den umstrittenen Antrag zur Gleichstel-

lung von Ehe und eingetragener Partnerschaft samt Adoptionsrecht zurückzustellen.

»Das wäre ein verheerendes Zeichen gewesen. Dann hätte es so ausgesehen, als wäre es uns die Meinung der Menschen egal, die uns nahestehen«, sagte Hans

Reichhart. Der bayerische JU-Landesvorsitzende rechnete vor, dass die CDU im Bund ohne die etwa acht Prozent der CSU aus Bayern derzeit in etwa gleichauf mit der SPD bei etwas mehr als 20 Prozent lage. Solche Aussagen machen deutlich, wie tief der Riss zwischen den beiden Schwesterparteien noch ist. Und dieser Riss war

in Paderborn jederzeit spürbar, auch beim Wahlergebnis für den JU-Vorsitzenden Paul Ziemiak, der 85 Prozent der Stimmen erhielt.

Reichhart lobte die Rede der Kanzlerin als »stark bei Zukunftsthemen«, vermisste aber einen Angriff auf die AfD. »Wir dürfen die AfD nicht totschießen, sie ist unser Hauptgegner«, betonte der Bayer. Für ihn ist klar, dass der Bundestagswahlkampf in Bayern »CSU pur« wird. Und dazu gehöre auch, bei der Obergrenze zu bleiben. Jedenfalls versicherte Andreas Scheuer: »Der Wahlkampf wird nicht nur über der Gürtellinie stattfinden, sondern auch darunter.« Das nennt man in Bayern wohl Folklore.

Westfalenblatt vom
17.10.2016, S. 4

Die Kanzlerin 4.0

✎ Von André Best

In die Geschichte eingehen wird auch diese Rede nicht. Aber dennoch: Angela Merkel hat schon weniger überzeugend gesprochen. Beim Deutschlandtag in Paderborn ist es ihr gelungen, die Junge Union mitzureißen. Das war nicht immer so. Wie ein Popstar wurde sie gefeiert, was ein bisschen skurril wirkte angesichts der Kritik aus den eigenen Reihen in den vergangenen Wochen. Trotzdem besteht nach diesem Wochenende kein Zweifel: Die Basis will Merkel weiter als Kanzlerin. Zu einer erneuten Kandidatur schwang sie zwar. Am Ende ließ die CDU-Vorsitzende die Delegierten jedoch mit dem Eindruck zurück, gerade eine Angela Merkel gesehen zu haben, die im Jahr 2017 erneut Bundeskanzlerin werden möchte.

Ihre Hauptbotschaft einer konsequenteren Abschiebung abgelehnter Asylbewerber hat sie als hübsche neue Nachricht mitgebracht nach Paderborn. Ein kleines, aber feines Signal an die Kritiker ihrer Flüchtlingspolitik. Merkel sagt, was sie will. Sie sagt aber nicht, wie das gehen soll. Nur soviel: Das Hin- und Herschieben der Verantwortung zwischen Bund und Ländern bringe nichts, weil die Bürger Ergebnisse sehen wollten. Recht hat sie. Trotzdem blieben Fragen offen.

Antworten gab Merkel stattdessen, wie sie sich Deutschland, Europa und die Welt in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren vorstellt. Das kam beim jungen Publikum sehr gut an. Das Motto des Deutschlandtages »Industrie 4.0« schien ihr wie auf den Leib geschneidert. Merkel zog die große Linie.

Von der Digitalisierung, die viel stärker vorangehen müsse, vom digitalisierten Personalausweis und der Gesundheitskarte bis hin zum Straßen-, Brücken- oder Netzausbau und der Familienpolitik reichte Merkels Blick in die Zukunft, ergänzt mit wertvollen Erkenntnissen ihrer Afrikareise.

Nach dem Mammuttrip wirkte die Kanzlerin zwar leicht verschnupft, aber motiviert. Ihre Visionen zeigte sie klar auf, forderte ein Ende des Zauderns und Zögerns, beispielsweise durch zu großen Datenschutz, und appellierte an die CDU, den Menschen sagen zu müssen, wie etwas geht und nicht, warum es nicht geht.

»Das war die beste emotionale Rede, die ich von ihr gehört habe.«

Carsten Linnemann (CDU)

Merkel hat sich warmgelaufen für die kommenden Wochen. Voraussichtlich nach dem Parteitag der CSU am 4. und 5. November, aber vor dem Bundesparteitag ihrer eigenen Partei vom 5. bis 7. Dezember wird sie die Absicht einer vierten Amtszeit bekanntgeben. Es folgen die Suche nach einem Bundespräsidenten (Wahl am 12. Februar 2017) und schließlich Landtagswahlen im Saarland (26. März), Schleswig-Holstein (7. Mai) und Nordrhein-Westfalen (14. Mai). Erst dann kommt es bei der Bundestagswahl im September zum Showdown. Möglicherweise wird Merkel die Kanzlerin 4.0 – in welcher Regierungskonstellation auch immer.

Westdeutsche Zeitung vom 17.10.2016, S. 4

Die Junge Union steht zur Kanzlerin

Merkel beeindruckt die Delegierten beim „Deutschlandtag“ des Parteienwachstums. Stürfer kommen aber erneut aus Bayern von der CSU.

Von Werner Herpell und Florentine Dame

Paderborn/München. Wenn es Angela Merkel vor ihrem Auftritt bei der eigenen Parteijugend mulmig war, dann lässt sie sich das nicht anmerken. „Die Einstellung ‚Ein Muslim kommt bei mir nicht ins Land‘ ist mit den europäischen Werten nicht zu vereinbaren“, ruft die CDU-Vorsitzende am Samstag beim „Deutschlandtag“ der Jungen Union allen Kritikern zu, die in der Flüchtlingskrise auf Abschottung setzen. Das CSU-Mantra von einer Obergrenze greift Merkel in ihrer Rede nicht auf. Ob sie so die grollenden Bayern freundlicher stimmen kann? Die Signale aus der CSU sprechen am Wochenende dagegen.

Der selbstbewusste Auftritt der Kanzlerin in Paderborn beeindruckt jedenfalls die Delegierten des 117 000 Mitglieder zählenden Unions-Nachwuchses, der Applaus ist weit mehr als nur höflich. Viele seien „verdammt stolz auf das, was Sie geleistet haben“ mit einer zuletzt auch restrikti-

ven Flüchtlingspolitik, sagt der wiedergewählte JU-Vorsitzende Paul Ziemiak, und dreht sich am Rednerpult zu der hinter ihm sitzenden Merkel um: „Frau Bundeskanzlerin, da haben Sie geliefert.“ Das sehe man übrigens „auch in Bayern“ so, fügt er hinzu.

„Frau Bundeskanzlerin, da haben Sie geliefert.“

Paul Ziemiak, Vorsitzender der Jungen Union, über Angela Merkels (CDU) zuletzt auch restriktive Flüchtlingspolitik

Genau ein Jahr zuvor hatte der in den Bundestag strebende Ziemiak seiner Kanzlerin nach Wochen des ungebremsen Flüchtlingsandrangs noch die Leviten gelesen. „Ich kenne niemanden, der sagt, so kann das auf Dauer weitergehen oder die Zahl kann auch noch steigen“, sagte er damals. In Paderborn ist nun alles anders. „Jetzt sind wir ein Jahr später“, so der Jung-Unionist. Die Asylbewerberzahlen lägen dieses Jahr wohl „unter 300 000 mit sinkender Tendenz“ statt bei knapp einer Million wie 2015.

Zwar beklagt später Bayerns JU-Chef Hans Reichhart eine „Erosion der Volksparteien“. In der Aussprache zu Merkels Rede erinnert er an das berühmte Zitat des christsozialen Säulenheiligen Franz Josef Strauß: „Rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben.“ Merkel bleibt bei dem Thema kühl: „Natürlich möchten wir alle,

dass die AfD klein wird“, aber deswegen könne die Union doch nicht ihre Prinzipien über Bord werfen.

Kurz vor dem Besuch der Kanzlerin hatte die JU einen Vorstoß aus Bayern für die Flüchtlings-Obergrenze von 200 000 Menschen abgelehnt: Ein Antrag, die CDU in dieser Frage zu einer Mitgliederabstimmung zu drängen, fiel durch. Merkel geht auf Überforderungsängste ein, indem sie Bund, Länder und Kom-

munen für konsequentere Abschiebungen in die Pflicht nimmt: „Wir brauchen jedenfalls eine nationale Kraftanstrengung zur Rückführung derer, die abgelehnt wurden.“

Eine andere klare Aussage kommt am Samstag indes nicht – ob Merkel 2017 wieder als Kanzlerkandidatin der Union antreten will. Die CDU-Chefin geht darauf mit keinem Wort ein.

CSU-Generalsekretär Scheuer beharrt auf einer Obergrenze

Der CDU-Nachwuchs schließt dennoch die Reihen für Merkel – an dieser Botschaft lassen die Regisseure des JU-Treffens keinen Zweifel. Tina Turners Mitklatsch-Hit „(You’re) Simply The Best“ tönt aus den Lautsprechern, als Merkel nach ihrer Rede durch die applaudierenden Reihen geht. Die bayerischen Delegierten spenden ebenfalls Beifall – wenn auch nicht ganz so ausdauernd wie die Saalmehrheit. Er sehe

„in der aktuellen Problembewältigung noch deutlich Luft nach oben“, sagt JU-Landeschef Reichhart. Max Schad aus dem JU-Bundesvorstand meint

hingegen: „Die Truppe steht – die Bayern inklusive.“

Doch Zweifel bleiben, ob die Union sich in der kurzen Zeit bis zu den Parteitag von CSU (4./5. November) und CDU (5. bis 7. Dezember) wirklich einigen kann. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer versichert in Paderborn wenige Stunden nach der Merkel-Rede: „Wir bleiben bei unserem klaren Kurs.“ Also: „deutsche Leitkultur“ als Maßstab für alle Migranten, ein „Einwanderungs-Begrenzungs-gesetz“, die scharfe Ablehnung von Burkas als „Uniform der Islamisten“. Ein Signal für eine neue Kanzlerkandidatur Merkels sendet der CSU-Generalsekretär nicht.

Auch sein Chef Horst Seehofer bleibt hart: „Ich werde die Seele der CSU nicht verkaufen“, sagt Bayerns Ministerpräsident in einem Interview. Die Obergrenze sei „ein zentraler Punkt meiner Politik. Dieses Kernelement werde ich nicht aufgeben, nur damit Harmonie herrscht.“ Ein Besuch Merkels beim CSU-Parteitag in drei Wochen sei damit weiter ungewiss. „Wenn wir bei der Bundestagswahl erfolgreich sein wollen, muss die Einigung möglichst noch im Oktober gelingen. Wir sind in der Spur, aber noch nicht am Ziel.“

DEUTSCHLANDKONGRESS DER UNION

FLÜCHTLINGSPOLITIK Auf dem Deutschlandkongress der CDU/CSU-Parteibasis in Frankfurt hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vor mehreren hundert Zuhörern die Flüchtlings-Abkommen mit der Türkei und ande-

ren Staaten verteidigt. „Wir müssen selbst entscheiden, wer zu uns kommen kann und dürfen die Entscheidung nicht den Schlepperbanden überlassen“, argumentierte der Finanzminister. Es sei selbstver-

ständlich, dass die Bootsflüchtlinge in Seenot gerettet werden müssten, betonte der 74-Jährige. Doch für diejenigen, die in Europa keine Chancen auf Anerkennung hätten, gelte: „Sie müssen zurückgebracht werden.“

Neue Westfälische vom 15.10.2016, S. 6

Junge Union setzt auf Angriff

Deutschlandtag: Der Bundesvorsitzende Paul Ziemiak erhöht den Druck auf Angela Merkel in der Frage der Kanzlerkandidatur. Die Rentenbeiträge sollen nicht ins Uferlose steigen



Doppelpass am Kickertisch: JU-Chef Paul Ziemiak (l.) und der Landesvorsitzende aus NRW, Florian Braun.

FOTO: MARC KÖPPELMANN

Von Florian Pfitzner und Matthias Bungeroth

■ **Paderborn.** Eine Parteitagsregie ist häufig sensiblen Einflüssen ausgesetzt. So auch beim „Deutschlandtag“ der Jungen Union (JU) in Paderborn. Kurz vor dem Auftakt der Veranstaltung ließ sich ausgerechnet der Hauptredner des Eröffnungstages entschuldigen: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU).

Es hieß, er würde es nicht mehr nach Paderborn schaffen. Die bis tief in die Nacht dauernden Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich hatten seinen Zeitplan durcheinandergebracht; er war in Berlin gefragt. Auch der österreichische Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) sagte seinen für Sonntag geplanten Redebeitrag aus Termingründen ab. Man hofft nun auf eine Videozuschaltung.

Infolgedessen kommt dem Auftritt der CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel noch größere Bedeutung zu. Und man darf da-

von ausgehen, dass sich Merkel an diesem Samstag in der ehemaligen Bullenhalle des Paderborner Schützenhofs einiges anhören muss. Zum Auftakt des Deutschlandtages kündigt der JU-Bundesvorsitzende Paul Ziemiak, „kontroverse Diskussionen“ an. Vor dem Hintergrund seiner jüngsten Frontalangriffe auf die eigene Große Koalition klingt das nach einer krassen Untertreibung.

Ziemiak ist unzufrieden – mit der Wirtschaftspolitik, der Vorbereitung der Bundespräsidentenwahl („Wir brauchen einen Kandidaten, der über Parteigrenzen hinaus Zustimmung findet“), vor allem jedoch mit der Rentenpolitik der Koalition. In diesen Tagen höre er regelmäßig wohlthätige Vorschläge. Wenig habe er indes dazu gehört, „wer das am Ende bezahlt“.

Mit einer Ausnahme: höhere Rentenbeiträge, das sei der einzige Vorschlag zur Finanzierung. Das allerdings sei mit der Jungen Union, mit der jungen Generation insgesamt,

nicht zu machen, sagt Ziemiak. Er stellt „eine Paderborner Erklärung“ in Aussicht, außerdem verlangt der JU-Chef ein „Moratorium“. Ihm schwebt eine Generalrevision des Rentensystems vor, eine große Rentenreform, sagt Ziemiak. Von Merkel erwartet er, dass sie „ihre Jugendorganisation begeistert“.

Die JU hat ihr Tagungsprogramm auf ein weites The-

menfeld ausgedehnt: Vom Megathema „Industrie 4.0“ und der angeschlossenen Forderung nach mehr Geld für den Ausbau des Breitbandnetzes sowie einer höheren Sensibilität für Datensicherheit über die innere Sicherheit und die Flüchtlingskrise bis zur Stimmung bei den Unionsparteien. Es seien „keine einfachen Zeiten zwischen CDU und CSU“, sagt Ziemiak. Aus sei-

ner Sicht sei es „überhaupt nicht vorstellbar, dass wir getrennten Wahlkampf führen“.

Auch zu einem anderen Thema will sich die JU dezi- diert äußern. „Wir müssen überlegen, ob wir nicht eine gemeinsame Sicherheitsbehörde in Deutschland schaffen“, sagt Ziemiak. Bundesverfassungsschutz und Bundesanwaltschaft gehörten unter ein Dach.

Mit einem Durchbruch rechnet Ziemiak bei einer Gelegenheit, die in der Jungen Union bislang nicht unbedingt als zentral wahrgenommen worden ist: die Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft mit der Ehe. Ziemiak jedenfalls zeigt sich zuversichtlich, als er sagt: „Ich glaube, dass wir das zum ersten Mal annehmen werden.“

Gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen JU-Landesvorsitzenden Florian Braun erhöht der JU-Chef außerdem den Druck in der K-Frage: „Man sollte sich nicht zu viel Zeit lassen mit der Kanzlerkandidatur.“

Wahlen zum Bundesvorstand

◆ Am späten Freitagabend wählten die Delegierten in Paderborn einen neuen Bundesvorstand der Jungen Union Deutschland.

◆ Amtsinhaber Paul Ziemiak aus Iserlohn wurde mit 85 Prozent der Stimmen bestätigt. 2014 holte er bei der Kampfabstimmung 63 Prozent. Den Geschäftsführenden JU-Bundesvorstand ergänzen die Stellvertreter Katrin Albsteiger (Neu-Ulm), Roland Mittmann (Bad

Homburg), Claas Merfort (Braunschweig), Bastian Schneider (Ladenburg) sowie Lukas Krieger (Berlin).

◆ Daneben standen auch 16 Beisitzer zur Wahl (Gegenkandidaten gab es bei allen Wahlgängen nicht).

◆ Aus Nordrhein-Westfalen gehören als Beisitzer dazu: Marcel Grathwohl (Köln), Andrea Müller (Paderborn) und Martin Plum (Viersen-Dülken).

Westfalenblatt vom 17.10.2016, S. 2

Von Äpfeln bis Zigaretten

Unternehmen präsentieren sich beim Deutschlandtag

Von Ingo Schmitz

Paderborn (WB). Die Junge Union (JU) weiß sich zu inszenieren: Für den Deutschlandtag im Paderborner Schützenhof hat die Nachwuchsorganisation der CDU den ehemaligen Bullenstall zu einem modernen Kongresszentrum umgebaut. Doch wer trägt dafür die Kosten?

Eine riesige Videowand, Monitore von der Decke, Lichttechnik vom Feinsten: Technisch war der Auftritt großes Kino. Und auch beim Schützenabend in der Masperrhalle, bei dem die JU mit 1200 Gästen feierte, ließen es die Christdemokraten krachen. Über die Gesamtkosten der Veranstaltung kann man nur spekulieren. Fest steht: Ohne Sponsoren geht es nicht, was die JU einräumte.

So überrascht es nicht, dass es bei den Deutschlandtagen auch immer eine kleine Wirtschaftsschau gibt, bei der sich Firmen präsentieren. Das Rüstungsunternehmen MDBA zeigte unter dem JU-Titel »Industrie 4.0« das Modell eines Raketenwerfers. Nur



Raketenwerfer bei der JU-Tagung. Foto: Hannemann

einen Stand weiter betrieb die Deutsche Automatenwirtschaft Lobbyarbeit: Hier standen ein Tisch-Kicker sowie ein Geldspielgerät. Und der US-Konzern Philip Morris verteilte Zigaretten.

Mit Vitaminen kam der Industrieverband Agrar daher und verteilte knackige Äpfel aus Salzkotten. »Wir vertreten die Interessen der agrochemischen Industrie in Deutschland. Es geht um Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung. Wir sind zum ersten Mal beim Deutschlandtag und suchen das Gespräch mit der neuen Polit-Generation«, erläuterte ein Sprecher. Der Grund: Die Branche sei von politischen Entscheidungen abhängig. »Wird auf Pflanzenschutz verzichtet, sinkt der Ertrag und die Landwirtschaft braucht mehr Fläche«, wird argumentiert.

Ein Mann mit Zukunft

Jens Spahn hält die stärkste Rede und wird hoch gehandelt

Paderborn (WB/as). Ein Mann hat am späten Freitagabend dafür gesorgt, dass beim Eröffnungstag doch noch der Funke überspringen sollte: Jens Spahn. Dem CDU-Bundestagsabgeordneten aus dem münsterländischen Ahaus gelang das, was der nordrhein-westfälische CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet nicht geschafft hatte – und CDU-Generalsekretär Peter Tauber noch weniger: Spahn riss die Delegierten und Gäste mit.

»Wo sind die Friedensdemonstranten, wenn man sie wirklich braucht?«, fragte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Wenn es gegen die USA und das Freihandelsabkommen TTIP gehe, bewegen sich 11underttausende auf die Straße, aber nicht für die Opfer russischer Angriffe auf Aleppo, sagte Spahn.

Zu den aktuellen Debatten über Alterarmut und unsichere Renten sagte der 36-Jährige, der Generationengerechtigkeit als Staatsziel im Grundgesetz verankert sehen möchte: »Armut ist in den nächsten 20, 30 Jahren keine Altersar-

mut. Es geht um Kinderarmut und die Armut von Alleinerziehenden.« Bei der Integration von Flüchtlingen reicht es aus Spahns Sicht nicht aus, von Zuwanderern nur die Einhaltung der Gesetze zu verlangen. »Das müssen Touristen auch. Wer bei uns leben will, muss Teil dieses Landes sein wollen«, betonte Spahn unter großem Beifall. Einer Koalition mit der AfD erteilte er eine deutliche Absage: »Wer mit Begriffen wie »völkisch« spielt, kann nicht Partner der CDU sein. Ich möchte nicht mit der AfD koalieren, ich möchte sie überflüssig machen.«

Nach der starken Rede ist klar: Jens Spahn ist ein Mann mit Zukunft in der CDU. Unlangst ging sogar die britische Zeitung »Guardian« der Frage nach, ob Spahn 2021 Kanzlerkandidat werde.



Überzeugende Rede: Jens Spahn. Foto: Hannemann



Elmar Brok (70), CDU-Europaparlamentarier aus Bielefeld, hat sich für die Europäische Union (EU) als ein Europa der Nationalstaaten ausgesprochen. »Dieses Europa ersetzt nicht die Nationen. Nationen werden immer da sein als Träger von Kultur und Identität«, sagte Brok gestern in seiner Rede. Auch erklärte er, immer der Auffassung gewesen zu sein, dass die Türkei nicht Mitglied der EU werden könne. Brok weiter zur EU: »Wir müssen unseren heutigen Laden konsolidieren.«



Carsten Linnemann (39), CDU-Bundestagsabgeordneter aus Paderborn, hat sich in seiner Rede mit dem offiziellen Megathema des JU-Deutschlandtags befasst: der Digitalisierung in der Industrie. »In der Griechenlandkrise und in der Flüchtlingskrise haben wir überall Zeit gekauft und sind auf Sicht gefahren. Das wird uns nicht gelingen, wenn uns eine digitale Krise trifft«, sagte Linnemann. Wenn Deutschland hier in seiner Entwicklung nicht aufholt, sei der »Zug abgefahren«.



Ralph Brinkhaus (48), CDU-Fraktionsvize im Bundestag und CDU-Bezirksvorsitzender OWL, hat gestern im Gespräch mit dem WESTFALEN-BLATT angedeutet, dass der Bund den Ländern die Abschiebung von Flüchtlingen abnehmen könnte. »Das Unverständnis darüber ist groß, dass so wenige Personen ohne Asylanspruch zurückgeführt werden. Wenn die Bundesländer das nicht sicherstellen, muss sich der Bund mehr engagieren«, sagte Ralph Brinkhaus.

Westfalenblatt vom 15.10.2016, S. 4

Junge Union kämpft für neues Rentensystem

Deutschlandtag in Paderborn – Spricht Schäuble Sonntag?

Von Andreas Schnadwinkel

Paderborn (WB). Enttäuschung bei der Jungen Union (JU): Wolfgang Schäuble konnte in Paderborn am Freitag nicht den JU-Deutschlandtag eröffnen. Mit umso mehr Spannung wird die Rede von Kanzlerin Angela Merkel an diesem Samstag (11 Uhr) erwartet.

JU-Bundesvorsitzender Paul Ziemiak äußerte Verständnis für die Absage des Bundesfinanzministers. »Wolfgang Schäuble hat bis in den frühen Morgen über die Bund-Länder-Finzen verhandelt. Da darf man auch nicht vergessen, dass er schon 74 Jahre alt ist«, sagte Ziemiak dem WESTFALEN-BLATT und kündigte an, dass Schäuble vielleicht am Sonntag noch in den Paderborner Schützenhof kommen könnte. Dafür spricht, dass er am Samstag am Deutschland-Kongress der CDU in Frankfurt teilnimmt.

Nun liegt es an der Bundeskanzlerin, die Politik der Union in der Großen Koalition zu erklären. »Angela Merkel hat in Paderborn die Chance, ihre Jugendorganisation für ihre Politik zu begeistern«, sagte Paul Ziemiak und machte klar, was er von der CDU-Chefin erwartet: »Eine bessere Rentenpolitik. Ich höre immer nur einen Vorschlag, wenn es um die Sicherung des Rentenniveaus geht: höhere Beiträge. Das ist aber mit den jungen Generationen nicht zu machen.« In der Pader-

borner Erklärung, die an diesem Wochenende von den Delegierten beschlossen werden soll, fordert die Junge Union eine Generalrevision des Rentensystems.

Den Streit zwischen CDU und CSU in der Flüchtlingspolitik will Ziemiak rasch beendet sehen. Einen getrennten Wahlkampf könne er sich nicht vorstellen. Dazu wird mit Spannung die Rede des CSU-Generalsekretärs Andreas Scheuer am Samstag (16 Uhr) erwartet. Neben Rente und Generationengerechtigkeit steht bei der Delegiertenversammlung das im Mittelpunkt, was unter dem Schlagwort Industrie 4.0 läuft: Breitbandausbau und Datenverkehr. Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise spielt auch die innere Sicherheit eine Rolle. Das zeigt ein Blick in die mehr als 150 Anträge. Ziemiak schlug vor, das Bundeskriminalamt und den Ver-

fassungsschutz zu einer Sicherheitsbehörde zu machen. Mit Kontroversen rechnet die JU-Spitze bei Anträgen zur Gleichstellung von Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften, bis hin zum Adoptionsrecht. »Ich denke, dass wir diesen Antrag annehmen werden«, glaubt Ziemiak.

Merkel-Rede im TV

Das WESTFALEN-BLATT begleitet den JU-Deutschlandtag noch bis Sonntag auf seiner Internetseite und in sozialen Netzwerken. Der TV-Sender Phoenix will Merkels Rede am Samstag von 11 Uhr an übertragen. Eine Chance, Merkel außerhalb der Veranstaltung zu sehen, wird es kaum geben.



www.westfalen-blatt.de



Wiedergewählt mit 85 Prozent Zustimmung: JU-Bundesvorsitzender Paul Ziemiak ist kampfbereit. Foto: Jörn Hannemann

Aachener Nachrichten vom 15.10.2016, S. 20

„Zitterpartie will ich nicht sagen“

AN-Interview: Die CDU-Landtagsabgeordnete **Ulla Thönnissen** spricht offen über ihre Chancen bei der Landtagswahl im kommenden Jahr und über die jüngsten Turbulenzen in ihrer Städteregionsfraktion.

Aachen. Sie ist Landtagsabgeordnete, Fraktionschefin der CDU im Städteregionstag und Vorsitzende der CDU in Aachen: **Ulla Thönnissen** hat alle Hände voll zu tun, auch um einige erhitzte Gemüter in ihrer Städteregionsfraktion zu beruhigen. **Achim Kaiser** hat sich mit der viel beschäftigten Politikerin unterhalten und unter anderem gefragt, wie die 53-Jährige ihre Chancen einschätzt, im kommenden Jahr wieder den Sprung in den Landtag zu schaffen.

Frau Thönnissen, es gab jüngst einige Turbulenzen in ihrer Städteregionsfraktion wegen der „blauen Briefe“, die Sie an Fraktionsmitglieder geschickt haben bezüglich Fehlzeiten in Ausschüssen und Sitzungen. Haben Sie auch schon einen „blauen Brief“ von einem brüskierten CDU-Mann zurückbekommen.

Thönnissen: Da ich keine Briefe verschickt habe, kann ich auch keine schriftlichen Antworten bekommen. Aber interessant ist, dass Sie nach brüskierten Männern fragen.

Waren Sie erstaunt, dass diese Fehlzeitenlisten solche öffentlichen Wellen geschlagen haben aus ihrer Fraktion heraus?

Thönnissen: Ja absolut. Es handelt sich um einen absolut normalen Vorgang in einem Parlament und einer Fraktion, der für die Mitglieder ein Service zur Übersicht und für die eigene Planung ist. Das Ziel ist Zeitmanagement und eine bessere Präsenz in Ausschüssen und Sitzungen.

Gab es denn auch positive Rückmeldungen?

Thönnissen: Ja, sogar schriftlich und mit Absender. Aber auch mündlich sowohl aus den eigenen Reihen als auch aus der Öffentlichkeit.

Lassen Sie uns über die bevorstehende Landtagswahl sprechen. Sie werden in Ihrem Aachener Wahlkreis wieder gegen den SPD-Landtagsabgeordneten Karl Schultheis

antreten. Sind Sie diesmal besser auf der Liste abgesichert als im Jahr 2012, oder müssen Sie ihren Wahlkreis gewinnen?

Thönnissen: Mein Ziel – in welchem Wahlkampf auch immer – ist es, die Wählerinnen und Wähler von unserer Politik und meiner Person so zu überzeugen, dass ich die meisten Stimmen bekomme und damit das Direktmandat hole. Das ist mir bei der Kommunalwahl 2014 in meinen beiden Wahlkreisen für Stadtrat und Städteregionstag gelungen. Insofern bin ich extrem motiviert und glaube auch, dass ich das im nächsten Jahr wieder schaffen kann.

Ist denn schon klar, auf welchen Listenplatz Sie gesetzt werden? Bei der letzten Wahl war es ein schlechter...

Thönnissen: Diesmal wird er besser sein, aber es wäre reine Kaffeesatzleserei, wenn ich eine Prognose abgeben würde, ob die Reserveliste zieht und wenn ja, bis zu welchem Platz. Die Landesvertreterversammlung, bei der die Listenplätze letztlich beschlossen werden, findet erst Ende November statt.

Aber ist denn nicht schon jetzt klar, wie die Karten verteilt werden?

Thönnissen: Die Platzierungen werden in den jeweiligen Bezirken gefällt. Aber die Landesvertreterversammlung hat noch die Möglichkeit, anders zu entscheiden.

Die für Sie vorentscheidende Bezirksvorstandssitzung ist aber schon gelaufen?

Thönnissen: Ja.

Die ist aber nicht zu Ihrer Zufriedenheit gelaufen?

Thönnissen: Dort ist nicht nach Gefährdungspotenzial entschieden worden, sondern nach Kreisverbänden. Das heißt, dass nicht berücksichtigt wurde, welcher Kandidat einen besonders gefährdeten Wahlkreis vertritt und auch nicht, ob der Kandidat beziehungsweise die Kandidatin dem Landtag bereits angehört. Dass die

Kreisverbände der Reihe nach berücksichtigt wurden, spielte eine größere Rolle. Für uns in Aachen heißt das konkret, dass nach Armin Laschet die Plätze 2 und 3 nicht wieder durch den Kreisverband Aachen besetzt werden. Allerdings ist die Position des Landesvorsitzenden natürlich anders zu bewerten, als die der anderen Landtagsabgeordneten.

Diese Position 4 würde für Sie welche Auswirkungen auf den Landeslistenplatz haben?

Thönnissen: Das kann man bei acht Bezirksverbänden ja leicht errechnen...

...zwischen Platz 30 und 40 werden Sie sich finden. Je nach Wahlausgang wird es für Sie sehr eng...

Thönnissen: ...das könnte sein. Andererseits ist es bei der derzeitigen Gemengelage sehr schwierig, Prognosen abzugeben. Das Rennen ist offen.

Dennoch: Die Wahl im kommenden Jahr könnte für Sie eine Zitterpartie werden.

Thönnissen: Zitterpartie will ich nicht sagen. Es bedeutet vielmehr für mich, dass ich einen sehr engagierten Wahlkampf machen werde. Die Landtagswahl 2012 war eine besondere Wahl, die besonders schlecht für die CDU ausgefallen ist, weil unser damaliger Spitzenkandidat Norbert Röttgen ungeschickt agiert und sich nicht eindeutig für Nordrhein-Westfalen ausgesprochen hat. Insofern ist 2012 kein Maßstab. Wie auch immer: Ich werde die Ärmel hochkrempeln!

Ist es denn ein Vor- oder Nachteil für Sie, dass der CDU-Spitzenkandidat 2017 Armin Laschet heißt und auch aus Aachen kommt?

Thönnissen: Der Name des Spitzenkandidaten ist für mich kein Nachteil. Dass wir beide aus dem Kreisverband Aachen kommen, ist in der Konstellation mit dem Landesvorsitz und der Reserveliste natürlich für mich ein Nachteil.



Gut gelaunt und angriffslustig: Trotz einer schwierigen Ausgangssituation für die kommende Landtagswahl gibt sich Ulla Thönnissen kämpferisch: „Ich bin extrem motiviert und glaube auch, dass ich das im nächsten Jahr wieder schaffen kann.“

Foto: Harald Krömer

Express vom 15.10.2016, S. 7

Parlaments-Protest gegen Mauer-Taktik



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (55, SPD) blickt - wie hier im Landtag - oft auf ihr Handy. Wann hat sie vom Silvester-Mob erfahren? Foto: dpa

Düsseldorf – Der Ton des Schreibens ist ungewöhnlich scharf. Peter Biesenbach (68, CDU), der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses zur Kölner Silvesternacht, hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (55, SPD) jetzt aufgefordert, fehlende Handy-Daten, E-Mails und Sitzungsprotokolle vorzulegen. Ihre „beharrliche“ Weigerung, die Unterlagen herauszurücken, habe in der Bevölkerung „bereits Misstrauen erzeugt“, schreibt Biesenbach.

VON GERHARD VOOGT
& CHRISTIAN WIERMER

Der Untersuchungsausschuss soll die Vorgänge rund um die Silvesternacht lückenlos aufklären. Dazu gehört auch die Frage, wann Kraft erstmals über den Mob informiert wurde – und was sie dann tat. Das Gremium verlangt von der Regierungschefin etwa seit Monaten, ihre Handy-Verbindungen bis zum

15. Januar offenzulegen. Kraft verweigerte dies zunächst komplett, bot im Juni plötzlich während einer Pressekonferenz doch an, Daten bis zum 4. Januar – wenngleich nur streng vertraulich – zugänglich zu machen.

Doch auch daraus wurde bis heute nichts, wie Biesenbacher Brief beklagt. Er habe überhaupt gar kein Schreiben Krafts erhalten. Nicht weniger kritikwürdig für den Chef-Auf-

klärer: Bis heute behält die Regierung zahlreiche Dokumente aus den Tagen nach der Silvesternacht zurück. Eine E-Mail von Regierungssprecher Thomas Breustedt vom 5. Januar an Kraft wurde dem Ausschuss bislang ebenso vorenthalten wie Kabinettsvorgänge oder das Protokoll einer Staatssekretärsrunde. Kraft argumentiert, die Dokumente gehörten zum besonders geschützten Eigenbereich der Regierung. Eine Veröffentlichung, so die Staatskanzlei, könne etwa „die Überzeugungskraft der im Nachgang von der Landesregierung getroffenen Entscheidungen“ oder die „Funktionsfähigkeit der Regierung nachhaltig“ beeinträchtigen.

Dem widerspricht Ausschusschef Biesenbach: das Parlament habe die Pflicht zur Kontrolle der Regierung. Der Nachweis der Telefonverbindungen sei wichtig, um Mutmaßungen über eine zu lange Tatenlosigkeit oder dem Vorwurf der Verschleierung auf den Grund gehen zu können.



Peter Biesenbach (68, CDU) ist der Vorsitzende des Silvester-Ausschusses.

Angesichts der einschneidenden Bedeutung der Vorfälle sei es von besonderer Bedeutung zu wissen, ob die Landesregierung „Herrin der Lage“ war. Die Bürger müssten zudem erfahren, ob die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß und zeitnah informiert wurde oder ob Informationen beschönigt worden seien. Mit Blick auf künftige Vorfälle müsse geklärt werden, ob die Unterrichtung von Kraft garantiert war oder ob „organisatorische Missstände“ dies verhindert hätten.

Die Staatskanzlei äußerte sich am Freitag nicht zu dem Vorgang. Sollte die Regierung die Herausgabe weiterhin verweigern, kann der Ausschuss dagegen vor dem Verfassungsgericht klagen.

Rheinische Post vom 15.10.2016, S. 4 Silvester-Ausschuss schickt Brandbrief an Staatskanzlei

DÜSSELDORF (tor) Der „lückenlosen Aufklärung“, die NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) zu den Hintergründen der Übergriffe in der Kölner Silvesternacht versprochen hat, steht sie selbst im Weg. Das behauptet Peter Biesenbach (CDU), Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der genau diese Aufklärung leisten soll. Biesenbach hat einen Brandbrief an die Staatskanzlei verschickt, in dem er die Landesregierung dringend ermahnt, bislang verweigerte Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Konkret geht es um fünf Dokumente. Sie unterliegen aus Sicht der Landesregierung der Geheimhaltung, was Biesenbach in seinem Schreiben an die Staatskanzlei juristisch zu widerlegen versucht: unter anderem die Nachweise der Telefonverbindungen zwischen der Ministerpräsidentin und der Spitze der

Staatskanzlei in den Tagen unmittelbar nach der Silvesternacht, eine E-Mail des Regierungssprechers an die Ministerpräsidentin vom 5. Januar sowie Beschlüsse und Gespräche anderer Minister. In dem üppi-gen Datenwerk, das die Staatskanzlei dem Ausschuss am 31. März 2016 übergeben hatte, waren fünf fehlende Dokumente durch Fehlblätter kenntlich gemacht.

Die Landesregierung hatte sich erst Tage nach dem Silvester-Skandal erstmals öffentlich dazu geäußert. Sie erklärte dies stets damit, das Ausmaß der Vorfälle sei ihr früher nicht klar gewesen. Die Opposition hat den Verdacht, die Landesregierung habe die Vorgänge anfangs verharmlosen oder gar vertuschen wollen, und will in den fehlenden Dokumenten nach Hinweisen darauf suchen. Die Staatskanzlei versprach, Biesenbachs Brief „so schnell wie möglich“ zu beantworten.

Westdeutsche
Allgemeine
Zeitung vom
15.10.2016, S. 6

Aufklärung zur Silvesternacht stockt

U-Ausschuss fordert
mehr Dokumente

Düsseldorf. Der Untersuchungsausschuss des Landtags zur Kölner Silvesternacht fordert die Staatskanzlei erneut auf, verschiedene Unterlagen vorzulegen. Es geht um fünf Dokumente, die die Regierung bisher nicht offen gelegt hat, weil sie angeblich der Geheimhaltung unterliegen. Darunter sind die Nachweise der Telefonverbindungen zwischen der Ministerpräsidentin und der Spitze der Staatskanzlei nach den Kölner Ereignissen, eine Mail des Regierungssprechers an die Ministerpräsidentin vom 5. Januar sowie Beschlüsse und Gespräche von Kabinettsmitgliedern in den Tagen nach den Silvesterübergriffen.

Die Verweigerung dieser Informationen „schränkt die lückenlose Aufklärung der Ereignisse in Köln massiv ein“, hat der Ausschussvorsitzende Peter Biesenbach (CDU) dem Chef der Staatskanzlei mitgeteilt. Die Union vermutet, dass die Regierung wichtige Informationen verschleiern möchte. „Es kann nur etwas in diesen Dokumenten stehen, was wir nicht wissen sollen“, sagte Ina Scharrenbach, Sprecherin der CDU-Fraktion im Untersuchungsausschuss, der WAZ. Weil die Beweisaufnahme zu den Silvester-Übergriffen Mitte Dezember endet, dringt der Ausschuss auf eine schnelle Übergabe der Dokumente. mk

Westfalenblatt vom 15.10.2016, S. 2

Elf Polizisten klagen gegen Bevorzugung von Frauen

Verfahren um Beförderungen beim Verwaltungsgericht Minden

von Christian Althoff

Minden (WB). Polizistinnen, die schlechter beurteilt wurden als ihre männlichen Kollegen, sind bei Beförderungen bevorzugt worden. Dagegen klagen elf Polizisten aus Ostwestfalen-Lippe vor dem Verwaltungsgericht Minden.

»Bei uns sind Verfahren von Beamten der Kreispolizeibehörden Höxter, Minden-Lübbecke und des Polizeipräsidiums Bielefeld anhängig«, bestätigte Gerichts-Vizepräsident Dr. Hans-Jörg Korte in dieser Woche.

In NRW werden Polizisten alle drei Jahre von Vorgesetzten beurteilt, und zwar in sieben Kategorien, Führungskräfte in acht. In jeder Kategorie gibt es Noten zwischen 1 (schlecht) und 5 (sehr gut). Der Durchschnitt dieser Zensuren ergibt die Gesamtnote.

Bisher galt: Hatten zwei Bewerber die gleiche Gesamtnote, wurde geschaut, ob es bei den Einzelnoten Unterschiede gab. War das so, wurde der Beamte mit den besseren Einzelnoten befördert.

Am 1. Juli trat in NRW das sogenannte Dienstrechtsmodernisierungsgesetz der rot-grünen Landesregierung in Kraft. Es schreibt vor, dass Frauen bei gleicher Gesamtnote, aber schlechteren Einzelnoten, zu bevorzugen sind. So sollen vor allem mehr Führungspositionen mit Frauen besetzt werden.

Volker Huß, Polizeibeamter in Bielefeld und Mitglied im Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP): »Das Gesetz führt dazu, dass in manchen Behörden Kollegen auf der Beförderungsliste um 50 Plätze nach unten gerutscht sind. In vielen Dienststellen ist die Motivation deshalb im Keller. Wenn die Kollegen etwas nicht vertragen, ist es Ungerechtigkeit. Und die sehen wir hier.«

Huß, der im GdP-Landesvorstand für Frauenpolitik zuständig ist, sagte, die Frauenquote werde auch von vielen Polizistinnen abgelehnt. »Die sagen mir, dass sie nicht wegen ihres Geschlechts befördert werden wollen.«

NRW-Innenminister Ralf Jäger befürchtet, dass das Thema große Wellen in der Öffentlichkeit schlägt und hat die Behörden aufgefordert. Gespräche mit den Be-

troffenen zu führen. Huß: »Man will erreichen, dass möglichst niemand mehr vor Gericht zieht.«

Denn die Klagen, die bisher verhandelt wurden, hat das Land verloren. So bezeichnete das Verwaltungsgericht Düsseldorf bereits im September entsprechende Beförderungen als verfassungswidrig. Laut Bundesgesetz seien Beförderungen nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ohne Rücksicht auf das Geschlecht vorzunehmen. Für einschränkende landesrechtliche Regelungen sei kein Raum.

Vor den Gerichten tritt NRW übrigens nicht mit eigenen Juris-

ten auf, sondern lässt sich von einer Anwaltskanzlei vertreten.

Seit 1982 stellt die Polizei in NRW Frauen ein. Sie machen heute 21,8 Prozent der 39 700 Polizisten aus, bei aktuellen Einstellungsjahrgängen sind es knapp 40 Prozent.

Die GdP hat einen eigenen Vorschlag zur Frauenförderung. Er basiert darauf, dass man seit langem eine Inflation zu wohlwollender Beurteilungen verhindert, indem man festgelegt hat, dass die Bestnote 5 nur an zehn Prozent der Mitarbeiter und die zweitbeste Note 4 nur an 20 Prozent vergeben werden darf. Huß: »Man könnte festlegen, dass Polizistinnen ihrem Anteil am Gesamtpersonal entsprechend einen proportionalen Anteil an den 4er und 5er-Noten bekommen.«

Die FDP im Landtag strebt eine Klage vor dem Verfassungsgerichtshof an. Ihr innenpolitischer Sprecher Marc Lürbke: »Männliche Beamte bekommen in NRW über Nacht ihre seit Jahren angesammelte Beförderungschance entwertet und werden in eine Karrieresackgasse abgeschoben.« Die Reform sorge in vielen Polizeidienststellen für Unruhe.



Volker Huß (GdP) sieht große Unzufriedenheit.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016 , S. 15

Jetzt beginnt der Ausverkauf von Kaiser's Tengelmann

Tengelmann-Eigner Haub und Rewe-Chef Caparros beschuldigen sich gegenseitig / Minister Gabriel für Schlichtung

enn./mec. BERLIN/FRANKFURT, 16. Oktober.

Tengelmann-Gesellschafter Karl-Erivan Haub will in dieser Woche mit der Verwertung der Supermarktkette Kaiser's Tengelmann in Einzelteilen beginnen. Er selbst sieht dadurch 8000 Stellen gefährdet, vor allem in den 105 Filialen in Nordrhein-Westfalen. Haub bekräftigte am Wochenende aber, er sei „bis zur letzten Minute offen“ für eine einvernehmliche Lösung, die Kaiser's Tengelmann als Ganzes erhalte. Das Zeitfenster schließe sich erst, wenn die erste Filiale verkauft sei; das werde einige Wochen dauern. Eine Art Vorkaufsrecht für die Filialen will Haub dem Vernehmen nach Edeka zugestehen, das Tengelmann vollständig übernehmen wollte. Das kartellrechtlich problematische Geschäft hängt jedoch nach

Beschwerden von Rewe, Norma und Markant vor Gericht. Wegen der wachsenden Verluste sucht Haub nach einem Ausweg.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte nach dem Scheitern der Rettungsgespräche zwischen Tengelmann, Edeka sowie Rewe vor dem Wochenende die Hoffnung geäußert, dass doch noch eine Einigung und „die Rettung von 16 000 Arbeitsplätzen gelingen“ könnten. Dies sei auch die Hoffnung von Kanzlerin Angela Merkel. Gabriel erwähnte die Möglichkeit einer Schlichtung, sagte aber nicht, ob er persönlich als Schlichter zur Verfügung stünde. Dies schlug Rewe-Chef Alain Caparros am Wochenende vor. Caparros gibt die Schuld für das drohende Ende der Tengelmann-Märkte deren Eigentümer. „Wenn Herr Haub aufhört, sich als Sonnenkönig aufzuführen, gibt es keine Verlierer“, sagte Caparros der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Die angekündigte Zerschlagung der Supermarktkette sei bloß ein „Drohszenario“. Es drohe kein zweiter Fall Schlecker mit dem Verlust von Tausenden Arbeitsplätzen, fügte er an und erneuerte sein Angebot, Kaiser's-Tengelmann-Märkte in großer Zahl zu übernehmen. Erst habe Haub das Geschäft mit den Filialen verbockt, dann den Verkauf an Edeka in den Sand gesetzt, und nun

müsse er, der Rewe-Chef, als Buhmann erhalten: „Was da abläuft, ist eine Schweinerei“, sagte Caparros und sprach vom „Testosteronkrieg der Häuptlinge“.

Haub machte derweil Caparros dafür verantwortlich, dass bislang kein Kompromiss der Konkurrenten Rewe, Edeka, Norma und Markant zustande gekommen sei. „Herr Caparros hat von Anfang an alles unternommen, um den Deal zu zerstören“, sagte er der „WAZ“. Rewe hatte von Beginn an für Kaiser's Tengelmann geboten; den Zuschlag aber erhielt Edeka. Daraufhin wehrte sich der Rewe-Chef mit rechtlichen Mitteln – und fand die Unterstützung des Kartellamts und der Monopolkommission. Deren Mitglieder Jürgen Kühling und Achim Wambach halten derweil auch die aktuellen „Rettungsgespräche“ aus wettbewerbspolitischer Sicht für „hochproblematisch, führten sie doch wesentliche Wettbewerber an einen gemeinsamen Verhandlungstisch“ – und schlimmstenfalls zu einem „Abkauf von Wettbewerb.“ (Gegen den Abkauf von Wettbewerb, Seite 17.)

den Abkauf von Wettbewerb, Seite 17.)

Rheinische Post vom
17.10.2016, S. 2

Wettbewerb kennt eben nicht nur Gewinner

VON THOMAS REISENER

Erst kam das Kaufhaussterben, dann verloren 27.000 Schleckerfrauen ihren Job. Und mit dem absehbaren Ende von Kaiser's Tengelmann trifft es nun erstmals auch eine der ganz großen Supermarkt-Ketten.

Eine gängige Pauschal-Erklärung der Branche für das Aus prominenter Händler geht so: Das Internet ist schuld. Vom Sofa aus zu bestellen und liefern zu lassen sei einfach zu billig und zu bequem. Aber was immer schon mehr Ausrede als Erklärung war, greift im Fall von Kaiser's nicht: Im Lebensmittel-Einzelhandel spielt das Internet noch so gut wie keine Rolle. Warum also geriet ausgerechnet Kaiser's ins Wanken?

Da sich das Sortiment der Kette ja nicht völlig von dem bei Rewe oder Edeka unterscheidet, bleiben im Wesentlichen nur drei Möglichkeiten: schlechter Service, schlechte Qualität oder schlechtes Management. Das absehbare Ende von Kaiser's ist also kein Schicksalsschlag. Es ist vor allem das Ergebnis einer Abstimmung der Verbraucher mit den Füßen: Sie kaufen anderswo eben lieber ein. Und jeder Einzelne weiß auch, warum. Das darf man bei all den Krokodilstränen, die in den kommenden Wochen über das Aus der Kaiser's-Filialen vergossen werden, auch nicht vergessen.

Rheinische Post vom 17.10.2016 , S. 6

Studie: Ceta-Zusatzerklärung bedeutungslos

SPD-Chef Gabriel setzt nach Ansicht der Grünen auf „nichtssagende Phrasen“.

BERLIN (mar) Durch die von der EU und Kanada zusätzlich geplante „gemeinsame Auslegungserklärung“ zum Freihandelsabkommen Ceta können wesentliche Kritikpunkte an dem umstrittenen Pakt nicht ausgeräumt werden. Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten des Nürnberger Völkerrechtlers Markus Krajewski im Auftrag der Grünen. „Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die Gemeinsame Auslegungserklärung die bisherige Kritik am Ceta-Kapitel zum Investitionsschutz nicht relativiert, da für keine der umstrittenen und kritischen Punkte rechtssichere Verbesserungen oder Lösungen angeboten werden“, heißt es in dem Papier.

Bundeswirtschaftsminister Sig-

mar Gabriel (SPD) will dem vorläufigen Inkrafttreten von Ceta zum 1. Januar 2017 bereits morgen im EU-Handelsministerrat zustimmen. Am 27. Oktober soll das Abkommen dann auf einem EU-Kanada-Gipfel endgültig beschlossen werden. Auf einem SPD-Konvent hatte Gabriel Mitte September Rückendeckung für seinen Pro-Ceta-Kurs erhalten.

Gabriel hatte die Delegierten unter anderem mit der zusätzlichen Auslegungserklärung überzeugt. In dieser Erklärung werden umstrittene Teile des Vertragstextes interpretiert. Dies gilt etwa für die Möglichkeit von Investoren, gegen Staaten vor einem Investitionsgericht Schadenersatz einzuklagen, wenn sie Investitionen durch Regeländerungen

behindert sehen. Durch die Zusatz-erklärung könne aber „keine Änderung einzelner Vorschriften oder Vertragsinhalte herbeigeführt werden“, schreibt Jurist Krajewski.

„Die Bewertung lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Die hektischen Rettungsversuche von Herrn Gabriel für Ceta sind auf ganzer Linie unglaubwürdig“, sagte Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter. „Gabriels nachträgliche Erklärung zu Ceta entpuppt sich immer mehr als Luftnummer“, fügte Grünen-Expertin Katharina Dröge hinzu. „Die Kurzbewertung von Professor Krajewski macht deutlich: Gabriels Nachbesserungen sind unverbindlich und stecken voller nichtssagender Phrasen.“

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016, S. 7

Thyssen-Krupp soll weiblicher werden

Der Konzern will mehr Frauen in Führungspositionen – auch als Strategie gegen „Betriebsblindheit“

Von Ulf Meinke

Essen. Die Vorstandsriege von Thyssen-Krupp bietet noch das gewohnte Bild: vier Stellen, vier Männer. Auch wenn sich die Zusammensetzung des wichtigsten Gremiums im Unternehmen wohl nicht so schnell ändern wird, soll bei Thyssen-Krupp der Anteil von Frauen an der Spitze spürbar steigen. „Wir wünschen uns mehr Frauen in Führungspositionen“, sagt die zuständige Personalmanagerin Barbara Thiel. Vor fünf Jahren seien bei Thyssen-Krupp nur rund sechs Prozent der Führungsstellen von Frauen besetzt worden. Heute sind es etwas mehr als zehn Prozent. Bis zum Jahr 2020 sollen es 15 Prozent werden. Zur Einordnung: Als Führungskräfte gelten bei Thyssen-Krupp etwa 1800 der weltweit 155 000 Beschäftigten. Derzeit liegt auch der Anteil von Frauen in der gesamten Belegschaft bei rund 15 Prozent.

Als Ingenieurkonzern beschäftigt Thyssen-Krupp traditionell vergleichsweise wenige Frauen. Neben dem Stahl prägen Geschäfte mit Aufzügen, Autoteilen, U-Booten und Industrieanlagen das Bild des Konzerns. Die Personalmanagerin Barbara Thiel soll nun dafür sorgen, dass die Belegschaft vielfältiger wird. „Ich bin nicht die Frauenbeauftragte von Thyssen-Krupp“, betont sie im Gespräch mit unserer Redaktion. „Vielfältig wird eine Belegschaft auch durch eine gemischte

Altersstruktur, Internationalität, unterschiedliche Kompetenzen oder Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.“

Eine vielfältige Belegschaft helfe dabei, wirtschaftlich erfolgreich zu sein, sagt Thiel. „Viele Studien zeigen: Je unterschiedlicher die Zusammensetzung eines Teams ist, desto erfolgreicher ist es. Wenn alle Menschen in einem Unternehmen gleich ticken, führt das zuweilen zu Betriebsblindheit.“

Doch wie soll die Belegschaft weiblicher und vielfältiger werden? Auf starre Vorgaben für die Personalverantwortlichen im weit verzweigten Firmengeflecht von Thyssen-Krupp verzichtet die Zentrale jedenfalls. Wichtiger sei, dass das Thema „in vielen Köpfen angekommen“ sei, sagt Barbara Thiel. Klar sei auch: „Wir wollen keine Quoten-Frauen. Eingestellt wird, wer die beste Qualifikation hat. Wir stellen aber sicher, dass Frauen dabei nicht mehr übersehen werden.“

Es gehe generell darum, die Vielfalt im Unternehmen zu fördern. „Wir neigen dazu, Menschen einzustellen, die uns ähnlich sind“, gibt die Personalmanagerin zu bedenken. „Das ist aber keine Garantie dafür, den besten Bewerber zu bekommen. Wir ermutigen die Personalverantwortlichen dazu, auch Menschen einzustellen, die keinen Standard-Lebenslauf haben.“ Zu

einer toleranten Arbeitswelt gehöre auch, Mitarbeiter dabei zu unterstützen, sich offen zu ihrer sexuellen Orientierung zu bekennen, fügt

Thiel hinzu. „Für uns ist es selbstverständlich, dass auch lesbische, schwule, bi- oder transsexuelle Mitarbeiter einen Platz bei Thyssen-Krupp haben.“

Elternzeit in Führungsposition

Barbara Thiel ist 44 Jahre alt, verheiratet und Mutter eines 14 Monate alten Sohnes. Nach der Babypause hat sie ihre Arbeitszeit im Konzern Stück für Stück aufgestockt. Derzeit arbeitet sie auf einer 80-Prozent-Stelle. Die Juristin ist seit dem Jahr 2008 bei Thyssen-Krupp. Zuvor hat sie unter anderem bei einer Großkanzlei, einer Versicherung und einer Start-up-Firma gearbeitet.

„Wir wollen, dass Kinder und Karriere miteinander vereinbar sind“, sagt die Managerin. „Deshalb ermöglichen wir Arbeit im Home-Office, wir haben zum Beispiel am Konzernsitz eine Betriebskita und ein Eltern-Kind-Büro.“ Zur Vielfalt gehöre im Übrigen auch, Männer zu unterstützen, die sich mehr um ihre Kinder kümmern wollen. „Vor ein paar Jahren wären Männer, die Elternzeit nehmen, noch schräg angeguckt worden“, erzählt Thiel. „Das hat sich mittlerweile geändert. Auch Elternzeit in einer Führungsposition ist akzeptiert.“

Rheinische Post vom
15.10.2016, S. 2

Kaiser's-Retter Gabriel?

VON GEORG WINTERS

Es mutet schon seltsam an: Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, dessen fragwürdige Ministererlaubnis das wahre Kaiser's-Drama erst heraufbeschworen hat, wird nun als möglicher Retter ins Spiel gebracht, der die Streithähne in allerletzter Sekunde versöhnen soll. Gabriel würde die Rolle bestimmt nur zu gern ausfüllen. Ein SPD-Chef, der den Karren aus dem Dreck zieht und wie angekündigt 16.000 Arbeitsplätze rettet – wäre das nicht eine tolle Perspektive für das Wahljahr 2017? Wie lange die Jobgarantie tatsächlich reichen würde, ist egal. Hauptsache, sie hält bis nach der Wahl.

Wie Gabriel den Frieden herstellen soll, bleibt indes unklar. Ökonomisch betrachtet, hat sich nämlich nichts verändert. Die Kontrahenten liegen meilenweit auseinander, persönliche Animositäten erschweren eine Einigung zusätzlich. Aber sie dürfen keine Rolle spielen. Jeder, der an die soziale Verantwortung anderer appelliert und ein Handeln im Interesse der Belegschaft fordert, sollte sich erstmal an die eigene Nase fassen und fragen, ob er schon alles Mögliche getan hat, um Kaiser's zu retten.

Rheinische Post vom 15.10.2016, S. 10

NRW fordert Deckelung der EEG-Umlage

Gemeinsam mit Bayern will das Land den Beitrag zur Energiewende für Verbraucher und Unternehmen dauerhaft bei 6,5 Cent pro Kilowattstunde deckeln. Die fehlende Summe soll aus einem sogenannten „Streckungsfonds“ kommen.

VON BIRGIT MARSCHALL

BERLIN Die Stromverbraucher müssen zur Förderung von Strom aus Windkraft und Sonne auch im kommenden Jahr tiefer in die Tasche greifen: Die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) steige 2017 von derzeit 6,35 Cent auf 6,88 Cent pro Kilowattstunde, teilen die Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz, Amprion, Tennet und TransnetBW gestern mit. Die Ökostrom-Umlage zahlen Verbraucher über die Stromrechnung.

Die EEG-Umlage wird als Differenz zwischen dem Preis, den Stromerzeuger für ihren Strom bekommen, und den garantierten Abnahmepreisen für Ökostrom berechnet. Je niedriger der Börsenpreis, den Energiekonzerne zahlen müssen, desto höher die Umlage.

Experten befürchten für die Jahre bis 2020 und danach weiter deutlich steigende Strompreise wegen des weiteren Anstiegs der EEG-Umlage. Dies liegt weniger daran, dass die

Anlagen aus erneuerbaren Energien ineffizient sind – im Gegenteil, die Kosten der eigentlichen Stromproduktion nehmen durch sie deutlich ab. Allerdings steigt die Differenz des Börsen-Strompreises zu den staatlich garantierten Vergütungen, die Ökostrom-Produzenten mit älteren Anlagen erhalten. Zudem nehmen die Netzentgelte zu.

Die Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern wollen verhindern, dass steigende Strompreise den Wirtschaftsstandort unattraktiver machen. Die Wirtschaftsminister der Länder, Garrelt Duin (NRW, SPD) und Ilse Aigner (Bayern, CSU), haben daher eine gemeinsame Initiative gestartet: Sie wollen die EEG-Umlage für Verbraucher und Unternehmen dauerhaft bei 6,5 Cent pro Kilowattstunde deckeln. Die Summe, die zusätzlich für die Finanzierung des Ökostroms nötig ist, soll

aus einem so genannten „Streckungsfonds“ kommen, der neu eingeführt werden soll. Dieser Fonds soll einen Kredit aufnehmen. Das Fondsvolumen werde in der Spitze 29 Milliarden Euro im Jahr 2029 erreichen, sagten Duin und Aigner in Berlin. Danach würden die Kosten für den Ökostrom stark abnehmen, sodass der Kredit aus der EEG-Umlage bis 2038 wieder abbezahlt sein werde. Das habe das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in einem Gutachten für die Länder errechnet.

Beide Länder wollen nun bei anderen Ländern für dieses Modell werben. Auch der Bund muss noch überzeugt werden, denn der Streckungsfonds soll als Fonds des Bundes firmieren. Der Fonds wäre ein weiterer neuer Schattenhaushalt. Die Bundesländer würden erstmals im November über den Vorschlag beraten, hieß es in Berlin.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016, S. 17

Nahles schlägt Pflöcke in der Rentenpolitik ein

Bis November will die Sozialministerin ihr Konzept fertig schreiben. Nicht alles, was im Koalitionsvertrag steht, wird am Ende auch Gesetz werden.

Von Kerstin Schwenn

BERLIN, 16. Oktober. Die elektronische Mitteilung aus dem Ministerbüro von Andrea Nahles (SPD) kam vor dem Wochenende kurz und bündig: Die für den 20. Oktober anberaumte Sitzung des „Rentendialogs“ werde auf den 31. Oktober verschoben, hieß es. Auf eine Begründung verzichtete die Gastgeberin. Die Eingeladenen vermuten hinter der Planänderung die Absicht der Ministerin, sie wolle der Expertenrunde aus Tarifparteien, Wissenschaft und Politik am letzten Oktobermontag schon die Kernpunkte ihres Renten-Gesamtkonzepts vorstellen. Der Öffentlichkeit ist jenes Vorhaben bislang für November angekündigt.

Nahles' Aufgabenheft zur Alterssicherung ist zuletzt immer dicker geworden. Zum einen sollen die Aufträge aus dem Koalitionsvertrag erledigt werden: die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Betriebsrenten, die Angleichung der Ostrenten sowie die „Lebensleistungsrente“, der Aufschlag für Geringverdiener nach einem langen Arbeitsleben. „Handlungsbedarf“ entdeckte die Politik indes noch an anderen Stellen: Um Altersarmut zu vermeiden, werden neue Vergünstigungen für Langzeitarbeitslose und Erwerbsgeminderte diskutiert sowie eine Versicherungspflicht für Selbständige, die oft nicht genug für das Alter vorsorgen. Schließlich wird von Nahles eine Antwort erwartet auf die Frage, wie sich das Rentenniveau nach dem Jahr 2030 entwickeln soll.

In ihrem „Gesamtkonzept“ wird die SPD-Politikerin aller Voraussicht nach auf alle diese Themen eingehen – grundsätzlich im Einvernehmen mit dem Koalitionspartner. Denn zwischen Union und SPD scheint es seit der letzten Koalitionsrunde Anfang Oktober den Konsens zu geben, den Dauerbrenner „Rente“ – anders als vor vier Jahren – aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Immer neue Vorschläge und Szenarien und Streit darüber verunsicherten die Wähler, heißt es, das aber nutzte nur der Linken und der AfD.

Allerdings wird wohl nur ein Teil der Ideen, die Nahles vorschweben, noch in dieser Wahlperiode Gesetz werden. Einig sind sich die Fachleute in den Koalitionsfraktionen, dass die Ministerin die „verlässliche Haltelinie“ für das Rentenniveau, also eine gesetzliche Untergrenze für das Verhältnis von Durchschnittsrente und Durchschnittseinkommen eines Ar-

beitnehmers, kaum noch bis Mitte 2017 ins Gesetzblatt bringen wird: Technisch wäre es relativ leicht möglich, die bisher für 2030 geltende Untergrenze von 43 Prozent bis 2040 fortzuschreiben. Selbst die Arbeitgeber signalisieren Zustimmung für einen solchen Schritt. Nahles hat bisher noch keine Zahl genannt. Die Arbeitgeber dringen überdies auf eine „Haltelinie“ auch für den Beitragsatz für die Zeit nach 2030. Nahles hat schon angekündigt, dass die Grenze von 22 Prozent schon 2031 übertroffen werden dürfte.

Einen konkreten Gesetzentwurf will die Ministerin Ende Oktober für die betriebliche Altersversorgung vorlegen. Das neue Betriebsrentenstärkungsgesetz, das Arbeits- und Finanzministerium zusammen erarbeitet haben, ist so gut wie fertig; gefeilt wird noch an Details. Die Regierung plant danach einen Zuschlag auf die Betriebsrente durch den Arbeitgeber für Geringverdiener mit einem Einkommen von bis zu 2000 Euro monatlich. Der Zuschlag soll maximal 450 Euro im Jahr betragen; 30 Prozent davon sollen sich die Arbeitgeber beim steuerlichen Jahresausgleich zurückholen können. Unternehmen sollen Betriebsrenten künftig auch unter reinen Beitragszusagen ohne garantierte Leistungshöhe anbieten können, falls ein Tarifvertrag das vorsieht. Außerdem soll die steuerliche Förderung verbessert werden: Arbeitnehmer sollen künftig 7 statt 4 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung steuer- und sozialabgabenfrei in Form der Entgeltumwandlung für ihre Betriebsrente einzahlen können. Dies soll auch für Abfindungen bis zu 40 000 Euro gelten. Wer über eine Betriebsrente (oder Riester- oder Rürup-Rente) vorsorgt, hat künftig davon selbst dann etwas, wenn er im Alter auf Grundsicherung angewiesen sein sollte: Das Gesetz sieht hier einen Freibetrag von 100 Euro vor.

Intern haben sich die Koalitionäre den 23. November als Kabinettstermin für das Betriebsrentengesetz notiert. Möglicherweise könnte das Kabinett am selben Tag auch die Angleichung des Rentenrechts in Ost und West beschließen. Nahles hat im Sommer eine Angleichung des Rentenwerts Ost in zwei Schritten an das Westniveau vorgeschlagen sowie zugleich eine Abschaffung der Höherwertung, die Ostrentner im Moment privilegiert. Zwei Punkte sorgen für Streit: die Finanzierung der 7,5 Milliarden Euro, die die kräftige Rentenerhöhung für die Rentner in den neuen Ländern kostete – entweder über Steuern oder aus der Rentenkasse. Besonders ostdeutsche Unions-Politiker wie die Ministerpräsidenten Reiner Haseloff und Stanislaw Tillich wenden sich zudem beharrlich gegen das

Ende der Höherwertung zu Lasten der ostdeutschen Arbeitnehmer, die im Schnitt immer noch weniger verdienen als ihre Kollegen in den alten Ländern.

Für einen Kompromiss spricht, dass Kanzlerin Angela Merkel mehrmals erklärt hat, dass ihr eine Angleichung des Rentenrechts wichtig ist. Erschwert wird eine Einigung jedoch durch CSU-Chef Horst Seehofer, der die Ostrenten im letzten Koalitionsausschuss mit seiner Forderung verknüpfte, die Renten für Mütter vor 1992 geborener Kinder abermals aufzustocken. Die Zusatzkosten von rund 6,5 Milliarden Euro jährlich stoßen indes auf energischen Widerstand bei CDU und SPD. In der nächsten Koalitionsrunde wird eine Einigung angepeilt.

Wenig Chancen hat derweil noch die „Lebensleistungsrente“, der noch von Ursula von der Leyen beförderte Aufschlag für Geringverdiener, die lange in die Rentenkasse eingezahlt und privat vorgesorgt haben – und trotzdem nur eine Rente auf Grundsicherungsniveau bekommen. Die Vermischung von Fürsorge- und Versicherungsleistung findet inzwischen in der CDU nicht mehr viel Anklang, die bayerische CSU-Landesregierung hat sogar einen Kabinettsbeschluss dagegen gefasst. Nahles macht keinen Hehl daraus, dass sie die Lebensleistungsrente nicht gutheißt. Gleichzeitig ist ihr bewusst, dass von ihr ein Ersatz erwartet wird, zum einen eine Anerkennung für die Geringverdiener, zum anderen Maßnahmen, die der Altersarmut von gefährdeten Personengruppen wie Erwerbsgeminderten und (Solo-)Selbständigen entgegenwirken.

Wenig Chancen werden einer neuen Selbständigenrente beigemessen, weil sich Union und SPD nicht darauf einigen können, ob die Selbständigen verpflichtet werden sollen, in die gesetzliche Rentenkasse einzuzahlen – oder ob sie in der Entscheidung für die Art der Vorsorge ein Wahlrecht haben sollen. Etwas wahrscheinlicher ist hingegen, dass sich die Koalitionäre auf die Anerkennung für langjährig beschäftigte Geringverdiener einigen. Im Gespräch sind die (vorübergehende) Wiederbelebung der einst abgeschafften Rente nach Mindestentgeltpunkten, in der Beschäftigungszeiten aufgewertet werden, oder aber ein Zuschlag auf die Grundsicherung von 50 Euro.

Für noch dringender hält Nahles, wie sie im letzten „Rentendialog“ am 4. Oktober andeutete, weitere Verbesserungen für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können und daher mit schmalen Renten auskommen müssen. Sie prüft deswegen zurzeit eine Erhöhung der Erwerbsminderungsrente. Heute unterstellt die Rentenversicherung, die Erwerbsgeminderten hätten bis zu ihrem 62. Lebensjahr gearbeitet, auch wenn sie früher in den Ruhe-

stand gehen mussten. Diese Zurechnungszeit ist gerade erst von 60 auf 62 Jahre heraufgesetzt worden. Nahles erwägt nun eine Erhöhung auf 65 Jahre. Sie selbst beziffert die Kosten auf 3 Milliarden Euro im Jahr. Sollte die Union nicht mitspielen bei dem Vorschlag, dürfte das „Gesamtkonzept“ nahtlos ins Wahlprogramm übergehen.

Handelsblatt vom 17.10.2016, S. 12

Zweifel an der Schuldenbremse

Trotz aller Hilfen vom Bund: Eine große Mehrheit der 16 Länder glaubt nicht, dass sie **ab 2020 ohne Schulden auskommt.**

Martin Greive, Jan Hildebrand Berlin

Es gibt viele Synonyme, die man auf den Fluren des Bundesfinanzministeriums für die 16 Bundesländer hört, freundlich sind die wenigsten. Von „Wegelagerern“ ist die Rede oder von einer „kriminellen Vereinigung“. Der Unmut richtet sich gegen die Angewohnheit der Länder, ständig Geld vom Bund zu fordern und sich jeden Kompromiss teuer bezahlen zu lassen.

Am Freitag waren die Ministerpräsidenten erneut erfolgreich. Nach jahrelangem Ringen einigten sie sich mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) auf eine Reform des föderalen Finanzsystems. Die Länder bekommen ab dem Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro mehr vom Bund. Bis 2030 steigt der Betrag sogar auf 13 Milliarden Euro. Es ist das x-te Zugeständnis, das Schäuble an die Länder machen muss. Nach einem Bericht des Bundesrechnungshofs entlastet der Bund die Länder und Kommunen in den Jahren 2014 und 2015 um 266 Milliarden Euro. Die finanzielle Großzügigkeit wird auch damit begründet, dass die Länder ab 2020 die Schuldenbremse einhalten müssen, die ihnen Defizite verbietet.

Doch die Rechnung scheint nicht aufzugehen. Denn trotz des Geldsegens glauben Landespolitiker, dass die große Mehrheit der 16 Bundesländer 2020 die in der Verfassung verankerte Schuldenregel brechen wird. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) unter allen deutschen Landesparlamenten, die dem Handelsblatt exklusiv vorliegt. Lediglich vier Bundesländern - Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Sachsen - trauen die Landespolitiker mehrheitlich zu, 2020 die schwarze Null zu erreichen. Ebenso bedenklich: Mehr als die Hälfte aller Landespolitiker rechnet nicht damit, dass ein Verfassungsbruch überhaupt Konsequenzen haben würde. An der Umfrage beteiligte sich mit 669 Abgeordneten mehr als ein Drittel aller Landesparlamentarier.

Bessere Finanzlage der Länder

Bund und Länder hatten die Schuldenbremse im Jahr 2009 beschlossen, um den Anstieg der Staatsschulden endlich zu begrenzen. Für den Bund gilt die Regel schon jetzt, für die Länder ab Beginn des kommenden Jahrzehnts. Schon in einer ersten ZEW-Umfrage im Jahr 2012 hatten sich Landespolitiker skeptisch gezeigt, dass die Länder die Schuldenbremse einhalten kön-

nen. Damals standen sie aber auch unter dem Schock der Finanzkrise, die tiefe Löcher in ihre Haushalte gerissen hatte.

Seitdem hat sich die Finanzlage der Länder deutlich verbessert. Im Jahr 2015 machten bereits elf der 16 Länder keine neue Schulden. Und auch wenn die Abgeordneten vor dem Bund-Länder-Kompromiss befragt wurden; sie wissen schon lange, dass ihnen der Bund ab 2020 viele Milliarden zusätzlich überweisen wird. Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, dass die Abgeordneten in der neuen Umfrage ähnlich skeptisch sind wie vor vier Jahren. „Die Landesparlamentarier glauben offenbar nicht, dass die aktuell günstige Finanzlage durch hohe Steuereinnahmen und Nullzinsen bis 2020 und darüber hinaus fortgeschrieben werden kann“, sagt ZEW-Forscher Friedrich Heinemann. Er hält das für nachvollziehbar: „Diese Skepsis ist berechtigt angesichts hoher zukünftiger Pensionslasten, die auf die Länderhaushalte zurollen.“

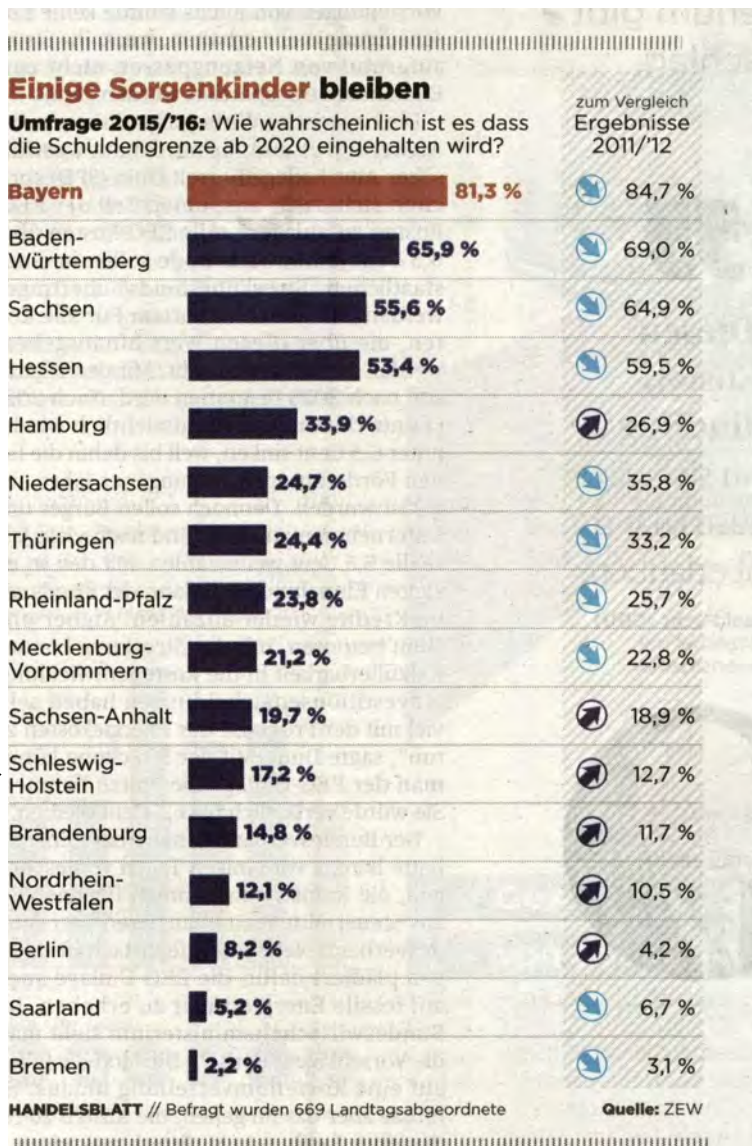
Während die Abgeordneten dem eigenen Land überwiegend zutrauen, die Schuldenbremse einzuhalten, glauben sie das für zwölf der 16 Länder nicht. Besonders die kleinen, hochverschuldeten Länder werden laut Umfrage die Schuldengrenze übersteigen. Gerade einmal 2,2 Prozent aller Landespolitiker glauben, dass Bremen die Schuldenbremse einhält. Beim Saarland sind es nur 5,2 Prozent, bei Berlin acht Prozent. Auch bei Deutschlands einwohnerstärkstes Bundesland, Nordrhein-Westfalen, sind die Abgeordneten skeptisch: Nur zwölf Prozent und

damit zwei Prozentpunkte mehr als 2012 glauben, NRW werde ab 2020 tatsächlich keine neuen Schulden mehr machen. Deutschlands Südländer werden dagegen laut Umfrage die Schuldenbremse einhalten: 81 Prozent aller Landespolitiker sind überzeugt, dass Bayern dies schaffen wird. Bei Baden-Württemberg sind es 66, bei Sachsen 56 Prozent.

Insgesamt finden die Abgeordneten die Schuldenbremse gut. 87 Prozent finden das Einhalten der Regel erstrebenswert. „Die Schuldenbremse genießt abstrakt eine große Unterstützung der Parlamentarier“, sagt Heinemann. „Das bedeutet aber nicht, dass jeder Parlamentarier politisch unpopulären Sparbeschlüssen zustimmen würde.“ Ein Beispiel ist Bremen. Der Stadtstaat hat schon eine Haushaltsplanung vorgelegt, die auch für das Jahr 2020 neue Schulden vorsieht. Die Flücht-

lingskrise laste zu sehr auf dem Etat, argumentiert Bürgermeister Carsten Sieling (SPD), der sein umstrittenes Vorgehen mit einem verfassungsrechtlichen Gutachten flankiert hat. Sollten Bremen und andere Länder 2020 die Schuldenbremse tatsächlich brechen, rechnen nur wenige Landespolitiker mit Konsequenzen. Rund 30 Prozent erwarten in diesem Fall Ausgleichszahlungen anderer Länder, 22 Prozent eine Lockerung der Schuldenbremse. Nur 25 befürchten Sanktionen. „Es zeigt sich, dass das Fehlen von Sanktionen eine Achillesferse der Schuldenbremse ist“, sagt Heinemann.

Das sieht auch Finanzminister Schäuble so. Immerhin konnte er bei der Einigung am vergangenen Freitag durchsetzen, dass der Stabilitätsrat, der über die Einhaltung der Schuldenbremse wacht, mehr Kompetenzen erhält. Die Details müssen noch geklärt werden, die Entlastungen für die Länder stehen hingegen weitgehend fest. Die starken Länder müssen den schwachen künftig nicht mehr so stark helfen. Stattdessen zahlt der Bund über die Umsatzsteuer mehr. Ebenfalls ist vorgesehen, dass die Länder ab 2020 ihre bestehenden Schulden mit dem Bund zusammen refinanzieren können - und damit von seinen günstigeren Zinskonditionen profitieren.



Handelsblatt vom 17.10.2016, S. 19

Bund-Länder-Finzen

16 zu null



Für Finanzminister Schäuble ist die Einigung mit den Ländern auf eine Finanzreform eine teure Niederlage, meint **Jan Hildebrand**.

Wer aus den jahrelangen Verhandlungen um eine Reform der Bund-Länder-Finzen als Sieger und wer als Verlierer hervorging, wurde bei der Präsentation der Einigung schnell deutlich. Reiner Haseloff (CDU), Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, bewertete das Ergebnis als „mindestens eine Eins minus“. Seine Länderkollegen waren nicht weniger euphorisch. Sie haben einen Sieg auf Kosten eines Dritten eingefahren: des Bundes. Kein Wunder, dass Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sich der positiven Benotung nicht anschließen wollte.

Schäuble war Anfang der Legislaturperiode mit dem hohen Ziel angetreten, den verworrenen Finanzausgleich transparenter und einfacher zu machen. Ihm schwebte eine grundlegende Reform vor, ein großer Wurf. Daraus ist nichts geworden. Schäuble ist am Widerstand der Länder gescheitert, die nur ein Ziel verbunden hat: Keines von ihnen sollte nach Auslaufen des Solidarpakts 2019 finanziell schlechter gestellt werden. Dieses Rechenkunststück muss Schäuble mit der Zusage großzügiger Finanzhilfe vollbringen.

Die Länder erhalten vom Bund ab dem Jahr 2020 zusätzlich 9,5 Milliarden Euro jährlich. Über die Jahre wird die Summe bis 2030 auf 13 Milliarden Euro ansteigen. Der bisherige Finanzausgleich zwischen starken und schwachen Ländern wird weitgehend abgeschafft. Stattdessen muss der Bund die Länder über die Umsatzsteuer alimentieren. Genau das wollte Schäuble eigentlich verhindern.

Schäuble ist damit auch gescheitert, weil er zu wenige Verbündete hatte. Die Länder standen geschlossen. Schäuble hatte außer einigen Finanzpolitikern aus den Koalitionsfraktionen kaum Unterstützer. Und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wollte unbedingt eine Einigung. Sie wollte Handlungsfähigkeit demonstrieren, vor allem aber wollte sie einen Konflikt mit Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) abräumen. Davon gibt es schließlich ohnehin zu viele. Da mussten Schäubles finanzielle und systemische Bedenken zurückstecken.

Ein wenig trösten kann sich der Finanzminister: Er hat den Ländern eine Infrastrukturgesellschaft abgerufen, die künftig für Bau und Betrieb der Fernstraßen im Lande zuständig sein soll - bisher war das Aufgabe der Länder, obwohl der Bund dafür zahlt. Zudem darf Schäuble künftig Kommunen direkt helfen, wenn es um Investitionen in Schulen geht. Gegen diese Kompetenzabgaben, für die Grundgesetzänderungen notwendig sind, hatten sich viele Länder lange erbittert gewehrt. Dabei sind sie dringend notwendig: Dort, wo der Bund zahlt, muss er mehr Mitsprache haben. Dass Schäuble dieses Prinzip an einigen Stellen durchsetzen konnte, ist gut. Doch das musste er sehr teuer erkaufen.

Der Autor ist stellvertretender Leiter des Hauptstadtbüros. Sie erreichen ihn unter: hildebrand@handelsblatt.com

**Rheinische Post vom
17.10.2016, S. 2**

Verfall des Föderalismus

VON MARTIN KESSLER

Wenn eine Regelung nur Gewinner hat, muss man als Bürger wachsam sein. Den neuen Finanzpakt zwischen Bund und Ländern haben alle – von der Kanzlerin bis zu den Ministerpräsidenten – begeistert gefeiert. Kein Wunder: Merkel ist ein heikles Thema noch rechtzeitig vor dem CDU-Parteitag losgeworden. Die Chefs und Chefinnen der Bundesländer bekommen jede Menge Geld.

Doch sie zahlen dafür – vom Bürger unbemerkt. Denn der Bund hat im Gegenzug wieder einmal neue Kompetenzen an sich gerissen. Forschungsministerin Wanka lockt die Schulen mit Milliarden für die digitale Bildung. Die Autobahnverwaltung geht in die Hände des Bundes über. Und beim sozialen Wohnungsbau bestimmt Berlin über die Mittelvergabe.

Wieder haben die Länder an Handlungsspielraum eingebüßt. Wieder haben sich die stolzen Ministerpräsidenten politisch verzweigt. Das Dilemma ist, dass die Träger unseres Staatsgebildes, die Länder, finanziell mehr und mehr von der Zentrale abhängig sind und im ureigenen Terrain immer weniger bestimmen. So verfällt der Föderalismus.

Süddeutsche Zeitung vom 17.10.2016, S. 4

Das Versagen der Länder

VON JOACHIM KÄPPNER

Gerhard Schröder sagte als Bundeskanzler einmal über die komplexen Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen: Es gebe nur wenige Experten, die das System verstünden; die aber seien außerstande, es zu erklären. Und die Politiker, die es erklären müssten, verstehen es eigentlich nicht. Man fühlte sich am Wochenende an dieses Bonmot erinnert. Alle Beteiligten des Kompromisses zwischen Bund und Ländern, der das Ende des alten Länderfinanzausgleiches bedeutet, stellen sich als Sieger hin, und das Publikum rätselt.

So viel ist klar: Finanztechnisch ist eher der Bund, politisch ist der Bundesfinanzminister der Verlierer des langen Streits mit den Ländern ums Geld. Keinem Land wird es schlechter gehen, im Gegenteil. Der Bund erhält zwar zusätzliche Kompetenzen, doch anstelle der reichen Länder wird nun er viele zusätzliche Milliarden in die armen pumpen müssen. Die Frage ist aber, ob die Kategorien von Sieg und Niederlage hier passen und ob das, was da eigentlich beschlossen wurde, zum allgemeinen Wohle ist. Denkt man zurück, was das Grundgesetz eigentlich wollte – dann ist der neue Finanzpakt so übel nicht und bei allen Mängeln im Detail gewiss besser als der alte.

Der bisherige Finanzausgleich ist ein Irrgarten des Föderalismus

Eigentlich hatte die Verfassung mit dem Länderfinanzausgleich ein System der Solidarität schaffen wollen, in dem die Stärkeren die Schwächeren finanziell mittragen. Aber es mutierte mit den Jahrzehnten zum Monster, undurchschaubar, schwerfällig, unpräzise, und vor allem: zu wenige Zahler. Vor allem Bayern und Baden-Württemberg überwiesen am Ende zu viele Milliarden an zu viele Empfänger.

Die CSU schürte das Thema, um sich und Bayern einmal mehr als Vorbild aufzudrängen: Schaut her, ihr Versager, so geht ordentliches Wirtschaften. Nicht so gern erwähnten die Bayern, dass sie selber einst Kostgänger der Nettozahler von Rhein und Ruhr waren, als dort die Schlotte noch rauchten. Ganz falsch ist der Vorwurf nicht, dass die Reichen die Solidarität verweigerten. Freilich hat sich in manchen Nehmerländern längst eine Haltung vorwurfsvollen Forderns, ja des Undanks ausgebreitet. Es vergrößerte die Spendierfreude in Süddeutschland gewiss nicht, wenn sich ausgerechnet Berlin, wo man Nehmen ohnehin für seliger denn Geben

hält, als „arm, aber sexy“ selbst feierte. Entscheidender noch als die Entfremdung zwischen Zahlern und Empfängern war: Der Finanzausgleich hielt immer weniger, was er versprochen hatte.

Viel Geld floss, aber je komplizierter und umkämpfter das System wurde, desto weniger bewirkte es. Das Gefälle zwischen Boom-Regionen und verödenen Landstrichen wird größer (und dass es in Süditalien oder Nordengland noch schlimmer aussieht als in Hagen oder der Uckermark, ist schwerlich ein Trost). Die Bundesländer, stets begierig, weniger zu zahlen oder mehr ausgezahlt zu bekommen, gaben ihrerseits zu wenig an die Gemeinden weiter, die es am dringendsten gebraucht hätten.

All das umverteilte Geld hat nicht verhindert, dass etliche Städte des armen Westens verkommen. Es hat nichts daran geändert, dass Bürger dort schon über „No-go-Areas“ klagen, wo selbst die Polizei nur noch in Mannschaftsstärke auftauche. Daran mag manches übertrieben sein. Aber wenn so viele Kommunen ohne eigene Schuld außerstande sind, aus eigener Kraft auf die Füße zu kommen, kann das System nicht viel taugen, das es so weit kommen ließ.

Es war auch eine Illusion, möglichst breite Umverteilung werde möglichst viel Gleichheit und Gerechtigkeit schaffen. Der Finanzausgleich bleibt zwar nötig, damit schwache Länder nicht den Anschluss verlieren. Er soll weiterhin ermöglichen, was die US-Verfassung „pursuit of happiness“ nennt: faire Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Menschen ihr Glück selbst machen können. Aber es ist nicht Aufgabe des Staates, allen gleichermaßen dieses Glück zu verschaffen.

Es gibt also wenig Grund, dem alten Länderfinanzausgleich nachzutruern. Künftig kann der Bund Kommunen und Regionen direkt unterstützen und gezielter helfen. Die Kompetenzen sind klarer. Reiche Länder müssen weniger zahlen, die armen haben mit dem Bund den verlässlicheren Ansprechpartner. Aber bedeutet das nicht: weniger Föderalismus, mehr Zentralgewalt?

Exakt, und das ist auch besser so. Der alte Finanzausgleich war der Irrgarten des Föderalismus. Seine Hecken wucherten und trieben die tollsten Blüten, nur – der Weg zum Ziel war im Gestrüpp verborren. Jetzt haben sie den Irrgarten zurechtgestutzt – was ein beruhigender Beleg ist, dass die Politik so handlungsunfähig doch nicht sein mag, wie die Lamentierer und Demokratiemüden behaupten.

**Aachener Nachrichten vom
15.10.2016, S. 2**

Geld und Macht

Erbschaftsteuer: Privilegien für Firmenerben bleiben

► **JOACHIM ZINSEN**

Wer reich an Geld ist, ist auch reich an politischer Macht. Der Satz mag wie ein abgedroschenes Klischee klingen. Er hat sich aber bei der gestern vom Bundesrat endgültig verabschiedeten Reform der Erbschaftsteuer wieder einmal bestätigt.

Auch künftig werden also Erben von Firmen vielfach keinen Cent Steuern zahlen müssen. Das gilt nicht nur bei der Übernahme von kleinen Handwerksbetrieben – was sich in einzelnen Fällen ja vielleicht sogar noch rechtfertigen ließe. Nein, selbst wer millionenschwere Konzerne übertragen bekommt, darf sich weiter über steuerliche Privilegien freuen.

Zu verdanken haben das die Reichen und Superreichen einer intensiven Lobbyarbeit, einer CSU, die sich im Gesetzgebungsverfahren wie der verlängerte Arm der Unternehmerverbände aufgeführt hat, und einem schnell ermatteten Widerstandswillen anderer Parteien. Erst kippte die CDU, dann gab eine von der Union genervte SPD auf und gestern kapitulierten dann auch die Grünen. Noch vor wenigen Wochen hatte die Oppositionspartei im Bundestag lautstark gegen die Steuerregelungen Front gemacht. Dort, wo die an zehn Landesregierungen betei-

igten Grünen aber tatsächlich Macht haben, nämlich im Bundesrat, verzichteten sie nun darauf, von ihrer Sperrminorität Gebrauch zu machen und ließen die Reform passieren.

Politisch überzeugend ist solch ein Einknicken nicht. Aber das müssen die Grünen mit sich selbst ausmachen. Viel schlimmer ist: Mit der neuen Erbschaftsteuerregelung ist wieder einmal eine Chance vertan worden, die wirklich Wohlhabenden stärker an der Finanzierung dringend notwendiger gesellschaftlicher Aufgaben zu beteiligen. Gleichzeitig ist die Reform Wasser auf die Mühlen aller, die in unserer Gesellschaft immer größere Gerechtigkeitslücken ausmachen. Selbst Dreiviertel der deutschen Wirtschaftswissenschaftler, die in ihrer Mehrheit gewöhnlich auf Unternehmerlinie liegen, gaben in einer Umfrage des Ifo-Instituts kürzlich an, die Reform berücksichtige nur „schwach oder sehr schwach“ die Steuergerechtigkeit.

Gerade diesen Aspekt aber wollte das Bundesverfassungsgericht, auf dessen Betreiben die Reform ja erst zustande gekommen ist, gestärkt sehen. Es bleibt also abzuwarten, ob die obersten deutschen Richter sich mit der Novelle zufrieden geben.

► j.zinsen@zeitungsverlag-aachen.de

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.10.2016, S. 1

Zentralisierung

Von Jasper von Altenbockum

Die Länder haben sich, so sehen sie es zu Recht, in den Verhandlungen über die Neuordnung des föderalen Finanzausgleichs durchgesetzt. Was sie nicht wahrhaben wollen: Sie werden diesen Erfolg teuer bezahlen. Nicht mit Geld. Da war der Bund generöser, als es die Reaktionen auf das im Dezember vorgelegte Ländermodell erwarten ließen. Die Summe, die der Bund Jahr für Jahr in den Ausgleich unter den Ländern pumpt, ist weit höher als die ursprünglich zugesagten 8,5 Milliarden Euro, die einen gewichtigen Beitrag dafür leisten sollen, was in Deutschland immer schwieriger wird, nämlich gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.

Bezahlt haben die Länder vielmehr mit Kontrollen, Bindungen und Weisungsrechten des Bundes – kurz: mit einem Verlust an Föderalismus. Steuer schwache Länder werden künftig nicht mit ihresgleichen, den steuerstarken Ländern, darüber verhandeln, was ihnen zusteht; sie drohen über Zuweisungen zum Mündel des Bundes zu werden. Paradox daran ist, dass der Bund auf diese Patronage gar keinen großen Wert gelegt hatte, dass er vielmehr – vor allem in Person des Bundesfinanzministers – ganz auf das Gegenteil hingewirkt hatte, eine Stärkung

der Länder und deren Souveränität. Den Ländern, insbesondere dem stolzen Nordrhein-Westfalen und dem stolzen Bayern, kam es aber vor allem darauf an, künftig nicht mehr als „Geber“ oder „Nehmer“ identifiziert werden zu können, also auf noch weniger Konkurrenz und Wettbewerb, aber auch auf weniger Solidarität als bisher. In ihrer Kraftlosigkeit wirkten die Länder ein wenig wie sechzehn erschöpfte Kälbchen, die sich bereitwillig an die gut gefüllte Futterkrippe ins Gatter treiben lassen. Da werden sie so schnell nicht wieder herauskommen.

Der Länderfinanzausgleich war im Kuchen der nunmehr fast 700 Milliarden Euro Steuereinnahmen nur ein kleines Scheibchen. Aber die gerechte Verteilung der Finanzmittel in der Bundesrepublik ist das Herz des Föderalismus, das nur dann wirklich schlägt, wenn die Länder auf ihre Eigenstaatlichkeit Wert legen – nicht im Sinne von Eigensinn, sondern im Sinne von konkurrierender Größe. Die Verteilungsmechanismen werden nun, mit all ihren Nebenstraßen und Schleichwegen bis in die Kommunen hinein, nicht etwa transparenter. Vielmehr greift in Deutschland auf nationaler Ebene genau das um sich, was auf europäischer Ebene als politischer Brunnenvergifter erkannt wurde: Zentralisierung.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.10.2016, S. 4

Geben und nehmen

Worum ging es in den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über den Finanzausgleich?

FRANKFURT, 14. Oktober

Bund und Länder hatten bis zur letzten Minute erwartet, um eine Einigung über eine neue Ordnung ihrer Finanzbeziehungen herbeizuführen. Die streben sie schon seit Jahren an, weil die Regelungen über den Länderfinanzausgleich und über den Solidarpakt II in drei Jahren auslaufen und die Geberländer Hessen und Bayern eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht hatten. Hätten sich Bund und Länder am Freitag nicht geeinigt, wäre wohl in dieser Legislaturperiode aus dem Projekt nichts mehr geworden – die Grundlage der föderalen Beziehungen und der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland, wie sie im Grundgesetz vorgeschrieben ist, stünde dann auf wackligen Füßen.

Mit der Klage Bayerns und Hessens stand eine der Vorgaben für die Verhandlungen fest: die Geberländer (außer den beiden Ländern sind das zuletzt nur noch Baden-Württemberg und Hamburg gewesen) wollten entlastet werden, also nicht mehr so viel „einzahlen“ in den Finanzausgleich wie bisher. Bayern nannte eine konkrete Summe: Es wollte eine Milliarde Euro weniger beitragen. Im Laufe der ersten Verhandlungsschritte stellte auch Nordrhein-Westfalen eine Bedingung: Es wollte den Stempel des Nehmerlandes ablegen und als Geberland gelten. Grund dafür war der „Umsatzsteuervorwegausgleich“, der deshalb bis zuletzt, auch am Freitag, eine zentrale Rolle spielte. Der Vorwegausgleich bezieht sich auf die Verteilung der Anteile an der Umsatzsteuer unter den Ländern. „Vorweg“ ist davon ein Teil für die besonders finanzschwachen Länder reserviert (de facto die ostdeutschen Länder). Gäbe es diese Sonderregel nicht, erhielte Nordrhein-Westfalen

als bevölkerungsreichstes Land wesentlich mehr Umsatzsteuer und wäre im Finanzausgleich ein Geberland. Je weniger „vorweg“ ausgeglichen wird, desto größer ist am Ende das Volumen des Finanzausgleichs. Das musste vor allem die ostdeutschen Länder argwöhnisch machen, die auch mehr als ein Vierteljahrhundert nach der Einheit wesentlich schwächer sind als die westlichen Länder und Stadtstaaten.

Die 16 Bundesländer fanden im Dezember dennoch eine Lösung: Sie wollten den „engeren“ Finanzausgleich zwischen den Ländern einfach abschaffen und den Ausgleich von steuerschwachen und -starken Ländern allein schon über die Verteilung der Umsatzsteuer bewerkstelligen: die Schwachen bekommen mehr, als ihnen zusteht, entsprechend weniger die „Starken“. Der Vorteil: NRW hätte sein Ziel wenigstens vorübergehend erreicht. Bayern hätte seine Milliarde Euro bekommen, und auch alle anderen Länder, zumal die ostdeutschen, hätten mehr Geld in der Kasse gehabt. Der Nachteil: Die Verteilung wäre intransparenter geworden, der Bund hätte wesentlich mehr Geld in den Ausgleich pumpen müssen (statt der vorgesehenen 8,5 wären es 9,7 Milliarden Euro geworden), und besonders die ostdeutschen Länder hätten umso mehr am Tropf des Bundes gehangen, je stärker die Unterschiede in Deutschland geworden wären.

Noch schwerer wog aber die Ordnungspolitik: Die Länder hätten sich aus ihrer Verantwortung begeben, unter sich solidarisch einen horizontalen Ausgleich auszuhandeln. Der Finanzausgleich hätte sich in eine vertikale Verteilung „von oben“ verwandelt, in dem der Zentralstaat auf Kosten des Föderalismus eine immer dominantere Rolle gespielt hätte.

Der Bundesfinanzminister legte deshalb im September, nachdem auch die Koalitionsfraktionen im Bundestag Einspruch erhoben hatten, einen Gegenvorschlag vor. Der kommt den Ländern insofern entgegen, dass auch er das Gewicht auf eine Neuverteilung der Umsatzsteuer legt – durch einen so starken Ausbau des Vorwegausgleichs, dass im engeren Fi-

nanzausgleich nicht mehr viel verteilt werden müsste. Die Länder waren ähnlich vorgegangen, nur hatten sie den engeren Ausgleich gleich ganz überflüssig gemacht. Im Modell Wolfgang Schäubles tauchten aber die „Geber“ und „Nehmer“ wieder auf, weil es einen Rest an horizontalem Ausgleich unter den Ländern vorzieht. Das musste NRW misstrauisch machen, weil es wieder Nehmer würde – was es rechnerisch allerdings auch im Ländermodell geworden wäre, weil seine Steuerkraft unterdessen weiter gesunken ist. Am Freitag ging es aber vor allem nur noch um eine Frage: Bleibt es konstant bei einem jährlichen Verzicht des Bundes auf 8,5 Milliarden Euro, oder darf die Summe „dynamisch“ steigen? Taschenrechner und Computerprogramme sind bei solchen Verhandlungen deshalb mindestens so wichtig wie das Grundgesetz.

Schäuble machte den Ländern aber auch durch eine Liste von 15 Bedingungen klar, dass der Bund nicht so einfach auf 8,5 Milliarden Euro oder mehr verzichtet. Einer der Punkte musste auf die Länder wie ein Wink mit dem Zaunpfahl wirken, für den Fall, dass sich ihr Modell durchsetzen sollte. Finanzhilfen, Gemeinschaftsaufgaben und Entflechtungsmittel des Bundes sollten umfassende Kontroll- und Weisungsrechte mit sich bringen – einen massiven Ausbau dieser Hilfen bedeutet gerade das Ländermodell.

Schäuble ging sogar noch einen Schritt weiter: „Der Bundesrat fasst Beschlüsse künftig mit einfacher Mehrheit“, schrieb er und forderte außerdem eine „Regionalisierung der Sozialgesetzgebung“. Das wäre eine kleine, durchaus sinnvolle staatspolitische Revolution geworden, aber in den Verhandlungen tauchte sie allenfalls als politisches Folterwerkzeug des Bundes auf – und als eine schwache Erinnerung daran, dass mit der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs auch die Hoffnung darauf verbunden ist, dass Politik in Deutschland künftig einfacher, transparenter und strebsamer werde.

Von Jasper von Altenbockum

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.10.2016 , S. 19

Der Bund zahlt, die Länder geben aus

Von Manfred Schäfers

Nicht jeder Durchbruch ist etwas Gutes. Mediziner wissen es seit langem. Politiker und leider auch Journalisten erwecken zuweilen einen falschen Eindruck. In der Nacht zum Freitag verschickte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff die kurze Mitteilung: „Grundsätzliche Einigung beim Finanzausgleich auf Basis des Ländermodells erreicht. 10.30 Uhr geht’s weiter.“ Der am Morgen in den Nachrichten vermeldete Durchbruch lässt das Schlimmste erwarten.

Was ist passiert? Die Regierungschefs der Länder haben sich durchgesetzt. Ihr Modell sieht vor, die Zahlungen unter den Ländern zum Ausgleich der Steuerkraft abzuschaffen. Mehr Geld wird stattdessen über die Umsatzsteuer verteilt. Und der Bund wird noch mehr in die Rolle des Übervaters geschoben, der großzügig als Geber auftritt. Die Länder scheuen Debatten, welche Länder zahlen und welche kassieren. Man will den Mantel des Schweigens darüber legen und nimmt dafür in Kauf, sich vom Bund aushalten zu lassen.

Finanzminister Wolfgang Schäuble hat sich lange dagegen gewehrt, dass die Länder sich aus der Solidarität stehlen, dass der Bund noch mehr zahlen darf, dass er nicht kontrollieren kann, wie das Geld ausgegeben wird. Der Zeitdruck wurde größer, da der alte Finanzausgleich und der Solidarpakt zugunsten der östlichen Bundesländer 2019 auslaufen. Bundeskanzlerin Angela Merkel wollte das Thema vom Tisch haben – koste es, was es wolle. So haben die Länder erreicht, was sie wollten. Das Ergebnis wird sein, dass die Bürger noch weniger erkennen, welche staatliche Ebene wofür zuständig ist.

Die Ministerpräsidenten sind zufried-

den, dass sie mehr Geld herausgeschlagen haben. Mehr Rechte haben sie nicht erhalten, erstaunlicherweise nicht einmal angestrebt. Darunter leiden vor allem die Landtage. Ihre Abgeordneten können nicht über die Einnahmen bestimmen, da die Steuern in den allermeisten Fällen bundeseinheitlich geregelt sind. Damit ist auch die Ausgabenhöhe fixiert, da vom Jahr 2020 an die Schuldenbremse den Ländern zusätzliche Kredite verbietet. Die meisten Ausgaben sind vorgegeben, entweder durch Bundesgesetze oder durch den Personalbestand. So haben die Mitglieder des Landtags einen schönen Titel, eine ordentliche Vergütung und die Aussicht auf schöne Pensionsansprüche – aber sonst nichts zu vermelden. Und daran wird sich auch nichts ändern.

Wer wissen will, wie es um den Zustand des deutschen Föderalismus steht, sollte den jüngsten Bericht des Bundesrechnungshofs zur Hand nehmen. Die unabhängigen Prüfer beklagen, dass die fortwährenden finanziellen Zugeständnisse des Bundes gegenüber den Ländern und Gemeinden in ihrer Gesamtheit und in den Einzelheiten kaum noch zu überblicken sind. Wenn das schon die Fachleute sagen, die sich tagaus, tagein damit beschäftigen, wie soll der Bürger das noch durchschauen? Die im Grundgesetz vorgenommene Aufgabenverteilung interessiert offenbar keinen mehr: Der Bund finanziert Kindertagesstätten, Mietwohnungsbau und neuerdings die Ausstattung von Schulen mit Computern.

Dahinter steht die Vorstellung, dass es besser ist, wenn sich die Zentrale um eine Aufgabe kümmert, so sie nur wichtig genug ist. Das ist genau das Gegenteil von dem, wofür der Födera-

lismus einmal stand: Nah bei den Men-
Föderalismus und die im
Grundgesetz vorgesehene
Aufgabenverteilung inter-
essieren nicht mehr.

schen wollte man Politik gestalten. Was für den Berliner gut ist, muss für den Bayern noch lange nicht richtig sein. Wie der Bundesrechnungshof nüchtern feststellt, gibt es in den föderalen Beziehungen zu viele Schnittstellen und eine zu starke Tendenz zur Verflechtung von Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Finanzierungszuständigkeiten.

In nur vier Jahren hat der Bund nach der Übersicht des Bundesrechnungshofs 266 Milliarden Euro in Richtung Länder und Kommunen geschoben. Mit dem Kompromiss wird es noch mehr. Die zusätzlichen Überweisungen starten Ende des Jahrzehnts mit 9,5 Milliarden Euro, bis 2030 sollen sie auf 13 Milliarden wachsen. Der Bund soll zudem Hilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen gewähren können – selbst bis in die kommunale Infrastruktur hinein. Der Bund schlüpft also nicht nur in die Rolle des allwissenden Vaters, der seine Länderkinder unterstützt, obwohl diese eigentlich längst erwachsen sein müssten und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten sollten. Als gütiger Opa kümmert er sich künftig auch noch um die Kommunen.

Das alles ist mehr als merkwürdig: Der Bund erhielt mit dem Solidaritätszuschlag zusätzliche Einnahmen, damit er die besondere Aufgabe stemmen kann, die Folgekosten aus der deutschen Einheit zu finanzieren. Offensichtlich braucht er das Geld dafür nicht mehr, da er das Geld längst für andere Zwecke in West und Ost aus-

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.10.2016, S. 22

Trotz neuer Rechtssicherheit bleiben Zweifel

Es ist vorbei, endlich. Die Reaktionen auf die Einigung zur Erbschaftsteuer sind fast harmonisch. Es bleibt Ärger über mehr Bürokratie.

hw./mas. BERLIN, 14. Oktober. Mit der Zustimmung des Bundesrats zur Neuregelung der Erbschaftsteuer erhalten die Unternehmen Planungssicherheit – zumindest solange das neue Recht nicht durch neue Klagen wieder in Frage gestellt wird. Die meisten Vertreter der Länder begrüßten wie auch Wirtschaftsvertreter den Kompromiss. Dies habe wenig mit ungetrübter Freude zu tun, gab Nordrhein-Westfalens Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) im Bundesrat zu Protokoll, als er das Ergebnis des Vermittlungsverfahrens erläuterte. Die Politik habe bewiesen, dass sie in der Lage sei, aus kontroversen Positionen vertretbare Ergebnisse zu machen, betonte der SPD-Politiker. „Am Ende ist es ein schwer errungener, aber tragfähiger Kompromiss. Nicht mehr und nicht weniger.“

Als besonderen Erfolg hob Walter-Borjans hervor, dass verhindert worden sei, dass Luxusgüter wie Golfplätze, Yachten und Oldtimer von Erbschaftsteuer verschont werden könnten. Man habe ein Wiederaufleben der sogenannten Cash GmbH gestoppt. Unter diesem Namen liefen lange Modelle, mit denen Finanzmittel in einen Unternehmensmantel gepackt wurden, um so die Erbschaftsteuer zu vermeiden. Diese Gestaltung war vor der aktuellen Reform gestoppt worden. In Unionskreisen wird bestritten, dass ohne die zuletzt vorgenommenen Präzisierungen das alte Steuersparmodell wieder möglich geworden wäre.

Wie Hessens Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) in der Sitzung des Bundesrats hervorhob, ist die Verschonung des Betriebsvermögens keine beliebige Vergünstigung. Es sei im Interesse des Gemeinwohls, Arbeitsplätze zu erhalten. Es sei nicht leicht gewesen, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen, sagte der CDU-Politiker. Er gestand zu,

dass der Kompromiss das Steuerrecht nicht einfacher macht. „Auf die Finanzämter und auch auf die Steuerpflichtigen kommen wieder erhebliche Zusatzbelastungen zu.“ Doch habe die Politik gezeigt, dass sie auch bei schwierigen Aufgaben handlungsfähig sei.

Schleswig-Holsteins Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) sagte, der Gesetzgebungsprozess sei kein Ruhmesblatt gewesen. Es sei versucht worden, große Erbschaften fast vollständig von der Erbschaftsteuer zu befreien. Das nun gefundene Gesetz sei kein Durchbruch in Richtung Steuergerechtigkeit. Man trage den Kompromiss nur aus Sorge mit, dass das Bundesverfassungsgericht sonst entweder die Erbschaftsteuer komplett aussetze oder die Verschonungsregeln kippe. Letzteres könnte Betriebe in ihrer Existenz bedrohen und damit Arbeitsplätze gefährde, sagte die Grünen-Politikerin. Deutlicher äußerte sich ihre Bundesvorsitzende Simone Peter: „Der Kompromiss zur Erbschaftsteuer ist weder gerecht noch sicher verfassungsfest“, twitterte sie. „Extreme Ungleichheit“ bleibe und gefährde den „Zusammen-

halt“. Kritisch äußerte sich auch Brandenburgs Finanzminister Christian Görke (Linke): Das Gesetz erfülle „in keiner Weise die vom Bundesverfassungsgericht geforderten Maßstäbe zur Verschonung von vererbtem oder geschenktem Betriebsvermögen“, sagte der Minister. Die Neuregelung vertiefe die Begünstigung von vermögenden Unternehmenserben. Die Betriebe würden um ein Viertel oder gar ein Drittel niedriger bewertet, so dass geringere Steuereinnahmen zu befürchten seien.

Der Präsident der Bundessteuerberaterkammer, Raoul Riedlinger, lobte die Anpassung der Unternehmensbewertung „an die aktuellen Bedingungen der Finanzmärkte“. Zweifel äußerte er jedoch im Hinblick auf die Frage, ob die rückwirkende Anwendung verfassungsrechtlich zulässig ist. „Auch wenn zu manchen Punkten die Kritik des Bundesverfassungsgerichtes ausgeräumt werden konnte, bleibt der vorgelegte Gesetzentwurf nach wie vor hochkomplex“, bedauerte er. Mehr als zuvor

müssten einzelne Wirtschaftsgüter bewertet werden. „Das erhöht zwangsläufig die Streitanzahl bei der Erbschaftsteuerfestsetzung.“

Stimmen aus der Wirtschaft lobten vor allem die lang erhoffte Rechtssicherheit. Zugleich wurde die Zunahme bürokratischer Pflichten beklagt und die teils jahrelang wirkenden Verhaltensregeln in einem dynamischen Geschäftsumfeld. Die neuen Regelungen würden für Kleinunternehmen mit fünf bis 20 Arbeitnehmern erheblich höheren Verwaltungsaufwand verursachen, sagt Kay Klöpping, Partner bei KPMG, „sie müssen künftig auch die Lohnsummen ermitteln und ihre Einhaltung nachweisen“.

Die Planungs- und Rechtssicherheit sei „wichtig für unsere Betriebe, deren Mitarbeiter und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts“, sagte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrats. Herausgekommen sei ein „gerade noch akzeptabler Kompromiss“, der die Unternehmen zwar belaste, aber in den allermeisten Fällen „wirtschaftlich tragbar“ sei. „Dass bestimmte gesellschaftsvertragliche Regelungen über einen Zeitraum von 22 Jahren nicht verändert werden dürfen, kann man in unserer immer schnelllebigeren Gesellschaft fast schon als anachronistisch bezeichnen.“

Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen lobte gleichfalls die erreichte Rechtssicherheit, kritisierte aber grundsätzlich die Komplexität des Steuerwesens. „Die komplexen Regelungen zeigen, dass die Steuergesetzgebung inzwischen am Rande von Verständlichkeit und Praktikabilität angekommen ist“, sagte Anton F. Börner, Präsident des Verbandes, am Freitag. Der Trend zu immer detaillierteren Regelungen müsse „umgekehrt“ werden. Er wünsche sich, dass die Politik die „gute Ausgangslage mit Steuereinnahmen in Rekordhöhe“ dazu nutze, Steuergesetze zu verabschieden, „die eine einfache und verständliche Sprache sprechen, damit die Akzeptanz beim Steuerbürger nicht verlorengeht“.

Kölner Stadtanzeiger vom
15.10.2016, S. 1

NRW erhält 1,4 Milliarden Euro mehr

FÖDERALISMUS Länderfinanzausgleich ab 2020

– Mehr Kompetenzen für den Bund

Berlin/Düsseldorf. Nordrhein-Westfalen profitiert aus Sicht von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) auf ganzer Linie vom neuen Finanzpakt zwischen Bund und Ländern. Nach der Neuordnung könne das Land über 1,4 Milliarden Euro mehr aus seinen eigenen Einnahmen behalten als bisher, sagte Kraft. Von besonderer Bedeutung sei der Wegfall des Umsatzsteuer-Vorwegausgleichs. Der habe bisher vernebelt, welches Bundesland wie viel Geld erhalte und bezahle. So habe NRW oft als Nehmerland dagestanden, obwohl es unter dem Strich viel mehr Geld gegeben habe. Derzeit wird NRW als Geberland auf Platz fünf geführt. Welchen Platz es nach der Neuordnung einnehmen wird, lässt sich wegen der komplizierten Berechnungen noch nicht sagen, so das NRW-Finanzministerium.

Am Freitag hatten sich Bund und Länder auf den neuen Finanzpakt geeinigt. Vom Jahr 2020 an sollen bei der Umverteilung der Milliarden-Hilfen unter „reichen“ und „armen“ Ländern sowie zwischen Bund und Ländern neue Regeln gelten. Das am Freitag von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und den 16 Ministerpräsidenten nach stundenlangen Schlussver-

handlungen in Berlin vereinbarte Paket sieht jährlich leicht steigende Hilfen des Bundes vor, aber auch mehr Kompetenzen für den Bund.

Der erzielte Kompromiss basiert im Wesentlichen auf dem Ländermodell, das eine radikale Neuordnung bedeutet. Der Bund soll ab 2020 den Ländern jährlich gut 9,5 Milliarden Euro Ausgleichszahlungen überweisen. Sie konnten sich auch mit der Forderung nach jährlich steigenden Ausgleichszahlungen des Bundes zwar durchsetzen. Allerdings wird diese Dynamisierung begrenzt. Mit etwa 1,4 Milliarden Euro wird nur ein Teil der Summe jährlich angepasst.

Für sein Entgegenkommen erhält der Bund aber auch neue Kompetenzen. So zeichnete sich ab, dass es eine Bundesgesellschaft geben soll, die Investitionen ins Fernstraßennetz in einer Hand bündeln soll. Bisher gibt der Bund das Geld. Fürs Planen, Bauen und Erhalt sind die Länder zuständig.

Der Bund soll bei der Digitalisierung mehr mitmischen können, die Steuerverwaltung soll optimiert werden und der Bundesrechnungshof die Länder stärker kontrollieren dürfen, wenn sie Bundesmittel ausgeben. (pb, dpa, rtr)

Kölner Stadtanzeiger vom 15.10.2016 , S. 4

Ein großes Stück vom Kuchen

VON PETER BERGER

Trotz unterschiedlicher Interessen haben sich die Länder bei den jahrelangen und äußerst zähen Verhandlungen mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble um einen neuen Finanzpakt zwischen Bund und Ländern nicht auseinanderdividieren lassen.

Nordrhein-Westfalen darf sich dabei zu den Gewinnern zählen. Das System – und das ist für das bevölkerungsreichste Bundesland besonders wichtig – ändert sich grundlegend. Ab 2020 müssen die

Länder den Finanzausgleich nicht mehr untereinander regeln. Stattdessen wird ihre unterschiedliche Finanzkraft schon bei der Verteilung der Umsatzsteuer zwischen dem Bund und den Ländern ausgeglichen.

Genau darin liegt ein großer Vorteil für NRW. Künftig ist sofort klar, welches Land tatsächlich wie viel zahlt oder erhält. NRW wird nach ersten Berechnungen rund 1,4 Milliarden Euro mehr aus den eigenen Einnahmen behalten können als bisher – rund 80 Euro pro

Einwohner. Bei den 9,5 Milliarden Euro, die der Bund ab 2020 pro Jahr mehr an die Länder überweist, ist das ein großes Stück vom Kuchen.

Was jetzt noch verhandelt werden muss, wird an den Grundzügen der Reform nichts ändern. Der Bund bekommt mehr Einfluss auf die Länder bei Investitionen in den Erhalt und Neubau von Autobahnen. Sie werden künftig in einer neuen privaten Infrastrukturgesellschaft auf Bundesebene organisiert. Auf diese Weise soll es

möglich werden, dass sich Privatinvestoren am Bau neuer Fernstraßen beteiligen können. Deutlich mehr Einfluss nimmt der Bund auch auf Digitalisierung, die Steuerverwaltung und die Verbesserungen der kommunalen Infrastruktur zum Beispiel durch direkte Unterstützung finanzschwacher Kommunen.

Mehr Geld, dafür weniger Einfluss. Mit diesem Kompromiss kann NRW sehr gut leben. Und der Streit über Geber- und Nehmerländer ist auch vom Tisch.

Rheinische Post vom 15.10.2016, S. 1

NRW gewinnt 1,4 Milliarden Euro

Durch die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen erhält das Land ab 2020 mehr finanziellen Handlungsspielraum. Der Bund überweist den Ländern mehr Geld und erhält dafür Kompetenzen.

VON BIRGIT MARSCHALL

BERLIN/DÜSSELDORF Das Land Nordrhein-Westfalen wird vom Jahr 2020 an um 1,4 Milliarden Euro pro Jahr gegenüber dem Status quo von heute entlastet und könnte bei guter wirtschaftlicher Entwicklung künftig von einem Nehmer- zu einem Geberland im Länderfinanzausgleich aufsteigen. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) konnte damit bei den mehr als 14-stündigen Verhandlungen über die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen in Berlin ihre wichtigsten Verhandlungsziele durchsetzen.

Bund und Länder einigten sich auf eine umfassende Reform: Die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern werden von 2020 an auf eine grundlegend neue Basis gestellt. Im Ergebnis werden die bisherigen Geberländer im Finanzausgleich – Bayern, Hessen, Baden-Württemberg und Hamburg – deutlich entlastet, während zugleich auch alle übrigen Länder finanziell besser dastehen werden als bisher. Dies gelingt dadurch, dass der Bund den Ländern ab 2020 jährlich gut 9,5 Milliarden Euro an eigenen Finanzmitteln abgibt. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) war vor Beginn der Verhandlungen nur bereit gewesen, 8,5 Milliarden zu zahlen. Er hat damit deutlich nachgegeben.

Die Finanzbeziehungen müssen neu geregelt werden, weil der bisherige Länderfinanzausgleich und der Solidarpakt II für die neuen Länder Ende 2019 auslaufen. Im Vorfeld hatten sich die 16 Länder auf ein gemeinsames Reformmodell geeinigt, von dem sie bei den Verhandlungen mit dem Bund nicht abrückten. Dass sich die Länder nicht haben

auseinanderdividieren lassen, habe entscheidend zum Verhandlungserfolg beigetragen, sagte Kraft.

In Deutschland sollen überall weitgehend gleiche Lebensbedingungen herrschen. Um das sicherzustellen, werden Steuereinnahmen zwischen ärmeren und reicheren Bundesländern und dem Bund in einem komplizierten Mechanismus umverteilt. Bisher wird ein Teil der Umsatzsteuereinnahmen, die den Ländern zustehen, in einer ersten Stufe unter den Ländern aufgeteilt. Dieser sogenannte Umsatzsteuervorwegausgleich machte bisher knapp zehn Milliarden Euro aus. Er wird künftig abgeschafft. Dadurch wird Nordrhein-Westfalen, das etwa eine Milliarde Euro jährlich in diesen Vorwegausgleich einzahlen muss, deutlich entlastet.

Ab 2020 wird die unterschiedliche Finanzkraft schon bei der Verteilung des gesamten Umsatzsteueraufkommens zwischen Bund und Ländern ausgeglichen. Der Bund zahlt in das neue Umverteilungssystem 9,5 Milliarden Euro mehr ein als heute. 4,02 Milliarden Euro davon fließen als zusätzlicher Anteil an der Umsatzsteuer an die Länder. Ein Drittel dieser Summe wird „dynamisiert“ – das heißt, sie wird nach 2020 jedes Jahr steigen, der Rest bleibt fix. Diese Dynamisierung war während der Verhandlungen einer der strittigsten Punkte.

Die Länder willigten jedoch ein, dem Bund mehr Kontrollrechte über die Verwendung seiner eigenen Mittel zu geben, wenn diese wie beim sozialen Wohnungsbau von den Ländern ausgegeben werden. Zudem wird der Stabilitätsrat gestärkt, der die Länderhaushalte

überwacht. Der Bund bekommt zudem die alleinige Zuständigkeit für die Bundesautobahnen, die in einer privatrechtlich organisierten Infrastrukturgesellschaft des Bundes organisiert werden. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sprach von einem „großen Stück Arbeit“, einem „harten Ding“, das gelungen sei. Die Reform werde künftig einige Verfassungsänderungen nötig machen.

Den Steuerzahler vergessen

VON BIRGIT MARSCHALL

Wie schafft man die scheinbare Quadratur des Kreises? Durch die Bund-Länder-Finanzreform sollte kein Land schlechter gestellt, die Geberländer jedoch spürbar entlastet werden. Auflösen ließ sich dieses Dilemma nur zulasten eines Dritten, des Bundes. Der zahlt den Ländern nun eine etwas höhere Summe, als er eigentlich bereit war zu zahlen.

Aber darauf kommt es gar nicht an. Das eigentliche Problem der gefundenen Lösung ist ein anderes: Sie verbessert nicht die ineffizienten Strukturen des Länderfinanzausgleichs, sondern verschlechtert sie sogar. Künftig werden finanzschwächere Länder noch stärker als bisher am Tropf des Bundes hängen. Die stärkeren Länder stehlen sich aus der Verantwortung für sie. Einen Anreiz, sich wirtschaftlich besser aufzustellen und Transfers effektiver auszugeben, vermittelt die Reform den schwächeren Ländern nicht. Sie werden schlicht vom Bund durchgefüttert.

Vergessen wurde auch der Steuerzahler. Ihm war in Aussicht gestellt worden, dass mit dieser Reform auch das Ende des Solidaritätszuschlags eingeleitet wird. Davon ist im Moment keine Rede mehr – und die Chancen für ein Soli-Ende ab 2020 haben sich durch diese Einigung auch nicht gerade verbessert.

Rheinische Post vom 15.10.2016, S. 4

16 gegen einen

Die Bundesländer haben sich gegen den Bund bei den Verhandlungen zur Finanzreform weitgehend durchsetzen können. Das lag auch daran, dass sie bis zuletzt solidarisch an ihrem gemeinsamen Reformvorschlag festgehalten haben.

VON B. MARSCHALL UND G. MAYNTZ

BERLIN Es war 3.15 Uhr am Freitagmorgen. Nach mehr als 14-stündigen Verhandlungen hatten die 16 Ministerpräsidenten, die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister eine Grundsatzvereinbarung über die Bund-Länder-Finanzreform hinbekommen. Es habe mehrmals „Spitz auf Knopf“ gestanden, berichtete NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Die Verhandlungen hätten „zum Härteren gehört“, was er als Politiker erlebt habe, sagte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU). Am Ende aber wollten alle zusammen beweisen, dass der föderale Bundesstaat noch funktioniert. Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Einigung:

Worüber wurde verhandelt? Ende 2019 laufen der bisherige Länderfinanzausgleich und der Solidarpakt II aus. Einig waren sich alle, dass es keinen Solidarpakt III geben sollte. Die Länder hatten sich im Vorfeld auf ein gemeinsames Reformmodell geeinigt, das kein Land schlechterstellt und gleichzeitig sicherstellt, dass die bisherigen Geberländer im Finanzausgleich deutlich entlastet werden. Denn Bayern und Hessen haben Verfassungsklagen eingereicht, die sie nun wieder zurückziehen werden: Beide Länder wollten erreichen, dass sie künftig erheblich weniger an andere Länder zahlen.

Worauf einigte man sich? Bisher funktioniert das Umverteilungssystem in zwei Stufen: Dem eigentlichen Länderfinanzausgleich, der im Volumen knapp zehn Milliarden Euro pro Jahr ausmacht, ist der sogenannte Umsatzsteuervorwegausgleich vorgeschaltet. In dieser ers-

ten Stufe werden unter den Ländern bisher knapp acht Milliarden Euro umgeschichtet – von den etwas reicheren zu den ärmeren Ländern. Diese Stufe wird künftig abgeschafft. Stattdessen wird die unterschiedliche Finanzkraft der Länder schon bei der Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern ausgeglichen – nach den Einwohnerzahlen. Der Bund zahlt in das System insgesamt 9,5 Milliarden Euro mehr ein als heute. Davon steigt nur ein kleiner Teil jährlich dynamisch, der Rest bleibt fix.

Was bekommt der Bund? Der Bund bekommt die alleinige Zuständigkeit für die Autobahnen, die in einer Infrastrukturgesellschaft des Bundes aufgehen. Der Stabilitätsrat von Bund und Ländern erhält mehr Kontrollrechte über Länderhaushalte. Auch bei Mischfinanzierungen wie beim sozialen Wohnungsbau bekommt der Bund mehr Kontrolle. Er kann mehr Infrastrukturprojekte in finanzschwachen Kommunen mitfinanzieren.

Wie wichtig ist die Einigung für Bayern? CSU-Ministerpräsident Seehofer hatte sich öffentlich festgelegt, unbedingt eine „Bayernmilliarde“ aus den Zahlungsverpflichtungen in den Länderfinanzausgleich künftig behalten zu können. Er erreichte genau 1,35 Milliarden Euro und feierte dieses Ergebnis als „schönsten Erfolg“ in den neun Jahren seiner Regierungszeit in Bayern. Das meiste werde sein Land nun in die Altschuldentilgung stecken. Damit könne das Ziel erreicht werden, Bayern bis 2030 schuldenfrei zu machen. In der Koalition wird damit gerechnet, dass die CSU nun auch bei anderen Themen verständ-

igungsbereiter sein wird.

„NRW hat sich durchgesetzt, ich bin hochzufrieden“

Frau Kraft, wie ist das Ergebnis zu bewerten?

KRAFT NRW hat seine wichtigsten Punkte durchgesetzt. Erstens: Der Umsatzsteuervorwegausgleich wird abgeschafft. Wir standen mit dieser Forderung anfangs allein. Dann schlossen sich die anderen Länder an und haben sich auch nicht auseinanderbringen lassen. NRW ist Geberland – nur wurde das durch den Vorwegausgleich immer vernebelt. Zweitens: Wir können mehr von dem Geld, das wir hier erwirtschaftet haben, behalten. NRW wird künftig 1,4 Milliarden Euro mehr bekommen; diese Summe wächst in den Folgejahren an. Wir hätten uns noch mehr Dynamisierung bei dem Betrag gewünscht, den der Bund den Ländern ab 2020 zuschießt. Aber das Ergebnis kann sich sehen lassen. Ich bin hochzufrieden.

Welche Kröte mussten Sie schlucken?

KRAFT Der Bund wird eine Infrastrukturgesellschaft Verkehr gründen, in der die Auftragsverwaltung der Länder für die Autobahnen aufgeht. Wir haben durchgesetzt, dass Status und Dienstort der Beschäftigten berücksichtigt und die Autobahnen nicht privatisiert werden. Zudem erhält der Bund weitere Kontrollrechte, wenn es um die Mitfinanzierung von Länderaufgaben wie dem sozialen Wohnungsbau geht.

Wird der Soli ab 2020 entfallen?

KRAFT Das war kein Thema.

B. MARSCHALL FÜHRTE DAS INTERVIEW.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 15.10.2016, S. 6

NRW gewinnt bei neuem Finanzpakt

In harten Verhandlungen mit dem Bund haben sich Ministerpräsidentin Kraft und ihre Länder-Kollegen durchgesetzt. Mehr Hilfen aus Berlin und Geld für Schulen

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf/Berlin. Sie hatten 14 Stunden lang verhandelt und waren am Ende die Glücklichen: Die Ministerpräsidenten haben sich mit ihrem Modell für einen neuen Finanzpakt gegen den Bund weitgehend durchgesetzt. Der Bayer Horst Seehofer (CSU) sprach vom „schönsten Erfolg“, den er je in Berlin erreicht habe. Der Hamburger Olaf Scholz (SPD) schwärmte: „Alle Länder stehen besser da als vorher.“ Besonders zufrieden war NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Das einwohnerstärkste Bundesland zählt beim bisherigen Länderfinanzausgleich zu den Verlierern. Das ändert sich bald. Ab 2019 wird NRW jährlich mindestens 1,4 Milliarden Euro mehr in der Kasse haben. „Unser Land kann mehr von dem behalten, was es erwirtschaftet“, sagte Kraft.

Um das zu verstehen, muss man wissen, dass NRW bisher in der ersten Stufe des Länderfinanzausgleichs ein Drittel seines Umsatzsteueraufkommens verliert – rund 2,5 Milliarden Euro. In einer zweiten Stufe bekommt NRW zwar einen Teil des Geldes – zuletzt 1,1 Milliarden Euro – wieder zurück. Aber unterm Strich steht ein Minus von 1,4 Milliarden Euro. Diese ungeliebte Rechnung ist nun vom Tisch. Der Finanzausgleich in seiner jetzigen Form wird abgeschafft.

„Unser Land kann mehr von dem behalten, was es erwirtschaftet.“

Hannelore Kraft, Regierungschefin

Das am Freitag von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und den 16 Ministerpräsidenten in Berlin vereinbarte Paket sieht jährlich leicht

steigende Hilfen des Bundes vor, aber auch mehr Kompetenzen für Berlin. Der Kompromiss basiert auf dem zwischen den Ländern verabredeten Modell, das eine radikale Neuordnung vorsieht. Der Bund soll ab 2020 den Ländern jährlich gut 9,524 Milliarden Euro Ausgleichszahlungen überweisen. Die Länder hatten knapp 9,7 Milliarden Euro gefordert, der Bund zunächst 8,5 Milliarden Euro angeboten. Sie konnten sich auch mit der Forderung nach jährlich steigenden Ausgleichszahlungen des Bundes durchsetzen. Allerdings wird diese Dynamisierung deutlich begrenzt.

SPD-Chef Sigmar Gabriel lobte die Einigung. „Die gemeinsame Verantwortung für Polizei, Bildung, öffentliche Infrastruktur ist von großer Bedeutung für den Zusammenhalt und die Stabilität unseres Landes“, sagte Gabriel dieser Zeitung. Zum Finanz-Kompromiss gehören weitere Punkte, die aus Sicht von Kraft und Gabriel insbesondere für NRW wichtig sind.

Dazu gehört ein Schulsanierungsprogramm in den Kommunen, das auf sieben Milliarden Euro aufgestockt wird. „Dies ist eine längst überfällige Öffnung des totalen Kooperationsverbotes in Bildungsfragen zwischen Bund und Ländern durch eine Grundgesetzänderung“, sagte Gabriel. Zudem soll der Unterhaltsvorschuss für Kinder, bei denen ein Elternteil seiner Unterhaltspflicht nicht nachkommt, verbessert werden. Die Beschränkung auf die Dauer von sechs und die Altersgrenze von 14 Jahren sollen aufgehoben werden – gezahlt wird nun bis 18 Jahre.

NRW konnte zwar nicht verhindern, dass eine neue Infrastrukturgesellschaft des Bundes für Auto-

bahnen und Fernstraßen gegründet wird. „Wir haben aber zwei wichtige Forderungen durchsetzen können“, erklärte Kraft. „Es wird erstens keine Privatisierung von Autobahnen geben, und zweitens werden NRW-Beschäftigte der Straßenverwaltung nicht ihren Arbeitsort wechseln und nicht auf ihren beruflichen Status verzichten müssen.“ *mit san/jos/dpa*

Einigung gibt Planungssicherheit

Eine der kompliziertesten und für NRW bedeutendsten Fragen ist beantwortet: Bund und Länder haben sich über einen künftigen Finanzausgleich geeinigt. Das gibt allen Beteiligten Planungssicherheit für viele Jahre.

Der Föderalismus hat in diesem Fall funktioniert: Dass sich 16 Länder ausgerechnet bei den Finanzen auf eine gemeinsame Linie einigen, ist nicht selbstverständlich. Der Kompromiss kommt zu einem denkbar guten Zeitpunkt: vor dem Bundestagswahlkampf und in einer Phase, in der die Länderparlamente immer bunter und unberechenbarer werden.

Für NRW hat sich der Verhandlungsmarathon gelohnt. Der ungeliebte „Umsatzsteuer-Vorwegausgleich“ ist Geschichte, und das Land darf 1,4 Milliarden Euro mehr aus seinen Einnahmen behalten.

Auch Bayern wird um jährlich 1,3 Milliarden Euro entlastet. Beide Länder sind also Gewinner – doch damit endet die Gemeinsamkeit. Horst Seehofer will das zusätzliche Geld zur Schuldentilgung nutzen. Bis 2030 will Bayern seine Alt-schulden begleichen. NRW indes gibt eher mehr Geld aus, als es einnimmt – von Schuldenfreiheit ist es Lichtjahre entfernt. Der Finanzpakt ändert daran nur wenig.

Die Welt vom 15.10.2016, S. 1

Der Bund sitzt auf dem Geld

NIKOLAUS DOLL

Wenn am Ende von monatelangen Verhandlungen und aufreibenden Nachsitzen alle Beteiligten aufstehen und sich als Gewinner präsentieren, sollte man misstrauisch werden. In Anbetracht des endlosen Ringens um eine Reform des Länderfinanzausgleichs ist das so – überall erleichterte Gesichter, zufriedene Ministerpräsidenten, eine erleichterte Kanzlerin, ein gefasster Bundesfinanzminister. Aber es kann natürlich nicht nur Gewinner geben, einer muss die Zeche zahlen, wenn die eine Seite mehr Geld verlangt und die andere mehr sparen will.

Im Fall des Finanzausgleichs ist die Angelegenheit, wie so oft in der Politik, ein Kompromiss. Einer mit Tücken. Und der geht so: Die Länder gleichen ihre unterschiedliche Finanzkraft nicht mehr untereinander aus, das wird künftig über einen neuen Verteilerschlüssel bei der Umsatzsteuer getan. Bist du arm, kriegst du mehr davon. Bist du reich, ist dein Anteil geringer. Dafür gibt der Bund von seinem Anteil an dem Steueraufkommen einen Teil an die Länder und packt noch milliardenschwere Zuweisungen verschiedener Art obendrauf.

Der Bund zahlt also die Zeche. Aber die Länder berappen dafür einen hohen politischen Preis. Denn den Geldsegen gibt es natürlich nicht umsonst. Im Gegenzug müs-

sen die Bundesländer Kompetenzen abgeben. Selbst wenn die finanzschwachen Bundesländer nun mehr Spielraum haben, stärkt diese Reform den Föderalismus in Deutschland nicht, sie höhlt ihn weiter aus. Die Gewichte verschieben sich in Richtung Zentralgewalt, die Länder werden ein Stückchen mehr zu „Kostgängern“ des Bundes. Der Stabilitätsrat darf sich alle Länderhaushalte genau anschauen, der Bundesrechnungshof in den Ländern prüfen. Der Einfluss des Bundes bei der Steuerverwaltung wächst.

Alle hehren Prinzipien bringen nichts, wenn sie in der Realität nicht funktionieren. Im Fall des Länderfinanzausgleichs war das so. Die finanzschwachen Länder wurden dadurch nicht stärker, in den Geberländern wie Bayern brodelte es immer mehr, weil man nicht die Rechnungen der anderen bezahlen wollte. Wenn der Finanzminister jetzt die Kassen aufmacht, hat er eine Blockade der föderalen Finanzverfassung vermieden, ziemlich sicher die Klagen der Geberländer vom Tisch und die Gewissheit, dass selbst Bremen oder das Saarland die Schuldenbremse einhalten. Auf längere Sicht gesehen, sind die Milliarden Schäubles gut angelegt. Die Länder werden sich nun mehr anstrengen müssen. Vielleicht brauchen sie genau dieses Korsett.

Die Welt vom 15.10.2016, S. 11

Schäuble zahlt und bekommt mehr Kontrolle

Bund gibt fast zehn Milliarden mehr. Dafür achtet er auf die Einhaltung der Schuldenbremse. Zuständigkeit für Autobahnen geht an Berlin

Angela Merkel und Wolfgang Schäuble haben ganz ohne Zweifel Durchhaltevermögen. Donnerstag 13 Uhr hatten im Kanzleramt an der Spree die Verhandlungen über die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs begonnen. Den Vertretern des Bundes saßen sechs Ministerpräsidenten gegenüber. Nachts, am Freitag um 3.15 Uhr, gab es einen ersten Durchbruch – von wenigen Gesprächspausen abgesehen hatten die Kanzlerin und der Finanzminister die ganze Zeit verhandelt. Um 13.25 Uhr wurde eine endgültige Einigung vermeldet.

VON NIKOLAUS DOLL

Der Kompromiss ist gut für den Bund, aber noch besser für die Länder. Vor allem für die finanzschwachen im Westen wie Bremen oder das Saarland. Die Bayern dagegen zahlen drauf. Obwohl Horst Seehofer – wenn auch nicht in seiner Funktion als Ministerpräsident – Teilnehmer der Gipfels war.

Das wichtigste Ergebnis ist, dass es überhaupt zu einer Neuordnung des Länderfinanzausgleichs kommt. Das liegt im Interesse des Bundes und der Länder. Der bisherige Mechanismus und der Solidarpakt II laufen 2019 aus. Das heißt, die Finanzströme müssen neu geregelt werden. Und der großen Koalition, die in diesem wichtigen Punkt Handlungsfähigkeit demonstrieren wollte, bleibt dazu in dieser Legislaturperiode nicht mehr viel Zeit.

Die Verhandlungen waren schon deshalb so schwierig, weil sich nicht nur Bund und Länder gegenüberstanden, sondern die 16 Bundesländer erst mal eine gemeinsame Linie finden mussten. Und da gibt es unterschiedliche Interessen, je nachdem, welche Koalition die Regierung stellt und welche Partei den Ministerpräsidenten, ob Osten oder Westen, ob Nehmer- und oder Geberland. Die Länder hatten sich schließlich auf eine gemeinsame Linie verständigt. „Die stehen wie ein Block 16 zu eins dem Finanzminister gegenüber“, hatte SPD-Chef Sigmar Gabriel bereits vor Beginn der Gespräche festgestellt. Damit war

der Bund von Anfang an in der Defensive.

Es könne ja nicht sein, dass sich der eine (Bund) gegen ein einstimmiges Votum der 16 (Länder) stelle, hieß es. Aber so einfach ist es nicht. Denn: Ohne Bund und Bundestag geht nichts. Eine Einigung um jeden Preis lehnte das Regierungslager ab – auch unter Verweis auf den Bundesrechnungshof: Danach hat der Bund Länder und Kommunen allein seit 2013 um rund 265 Milliarden Euro entlastet. Aus Sicht der Rechnungsprüfer

sind die andauernden Zugeständnisse des Bundes gegenüber Ländern und Gemeinden kaum noch zu überblicken. Sie erstreckten sich zunehmend auf Politikbereiche, für die die Länder beziehungsweise ihre Kommunen verantwortlich seien: Sozialhilfe, Kinderbetreuung, Hochschulen, Wohnraumförderung und Infrastruktur. Dennoch: Die seltene Einigkeit der Länder dürfte der Grund dafür sein, warum sich am Ende ihr Vor-

schlag für die Neuordnung des Finanzausgleichs als Basis für einen Kompromiss durchgesetzt hat: Der Finanzausgleich zwischen den 16 Bundesländern in seiner jetzigen Form wird abgeschafft. Das System, wonach die Länder ihre unterschiedliche Finanzkraft untereinander ausgleichen, entfällt. Der Ausgleich erfolgt künftig über den jeweiligen Anteil an der Umsatzsteuer. Die soll nun nicht mehr erst an die Länder fließen, die dann im Fall der finanzstarken wieder einen Teil abgeben, sondern sie wird gleich nach Finanzkraft verteilt.

Bleibt nun der Ausgleichsmechanismus unter Beteiligung des Bundes. Für ihn hatten die Länder von Finanzminister Schäuble pro Jahr 9,7 Milliarden Euro verlangt. Der wollte maximal 8,5 Milliarden Euro zuschießen. Nun zahlt der Bund fast die geforderte Summe, es werden 9,5 Milliarden ab 2020 an die Länder verteilt: Vier Milliarden kommen aus einer Neuverteilung der Umsatzsteuer. Die fließt bislang knapp zu einer Hälfte an Bund und Länder, ein winziger Teil an die Kommunen. Von den vier Milliarden Euro sind 2,6 Milliarden fix, die restlichen

1,4 Milliarden sollten vom Umsatzsteueraufkommen abhängen. Um diese sogenannten Dynamisierung war lange gestritten worden. Schäuble wollten einen festen Betrag zahlen, die Länder bestanden auf einem Betrag, der von der Höhe der Umsatzsteuer abhängt. Da diese Einnahmen jedes Jahr steigen, wäre auch der Anteil des Bundes immer größer geworden. Das Finanzministerium wollte denn auch ein zu großes Anwachsen des Bundesanteils begrenzen. Eine Woche lang wurde nach dem letzten Bund-Länder-Treffen gerechnet, wie die Zuschüsse vom Bund einigermaßen gedeckelt werden könnten. Das Ergebnis ist die Aufteilung der Umsatzsteueranteile in einen festen und dynamischen Anteil.

Zu den vier Milliarden Euro in diesem Mechanismus kommen die sogenannten Bundesergänzungszuweisungen: 2,6 Milliarden Euro. Außerdem 1,5 Milliarden Euro an „Sonderbedarfsergänzungszuweisungen“, vor allem um die Finanzkraft der Ost-Länder zu stärken. Bremen und das Saarland erhalten jeweils 400 Millionen Euro aus einem Sondertopf. Damit soll die lange Förderung der Länder in Ostdeutschland ausgeglichen werden, während die finanzschwachen Länder im Westen mit einem zunehmenden Verfall der Infrastruktur kämpfen. Am Ende dürfte sie sich durchgesetzt haben: Im Schnitt bekommen die Bundesländer 100 Euro pro Einwohner aus dem Bundestopf. Im Osten sind es 200 Euro, in Bremen und dem Saarland 500 Euro. Das wird teuer für Schäuble und die wohlhabenden Geberländer, vor allem für Bayern. Aber die Dauersorgenkinder im Westen, also die Bremer und Saarländer, sollen endlich in die Lage versetzt werden, die Schuldenbremse überhaupt einhalten zu können.

Das liegt im Interesse von Schäuble und den bisherigen Geberländern. Horst Seehofer feierte denn auch den Kompromiss umgehend als Erfolg. „Was lange währt, wird endlich gut“, sagte der CSU-Chef. Der Föderalismus habe sich als funktionsfähig erwiesen, für Bayern sei das Verhandlungsergebnis mit 1,35 Milliarden Euro jährlicher Entlastung „ein

großer Erfolg“. Schäuble kann indes auch bei der Kontrolle der Schuldenbremse Erfolge verbuchen: Der Stabilitätsrat von Bund und Ländern überwacht künftig auch die Einhaltung von EU-Vorgaben für den Staatshaushalt und der Schuldenbremse in den Etats der Bundesländer. Und schließlich bekommt der Bund erweitere Weisungsrechte in der Steuerverwaltung. Außerdem wurden Strukturveränderungen bei der Aufgabenverteilung zwischen den staatlichen Ebenen beschlossen: So bekommt der Bund die

alleinige Zuständigkeit für die Autobahnen, die künftig in einer privatrechtlich organisierten neuen Infrastrukturgesellschaft des Bundes organisiert werden. Dies ermöglicht zum Beispiel eine Öffnung für Privatinvestoren.

Der Bund kann überdies künftig Verbesserungen der kommunalen Infrastruktur mitfinanzieren. Die Finanzierungsverantwortung für den Unterhaltsvorschuss für nicht zahlungswillige Elternteile ist Schäuble wie gewünscht los, diese Verpflichtungen gehen auf die Länder über.

Die Grundsatzvereinbarung ist damit fast noch zum zehnten Jahrestag der Föderalismusreform gelungen. Bund und Länder sowie Union und SPD hatten sich 2006 auf eine Neuordnung der Kompetenzen verständigt, um den „Reformstau“ aufzulösen. Seither ist der Anteil der Bundesgesetze, denen die Länder zustimmen müssen, Experten zufolge von 55 auf 39 Prozent gesunken. Geht es nach Schäuble, sollte die Macht der Länderkammer noch weiter beschnitten werden.

mit Agenturen

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016, S. 15

Bundesregierung kapituliert vor Niedrigzinsen

Beamtenpensionen sind teuer. Daher baut die Regierung seit 2007 einen Vorsorgefonds auf. Ein wichtiges Ziel dieses Fonds gibt sie nun jedoch auf.

dc. BERLIN, 16. Oktober. Das niedrige Zinsniveau bereitet nicht nur Unternehmen mit Betriebsrenten Schwierigkeiten – sie müssen immer mehr Geld zurücklegen, um künftige Versorgungsansprüche der Mitarbeiter zu decken. Auch die Bundesregierung als Dienstherr von mehr als 300 000 Bundesbeamten bekommt damit ein Problem: Ihr seit zehn Jahren bestehender Kapitalstock für künftige Pensionen verzinst sich nicht mehr wie erhofft. Während die Regierung aber vor einigen Monaten nur zögerlich auf Hilferufe aus der Wirtschaft reagierte, strebt sie nun in eigener Sache eine erstaunlich einfache Lösung an: Sie verabschiedet sich schlicht von dem Ziel, zukünftige Pensionslasten vollständig aus dem Kapitalstock zu decken; stattdessen nimmt sie lieber höhere Haushaltsrisiken in der Zukunft in Kauf.

„Die ursprünglich intendierte vollständige Kapitaldeckung der späteren Versorgungsausgaben“ lasse sich „aufgrund der Niedrigzinsphase bis auf weiteres nicht erreichen“, heißt es in einem bisher kaum beachteten Gesetzentwurf. Der „aktuellen Entwicklung“ sei „durch Umstellung auf ein anteiliges Deckungsverfahren Rechnung zu tragen“. Der Entwurf war im Juli vom Kabinett beschlossen worden und beschäftigt nun den Bundestag. Die Möglichkeit, die unerwartet niedrige Verzinsung ihres Pensionsvorsorgefonds durch höhere Beitragszuführungen auszugleichen, wurde von der Regierung verworfen. Infolgedessen muss sie voraussichtlich in Zukunft einen höheren Anteil der Pensionen aus den laufenden Haushalten finanzieren als bisher geplant.

Anerkannte Fachleute schütteln darüber den Kopf. So etwa der Kölner Wirtschaftswissenschaftler Eckart Bomsdorf, der auf Fragen der Alterssicherung spezialisiert ist: Mit der geplanten Regeländerung verabschiedete sich der Gesetzgeber „nahezu klammheimlich von dem Ver-

sprechen einer vollständigen Finanzierung der Versorgungsausgaben der ab 2007 beim Bund eingestellten Beamten“, warnt Bomsdorf in seiner Stellungnahme für eine Anhörung des Bundestags-Innenausschusses am Montag. Es zeichne sich

mit dieser Änderung der Übergang zu einer Finanzierung „nach Kassenlage“ ab.

Der Kapitalstock für künftige Pensionslasten des Bundes war im Jahr 2007 eingeführt worden und galt bislang als großer Fortschritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik: Für alle neu eingestellten Beamten führt die Regierung seither nach versicherungsmathematischen Grundsätzen kalkulierte Beiträge an den Fonds ab, den die Bundesbank verwaltet. Die Beiträge machen derzeit je nach Laufbahn der Beamten 27,9 bis 36,9 Prozent ihrer ruhegehaltstfähigen Bezüge aus. Insgesamt legte die Regierung damit im vergangenen Jahr 590 Millionen Euro neu zurück. Der Bestand des Fonds erhöhte sich bis Ende 2015 auf 2,3 Milliarden Euro.

Dieser Ansatz hätte zwar nicht gleich alle Probleme gelöst, die mit kommenden

Pensionierungswellen auf den Etat zurufen. Denn die Mehrheit der heutigen Beamten war schon vor 2007 im Dienst, und für deren Pensionsansprüche besteht nur eine Teilvorsorge. Immerhin aber ließen amtliche Vorausberechnungen erwarten, dass im Jahr 2050 von insgesamt knapp 200 000 Pensionären und Versorgungsempfängern des unmittelbaren Bundesdienstes gut jeder Vierte vollständig aus dem Fonds bedient worden wäre. Mit der geplanten Änderung wird dann aber auch für sie zusätzliches Geld gebraucht.

Wie viel das künftig sein wird, lässt der neue Gesetzentwurf völlig offen. Denn er sieht nur vor, dass der Fonds nicht mehr „der Finanzierung der Versorgungsausgaben“ für die neuen Beamten dienen solle, sondern nur noch der „teilweisen Finanzierung“. Ob damit ein Anteil von 80, 50 oder 30 Prozent gemeint ist, wird nicht festgelegt. Im Sinne einer „flexibleren Regelung“ werde „der Gesetzeswortlaut schlank“; alles Nötige werde später per Rechtsverordnung geregelt, heißt es zur Begründung in dem Entwurf.

Unter den Abgeordneten stößt der Plan bisher nur vereinzelt auf Bedenken – offenbar, weil der Gesetzentwurf ein Paket

mit weiteren Änderungen ist: Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eckhardt Rehberg, sagte dazu auf Anfrage: Die „Mischung aus verschiedenen Maßnahmen“ erscheine ihm „insgesamt sinnvoll, um die Versorgungsausgaben des Bundes dauerhaft sicherstellen zu können“. Geplant ist auch, dass die Bundesbank künftig 20 Prozent statt bisher 10 Prozent der Fondsmittel in Aktien anlegen darf, um Renditechancen zu erhöhen.

Daneben sieht der Gesetzentwurf vor, dass der Aufbau einer zweiten, etwas älteren Vorsorgesäule – der Versorgungsrücklage – vorerst weiterlaufen soll. Sie leistet eine Teildeckung und war schon 1998 eingeführt worden, eigentlich befristet bis 2017: Für sie zieht die Regierung von den Besoldungserhöhungen der Beamten jeweils 0,2 Prozentpunkte ab und legt die Beträge ebenfalls bei der Bundesbank zurück; dies sind inzwischen 4,5 Milliarden Euro. Nun plant die Koalition, diese Rücklage bis 2024 weiter aufzubauen – obwohl sie das Geld nach bisheriger Rechtslage schon 2018 nehmen könnte, um laufende Ausgaben zu bezahlen.

Den CDU-Rechts- und -Finanzpolitiker Heribert Hirte überzeugt die Kehrtwende in Sachen Vorsorgefonds, also der Vorsorgesäule von 2007, dennoch nicht. Es fehle bisher insgesamt „ein Ansatz, der die infolge des Niedrigzinses in vielen Rechtsbereichen auftretenden Fragen konsistent beantwortet“, sagte er dieser Zeitung. „Das reicht von den Lebensversicherungen über Erstattungs- und Nachzahlungszinsen im Steuerrecht bis zur Bewertung von Rückstellungen für Betriebsrenten und Pensionen.“

Als die Wirtschaft zu Jahresbeginn wegen des immer teureren Rückstellungsbedarfs für Betriebsrenten um Hilfe rief, ließ sich die Koalition damals nach langem Gezerre auf ein kleines Zugeständnis ein: Sie erlaubte es Mittelständlern, ihre Rückstellungen zeitweilig mit einem um einige Zehntelprozentpunkte höheren Rechnungszins zu bewerten, um die Lasten leicht abzumildern – mehr aber auch nicht. Wenn es stattdessen um Beamtenpensionen geht, besteht freilich auch kein Anlass zur Furcht, dass das Altersgeld zu wenig vor Ausfällen geschützt sein könnte: Betreibt die Regierung heute zu wenig Vorsorge, werden einfach künftige Steuerzahler stärker zur Kasse gebeten. *(Die schlechte Botschaft der Generationenbilanz, Seite 16)*

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom
17.10.2016, S. 4

Keinesfalls Geschichte

Bildungspolitiker streiten
über Kooperationsverbot

Von Heike Schmoll

BERLIN, 16. Oktober. Nach der Einigung von Bund und Ländern über eine neue Verteilung der Staatseinnahmen am Freitag sagte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hubertus Heil am Wochenende, dass das Kooperationsverbot für den Schulbereich nunmehr „Geschichte“ sei. Doch das war etwas voreilig. „Das sind feuchte Wunschträume“ kommentierte Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) gegenüber dieser Zeitung Heils Äußerung. Mit den Ländern mit Unionsbeteiligung an der Regierung sei eine Grundgesetzänderung nicht zu machen. Das wäre das „Schlimmste“, was passieren könne, so Spaenle, der die unionsregierten Länder in der Kultusministerkonferenz koordiniert und eine Selbstbestimmung in der Schulpolitik unbedingt erhalten will. Die sozialdemokratisch regierten Länder indessen kämpfen schon lange für eine Aufhebung des Kooperationsverbots im Schulbereich. Sie möchten noch vor der Bundestagswahl im Jahre 2017 über eine Grundgesetzänderung verhandeln.

Bund und Länder haben eine „grundgesetzliche Erweiterung der Mitfinanzierungskompetenzen des Bundes im Bereich der Bildungs-Infrastruktur für finanzschwache Kommunen“ beschlossen. Der Bund kann also über die digitale Ausstattung hinaus, die Bundesbildungsministerin Wanka (CDU) in der vergangenen Woche vorgestellt hat, auch in die Sanierung von Schulgebäuden und Sporthallen investieren. Die erste Rate des Bundes über 3,5 Milliarden Euro für das Schulsanierungsprogramm wurde bei den Bund-Länder-Verhandlungen schon beschlossen.

Heil forderte Wanka, die von der Bund-Länder-Einigung offenkundig selbst überrascht worden war, umgehend auf, ihr Konzept zur digitalen Ausstattung grundlegend zu überarbeiten und zügig Verhandlungen aufzunehmen. „Wir wollen jetzt entschlossen handeln, damit die Grundgesetzänderung zügig realisiert, das Programm bereits im kommenden Jahr starten und erste Schulen auch erreichen kann“, so Heil. Ganz so schnell wird das aller-

dings nicht gehen, denn Wanka hat sich zwar gesprächsbereit gezeigt, will jedoch erst dann mit den Ländern verhandeln, wenn diese sich einig sind. Das ist auf absehbare Zeit nicht der Fall. Baden-Württemberg hat schon bei der Digitalisierungsinitiative Vorbehalte angemeldet, von anderen ganz zu schweigen.

Josef Kraus, Präsident des Lehrerverbandes, der die Digitalisierungsoffensive des Bundes mit fünf Milliarden Euro für „Schaufensterpolitik“ hält, rechnet vor, dass auch Bundeszuschüsse den Sanierungsstau bei Schulgebäuden nicht verhindern werden. Wenn alle in die Jahre gekommenen Bauten der siebziger Jahre für etwa zehn Millionen Euro saniert werden, wären schon für 10 000 der insgesamt 40 000 Schulen 100 Milliarden Euro vonnöten. Die beschlossene erste Rate von 3,5 Milliarden Euro sei daher nicht mehr als ein „Tropfen auf den heißen Stein“. Für Kraus wären Investitionen in Baumaßnahmen nur dann sinnvoll, wenn sie keine pädagogischen Implikationen hätten. Da der Bund die Zuweisung seiner Gelder immer an Kriterien und damit inhaltliche Vorgaben für ein bestimmtes pädagogisches Ziel knüpfen wird, wachsen auch durch eine scheinbar so neutrale Initiative wie das Ganztagsschulprogramm die politischen Einflüsse. Das würden manche besonders klamme Länder hinnehmen, andere hingegen nicht.

Durch die im Jahre 2014 beschlossene Änderung von Artikel 91b Grundgesetz kann der Bund schon jetzt besonders leistungsfähige Universitäten oder Forschungseinrichtungen dauerhaft fördern. Gleichmäßig verteilt wird das Geld dadurch nicht. Seit der Einigung vom Freitag steht fest, dass zusätzlich eine „Bundesergänzungszuweisung für Forschungsförderung eingeführt“ wird, wodurch ein Ausgleich für besonders finanzschwache Länder geschaffen wird. Das gelte jedoch nur dann, wenn die Länder dieses Geld auch zusätzlich in ihre Forschungsaktivitäten investieren, sagte Wanka. Und das heißt, dass sie diese nicht zur Entlastung ihres Landeshaushalts zweckentfremden dürfen.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016, S. 4

NRW-Schülervertreter fordern endlich Einigung zum Turbo-Abitur

Reform sei längst überfällig. Vorschlag: bis zu vierjährige Oberstufe

Von Stephanie Weltmann

Essen. Die Schülervertretung in NRW warnt, die aus ihrer Sicht drängende Reform des Turbo-Abiturs dürfe nicht bloß als Spielball im Landtagswahlkampf herhalten. Vorstandsmitglied Frederic Koch sagt: „Wir finden es gut, dass sich die Parteien über eine Verbesserung von G8 streiten, aber am Ende wollen wir Schüler auch ein gutes Ergebnis sehen.“ Die 2005 in Kraft getretene Schulzeitverkürzung an NRW-Gymnasien von neun auf acht Jahre sei der falsche Weg gewesen, es bedürfe dringend einer Verbesserung. „Es geht um unsere Bildung“, sagt Koch.

Jüngst hatte sich der Streit um das sogenannte Turbo-Abitur – G8 für acht gymnasiale Jahre genannt – neu entladen. Während eine Elterninitiative ein Volksbegehren und die Rückkehr zur neunjährigen Gymnasialzeit (G9) anstrebt, denken selbst frühere Verfechter von G8 wie die FDP laut über eine Reform nach.

Für die gewählten NRW-Schülervertreter, Sprecher für rund 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in

NRW, ist diese Kehrtwende längst überfällig. Koch zählt auf: „Schon in der Unterstufe gibt es Nachmittagsunterricht, an manchen Tagen kommt man um Viertel vor sechs und damit nach den in Vollzeit beschäftigten Eltern nach Hause.“ Ehrenämter leiden, gelernt werde für die nächste Klausurphase. An der Schule komme etwa die Berufsberatung zu kurz. „Man verlässt oft nicht mal volljährig die Schule und weiß noch nicht so genau, was jetzt kommt“, sagt der früher beim SPD-Nachwuchs „Jusos“ Engagierte.

Bis zum Sommer habe er selbst ein reguläres Gymnasium in Krefeld besucht, sagt der 16-Jährige, nun hat er

zu einem beruflichen Gymnasium mit drei Jahren Oberstufe gewechselt. „Jetzt haben wir auch mal zwei Wochen Zeit, um in ein Thema hineinzukommen, statt gleich in die Klausurvorbereitung zu gehen.“

Die Landesschülervertretung setzt sich für ein Konzept ein, bei dem die gymnasiale Oberstufe zwischen zwei und vier Jahre andauern soll. Die zehnte Klasse soll Teil der Mittelstufe sein, was den Stundenplan entzerren soll. Es folgen eine einjährige Einführungsphase und zwei Jahre bis zum Abitur (G9). Wer das Einführungsjahr nicht benötigt, kann es überspringen und nach acht Jahren Abitur machen. Wer etwas mehr Zeit braucht, bekommt ein 14. Jahr. Der Reformvorschlag der SPD geht in eine ähnliche Richtung, ohne ein 14. Schuljahr zu berücksichtigen.

Koch appelliert an die Parteien und die Regierung, die Schülervertretung stärker an Entscheidungen zur Schulpolitik zu beteiligen. Eine Arbeitsgruppe, in der Jugendliche, Behörden und Politik die Entwicklung von G8 begleiten, habe zuletzt im Mai 2015 getagt.



„An manchen Tagen kommen wir um

Viertel vor sechs nach Hause.“

Frederic Koch, Landesschülervertreter

Rheinische Post vom 15.10.2016, S. 2

Das Ende der Kreidezeit

VON MARKUS PLÜM

DÜSSELDORF Fünf Milliarden Euro bis 2021 – nach dem Willen von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sollen über 40.000 Grund-, Berufs- und weiterführende Schulen in der Republik durch diese Mittel die Möglichkeit erhalten, in ihre Digitalisierung zu investieren. „Digitalpakt#D“ nennt Wanka ihr Angebot und nimmt damit gleichzeitig die Länder in die Pflicht. Denn die Gelder fließen nur, wenn im Gegenzug die Länder dafür sorgen, dass mediale Lernkonzepte Einzug in die Lehrpläne halten und gleichzeitig Lehrer mit den notwendigen didaktischen Fähigkeiten ausgerüstet werden.

Denn gerade an Medienkompetenz mangelt es in der Bundesrepublik.

Zum einen fehlt Schülern das Wissen um verantwortungsvollen Umgang mit Medien und digitalen Endgeräten, zum anderen Lehrern die Fähigkeit, dieses Wissen auch korrekt zu vermitteln. Die große internationale Vergleichsstudie „ICILS“ im Jahr 2013 ergab, dass sich Deutschland in Sachen Medienkompetenz noch hinter Tschechien oder Polen im Mittelfeld einreihen muss. Und in keinem anderen untersuchten Land wurden Computer seltener im Unterricht eingesetzt als in Deutschland.

„Digitale Bildung ist in Deutschland ein grundsätzliches Strukturproblem, das hauptsächlich in den Köpfen besteht“, weiß Wilfried Bos vom Institut für Schulentwicklungsforschung an der Universität Dortmund. In diesem Zusammenhang wirken die Aussagen von Lehrerverbandspräsident Josef Kraus auch nicht weiter überraschend. Schulen mit Laptops, Tablets und W-Lan auszustatten, bringe nichts – höchstens der Industrie, polterte Kraus nach Wankas milliardenschwerer Ankündigung. Er befürchtet, dass die bei Schülern ohnehin vorhandene Neigung, sich nur noch Häppchenwissen anzueignen, durch eine fortschreitende Schul-Digi-

talisierung nur noch verstärkt würde. Was Kraus allerdings bedenken sollte: Digitalisierung findet statt, ob er möchte oder nicht. Es bringt nichts, sich davor zu verschließen.

Lag es also bislang an fehlenden finanziellen Mitteln oder doch eher an mangelndem Willen, dass deutsche Schulen in Sachen Digitalisierung hinterherhinken? „Es ist eine Mischung aus beidem“, sagt Juliane Petrich vom Digital-Verband Bitkom. Für die Ausstattung mit digitalen Endgeräten und deren regelmäßige Wartung habe es bisher ganz klar an Geld gemangelt, aber gleichzeitig würden auch die Schulen

nicht die Notwendigkeit der Digitalisierung sehen.

Der Digitalpakt bietet daher die Chance, diese mentalen Grenzen zu überwinden. Vor allem die Lehrerausbildung muss sich

den modernen Gegebenheiten anpassen. Bislang schreiben nur wenige Universitäten ihren Lehramtsstudenten verpflichtende medienpädagogische Studieninhalte vor – entsprechende Vorlesungen und Seminare existieren meist nur als Wahl-Angebot. Wenn also 81 Prozent der im Rahmen der Studie „Schule digital“ befragten Lehrer sagen, dass das Studium besser auf den Einsatz digitaler Medien im Unterricht vorbereiten muss, sollte das als klares Signal verstanden werden. Ebenso vermischen viele ein qualifiziertes Fort- und Weiterbildungsangebot.

Besonders in Nordrhein-Westfalen fühlen sich die Lehrkräfte alleingelassen. Nur rund ein Viertel der hiesigen Lehrer fühlt sich bei der Integration digitaler Lern- und Lehrmittel in den Unterricht ausreichend unterstützt. Dementsprechend setzt auch nur rund jeder dritte Lehrer PC oder Tablet mindestens einmal pro Woche als Lehrmittel ein. Dabei sei das Weiterbildungsangebot in NRW gar nicht so schlecht, sagt Schulforscher Wilfried Bos: „Es dringt nur leider nicht bis zu den Schulen oder den Lehrern vor.“ Lehrkräfte können sich in Kompetenzzentren zu Medienberatern

„Die Ankündigung von Johanna Wanka ist ein großer Schritt in die richtige Richtung“

Juliane Petrich
Digital-Verband Bitkom

NRW liegt im bundesweiten Vergleich nur im Mittelfeld

Untersuchung Die Studie „Schule digital“, für die im vergangenen Jahr bundesweit 1250 Lehrkräfte weiterführender Schulen befragt wurden, untersuchte die Nutzung digitaler Medien im Unterricht sowie die Ausstattung und Konzepte der Schulen. Dabei schnitt Nordrhein-Westfalen nur mittelmäßig ab.

Aufholbedarf Nur rund die Hälfte aller Schulen in NRW verfügt demnach über ein Medienkonzept für den Einsatz von Computern im Unterricht. Ebenso hoch ist der Anteil nordrhein-westfälischer Lehrer, der die vorhandene Ausstattung mit IT-Endgeräten als ausreichend bezeichnet.

Empfehlungen Die Forscher legen deutschen Schulen nahe, das Lernen mit Medien mittels Konzept fest im Unterricht zu verankern. Die Forderung an die Politik lautet, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Schulbereich abzuschaffen.

Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) setzt sich für die Digitalisierung deutscher Schulen ein.

FOTO: AP



fortbilden lassen und ihre Kenntnisse an die Schulen mitnehmen. Und auch das Projekt „Mediencouts“ der nordrhein-westfälischen Landesanstalt für Medien setzt am richtigen Punkt an: Schüler erwerben das Wissen um den sicheren Medienumgang und werden dazu befähigt, dieses Wissen jüngeren Mitschülern zu vermitteln und sie bei Fragen zu unterstützen.

Doch trotz aller Bemühungen: Es bedarf weiterer Anstrengungen, um die Digitalisierung der Schulen auf gesunde, zukunftsfähige Beine zu stellen. Der Vorstoß der Bildungsministerin sei zwar ein „großer Schritt in die richtige Richtung“, sagt Juliane Petrich. Doch die Zeit drängt. Laut Wanka müssen nun zunächst Beratungen und die Festlegung länderübergreifender Standards folgen. Die konkrete Umsetzung könnte dann in der kommenden Legislaturperiode beginnen, also ab Herbst 2017. „Die Ausstattung sollte schneller vorangehen. Das Ziel, bis 2021 alle Schulen digital aufgerüstet zu haben, ist in der digitalen Welt eine lange Zeit“, sagt Petrich. Und Deutschland habe im Vergleich zu anderen Ländern schon Nachholbedarf.

Eine juristische Hürde scheint derweil bereits genommen: Eigentlich untersagt das Kooperationsverbot eine Einmischung des Bundes in die Ländersache Schulpolitik. Daher sollen die fünf Milliarden Euro auf Grundlage des Grundgesetz-Artikels 91c bereitgestellt werden, der die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Sachen Informationstechnik ermöglicht. Verhaltene Zustimmung ist aus den Ländern aber bereits zu vernehmen, denn für sie wäre dieses „IT-Konjunkturprogramm“ ein Segen. So sagte NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne): „Es ist gut, dass der Bund seine gesamtstaatliche Verantwortung für die Bildung erkennt.“ Und Hamburgs Bildungsminister Ties Rabe (SPD) ließ verlauten: „Wenn Frau Wanka über diese wackelige Brücke gehen will, werden die Länder sie da sicher nicht runterstoßen.“ Für die digitale Zukunft Deutschlands schon einmal keine schlechte Ausgangslage.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016, S. 2

Hat sich Albakr in Deutschland radikalisiert?

Sachsens Justizminister gibt Versäumnisse zu / Syrer, die ihn festhielten, sollen in Zeugenschutzprogramm

lock. DRESDEN, 16. Oktober. Nach dem Suizid des Terrorverdächtigen Jaber Albakr in einer Leipziger Justizvollzugsanstalt hat Sachsens Justizminister Sebastian Gemkow am Wochenende Versäumnisse eingestanden. „Wir alle müssen im Umgang mit islamistischen Straftätern dazulernen. Offensichtlich reichen unsere herkömmlichen Instrumente und Erfahrungen zur sicheren Unterbringung von Gefangenen nicht aus“, sagte er der „Bild am Sonntag“. Es sei möglich, dass ein Islamist gezielt Selbstmord begehe, um die Ermittlungen zu erschweren und damit dem ihm verhassten westlichen Rechtssystem zu schaden, sagte der CDU-Politiker. „Auf diesen Fall waren wir in Sachsen nicht ausreichend vorbereitet.“

In Berliner Sicherheitskreisen wurde kritisiert, dass Gemkow den Beamten in Leipzig nicht persönlich klargemacht habe, dass sie für die Sicherheit des wichtigsten Gefangenen der Bundesrepublik zu sorgen hätten. „Das hat man in Sachsen nicht verstanden“, sagte ein hoher Sicherheitsbeamter der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hatte am Freitag zugegeben, dass die Justizbehörden seines Landes mit Albakr nicht so umgegangen seien, wie es not-

wendig gewesen wäre. Sollte das an unzureichenden Gesetzen und Vorschriften liegen, müssten diese angepasst werden. Er erwarte dazu auch Antworten seines Justizministers, sagte Tillich. Zudem soll eine unabhängige Untersuchungskommission den Fall aufarbeiten. Am Dienstag und Mittwoch werden sich auch Gremien des Sächsischen Landtags und des Bundestags mit dem Fall befassen. Albakr hatte sich am Mittwochabend in der Untersuchungshaft das Leben genommen.

Unterdessen machte der Bruder des Terrorverdächtigen die deutschen Behörden für den Tod Albakrs verantwortlich. Sein Bruder sei kein Terrorist gewesen, sagte Alaa Albakr gegenüber „Spiegel TV“. Er habe Abitur gemacht, Ingenieurwissenschaften studiert, Karate trainiert und sich besonders um seine Mutter gekümmert; er sei ein höflicher Mensch ohne extremistische Tendenzen gewesen. Zuvor hatte bereits der MDR Kontakt zu der Familie Albakrs aufgenommen, die nach wie vor in der Nähe von Damaskus lebt. Sie zeigte dem Sender Bilder, die Albakr aus seiner neuen Heimat im nordsächsischen Eilenburg geschickt hatte; darauf zu sehen ist ein fröhlicher junger Mann, der freihändig Fahrrad fährt und sich vor einer Kuhweide fotografieren lässt.

Ehemalige Mitbewohner Albakrs in Eilenburg allerdings bestätigten dem Sender, dass der Syrer zuvor mehrfach in die Türkei sowie in die vom IS beherrschte syrische Provinz Idlib gereist sei. Nach seiner Rückkehr sei er „wie gehirngewaschen“ gewesen, sagte ein Mitbewohner. Ein anderer erzählte, dass Albakr in Deutschland sehr frustriert gewirkt habe. Er sei sehr ehrgeizig gewesen und habe studieren wollen, sei aber mit der Sprache überhaupt nicht klanggekommen. Es spricht tatsächlich einiges dafür, dass sich Albakr erst in Deutschland radikalisiert hat. Sein Bruder sagte „Spiegel TV“, Jaber Albakr sei in diesem Jahr mehrfach in Berlin gewesen, darunter auch bei Imamen, die für den Dschihad warben, auch habe er sich gewundert, dass sein Bruder immer häufiger zum Freitagsgebet nach Berlin fahre, statt einfach zu Hause zu beten.

Der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung zufolge hielt sich Albakr in der zweiten Septemberhälfte in Berlin auf, um Anschlagsschritte auszukundschaften. Entsprechende Fahrkarten seien in seinen Hinterlassenschaften entdeckt worden. Ein Sprecher der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sagte der Zeitung jedoch, dass es bei Albakr bisher „keine ausreichend gerichtswertbaren Bezüge zum IS“ gebe. In der polizeilichen Ver-

nehmung soll Albakr jedoch die Syrer, die ihn am vergangenen Sonntag in Leipzig der Polizei übergaben, als Mittäter bezichtigt haben. Drei von ihnen wiesen das in „Spiegel TV“ zurück, vielmehr lebten sie seitdem in Angst vor Racheakten des IS.

Sachsens Landeskriminalamt hat bereits in der vergangenen Woche vier Syrern Schutz angeboten, die an der Ergreifung Albakrs beteiligt waren. Zwei von ihnen befänden sich in einer sicheren Unterkunft, zwei weitere hielten sich freiwillig außerhalb Sachsens auf, sagte ein LKA-Sprecher. Sie hätten erklärt, nicht konkret bedroht zu werden, und eine Rückkehr abgelehnt. Das Bundeskriminalamt versuche jedoch weiter, sie vom Gegenteil zu überzeugen. Für alle vier Personen werde zudem in Abstimmung mit dem Generalbundesanwalt die Aufnahme ins Zeugenschutzprogramm geprüft.

Nach den Angaben des Präsidenten des Bundeskriminalamts, Holger Münch, sind in Deutschland derzeit etwa 180 radikale Islamisten unter Beobachtung. „Dabei geht es nicht darum, sie vor allem rund um die Uhr zu observieren, sondern Erkenntnisse zu gewinnen, ob ein Gefährder etwas plant, ob von ihm eine konkrete Gefahr ausgeht“, sagte Münch am Sonntag der ARD.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016, S. 4

Ohne jeden Schutz im Netz

Wohnungsbaugesellschaften versprechen Verschlüsselung für die Daten Tausender Interessenten – und halten sich nicht daran / Von Stefan Tomik

FRANKFURT, 16. Oktober. Wer eine Wohnung sucht, muss etliche Fragen beantworten und einen wahren Daten-Striptease hinlegen. Denn viele Wohnungsbaugesellschaften haben „Mieterinteressentenbögen“ oder „Suchagenten“ auf ihre Website gestellt – Formulare, in denen sie sehr viel über ihre potentiellen Mieter wissen wollen. Wie hoch ist Ihr monatliches Nettoeinkommen? Ist Ihr Arbeitsverhältnis unbefristet? Wie viele Kinder haben Sie? Wie lautet Ihre Personalausweisnummer? Liegt ein Wohnberechtigungsschein vor? Beziehen Sie Arbeitslosengeld oder Hartz IV? Halten Sie Haustiere und wenn ja, welcher Rasse? Es werden auch Sozialdaten abgefragt, die als besonders schutzbedürftig gelten. Doch eine Recherche dieser Zeitung zeigt: Einige Wohnungsbaugesellschaften nahmen den Datenschutz nicht so ernst, wie es geboten wäre. Sie schickten die gesammelten Informationen ohne jede Verschlüsselung durchs Internet. Dem Nutzer wurde jedoch etwas ganz anderes versprochen.

„Der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist für uns ein wichtiges Anliegen“, schreibt etwa die GAG Immobilien AG, nach eigenen Angaben „Kölns größte Vermieterin“ mit einem Bestand von etwa 42 000 Wohnungen, „und wir möchten, dass Sie sich beim Besuch unserer Webseiten sicher fühlen.“ Aber die versprochene Sicherheit gab es nicht. Denn der ausgefüllte Fragebogen mit 27 Pflichtfeldern wurde bis vor kurzem schutzlos versendet. Ebenso geschah es bei der

Duisburger Gebag, obwohl es in deren Datenschutzerklärung heißt, die technischen Sicherheitsvorkehrungen „entsprechen dem aktuellen Stand der Technik“. Auch die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft SWSG verzichtete auf eine Verschlüsselung, behauptete aber auf ihrer Website: „Wir betrachten den Schutz der Privatsphäre und das Persönlichkeitsrecht des Einzelnen als Grundlage für vertrauenswürdiges und seriöses Handeln.“

Teils bestanden die Sicherheitslücken seit langer Zeit, wie bei der ABG, Frankfurts größter Wohnungsbaugesellschaft mit einem Bestand von rund 51 000 Wohnungen. Vor etwa zwei Jahren schaffte die ABG ihre Interessentenbögen aus Pa-

pier ab. Seitdem füllen jedes Jahr viele tausend Mietinteressenten das Online-Formular aus.

Konfrontiert mit den Ergebnissen der Recherche, haben die Unternehmen die Sicherheitslücken binnen Stunden oder Tagen geschlossen. Mal war von einem technischen Versehen die Rede, mal von „Abstimmungsschwierigkeiten“ mit einem externen Dienstleister, auf dessen Expertise man sich habe „verlassen müssen“. Tatsächlich verwenden die meisten der betroffenen Firmen ein Modul des Unternehmens Immosolve aus Bad Bramstedt, sie hatten es allerdings falsch in ihre Website eingebunden. Immosolve teilte mit, man sensibilisiere seine Kunden „regelmäßig über Themen des Datenschutzes“, die Entscheidungshoheit liege „allerdings immer bei unseren Auftraggebern“. Dass das Fehlen einer Verschlüsselung teils seit Jahren nicht bemerkt wurde, offenbart daher auch einen Mangel an technischem Sachverstand in den Wohnungsbaugesellschaften. Ein kritischer Blick in den Quellcode der Website hätte genügt.

Wenn man auf einer Website ein Formular ausfüllt, werden die Daten in Paketen durch das Internet verschickt. Sind sie nicht verschlüsselt, ist das wie bei einer Postkarte: Jeder, der sie auf ihrem Weg in die Hände bekommt, kann mitlesen. Ein Datenpaket läuft auf seinem Weg von Frankfurt nach Düsseldorf über mehrere Knotenpunkte, manchmal sogar über ausländische Server. Die Anzahl der potentiellen Mitleser ist deshalb unüberschaubar. Dass unter ihnen – nicht nur amerikanische – Geheimdienste sind, davon gehen Datenschützer mittlerweile aus. Gefahren drohen der Privatsphäre aber auch durch Hacker, besonders dann, wenn man in einem öffentlichen WLAN surft, zum Beispiel in einem Café.

Im Funknetzwerk haben Hobby-Hacker leichtes Spiel, um Passwörter, Mails und eben auch Formulare abzufangen. Die dazu nötigen Programme, sogenannte Sniffer (Schnüffler), lassen sich kostenlos aus dem Netz herunterladen. Deshalb ist es für viele Unternehmen mittlerweile selbstverständlich, Verbindungen zu verschlüsseln. Krankenkassen, Banken, Online-Kaufhäuser und E-Mail-Anbieter tun es. Eine Verschlüsselung einzurichten ist weder besonders aufwendig

noch teuer; die nötigen Zertifikate gibt es schon für zweistellige Beträge im Jahr. Sobald „personenbezogene Daten“ übertragen werden, und dazu gehören schon Name, Anschrift oder E-Mail-Adresse, ist eine Verschlüsselung sogar gesetzlich vorgeschrieben.

Laut Bundesdatenschutzgesetz müssen Unternehmen „gewährleisten, dass personenbezogene Daten bei der elektronischen Übertragung nicht unbefugt gelesen werden können“. Eine sogenannte Transportverschlüsselung ist also Pflicht, und zwar „entsprechend dem Stand der Technik“. Was das genau bedeutet, konkretisiert das Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik. Obwohl die Rechtslage schon lange bestehe und eindeutig sei, komme es immer wieder zu

Verstößen, klagen Datenschützer. Mal seien die Formulare gänzlich ungeschützt, mal werde ein veralteter Algorithmus verwendet, mal sei die Schlüssellänge zu kurz. Deshalb werden einige Wohnungsbaugesellschaften bald Post vom zuständigen Datenschutzbeauftragten ihres Bundeslandes bekommen. Strafen müssen sie dennoch nicht fürchten.

Auch das hat mit der Gesetzeslage zu tun. Denn Verstöße technischer Art sind derzeit nicht bußgeldbewehrt. Seit einigen Monaten geht das Bayerische Landesamt für die Datenschutzaufsicht in Einzelfällen gegen Unternehmen vor, deren Websites unverschlüsselte Kontaktformulare enthalten. Es sind Testballons für eine großangelegte Massenprüfung, die derzeit vorbereitet wird. Dabei geht es um einfache Formulare, in denen meist viel weniger Daten erhoben werden als bei den Wohnungsbaugesellschaften. Die ertappten Unternehmen erhalten zunächst ein höfliches Schreiben mit einer Frist zur Beseitigung des Fehlers. Kosten für den Empfänger: keine. Erst wenn diese Frist verstreicht, könnte das Landesamt eine Anordnung erlassen. Dafür würden lediglich 30 Euro Verwaltungsgebühr fällig. Wer auch dann immer noch nicht verschlüsseln will, der müsste sich auf ein Zwangsgeld im vier- bis fünfstelligen Bereich einstellen, dessen genaue Höhe von der Unternehmensgröße abhängt. Aber so weit ließ es bislang noch niemand kommen. Wenn ein Zwangsgeld droht, dann wird der Datenschutz ganz schnell tatsächlich ein sehr wichtiges Anliegen.

**Frankfurter
Allgemeine Zeitung
vom 17.10.2016, S.
8**

Einfache Antwort

Der sächsische Justizminister kämpft um sein Amt. Nun hat er es mit Zugeständnissen versucht: „Wir alle müssen im Umgang mit islamistischen Strafgefangenen dazulernen.“ Es ist eine deprimierende Erkenntnis, und es ist auch ein kleines Schuldeingeständnis. Ob es reicht, um Minister bleiben zu können, ist unklar. Schließlich scheint es derzeit vor allem um die Frage zu gehen, wem man die Schuld daran geben kann, dass sich ein Mann, der sich umbringen wollte, tatsächlich umgebracht hat. Der Selbstmord ist ein Drama, auch für die Ermittler, daran besteht kein Zweifel. Und ein Rücktritt ist stets eine einfache Antwort. Darüber sollte aber nicht vergessen werden, dass es noch andere Fragen gibt, weit wichtigere womöglich: Wenn es denn stimmt, dass Albakr ein Mensch ganz ohne extremistische Tendenzen war, bevor er als Flüchtling nach Deutschland kam, wie kann es dann passieren, dass er sich hier überhaupt so schnell radikalisiert hat? Woher kommt der Hass, woher kommt die Unterstützung? Und was machen wir nun? Leider sind das auch die Fragen, auf die man nicht so leicht Antworten findet. mawy.

Rheinische Post vom 17.10.2016, S. 3

Vergewaltigte Seniorin: 19-Jähriger gefasst

Im Fall der in der Düsseldorfer Altstadt überfallenen 90-Jährigen hat ein DNA-Abgleich zu einer Festnahme geführt. Täter soll ein Spanier marokkanischer Herkunft sein. Kurz zuvor saß er noch wegen Raubes in U-Haft.

VON TORSTEN THISSEN

DÜSSELDORF Die Tat hatte über Düsseldorfs Grenzen hinaus für Entsetzen gesorgt: Eine 90-Jährige wurde nach dem Besuch der Lambertuskirche, wo sie eine Kerze angezündet hatte, mitten in der Düsseldorfer Altstadt zwischen zwei Häusern in einen Hinterhof gezogen und vergewaltigt. Die Attacke geschah gegen 11 Uhr, also am hellen Tag. Nachdem der Täter von seinem Opfer abgelassen hatte, entkam er unerkannt zwischen Sonntagsspaziergängern und Ausflüglern. Nach knapp zwei Wochen hat die Polizei den mutmaßlichen Täter gefasst. Es handelt sich um einen 19 Jahre alten Spanier mit marokkanischen Wurzeln, der in der Vergangenheit mehrfach polizeilich in Erscheinung getreten ist. Er wurde inzwischen dem Haftrichter vorgeführt und sitzt in Untersuchungshaft.

Auf die Spur des Mannes brachte die Fahnder der Polizei ein DNA-Abgleich. Der genetische Fingerabdruck des Mannes war erst bei einem Raub im Mai gesichert und gespeichert worden. Damals hatte er einem 17-Jährigen zwei Handys und Bargeld geraubt und ihm dabei mehrmals ins Gesicht geschlagen. Eine Streife hatte den Mann festgenommen, zwei Monate hatte er danach in Untersuchungshaft verbracht, zu einer Anklage oder gar einem Prozess war es allerdings nicht gekommen. Stattdessen wurde er Ende August aus der Haft entlassen. Am 2. Oktober soll er nach aktuellem Stand der Ermittlungen schließlich die 90-Jährige vergewaltigt haben.

Gemäß der Täterbeschreibung war die Polizei zunächst davon ausgegangen, dass es sich um einen Mann mit osteuropäischen Wurzeln handelte, erst der DNA-Abgleich brachte die Fahnder dann auf die Spur des nun Festgenommenen. Wo sich der Mann aufhielt, war allerdings zunächst unbekannt.

„Der Mann hat keinen festen

Wohnsitz, ob und wo er in Düsseldorf lebte, ist Teil der noch ausstehenden Ermittlungen“, sagte ein Sprecher der Polizei gestern. Dass man ihn am Freitagabend dennoch festnehmen konnte, ist der Aufmerksamkeit eines Beamten der Bundespolizei und dem Zufall zu verdanken.

Der Beamte war gar nicht im Dienst, als er den Gesuchten gegen 21 Uhr am Düsseldorfer Hauptbahnhof erkannte. Er benachrichtigte seine Kollegen von der Bundespolizei und verfolgte den Verdächtigen zivil bis zum Eintreffen einer Streife. Die nahm den 19-Jährigen schließlich fest und übergab ihn den Düsseldorfer Kollegen.

Natürlich war die Erleichterung unter Anwohnern und Besuchern der Altstadt über den Erfolg der Polizei gestern groß. Doch mischte sich auch Unverständnis über die Justiz in die Reaktionen der Menschen. „Wieso kam es zu keinem Prozess, wenn der schon vorher was angestellt hatte?“, fragte etwa Altstadtbesucherin Melanie Reisig. Und das war noch eine der mildereren Reaktionen. Hinzu kommt eine große Unzufriedenheit bei den Anwohnern über die allgemeine Sicherheitslage in der Düsseldorfer Altstadt. Sie wünschen sich „mehr Präsenz“ der Polizei. „Doch natürlich hilft das nichts, wenn die Täter eine Woche später wieder hier stehen und Leute ausrauben oder Diebstähle begehen“, sagte gestern ein Anwohner, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will. Er beobachte von seinem Fenster aus, wie sich jedes Wochenende Gruppen von jungen Männern offensichtlich nordafrikanischer Herkunft in der Altstadt auf Beutezug machten. Schon lange beklagen sich auch Beamte, die in der Altstadt im Einsatz sind, dass sie an einem Tag einen Täter festnehmen, der am anderen Tag wieder vor Ort ist.

Offenbar gehört auch der nun

Festgenommene zu dem Täterkreis, der immer wieder mit Diebstählen und Raubüberfällen in Erscheinung tritt, bevorzugt am Wochenende in der Altstadt. So ist der 19-Jährige laut Polizei schon, bevor er wegen Raubes in Untersuchungshaft saß, „wegen mehrerer Taschen- und Ladediebstähle polizeilich in Erscheinung getreten“. Er soll mit der „Antanz-Methode“ versucht haben, Beute zu machen. Dabei sucht der Täter Körperkontakt zu seinem meist angetrunkenen Opfer, lenkt es ab und greift in dessen Taschen, um Handy und Geld zu stehlen, das er an einen Komplizen weiterreicht. Der Diebstahl artet, wenn er nicht gelingt, oft in Gewalt aus. So wohl auch an jenem Abend im Mai, als der 19-Jährige einen 17-Jährigen beraubte. Die Tat geschah keine 30 Meter entfernt vom Tatort der Vergewaltigung.

Die Polizei verweist in der Frage, warum der Tatverdächtige trotz seiner Delikte auf freiem Fuß war, offiziell auf die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft. Dort berief man sich gestern darauf, dass Wochenende sei und man den Fall nicht recherchieren könne. Die Politik in der Landeshauptstadt ist alarmiert. „Die beste Polizei und das Hinsehen der Bürger hilft nichts, wenn ein festgenommener Gewalttäter wieder freikommt“, sagte etwa die FDP-Vorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann.

Hohes Strafmaß bei Vergewaltigung

Paragraf Der Straftatbestand der Vergewaltigung wird nach Paragraf 177 des Strafgesetzbuches geregelt.

Strafmaß Es reicht von mindestens sechs Monaten Freiheitsstrafe in minder schweren Vergewaltigungsfällen bis zu höchstens 15 Jahren in schweren Fällen. In besonders schweren Fällen liegt die Mindeststrafe bei fünf Jahren.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom
17.10.2016, S. 5

Viele offene Fragen im Fall des Terrorverdächtigen al-Bakr

Bisher gibt es noch keinen Beweis für den Kontakt zum IS.

Sachsens Justizminister Gemkow räumt Fehler ein.

Dresden/Berlin. Nach dem Suizid des mutmaßlichen Terroristen Dschaber al-Bakr suchen die Ermittlungsbehörden weiter nach Verbindungen zur Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS). Bislang gebe es keine „ausreichenden gerichtsverwertbaren Bezüge zum IS“, sagte ein Sprecher der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Die Ermittlungsbehörden vermuten, dass al-Bakr im Auftrag des IS handelte. Ende August sei der Syrer aus der Türkei kommend in Leipzig gelandet und habe dabei seinen Anschlagplan „in der Tasche“ gehabt. Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden hatte al-Bakr einen Sprengstoffanschlag auf einen Berliner Flughafen geplant. In seiner Chemnitzer Wohnung fanden die Ermittler 1,5 Kilogramm Sprengstoff. Er hatte sich am Mitt-

wochabend zwei Tage nach seiner Festnahme in einem Leipziger Gefängnis erhängt.

Al-Bakr soll Berichten zufolge sein mutmaßliches Anschlagziel selbst ausgespäht haben und sich nach Information der „Berliner Morgenpost“ in der zweiten Septemberhälfte für eine Nacht in Berlin aufgehalten haben. Dabei soll er auch eine Kontaktperson getroffen haben. Der Aufenthalt in Berlin soll für die Planung des Anschlages eine wichtige Rolle gespielt haben, hieß es. Die Sicherheitsbehörden hätten al-Bakr zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht im Visier gehabt.

Sachsens Justizminister Sebastian Gemkow (CDU) räumte unterdessen Versäumnisse im Justizvollzug des Landes ein. „Auf diesen Fall waren wir in Sachsen nicht ausreichend vorbereitet“, sagte er

der „Bild am Sonntag“. „Offensichtlich reichen unsere herkömmlichen Instrumente und Erfahrungen zur sicheren Unterbringung von Gefangenen nicht aus.“ Es könne sein, dass ein Islamist seinen Selbstmord gezielt umsetze, um den Behörden die Ermittlungen zu erschweren.

Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, forderte: „In Fällen, die der Generalbundesanwalt übernimmt, müsste sofort eine Taskforce von Spezialisten eingreifen.“ Die rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker, kritisierte, dass die Bundesanwaltschaft, für die Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) zuständig sei, nicht viel eher das Verfahren übernommen habe. Dort gebe es Spezialisten für islamistischen Terrorismus.

dpa/epd

Aachener Nachrichten vom 15.10.2016, S. 9

In NRW-Gefängnissen ändert sich nichts

Suizid eines Terrorverdächtigen in Leipzig bietet keinen Anlass zum Handeln

Düsseldorf. Der Suizid des Terrorverdächtigen Dschaber al-Bakr im Leipziger Gefängnis ist für die Justiz in Nordrhein-Westfalen kein Anlass für neue Regeln bei der Überwachung. In NRW werde bereits sorgfältig geprüft und engmaschig kontrolliert, wer latent oder akut selbstmordgefährdet sei, sagte gestern der Sprecher des Justizministeriums, Marcus Strunk.

Bei der Erstaufnahme versuche ein erfahrener Beamter im Gespräch mit dem Gefangenen herauszufinden, ob eine Gefährdung vorliege. Dabei könne ein Psychologe hinzugezogen werden. Bei akuter Suizidgefahr greife eine engmaschige Überwachung. Möglich sei eine ununterbrochene Beobachtung über Video in besonders gesicherten spartanischen

Hafträumen. Es könne aber auch ein Beamter dazugesetzt werden. Wenn nötig, würden Gefangene sogar fixiert.

Gürtel und ähnliche Gegenstände dürften nicht mit in die Zelle. Es sei aber nicht geplant, Inhaftierten künftig auch das Hemd abzunehmen. Al-Bakr hatte sich in seiner Zelle mit seinem T-Shirt an einem Gitter aufgehängt.

Die Selbstmordrate in den Haftanstalten auf null zu drücken, sei kaum möglich, sagte Strunk. Jemand, der sich unbedingt umbringen wolle, könne auf lange Sicht schwer daran gehindert werden.

In diesem Jahr gab es nach Angaben des Ministeriums bereits 14 Selbstmorde in NRW-Gefängnissen, 2015 waren es neun, in früheren Jahren auch schon bis zu 27.

Im vergangenen Jahr hatte die Überwachung des früheren Top-Managers Thomas Middelhoff in der JVA Essen zu heftigen Diskussionen über Sicherheit und Menschenwürde geführt. In den ersten Haftwochen war in seiner Zelle nachts alle 15 Minuten das Licht eingeschaltet worden, um nach dem Rechten zu sehen.

Unter den Islamisten, die in NRW inhaftiert sind, sitzen einige, die wie der „Kölner Kofferbomber“ bereits zu langen Haftstrafen verurteilt wurden oder sich wegen des Verdachts terroristischer Verbrechen noch vor Gericht verantworten müssen. Dazu zählen der Islamist, der einen Sprengsatz im Bonner Hauptbahnhof deponiert haben soll, und der Wuppertaler Salafistenprediger Sven Lau. (dpa)

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.10.2016, S. 1

Merkel und de Maizière fordern Aufklärung

Sachsen nach Selbstmord Albakrs unter Druck / Tillich: Suizid hätte verhindert werden müssen

elo. BERLIN, 14. Oktober. Der Druck aus Berlin auf die politische Führung in Sachsen, die Vorgänge um den Selbstmord des terrorverdächtigen Syrer Jaber Albakr aufzuklären, wächst. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) forderte die Behörden zu einer gründlichen Aufarbeitung der Geschehnisse in der Justizvollzugsanstalt Leipzig auf. „Ich kann Ihnen versichern, dass die Verantwortlichen in Sachsen selbst genau am besten wissen, dass noch viel Arbeit vor ihnen liegt“, sagte de Maizière am Freitag in Wiesbaden. Der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, äußerte in Berlin, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) schließe sich der Forderung des Innenministers nach einer schnellen und umfassenden Untersuchung ausdrücklich

an. Seibert sagte, in der Justizvollzugsanstalt, in der Albakr sich am Mittwochabend das Leben genommen hatte, sei offensichtlich „etwas schiefgelaufen“. Auch der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) äußerte sich kritisch. Der Umgang mit dem Häftling sei „nicht in dem Maße erfolgt, wie es notwendig gewesen ist“, sagte er in Berlin. „Der Suizid hätte verhindert werden müssen, in jedem Fall.“ Er sei offen für eine unabhängige Untersuchungskommission, eine Ablösung von Landesjustizminister Sebastian Gemkow (CDU) lehnte er aber ab. Das tut auch Gemkow selbst mit der Begründung, dass das ein „Stehlen aus der Verantwortung“ wäre.

Ein Sprecher der Bundesanwaltschaft sagte unterdessen, nach der Befragung

durch eine Richterin in Dresden habe Albakr keine weiteren Aussagen machen wollen. Die drei Syrer, die Albakr überwältigt und der Polizei übergeben hatten, wehrten sich gegen die von Albakr geäußerte Behauptung, sie hätten von seinem Anschlag gewusst. Einer der drei sagte der „Bild“-Zeitung: „Wir wussten nicht, wer er war. Weil wir ihn der Polizei übergeben haben, wollte er sich rächen, uns hinter Gitter bringen.“ Dem Bericht zufolge erhalten die Männer Morddrohungen von Sympathisanten des „Islamischen Staates“, werden aber nicht geschützt. Der Bruder Albakrs wird von der Zeitschrift „Der Spiegel“ mit der Behauptung zitiert, Albakr habe sich erst in Deutschland radikalisiert. Ein Berliner Imam habe seinen Bruder einer Gehirnwäsche unterzogen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom
15.10.2016, S. 22

Kauder droht Facebook und fordert Maas zum Regulieren auf

Rechtswidrige Inhalte sollen schneller verschwinden

hw. BERLIN, 14. Oktober. Die Union fordert von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) konkrete Maßnahmen gegen Hasskommentare auf Facebook. „Die Zeit der runden Tische ist vorbei“, sagte der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion Volker Kauder dem „Spiegel“. Seine Geduld sei „zu Ende“. Falls die Anbieter sozialer Netzwerke nicht sofort sicherstellten, dass rechtswidrige Inhalte schnell von ihren Seiten entfernt würden, müsse die Politik eingreifen, sagte Kauder.

Facebook steht seit langem in der Kritik, weil es unzureichend gegen Hetze vorgehe. Beleidigende oder volksverhetzende Inhalte würden nicht schnell genug gelöscht, lautet ein Vorwurf, den insbesondere Maas immer wieder erhoben hatte. Nun mahnt die Union ihren Koalitionspartner zur Konsequenz.

Konkret schwebt Kauder offenbar eine Verschärfung des Telemediengesetzes vor. Soziale Netzwerke wie Facebook sollen künftig bis zu 50 000 Euro Bußgeld zahlen müssen, wenn sie nicht ausreichend gegen Hasskommentare vorgehen. Dabei geht es Kauder dem Vernehmen nach ausschließlich um rechtswidrige Inhalte. Zuvor war das Bundesjustizministerium, aber auch das Bundesinnenministerium kritisiert worden, weil es in Kampagnen und öffentlichen Mahnungen nicht zwischen rechtswidrigen Inhalten und lediglich unliebsamen, flüchtlingsfeindlichen Kommentaren differenzierte, die aber nicht unbedingt rechtswidrig sein müssen.

Konkret soll Maas nach Ansicht von Kauder eine von zwei Lösungen umsetzen: So könnte das Bußgeld bereits fällig werden, wenn soziale Netzwerke nachweislich eine Beleidigung nicht ausreichend schnell löschen. Das würde allerdings voraussetzen, dass ein Hasskommentar überhaupt als rechtswidrig erkannt werden kann. Neben klaren und abstoßenden Fällen gibt es jedoch im Bereich des Äußerungsrechts schwierige Grenzfälle – das Strafverfahren gegen

den Moderator Jan Böhmermann wegen seines Erdogan-Gedichts hat das gezeigt. Kauder diskutiert aber auch eine Sanktion dafür, dass soziale Netzwerke es lediglich versäumt haben, ein ausreichend wirksames System zu errichten, mit dem die rechtswidrigen Inhalte gemeldet und beseitigt werden können. Das würde zwingend Offenlegungspflichten nach sich ziehen. Kauder hat noch mehr Ideen: So könnten soziale Netzwerke auf Warnhinweise wie bei Zigarettenschachteln verpflichtet werden: „Wer hier kommuniziert, muss damit rechnen, ohne Folgen verunglimpft zu werden.“

An den Grundsätzen der Verantwortlichkeit will Kauder hingegen nicht rütteln. Derzeit müssen Anbieter wie Facebook nur handeln, wenn sie „Kenntnis“ von einem Rechtsverstoß erlangt haben. Dieser Grundsatz ist auch europarechtlich vorgeschrieben. Unternehmen sollen nicht vorab jegliches Nutzerverhalten überwachen müssen – das würde solche Geschäftsmodelle im Internet verhindern, so die Überlegung des Gesetzgebers.

Auf europäischer Ebene wird im Zusammenhang mit Urheberrechtsverstößen immer wieder eine strengere Haftung von Internetunternehmen gefordert. Da Gesetze in der Regel unterschiedslos für Giganten wie Facebook und Google aber auch für Start-ups gelten, ist die Diskussion um die Verantwortlichkeit für Nutzerinhalte von grundsätzlicher Bedeutung.

Kauder treibt mit seinem Vorstoß auch den Koalitionspartner vor sich her: Maas hatte Facebook innerhalb des Kabinetts stets am lautesten kritisiert. Dabei ist das Justizressort für das Telemediengesetz gar nicht zuständig – sondern das Bundeswirtschaftsministerium. Bemerkenswert ist zudem, dass Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) kürzlich verkündete, bei der Zusammenarbeit von Facebook mit den Bundesbehörden – etwa dem Bundeskriminalamt – gebe es „keine Kritik“.

Westdeutsche
Allgemeine
Zeitung vom
15.10.2016, S. 6

NRW schickt Berater in Einbruchsviertel

Essen. Alle 47 Polizeibehörden in NRW schicken ab sofort je zwei Beamte in jene Wohngegenden, in denen besonders häufig eingebrochen wird. Wie das NRW-Innenministerium gestern mitteilte, sollen die Teams aus einem Bezirksdienstbeamten und einem Einbruchschutzberater der Kriminalpolizei vor Ort Ansprechpartner für Einbruchopfer und Nachbarn sein. „Es geht vor allem darum, zu sensibilisieren und aktiv für den Einbruchschutz zu werben“, sagt Innenminister Ralf Jäger (SPD), „um weitere Taten zu verhindern und damit Opfer das nicht nochmal erleben müssen.“ Seit einem Jahr gibt es solche Teams bereits in Dortmund, Bonn, Gütersloh und Mönchengladbach.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016 , S. 3

Gruselclown schockt am Weseler Bahnhof

Zwei junge Männer fühlten sich bedroht. Der Vorfall erinnert an einen Trend aus den USA

Von Petra Herzog

Wesel. Ein als böser Clown verkleideter Mann scheint am Weseler Bahnhof sein Unwesen zu treiben. Zwei junge Männer begegneten ihm nach eigenen Angaben am Samstagmorgen gegen 2 Uhr ganz unverhofft – und bekamen es mit der Angst zu tun. Denn der Gruselclown bedrohte die 17- und 22-jährigen auf Deutsch und Englisch, dazu hantierte er mit einer Pistole. Ein Messer hatte er auch dabei, berichteten die beiden Weseler der Polizei. Handgreiflich wurde der Unbekannte nicht, er verschwand einfach. Täterbeschreibung: Kapuzenpulli, weiße Maske, rote Lippen, rote Nase.

Die Polizei behandelt den Fall reserviert. Die dazugehörige kurze Pressemeldung am Samstag trug die vergleichsweise nüchterne Überschrift „Verdächtige Person“. Aber sie sorgte am Wochenende für helle

Aufregung. Die Nachricht wurde auf Facebook Zehntausende Male angeklickt, Hunderte Male geteilt, geliked und kommentiert. Denn sofort fühlte sich mancher an Vorfälle in den USA und in Großbritannien erinnert.

Weltweit gibt es Nachahmungstäter

Dort verbreiten so genannte Killer- oder Horrorclowns schon länger Angst und Schrecken. Was sie zu ihren Überfällen bewegt, weiß niemand so genau. Sie tauchen einfach auf, bedrohen vorzugsweise Jugendliche oder Kinder und werden teils auch gewalttätig. Offenbar gibt es weltweit Nachahmungstäter. Auch in dieser Zeitung war am Samstag über den jüngsten Vorfall im schwedischen Varberg zu lesen. Dort stach ein als Clown verkleideter Mann mit einem Messer auf einen Jugendlichen ein und verletzte ihn leicht an

der Schulter.

Noch ermittelt die Polizei in Wesel, die Hintergründe des Falls sind vollkommen unklar. Derweil entfaltet die Angst vorm bösen Clown ihre eigene Dynamik: So mancher Bürger tut seine Sorge auf Facebook kund. Allein will eine Frau nicht mehr am Abend in Wesel unterwegs sein, heißt es dort, ein anderer spricht von „kranken Idioten, die mit der Angst der Menschen spielen“. „So einem will ich nicht begegnen“, lautet eine weitere Aussage, während viele das Geschehen mit einem banalen „Hahaha“ oder auch mit einem „Hä“ kommentieren. Manche nehmen es auch mit Humor: „Da hat wohl jemand den Movie-Park mit dem Weseler Bahnhof verwechselt.“ Und bis Halloween am Monatsende ist es auch nicht mehr lang hin.

Aachener Nachrichten vom 17.10.2016, S. 1

NRW baut Notunterkünfte ab

Immer weniger Flüchtlinge kommen nach Deutschland. Düsseldorf weist wöchentlich nur noch jeder zehnten Kommune Menschen zu. Landesweit werden Turnhallen zurückgegeben.

VON WOLFGANG DAHLMANN

Düsseldorf. Nordrhein-Westfalen baut angesichts geringerer Flüchtlingszugänge massiv Notunterkünfte ab. Nach Angaben des Innenministeriums sind Zehntausende Notplätze gestrichen worden. Weitere sollen folgen. Gleichzeitig werden feste Unterkünfte ausgebaut. Das Land weist wöchentlich nur noch jeder zehnten Kommune Flüchtlinge zu. Betroffen sind vor allem Städte und Gemeinden, die Kontingente noch nicht erfüllt haben.

„Wir machen gute Fortschritte, unser Aufnahmesystem umzugestalten und den aktuellen Zugangszahlen anzupassen“, sagt Innenminister Ralf Jäger (SPD). „Vor zwölf Monaten mussten wir noch täglich dagegen kämpfen, dass Menschen obdachlos werden. Jetzt bauen wir Plätze ab und erhöhen die Anzahl von Regelplätzen.“

Im Januar hatte das Land noch 85 000 Plätze in knapp 300 Einrichtungen vorgehalten. Jetzt sind es noch 50 000. In ihnen sind derzeit rund 16 000 Flüchtlinge untergebracht. Die Zahl der Notplätze

soll bis Anfang Januar 2017 noch auf 13 000 reduziert werden. Nach Angaben der landesweit zuständigen Bezirksregierung Arnsberg kamen zuletzt noch etwa 1200 Flüchtlinge pro Woche nach NRW. Zu den Herkunftsländern zählen weiterhin Syrien, Nigeria, Aserbaidschan, Irak, Eritrea, Guinea, Afghanistan, Iran, Tadschikistan und Albanien.

Auch in unserer Region werden Landesunterkünfte geschlossen. Ende November die Unterkunft in

Linnich, Anfang kommenden Jahres die Einrichtung in Aachen. Die Stadt hatte im vergangenen Jahr mehr Flüchtlinge aufgenommen als der Schlüssel vorsah. Turnhallen sind inzwischen zurückgegeben worden. Im Sommer sind Wohncontainer, die mehr Komfort versprechen, aufgestellt worden.

In Köln ist die Rückgabe der Turnhallen noch nicht abgeschlossen. Von 27 Hallen sind drei im Sommer zurückgegeben worden,

drei sollen noch im Oktober folgen. Die Rückgabe der übrigen 21 Hallen habe jetzt Priorität, sagt Stadtsprecherin Sabine Wotzlaw. Die Millionenstadt hatte bis Sommer noch ein Defizit bei der Flüchtlingsaufnahme, weil sie im Herbst 2015 Spitzenzahlen von wöchentlich bis zu 500 Zugängen nicht bewältigen konnte. Derzeit nimmt Köln pro Woche 60 bis 80 Menschen auf. Die Stadt will nicht noch einmal ins Minus rutschen. Köln bevorzugt wie viele andere Kommunen feste Unterkünfte wie Wohnungen. Flüchtlinge wohnen aber auch in Hotels, Leichtbauhallen und Wohncontainern mit abgeschlossenen Wohneinheiten.

Düsseldorf ist eine der Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die noch eine große Zahl an Flüchtlingen aufnehmen muss. „Wir bekommen derzeit 60 Flüchtlinge pro Woche“, sagte Stadtsprecher Michael Bergmann. In der Landeshauptstadt werden Kapazitäten in Form von Leichtbauhallen und Holzhäusern aufgebaut. Turnhallen sind schon im Frühjahr zurückgegeben worden.

Merkel fordert konsequentere Abschiebung

CDU-Chefin Angela Merkel hat im Unions-Streit über ihre Flüchtlingspolitik den Parteienachwuchs hinter sich gebracht, konkrete Zugeständnisse an die CSU aber vermieden. Die Kanzlerin forderte am Samstag in Paderborn beim „Deutschlandtag“ der Jungen Union (JU) eine konsequentere Abschiebung abgelehnter Asylbewerber – und zugleich Offenheit für anerkannte Flüchtlinge. Merkel betonte in Paderborn, Deutschland brauche „eine nationale Kraftanstrengung zur Rückfüh-

rung derer, die abgelehnt wurden“..

Vor dem traditionellen Merkel-Besuch beim „Deutschlandtag“ hatte die Unions-Jugend den CSU-Vorstoß nach einer Flüchtlingsobergrenze abgelehnt. Ein Antrag des JU-Landesverbandes Bayern, die CDU zu einer Mitgliederabstimmung in dieser seit Monaten umstrittenen Frage zu drängen, fand keine Mehrheit. Vor einem Jahr hatte sich die Junge Union noch gegen Merkels Flüchtlingspolitik gestellt. (dpa)

Neue Westfälische vom
17.10.2016, S. 2

Abschied von Notunterkünften

Tagesthema: Die Großstädte in NRW setzen auf
bessere Unterbringung für Flüchtlinge

■ **Düsseldorf** (dpa). Nordrhein-Westfalen baut angesichts geringer Flüchtlingszugänge massiv Notunterkünfte ab. Nach Angaben des Innenministeriums sind Zehntausende Notplätze gestrichen worden. Weitere sollen folgen. Gleichzeitig werden feste Unterkünfte ausgebaut. Das Land weist wöchentlich nur noch jeder zehnten Kommune Flüchtlinge zu. Betroffen sind vor allem Städte und Gemeinden, die Kontingente noch nicht erfüllt haben.

„Wir machen gute Fortschritte, unser Aufnahmesystem umzugestalten und den aktuellen Zugangszahlen anzupassen“, sagt Innenminister Ralf Jäger (SPD). „Vor 12 Monaten mussten wir noch täglich dagegen kämpfen, dass Menschen obdachlos werden. Jetzt bauen wir Plätze ab und erhöhen die Anzahl von Regelplätzen.“ Im Januar hatte das Land noch 85.000 Plätze in knapp 300 Einrichtungen vorgehalten. Jetzt sind es noch 50.000. In ihnen seien rund 16.000 Flüchtlinge untergebracht. Die Zahl der Notplätze soll bis 2017 auf 13.000 halbiert werden.

Als Folge der geringen Zuweisungen haben auch Städte Notunterkünfte geschlossen und verstärkt Plätze in festen Einrichtungen ausgebaut. Das ergab eine Befragung in Großstädten. Turnhallen sind fast überall zurückgegeben worden. Traglufthallen oder Zeltstädte stehen auf dem Prüfstand.

Düsseldorf ist eine der Kommunen, die noch eine große Zahl an Flüchtlingen aufnehmen muss. „Wir bekommen 60 Flüchtlinge pro Woche“, sagte Stadtsprecher Michael Bergmann. In der Landeshauptstadt werden Kapazitäten in Form von Leichtbauhallen und Holzhäusern aufgebaut. Turnhallen sind bereits

im Frühjahr zurückgegeben worden. Zuletzt wurden zwei Traglufthallen geschlossen. Nach Angaben der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg kommen derzeit etwa 1.200 Flüchtlinge pro Woche nach NRW. Zu den Herkunftsländern zählen Syrien, Nigeria, Aserbaidschan, Irak, Eritrea, Guinea, Afghanistan, Iran, Tadschikistan und Albanien.

Auch in Bielefeld sind die meisten Flüchtlinge in festen Wohnungen untergebracht. Turnhallen sind zum Schuljahresbeginn zurückgegeben worden. Wohncontainer wird man noch absehbar benötigen. Die Übergangseinrichtungen sind zu zwei Dritteln bis drei Vierteln belegt, sagt Sozialdezernent Ingo Nürnberger. Münster musste keine Notunterkünfte wie Zelte, Leichtbauhallen oder Turnhallen in Anspruch nehmen. Die Stadt baut Holzhäuser, die später von Studenten bewohnt werden könnten.

Kirchenasyl

■ Die Bundesregierung hat die gewaltsame Auflösung eines Kirchenasyls in Münster im August verteidigt. In dem Fall eines 31-jährigen Asylbewerbers aus Ghana habe dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kein kirchliches Prüfossier vorgelegen, heißt es. Daher habe das zwischen dem BAMF und den Kirchen vereinbarte Verfahren bei Kirchenasylfällen nicht angewendet werden können. Zudem habe das Amtsgericht Münster einen Ausreisegewahrsam angeordnet.

Rheinische Post vom 17.10.2016, S. 2

Liebe Muslime, lernt Deutsch!

VON CONSTANTIN SCHREIBER

DÜSSELDORF Wie ist es, an einem Freitag in Deutschland in die Moschee zu gehen? Nicht zum Tag der offenen Moschee am 3. Oktober oder zu einer der interreligiösen Veranstaltungen, die es gibt, wenn sich die islamischen Gemeinden und die muslimischen Verbände von ihrer besten Seite zeigen wollen, sondern an einem ganz normalen Freitag, in einer ganz normalen Moschee. Hin und wieder probiere ich es aus. Verschiedene Städte, verschiedene Sprachen – ich möchte wissen: Wie offen ist die Welt, die ich betrete, wenn ich meine Schuhe ausziehe?

Hamburg-Sankt Georg im August. Ein schwieriges Pflaster. Nur wenige Meter vom Hauptbahnhof entfernt sind Plakate und Anzeigen nur noch auf Türkisch oder Arabisch zu lesen. Ich falle auf, ich bin der einzige erkennbare Deutsche. Orientalische Musik tönt aus einem Baklawa-Laden, der sich Al-Hay al-Arabi nennt, auf Deutsch: das arabische Viertel. Zur Gebetszeit bemerke ich, wie von allen Seiten Menschen in eine kleine Seitenstraße strömen. Vor dem Eingang der Centrum-Moschee bildet sich eine Schlange. Mindestens sechs Gebetsräume auf fünf Etagen, alle gefüllt bis auf den letzten Platz. Die Centrum-Moschee ist eine türkische Moschee, getragen vom Diüb-Verband. Aber es sind nicht nur Türken hier. Ich höre viel syrisches Arabisch, wahrscheinlich von Flüchtlingen. Auch zahlreiche Schwarzafrikaner sind gekommen.

Wovon die Predigt handelt, kann ich nicht sagen; sie wird auf Türkisch gehalten. Auf der Homepage der Moschee steht lediglich zu lesen: Unsere Internetseite wird erneuert. Wiedereröffnung 2014. Der Mann neben mir, den ich auf Deutsch frage, was der Imam erzählt, versteht kein Wort Deutsch.

Gehört der Islam zu Deutschland? Nach meinem Besuch in der Hamburger Moschee hatte ich – wie nach allen Moscheebesuchen – nicht den Ein-

druck, dass die Welt im Gebetsraum irgendetwas mit dem Deutschland draußen zu tun hat. Die Moschee könnte sich so überall befinden, in Ankara, Izmir oder Istanbul. Die größte Barriere für mich, einen Einblick in diese Parallelwelt zu erhalten, ist mit Sicherheit die Sprache.

Im Grunde ist es eine Selbstverständlichkeit: dass in Deutschland Deutsch gesprochen wird, auch in Moscheen. Ich wundere mich über die empörten Reaktionen. Wann immer ich das Thema der islamischen Predigt auf Deutsch als eine verbindliche Vorgabe anspreche, erreichen mich zahlreiche Zuschriften, die sagen: Auch in Kirchen werde doch Latein gesprochen.

Ein Eingriff in die Religionsfreiheit sei diese Forderung nach Deutsch in Moscheen, schreiben mir regelmäßig viele Zuschauer. Ihre Empörung verstärkt jedoch nur den Eindruck, man wolle sich nicht in die Karten blicken lassen. Die Muslime wollten gar nicht Teil Deutschlands sein.

Überhaupt ist es vollkommen unpassend, das Grundgesetz an dieser Stelle heranzuziehen. Das Grundgesetz und die darin garantierte Religionsfreiheit entstanden vor einem ganz anderen historischen Hintergrund, dem Konflikt zwischen Luthertum und Katholizismus. Weder bei der Herausbildung der Religionsfreiheit noch bei der Schaffung des Grundgesetzes war es die Intention, Millionen Muslimen eine Religionsausübung wie im Nahen Osten in einer fremden Sprache zu garantieren. Die Väter des Grundgesetzes haben wahrscheinlich nie an eine gesellschaftliche Situation in Deutschland gedacht, in der sich religiöse Sprachinseln herausbilden. Es spielte in unserer Rechtsgeschichte bis jetzt keine Rolle.

Das Grundgesetz besticht durch seine geniale Struktur und ließe eine Lösung theoretisch zu. Grundrechte können eingeschränkt werden, wenn andere, höherrangige Ziele und Rechte es erfordern. Täglich diskutieren wir über Integration. Kein anderes Thema ist so

präsent, so brisant. Reicht das nicht, um ernsthaft darüber nachzudenken, ob Integration in die deutsche Gesellschaft ein höherrangiges Ziel ist als die arabische oder türkische Predigt in Moscheen? Wenn daran ein friedliches Zusammenleben in unserem Land hängt, ist für mich die Antwort klar: Integration schafft eine Eingriffslegitimation in die Religionsfreiheit – wie man es juristisch ausdrücken würde. Dabei geht es, das muss man immer wieder betonen, keineswegs um die Inhalte – da gilt die Religionsfreiheit in den Grenzen unserer freiheitlichen Ordnung ohnehin –, sondern nur um die Sprache.

In Sankt Georg hat sich eine Monokultur entwickelt, in der das andere ganz offensichtlich keinen Platz mehr hat. Das hat nur bedingt etwas mit Religion zu tun, aber auf jeden Fall mit der Sprache. Das wurde mir bei einem Treffen in Köln deutlich. Eine Sozialarbeiterin, die mit muslimischen Jugendlichen im Kölner Problemviertel Kalk arbeitet, erzählte mir von ihren Gesprächen mit Schulen, die die Zuwanderung vor gro-

ße Herausforderungen stellt – weil Sprache und Religiosität eine bizarre Symbiose eingehen. Schülerinnen könnten de facto nicht am Unterricht teilnehmen, weil sie die Inhalte wegen fehlender Sprachkenntnisse gar nicht verstehen. Gleichzeitig schreiben sie sich während des Unterrichts Textnachrichten auf Arabisch, etwa: Dein Rock ist nicht islamisch genug. So verkehrt sich Unterricht an deutschen Schulen zu einem islamischen Tugendwettbewerb. Bei den Jungs sei es ähnlich. Die Lehrer sind hilflos. Sie können ihre Schüler nicht zwingen, Deutsch zu lernen; schlechte Noten erreichten wenig. Welche Wirkung hätte es, wenn die Schüler Deutsch an dem Ort sprechen müssten, der für sie eine größere Bedeutung im täglichen Leben hat als die Schule, in der Moschee?

Nun sollten wir natürlich aufpassen, mit dem Islam und den Muslimen nicht kritischer ins Gericht zu gehen als mit anderen Gruppen oder uns selbst. Auf meinen Reisen erlebe ich, wie etwa in Ägypten ein äußerst kontroverser öffentlicher Diskurs darüber stattfindet, was Islam heute bedeutet. Auch wenn ich dort mit streng religiösen Muslimen, etwa mit einigen Imamen, spreche, stelle ich fest, dass gläubige Muslime nicht unbedingt antiwestlich eingestellt sind oder gefährliche Ideen verbreiten. Im Gegenteil. Mir begegnen Menschen mit einem hohen moralischen Anspruch an sich und an die Gesellschaft, um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, mit einem besonderen Wertekanon, jenseits von Kopftuch und Gebet.

Auffallend aber ist: Diese Menschen und diese Diskussionen begegnen mir im Nahen Osten häufiger als bei uns in Deutschland. Es gibt Moscheen, die ihre Predigten ins Deutsche übersetzen und diese Texte im Netz bereitstellen. Das sind gute und richtige Initiativen, die ausgebaut werden sollten. Denn Menschen haben Angst vor dem, was sie nicht kennen und nicht verstehen. Also ganz einfach, liebe Muslime: Predigt künftig auf Deutsch, und ich garantiere, viele Deutsche werden weniger Angst vor dem Islam haben.

Constantin Schreiber spricht fließend Arabisch

Der Autor Schreiber wurde 1979 geboren, studierte Jura und verbrachte in seiner Jugend längere Zeit in Syrien, wo er Arabisch lernte. Seit dieser Zeit gilt er als Nah-Ost-Experte. Derzeit moderiert er unter anderem Deutschlands erste arabische Sendung für Flüchtlinge bei n-tv „Marhaba“, für die er mit dem Grimme-Preis ausgezeichnet wurde. Daneben ist er auch im arabischen Fernsehen zu sehen. Sein Text erschien in der aktuellen Ausgabe des „Cicero“.

FOTO: DPA



Die Welt vom 17.10.2016, S. 4

Asyl-Chaos verhindert Schätzung der „Papierlosen“

Bis zu 520.000 Migranten sollen 2014 illegal im Land gelebt haben. Für 2015 ist keine Angabe möglich, weil Daten durcheinandergeraten sind

Eine Gruppe fehlt in all den Zahlenwerken über eingereiste Ausländer: die sogenannten illegal Aufhältigen oder Papierlosen. Sie traten entweder noch nie mit einer Behörde in Kontakt. Oder sie waren schon einmal gemeldet – als Asylsuchende, Gastarbeiter oder Touristen –, tauchten aber irgendwann ab, meldeten sich nicht mehr beim Amt, wählten ein Schattendasein.

VON MARCEL LEUBECHER

Weil Ausländer, die jede Polizeikontrolle und jeden Kontakt mit dem Staat scheuen, nicht zählbar sind, gibt es nur wissenschaftliche Annäherungsmöglichkeiten. Um die größten Verharmlosungen oder Dramatisierungen zu entkräften, erstellten Wissenschaftler um die Bremer Migrationsforscherin Dita Vogel für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine Studie, die im vergangenen Jahr vorgelegt wurde. Ergebnis: Mindestens 180.000 bis höchstens 520.000 Ausländer ohne Asyl- oder ausländerrechtlichen Aufenthaltsstatus, ohne Duldung und ohne Erfassung lebten 2014 im Land.

Nun kamen in den vergangenen zwei Jahren mehr Migranten ins Land als früher – damit dürfte auch das Potenzial an untergetauchten Ausländern gewachsen sein. Deswegen sollte nun eigentlich eine neue Rahmenschätzung für das Jahr 2015 vorgelegt werden. Doch Forscherin Vogel entschied sich jetzt gegen eine neue Berechnung – nachdem sie die Datenlage auf Aktualisierungsmöglichkeiten geprüft und Fehler festgestellt hat. In einem Dossier, das der „Welt“ vorliegt, erklärt die Wissenschaftlerin, die Schätzung für 2015 sei nicht sinnvoll, weil durch die Verwaltungsprobleme im vergangenen Jahr wichtige Daten durcheinandergeraten seien. Sie könne nicht

von der für ihre Untersuchungen notwendigen korrekten Zuordnung von Angaben in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ausgehen. Sie erfasst als einzige Statistik Daten zu „unerlaubtem Aufenthalt“.

Für ihre Schätzung braucht Vogel klare Angaben. Bei Stichproben stellte die Forscherin aber fest, dass unter „unerlaubtem Aufenthalt“ auch ausländische Tatverdächtige geführt wurden, die sich um Asyl bemühten, aber wegen der Behördenüberlastung im Zuge der Flüchtlingskrise noch keinen Antrag stellen konnten. Solche Menschen müssten eigentlich als „Asylbewerber“ von den Ermittlern eingeordnet werden oder als Personen mit „sonstigem erlaubten Aufenthalt“. Das Ausmaß dieses Phänomens zeigt sich in einem Zahlenvergleich: Während 2015 laut Bundesinnenministerium rund 480.000 Asylanträge gestellt wurden, kamen aber – ohne Kontingentflüchtlinge und völlig unerkannt Eingereiste – 890.000 Schutzsuchende nach Deutschland. Vogel schreibt: „Zieht man von dieser Zahl diejenigen ab, die bis zum Jahresende einen Asylantrag stellen konnten, dann wird deutlich, dass über 40.000 zeitweise keine regulären Papiere hatten. Stattdessen waren sie nur im Verteilungsverfahren registriert oder hatten eine sogenannte Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender.“ Das ist die problematische Gruppe, bei der es wohl zu Erfassungen als „unerlaubt Aufhältige“ gekommen ist.

Doch wie kommen Vogel und ihre Kollegen eigentlich zu ihren Schätzungen? Aus der PKS entnehmen sie die Daten zu Tatverdächtigen mit Status „unerlaubter Aufenthalt“. Zudem formulieren sie empirisch begründete Annahmen, warum

die Illegalen in der Statistik im Verhältnis zur gemeldeten Bevölkerung unter- oder überrepräsentiert sind. So gehen sie davon aus, dass illegal Aufhältige seltener als gemeldete Ausländer und häufiger

als Deutsche polizeilich erfasst werden. Die Forscher um Vogel begründen diese Annahmen so: Weil es in der Gruppe der Illegalen kaum Menschen im „ruhigen“ Rentenalter gibt und sie durch ihr ausländisches Aussehen eher auffallen, ist es wahrscheinlich, dass sie häufiger straffällig und von der Polizei überprüft

werden als die durchschnittlich älteren und wohlhabenderen Deutschen.

Dass die Illegalen durchschnittlich seltener in Konflikt mit dem Gesetz geraten als die legalen Ausländer wird damit begründet, dass Papierlosen durch Polizeikontakte schwerere Folgen drohen. Sie erwartet nicht nur die Strafe, etwa für einen Diebstahl, sondern zusätzlich Inhaftierung wegen illegalen Aufenthalts oder sogar Abschiebung. Deshalb meiden Papierlose Polizeikontakte und verhalten sich – von der aufenthaltsrechtlichen Seite abgesehen – gesetzestreu. Diese Methodik – von der Zahl der „unerlaubt Aufhältigen“ in der Kriminalstatistik auf die gesamte Gruppe zu schließen, indem sie mit den „legalen Ausländern“ und den „Deutschen“ verglichen werden, von denen ja die Gesamtzahl bekannt ist – können Vogel und ihre Kollegen also vorläufig nicht anwenden. So bemerkt die Expertin am Schluss ihres Dossiers: „Für 2016 ist von einer steigenden Anzahl von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere auszugehen, auch wenn sich der Umfang dieser Bevölkerungsgruppe derzeit nicht durch eine Rahmenschätzung eingrenzen lässt.“

Westdeutsche Zeitung vom 17.10.2016, S. 1

NRW baut mit hohem Tempo Flüchtlingsunterkünfte ab

Die Zahl der Schutzsuchenden sinkt. Das Land reagiert und streicht Zehntausende Notplätze. Regelplätze werden erhöht.

Düsseldorf. Nordrhein-Westfalen baut angesichts geringer Flüchtlingszugänge massiv Notunterkünfte ab. Nach Angaben des Innenministeriums sind Zehntausende Notplätze gestrichen worden. Weitere sollen folgen. Gleichzeitig werden feste Unterkünfte ausgebaut. Das Land weist wöchentlich nur noch jeder zehnten Kommune Flüchtlinge zu. Betroffen sind vor allem Städte und Gemeinden, die Kontingente noch nicht erfüllt haben.

„Wir machen gute Fortschritte, unser Aufnahmesystem umzugestalten und den aktuellen Zugangszahlen anzupassen“, sagt Innenminister Ralf Jäger (SPD). „Vor zwölf Monaten mussten wir noch täglich dagegen kämpfen, dass Menschen obdachlos werden. Jetzt bauen wir Plätze ab und erhöhen die Anzahl von Regelplätzen.“

Im Januar hatte das Land noch 85 000 Plätze in knapp 300 Einrichtungen vorgehalten. Jetzt sind es noch 50 000.

In ihnen sind derzeit rund 16 000 Flüchtlinge untergebracht. Die Zahl der Notplätze soll bis Anfang Januar 2017 noch auf 13 000 gesenkt werden.

Als Folge der geringen Zuweisungen haben auch Städte Notunterkünfte geschlossen und verstärkt Plätze in festen Einrichtungen aus-

gebaut. Das ergab eine Befragung in Großstädten. Turnhallen sind fast überall zurückgegeben worden. Tragflughallen oder Zeltstädte stehen auf dem Prüfstand.

Düsseldorf ist eine der Kommunen, die noch eine große Zahl an Flüchtlingen aufnehmen muss. „Wir bekommen derzeit 60 Flüchtlinge pro Woche“, sagte Stadtsprecher Michael Bergmann. In der Landeshauptstadt werden derzeit sogar noch Kapazitäten in Form von

Leichtbauhallen und Holzhäusern aufgebaut. Turnhallen sind bereits im Frühjahr zurückgegeben worden. Zuletzt wurden zudem zwei Tragflughallen geschlossen.

Nach Angaben der landesweit zuständigen Bezirksregierung Arnsberg kamen zuletzt noch etwa 1200 Flüchtlinge pro Woche nach NRW. Zu den Herkunftsländern zählen weiterhin Länder wie Syrien, Nigeria, Aserbaidschan, Irak, Eritrea, Guinea, Afghanistan, Iran, Tadschikistan und Albanien. *lmw*



Sieht „gute Fortschritte“ bei der Umgestaltung des Aufnahmesystems: Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD). Foto: dpa

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016, S. 15

Länder überlassen dem Bund die Fernstraßen

Grundsatzeinigung über Planung und Bau nach langem Streit / Grundgesetz muss geändert werden

enn. BERLIN, 16. Oktober. Für Ausbau und Erhalt der Fernstraßen in Deutschland soll künftig zentral der Bund sorgen. Die Länder haben ihren Widerstand gegen die Schaffung einer neuen Bundesgesellschaft aufgegeben. In dem Beschluss im Zuge der Einigung über den Bund-Länder-Finanzausgleich heißt es, angestrebt werde eine „Reform der Bundesauftragsverwaltung mit Fokus auf Bundesautobahnen und Übernahme in die Bundesverwaltung“. Dazu solle eine unter staatlicher Regelung stehende privatrechtlich organisierte „Infrastrukturgesellschaft Verkehr“ eingesetzt werden. Hier haben sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) mit ihren Vorstellungen durchgesetzt. Die Länder haben den Kompetenzverlust im Zuge der großzügigen Finanzregelung geschluckt.

Derzeit gibt der Bund das Geld für Sanierung und Ausbau der Autobahnen und Bundesstraßen, die Länder sind für Planung, Bauen und Betrieb zuständig. In Artikel 90 Grundgesetz ist diese „Auftragsverwaltung“ verankert. Doch zum Kummer des Bundes, der den Investitionsetat zuletzt deutlich gesteigert hat, erledigen die Länder diese Aufgabe in sehr unterschiedlicher Qualität. Mangelnde Planung führt dazu, dass die Mittel nicht wie gewünscht abfließen. Eine Ausnahme ist Bayern. Aber in anderen Ländern – etwa in Nordrhein-Westfalen mit vielen sanierungsbedürftigen Straßen und Brücken – kommt die Verwaltung nicht hinterher, es gibt kaum baureife Vorhaben. Schäuble und Dobrindt erhoffen sich von der Bundesgesellschaft mehr Effizienz. Sie soll Reibungsverluste beseitigen und die Qualität der Verwaltung verbessern. Dobrindt sagte: „Wichtig ist, dass wir Investitionen aus meinem Investitionshochlauf langfristig in Projekte umsetzen können.

Deshalb ist die Bündelung der Kompetenzen von Finanzieren, Planen und Bauen in einer Hand ein bedeutender Schritt.“

Doch mit dem Grundsatzbeschluss werden viele Fragen erst aufgeworfen. Darin heißt es, die Ausgestaltung bedürfe „intensiver und konstruktiver Diskussion“. Die Federführung ist Schäuble und Dobrindt zunächst entzogen. Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) soll die Details mit den Chefs der Staats- und Senatskanzleien aushandeln. Konfliktstoff gibt es reichlich. Zunächst müssen sich Bund und Länder auf eine Grundgesetzänderung verständigen. Die Zeit dafür drängt. Wegen der nötigen Mehrheiten müssen die Verfassungsänderung und auch ein Gründungsgesetz bis zum Sommer verabschiedet werden, um dann – nach der Bundestagswahl – die operativen Veränderungen voranzutreiben. Im Grundgesetz soll nach dem Willen von Bund und Ländern das „unveräußerliche Eigentum des Bundes an Autobahnen und Straßen“ festgeschrieben werden, also ein Privatisierungsverbot. Noch offen ist, ob sich an der Fernstraßengesellschaft Private beteiligen sollen dürfen – wie es Schäuble vorschlägt und wie es die Wirtschaft propagiert. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sagte dazu: „Es wird keine Privatisierung geben.“

Nach dem Beschluss soll ferner der „Fokus“ auf den 13 000 Kilometern Autobahn liegen. Für die knapp 39 000 Kilometer Bundesstraßen soll es Ausnahmemöglichkeiten geben. Auch in dem Punkt sind Dobrindt und Gabriel uneins: Dobrindt will die Gesellschaft auf Autobahnen beschränken, Gabriel auch Bundesstraßen einbeziehen. Streit programmiert ist auch im Hinblick auf andere Kernpunkte der Gesellschaft: den Übergang von Personal, Pensionslasten und Sachmitteln etwa. Die Interessen der Beschäftigten sollten beachtet werden, heißt es. Der Präsident des Bau-

industrieverbandes, Peter Hübner, forderte, bei der Gesellschaft müsse „so viel Zentralität wie nötig, so viel Dezentralität wie möglich“ gelten; sie müsse eine schlanke Managementgesellschaft sein, die operativ durch Einheiten vor Ort unterstützt werde.

Zäsur für die Straße

Von Kerstin Schwenn

Unter Haushältern kursiert ein böser Witz: Wenn Finanzminister Wolfgang Schäuble einen Kabinettskollegen im Wahljahr schlecht aussehen lassen wolle, müsse er nur Verkehrsminister Alexander Dobrindt zwei Milliarden Euro mehr überweisen. Denn Dobrindt werde das viele Geld gar nicht mehr los. Tatsächlich hatte der CSU-Minister schon in diesem Jahr Probleme, in den Ländern genügend baureife Vorhaben zu finden. Nächstes Jahr fällt der Vorrat noch magerer aus. Inzwischen liegt es weniger am Geld als an der mangelnden Planung, wenn die Sanierung der Infrastruktur nicht vorankommt. Im Zuge der Einigung über die Bund-Länder-Financen geben die Länder nach langem Widerstand nun ihre Kompetenz für das Planen und Bauen der Bundesfernstraßen an den Bund ab. Dies ist eine Zäsur, die mehr Effizienz und Nutzen in der Verwendung der Milliardenmittel verspricht – aber nur, wenn keine neue Verwaltung übergestülpt wird, während die alte mit Rücksicht auf Besitzstände bestehen bleibt. Schnell muss jetzt die Grundgesetzänderung auf den Weg kommen. Bund und Länder dürfen sich beim heiklen Punkt „Privatisierung“ nicht in alten Ideologiestreitigkeiten verheddern.

Rheinische Post vom 17.10.2016, S. 1

Kaum jemand kauft ein E-Auto

Von insgesamt 600 Millionen Euro an Fördermitteln ist nur ein einstelliger Millionenbetrag abgerufen worden. Das zuständige Bundesamt zählt bisher weniger als 4000 Förderfälle für reine Elektrowagen.

VON BIRGIT MARSCHALL

BERLIN Die Anfang Juli eingeführte Kaufprämie für Elektroautos erweist sich bisher als Ladenhüter: Bis Mitte Oktober haben nur 3665 Käufer von reinen Elektroautos vom zuständigen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) die Prämie von 4000 Euro bewilligt bekommen. Von insgesamt 600 Millionen Euro, die der Bund zur Förderung von E-Autos, aber auch für halb mit Kraftstoff und halb mit Strom betriebene Plug-In-Hybride bis 2019 bereitstellt, sei erst ein einstelliger Millionenbetrag abgeflossen, sagte Bafa-Chef Arnold Wallraff unserer Redaktion.

Auch die Zahl der Neuzulassungen von Elektroautos steigt bisher kaum. Nach Auskunft des Kraftfahrtbundesamtes wurden zwischen Januar und September 2016 lediglich knapp 7700 reine E-Fahrzeuge neu angemeldet. Zum Jahreswechsel hatte das Bundesamt rund 25.000 Elektroautos registriert. Deutschland ist noch weit vom Ziel der Bundesregierung entfernt, die Zahl der Elektroautos auf wenigstens eine halbe Million bis 2020 zu steigern. Ursprünglich hatte Berlin eine Million E-Autos bis 2020 angestrebt, dieses Ziel jedoch revidiert.

Den Hauptgrund für die geringe Nachfrage sehen Fachleute im mangelnden Angebot an wettbewerbsfähigen E-Autos. Der Duisburger Auto-Experte Ferdinand Dudenhöffer sieht auch Fehler der Politik: Wer steuerlich einseitig auf Diesel setze, dürfe sich nicht wundern, wenn die Leute Diesel statt E-Fahrzeuge kaufen.

„Die Anträge für den E-Auto-Umweltbonus nehmen zu, aber auf sehr niedrigem Niveau“, sagte Bafa-Chef Wallraff. „Wir haben gerade die Marke von 5000 Förderfällen für E-Autos und Hybride zusammen geknackt, haben aber Geld für 100.000

Autos pro Jahr zur Verfügung.“ Wallraff warf der Industrie vor, mit der Entwicklung nicht Schritt zu halten. „Die deutsche Industrie sieht E-Autos immer noch als Nischenmodelle. Sie hängt weiter dem Diesel-Traum nach, dabei ist völlig klar, dass nicht der Diesel die Zukunft ist, sondern das E-Auto“, sagte Wallraff.

Die Autohersteller müssten deutlich höhere Rabatte bieten, damit die E-Autos gegenüber Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren preislich mithalten könnten. Die Kaufprämie von insgesamt 4000 Euro, die sich der Bund und die Wirtschaft teilen, mache die Preisunterschiede nicht wett. Zudem hätten E-Autos weiterhin nicht die nötige Reichweite.

„Solange der Finanzminister Diesel mit 18 Cent pro Liter subventioniert, ist es vollkommen illusorisch, dass die Leute auf E-Autos umsteigen“, sagte Dudenhöffer. „Anstatt

Unsummen in die veraltete Diesel-Technik zu stecken, sollten wir viel stärker in eine moderne Mobilität investieren“, sagte auch die Chefin des Umweltbundesamtes, Maria Krautzberger.

Für mehr E-Autos fehle die nötige flächendeckende Infrastruktur an Ladesäulen, sagte Dudenhöffer. Außerdem seien die Menschen mit der E-Auto-Technologie nicht vertraut. In China sei dies längst geschehen. Die deutsche Autoindustrie sei dabei, den Anschluss zu verlieren.

Die EU treibt indes den Abschied von Diesel- oder Benzinfahrzeugen voran. In der EU sollen neue Gebäude ab 2023 zwingend eine Auflademöglichkeit für Elektroautos haben, berichtete der „Spiegel“. Demnach sollen Einfamilienhäuser mindestens über eine entsprechende Vorverkabelung verfügen. Das sehe der Entwurf für eine Änderung des EU-Energieeffizienzpakets vor. Bei grö-

ßeren Gebäuden müsse wenigstens einer von zehn Parkplätzen mit einer festen Ladestation ausgestattet werden. Die Kosten beliefen sich laut EU-Kommission auf bis zu 75.000 Euro pro Station.

Der lange Abschied vom Verbrennungsmotor

Emissionsarme Mobilität Ohnedem Verzicht auf den Verbrennungsmotor ist das EU-Ziel nicht zu erreichen, bis 2050 den CO₂-Ausstoß um 95 Prozent zu reduzieren. So heißt es in der „Strategie für eine emissionsarme Mobilität“.

Bundesrat Die Länder forderten jüngst die EU-Staaten auf, ihre Politik so zu verändern, dass ab 2030 nur noch Fahrzeuge ohne Verbrennungsmotor zugelassen werden.

Schizophrene Politik

VON BIRGIT MARSCHALL

Dass die mit großem Tam-Tam eingeführte Kaufprämie für E-Autos zum Flop werden würde, war schon bei ihrer Einführung absehbar: Produkte, die noch nicht so ausgereift sind, dass sie herkömmliche Fahrzeuge ersetzen können, lassen sich auch nicht durch eine gut gemeinte staatliche Prämie an den Mann oder die Frau bringen.

Viele Leute würden ja gern ein Elektro-Auto kaufen. Doch das ist immer noch vergleichsweise teuer. Und selbst wenn die Preise für E-Autos nun allmählich sinken sollten, ist ihre Reichweite unbefriedigend. Und sollte auch dieses Problem gelöst sein, fehlt es immer noch an genügend Ladesäulen.

Neben den Versäumnissen der deutschen Auto-Industrie, die aufpassen muss, dass sie im internationalen Wettbewerb nicht völlig den Anschluss verliert, trifft auch die Politik eine Mitschuld. Diesel wird so massiv steuerlich subventioniert, dass die Förderung der E-Autos dagegen lächerlich gering ist. Es ist schizophren, den Diesel zu fördern und gleichzeitig zu hoffen, dass bald eine Million E-Autos auf deutschen Straßen fahren. Gute Politik erfordert mehr Mut.

Rheinische Post vom 17.10.2016, S. 6

SERIE DER RRX KOMMT (5)

„15-Minuten-Takt beim RRX frühestens ab 2030“

Martin Husmann, Chef des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr, fördert im Interview mit unserer Redaktion ein Ende der Bevorzugung des Fernverkehrs und spricht über den Einsatz von Brennstoffzellen-Zügen am Niederrhein, pöbelnde Anzugträger und häufigere Fahrscheinkontrollen.

Herr Husmann, erleben Sie den Vollbetrieb des Rhein-Ruhr-Express (RRX) noch im Amt des VRR-Chefs?

HUSMANN Die ersten RRX-Fahrzeuge kommen Ende 2018. Mein Vertrag läuft noch bis Herbst 2019. Dann gehe ich in Ruhestand. Den für 2021 geplanten Vollbetrieb mit allen neuen Zügen werde ich nicht mehr im Amt erleben.

Heißt Vollbetrieb, dass ab 2021 alle neuen RRX-Züge im 15-Minuten-Takt zwischen Dortmund und Köln verkehren?

HUSMANN Nein, zunächst werden die neuen Fahrzeuge auf den bestehenden Strecken in der alten Taktung eingesetzt. Erst wenn DB Netz die Strecken ausgebaut hat, können wir die 15-Minuten-Taktung anbieten.

Ab wann rechnen Sie damit?

HUSMANN Die DB Netz hat mir versichert, dass sie im Frühjahr 2017 den ersten Spatenstich macht. Der Ausbau ist ein Riesensprojekt mit so mancher Unwägbarkeit. Realistisch wird es die neue Taktung frühestens 2030 geben – möglicherweise auch erst später.

Der RRX muss sich künftig das Gleis an einigen Stellen mit dem Fernverkehr teilen. Das Problem, dass der Fernverkehr Vorrang hat, bleibt also.

HUSMANN Damit muss Schluss sein. Das gilt für den gesamten Regionalverkehr. Es ist doch blanker Unsinn, dass Tausende Pendler Verspätungen hinnehmen müssen, nur weil die Bahn für 400 Fernreisende maximal zwei Minuten Zeitgewinn erzielen will. Der RRX ist übrigens mit einem Antrieb ausgestattet, mit dem er in 72 Sekunden auf 160 km/h beschleunigen kann. Schneller kann auch ein Fernverkehrszug im eng besiedelten Gebiet zwischen Dortmund und Köln nicht fahren. Der Vorrang macht also keinen Sinn.

Wie wollen Sie erreichen, dass sich die DB vom Vorrang verabschiedet?

HUSMANN Ich habe der DB angeboten, wir könnten per Versuch untersuchen, welche Folgen der Wegfall des Vorrangs auf das System hat. Ich bin mir sicher, dass die Vorteile die Nachteile überwiegen würden. Noch lehnt die Bahn einen solchen

Test ab.

Während die Metropolregionen vom RRX profitieren, läuft die ländliche Region Gefahr, abgehängt zu werden.

HUSMANN Wir vergessen die ländlichen Regionen nicht, aber man muss die Wirtschaftlichkeit im Blick behalten. Es macht keinen Sinn, einen leeren RRX übers Land fahren zu lassen.

Trotzdem bindet der RRX viel Geld, das in Regionen wie dem linken Niederrhein dringend benötigt wird.

HUSMANN Es stimmt, dass das Streckennetz rund um Geldern, Krefeld und Kevelaer in einem beklagenswerten Zustand ist. Dort gibt es teils noch handbetriebene Schranken. Wenn dort ein Schrankenwärter ausfällt, was zu häufig schuldhaft passiert, muss der Lokführer den Zug anhalten und selbst die Schranken runterkurbeln, ein paar Meter weiterfahren, stoppen und sie dann wieder hochkurbeln. Das ist völlig inakzeptabel, aber in diesem Jahr schon zweimal vorgekommen. Deshalb machen wir Druck auf DB Netz, dass dort mehr passieren muss, denn die Zahl der Fahrgäste auf dieser Strecke steigt.

Wäre auch eine Elektrifizierung dieser Strecke denkbar?

HUSMANN Nein. Das wäre zu teuer. Aber im Münsterland wollen wir mit Brennstoffzellen betriebene Züge einsetzen. Wenn das erfolgreich läuft, könnten diese umweltfreundlichen Fahrzeuge auch am Niederrhein eingesetzt werden. Air Liquide könnte per Pipeline den Wasserstoff zu einer entsprechenden Tankstelle nach Krefeld liefern. Das wäre technisch kein Problem.

Sie haben die Art und Weise, wie Verkehrsaufträge in Deutschland ausgeschrieben werden, reformiert. Züge und Betrieb werden einzeln ausgeschrieben. Die Bahn verliert dadurch massiv im Regionalverkehr.

HUSMANN Anders ausgedrückt: Bei uns hat der Wettbewerb gezeigt, dass wir für die Fahrgäste besseres Wagenmaterial, mehr Komfort und bessere Pünktlichkeit bekommen. Da ist es nachrangig, ob ein Monopolist NRW-weit auf rund 40 Prozent Marktanteil sinkt.

Kritiker werfen Ihnen vor, dass die Ausschreibungen selbst den Neigungsgrad der Sitzlehne vorgeben.

HUSMANN Der Vorwurf kann nicht uns treffen – allenfalls Kollegen –, da wir auf standardisierte Fahrzeuge setzen. Wir legen Eckpunkte fest, weil wir klare Vorstellungen haben, wie ein guter Zug aussieht und was ein Betreiber liefern muss. Da ist aber für die Auftragnehmer genügend Spielraum vorhanden. Ich bin einfach kein Freund von Schnickschnack.

Der Siemens-Projektleiter hat kürzlich geschwärmt, die Pendler würden am liebsten gar nicht mehr aus dem RRX aussteigen. Übertrieben, oder?

HUSMANN Die Züge sind luftiger, bieten Platz für mehr Menschen, sind ausgestattet mit W-Lan und besserer Technik, um zu telefonieren. Zudem sind sie behindertengerecht. Sie sind deutlich schneller und wohl auch pünktlicher. Und das sind nur einige Vorteile.

Wie steht es um die Sicherheit?

HUSMANN Wir stellen fest, dass die Übergriffe zunehmen. Der Ton dem Personal gegenüber wird aggressiver. Es sind nicht nur Migranten, sondern auch Manager in Schlips und Kragen, die ausfallend werden und pöbeln. Es kann nicht sein, dass sich das Personal aus Angst zurückzieht. Deshalb gehen wir das Thema jetzt massiv an.

Was schwebt Ihnen vor?

HUSMANN Wir setzen auf den Einsatz sogenannter Verfügungsteams. In Dreierteams werden diese in den Zügen eingesetzt: zwei Sicherheitskräfte und ein Kontrolleur. Zudem werden künftig alle Straftaten auch angezeigt. Wir wollen deutlich machen, dass die Bundespolizei mehr Personal in Bahnhöfen einsetzen muss. Mit unserem Vorstoß, auch Hundestaffeln einzusetzen, konnten wir uns bei den uns tragenden VRR-Kommunen vorerst noch nicht durchsetzen. Nach einem einjährigen Pilotzeitraum soll bewertet werden, ob eine zusätzliche Begleitung durch Hunde nötig ist.

KLAUS PETER KÜHN UND MAXIMILIAN PLÜCK FÜHRTEN DAS INTERVIEW.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016,

S. 1

Drei Tote nach Geisterfahrt: Polizei vermutet Absicht

Witten: 36-Jähriger wendet auf der A 43. War es Selbstmord?

Witten. Ein Geisterfahrer ist auf der Autobahn 43 im Ruhrgebiet ums Leben gekommen und hat zwei Menschen mit in den Tod gerissen. Zwei Autos krachten am späten Samstagabend an der Anschlussstelle Witten-Heven südlich von Bochum mit voller Wucht frontal ineinander, so die Polizei.

Erste Erkenntnisse deuteten darauf hin, dass der 36 Jahre alte Geisterfahrer psychisch krank gewesen und absichtlich in die falsche Richtung gefahren sein könnte, sagte ein Polizeisprecher in Bochum. Eine Mordkommission ermittelt wegen eines möglichen Tötungsdelikts.

Nach bisherigen Ermittlungen war der 36-Jährige mit seinem BMW zunächst in Richtung Wuppertal unterwegs. Zwischen den Anschlussstellen Witten-Herbede und Witten-Heven habe der Bo-

chumer dann gedreht und sei in die falsche Richtung zurückgefahren, sagte der Polizeisprecher. Zunächst habe sein Wagen ein entgegenkommendes Auto leicht touchiert, dabei wurde niemand verletzt – und der 36-Jährige setzte seine Irrfahrt fort. Kurz darauf stieß sein Auto frontal mit dem VW-Golf eines 28-Jährigen aus Breckerfeld zusammen. Beide Fahrer waren sofort tot. Die 24 Jahre alte Beifahrerin, die Verlobte des 28-Jährigen, konnte zunächst wiederbelebt werden, starb aber wenig später im Krankenhaus.

Die Polizei war gegen 22.30 Uhr durch mehrere Notrufe über den Falschfahrer informiert worden. Kurz danach hätten Anrufer einen schweren Unfall bei Witten-Heven gemeldet. Die Rettungskräfte fuhrten mit einem großen Aufgebot zur Unfallstelle. Die Feuerwehr

musste alle Personen mit Rettungsscheren aus den Wracks schneiden. Die Autobahn war bis um 5.30 Uhr am Sonntag gesperrt.

Falschfahrer verursachen immer wieder Unfälle mit Toten und Verletzten. So starb in Nordrhein-Westfalen am 18. September ein 32-Jähriger, der in falscher Richtung auf der A 1 bei Euskirchen in der Eifel unterwegs war. Er rammte das Auto einer Familie – Vater, Mutter und Kind erlitten schwere Verletzungen.

Vor fast genau vier Jahren riss ein Geisterfahrer auf der A 46 bei Meschede noch vier andere Menschen mit in den Tod. Auch damals ging die Polizei davon aus, dass der 24-jährige Geisterfahrer sein Auto in Selbstmordabsicht gegen den entgegenkommenden Wagen mit vier Insassen gesteuert hatte.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016, S. 3

Die Helfer kämpften vergeblich

Ein Geisterfahrer hat auf der A 43 bei Witten zwei junge Menschen mit in den Tod gerissen. Der Mediziner Matthias Thöns war zufällig als erster Arzt vor Ort

Von Annette Kreikenbohm,
Michael Koch und Johannes Kopp

Ruhrgebiet. „Ein Reisebus und ein Tanklastwagen waren gerade noch rechtzeitig zum Stehen gekommen“, erinnert sich Dr. Matthias Thöns. Der Wittener Palliativmediziner ist am Samstagabend auf dem Rückweg von einem Kinobesuch in Bochum, als er ebenfalls bremsen muss. Voraus: ein Unfall – und keine Blaulichter.

Mit seinem Arzt-Blinklicht bahnt sich Thöns einen Weg durch



„Alle haben versucht, Leben zu retten.“

Dr. Matthias Thöns hat vor Ort keine Gaffer erlebt, alle wollten helfen.

die Rettungsgasse zur Unfallstelle. Ersthelfer eilen auf ihn zu: Mehrere Verletzte, berichten sie, kein Puls. Im ersten Auto findet Thöns einen jungen Mann, der 36-jährige Falschfahrer aus Bochum, wie sich später herausstellt. Er soll psychische Probleme gehabt haben. „Unter Schwierigkeiten gelangte ich an sein Handgelenk. Kein Puls. Wahrscheinlich tot.“ Thöns eilt weiter. Er bemüht sich um Konzentration, weiß seine hochschwangere Freundin hinter ihm im Wagen. Auch für

den anderen Fahrer, einen 28-Jährigen aus Breckerfeld, kommt jede Hilfe zu spät. Seine Verlobte, 24 Jahre alt, sie lebt, ist eingeklemmt: „Ersthelfer versuchten die Scheiben einzuschlagen, Türen und Kofferraum zu öffnen, vergebens.“ Erst zwei kräftigen Männern gelingt es schließlich, die verzogene Tür aufzustoßen.

Zwei weitere Ärzte, zwei Krankenschwestern sind ebenfalls zu-

fällig vor Ort. „Die Krankenschwestern wechselten sich mit der Herzdruckmassage ab, ein Kollege übernahm die Beatmung, Helfer leuchteten uns die Stelle aus, besorgten eine Schere, hielten Infusionen.“ Nach wenigen Minuten treffen der Rettungsdienst und bald auch die Notärztin ein und übernehmen. Die Schwerstverletzte stirbt später in einem Bochumer Krankenhaus.

„Das sind Einsätze, die man sein ganzes Leben lang nicht mehr vergisst“, sagt der Feuerwehrsprecher Ulli Gehrke. Er war selbst vor Ort.

Breckerfeld steht am Sonntag unter Schock. Der 28-Jährige und seine Verlobte waren dort aktiv und beliebt. Der Mann hatte voriges Jahr seinen Meister als Elektriker gemacht und sollte gestern auf dem Fußballplatz stehen. Die Mannschaft sagte das Spiel ab, natürlich. „Die beiden waren ganz tolle Menschen“, sagt Udo Baumeister, der Vorsitzende der Spielvereinigung Schwarz-Weiß Breckerfeld. „Sie kannte hier jeder.“ Bei Facebook ersetzten viele Bekannte ihre Profilbilder durch Schwarz. Eine Freundin schreibt: „Bitte kommt zurück, bitte. Es ist so unglaublich. Es tut so weh.“

Die 24-jährige Verstorbene war selbst examinierte Krankenschwester.

Wer Geisterfahrer sein will, der ist kaum zu stoppen

500 Falschfahrten im Jahr. Meist irrtümlich

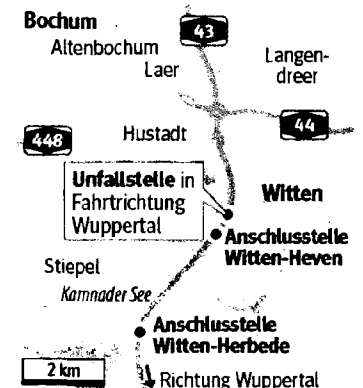
Von Hubert Wolf

Ruhrgebiet. Eine Serie von Selbstmorden auf Autobahnen mit etlichen Opfern hatte schon 2012 dazu geführt, dass die Verkehrsminister neue Mittel gegen Geisterfahrer suchten. Doch wer Geisterfahrer sein will, den kann man damit nicht aufhalten.

In ganz Deutschland machten sich die Straßenmeistereien daran, Verkehrsschilder und Richtungspfeile in sämtlichen Auffahrten zu überprüfen und zu verbessern. Bayern stellte nach österreichischem Vorbild große, gelbe Hände auf, die Falschfahrern „Stop“ geboten. Nicht durchsetzen konnte sich die

Idee, Systeme einzubauen, die Reifen zum Platzen bringen, die in die falsche Richtung rollen: Denn Kranken- oder Polizeiwagen werden oft so gelenkt, um schnell an einer Unfallstelle zu sein.

Studien gehen von etwa 500 Falschfahrern jährlich in Deutschland aus, die meisten unabsichtlich. Losgelöst von Geisterfahrern, schätzen Wissenschaftler den Anteil von Selbstmördern unter den Verkehrstoten auf etwa fünf Prozent. 1000 bis 1500 Unfälle jährlich gingen demnach auf Menschen zurück, die sich umbringen wollten, freilich nur selten als Geisterfahrer: Sie fahren ohne Gurt oder ohne Bremsspuren gegen ein Hindernis.



Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.10.2016, S. 19

Weniger Hürden für den Bau des Eigenheims

Seit März gelten neue Regeln für Baukredite. Seither häufen sich die Beschwerden, Ältere und Familien kämen schwerer an Geld. Eine Initiative im Bundesrat soll das jetzt ändern.

sibi. FRANKFURT, 14. Oktober. Die Bundesländer Hessen und Baden-Württemberg wollen über eine Bundesratsinitiative die umstrittene Wohnimmobilienkreditrichtlinie nachbessern. Das haben beide Länder am Freitag mitgeteilt. Hinter dem sperrigen Begriff steckt eine neue europäische Regelung, die seit März auch in Deutschland Gesetzeskraft hat und die Banken strengere Vorgaben für die Vergabe von Baukrediten an Private macht. Insbesondere müssen Kreditinstitute genauer als früher prüfen, ob der Kreditnehmer seine Schulden mit hoher Wahrscheinlichkeit zurückzahlen kann, und sie dürfen zumindest nicht hauptsächlich auf den Wert der Immobilie als Sicherheit setzen.

Seit die Regelung in Kraft ist, gibt es viele Beschwerden, dass vor allem Ältere und Familien schwerer an Baukredite kämen. Aus Düsseldorf wurde beispielsweise der Fall einer 64 Jahre alten Frau bekannt, die ein schuldenfreies Haus besitzt und eine monatliche Rente von 750 Euro bekommt. Sie wollte einen 35 000-Euro-Kredit für den behindertengerechten Umbau ihres Bades aufnehmen, erhielt aufgrund der neuen Regelung aber eine Absage: Ihr blieben nicht mehr genug Lebensjahre für die

Tilgung des Kredits. Mehrere solcher Fälle tauchten bei den Verbraucherzentralen auf, wenn auch nicht flächendeckend, wie Frank-Christian Pauli vom Verbraucherzentrale Bundesverband sagt. Die Verbraucherzentralen unterstützen daher mittlerweile den Vorstoß, an der Richtlinie nachzubessern, wie auch der Spitzenverband Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA) der deutschen Immobilienwirtschaft.

Auch die Sparkassen setzen sich vehement dafür ein, die Richtlinie zu ändern. Am Freitag vermeldeten die Südwest-Sparkassen in Stuttgart passend zur Bundesratsinitiative, sie hätten auch im dritten Quartal weniger Wohnkredite vergeben als im Vorjahreszeitraum, und begründeten das mit der neuen Richtlinie. „Wir begrüßen daher die Initiative von Baden-Württemberg und Hessen“, sagte der örtliche Sparkassenpräsident Peter Schneider.

Ob die neue Richtlinie dazu geführt hat, dass insgesamt in Deutschland weniger Baukredite vergeben wurden, ist umstritten. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) hatte Zahlen vorgelegt, denen zufolge die 408 Sparkassen in Deutschland im ersten Halbjahr 2016 immerhin 8,9 Prozent weniger Baukredite zugesagt hätten als im Vorjahreszeitraum. Die Bundesbank hingegen hatte aus ihrer Statistik Belege dafür gefunden, dass es zumindest über alle Bankengruppen hinweg keinen Einbruch der Baufinanzierungen gegeben habe. Im Gegenteil, laut Bankbilanzstatistik hat das Volumen der Wohnimmobilienkredite in den vergangenen zwölf Monaten sogar zugenommen, die Wachstumsrate bewegte sich seit März seitwärts bei etwa 3,7 bis 3,8 Prozent.

Im Gegensatz zu Sparkassen und Volksbanken hatten überregionale Institute wie die Commerzbank oder auch die ING

Diba berichtet, sie hätten keinen Einbruch bei den Immobilienkrediten an private Hausbauer verzeichnet. Thomas Hensgen von der ING Diba hatte dafür eine Erklärung: „Bei manchen regionalen Instituten mag man bei der Kreditvergabe in der Vergangenheit vor allem auf die Immobilie als Sicherheit geachtet haben“, vermutet er. „Das funktioniert nach den neuen Regeln nicht mehr.“ Jetzt werde eine stärkere formale Prüfung der Bonität verlangt – das erfordere bei den regionalen Banken unter Umständen eine größere Umstellung als bei großen überregionalen Instituten.

Formal fordern die Bundesländer in ihrer Initiative vor allem die Konkretisierung von bestimmten Begriffen in der neuen Regelung, um die Rechtsunsicherheit zu verringern. Hessens Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) sagte, beispielsweise der Begriff der „Wahrscheinlichkeit der Rückzahlung“ müsse konkretisiert werden. Die Banken müssen seit der Richtlinie nachweisen, dass der Hausbauer seinen Verpflichtungen aus dem Kreditvertrag „wahrscheinlich“ wird nachkommen können; wenn man genauer definieren würde, was das heißt, könnte die Kreditwürdigkeitsprüfung einfacher werden und wäre vielleicht auch für den Kreditnehmer leichter zu bestehen. Außerdem wollen die Länder, dass bei Anschlussfinanzierungen bestehender Verträge nicht noch einmal die Kreditwürdigkeit nach den neuen strengen Regeln geprüft werden soll. Schließlich soll es Ausnahmen geben für ältere Menschen, die ihre Wohnungen altersgerecht umbauen und dafür einen Kredit brauchen – sowie für Leute, die einen sogenannten Immobilienverzehrcredit abschließen, bei dem man im Alter vom Darlehen lebt – und die Bank dafür im Todesfall die Immobilie verwerten darf.

Kölner Stadtanzeiger vom 15.10.2016, S. 8

Güterzüge im Schlafzimmer

BAHNLÄRM 300 Anwohner an der Strecke Oberhausen-Hamm kämpfen für mehr Ruhe

Allein in Köln könnten 108 000 Menschen vom Ausgang eines Musterprozesses profitieren

VON PETER BERGER

Herten. Juristische Auseinandersetzungen um Bahnlärm und Schallschutz sind Alltagsgeschäft für die DB Netz AG. Doch dieser Rechtsstreit mit sechs Anwohnern aus dem Ruhrgebiet, deren Häuser direkt an der Güterzugtrasse zwischen Hamm und Oberhausen liegen, hat eine andere Qualität. Es geht um die generelle Frage, wie viel die Bahn tun muss, um die Bürger in der Nähe von Bahntrassen vor Lärm zu schützen.

Ortstermin, Herten-Westerholt: Die Richter des 24. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Hamm machen sich am Bahndamm der sieben Meter hohen Güterzugtrasse ihr eigenes Bild. Bis zu 90 Güterzüge täglich rasen hier mit Tempo 100 vorbei, 30 Meter von den Wohnhäusern entfernt. Seit mehr als sechs Jahren geht das jetzt so.

„Früher war das hier eine reine Zechen-Bahn“, sagt Manfred Kitschke, einer von sechs Klägern. „Da hatten wir ein paar Züge am Tag und am Wochenende war Ruhe.“ Die Kohlezechen gibt es nicht mehr, im Laufe der Jahre habe die Bahn die Trasse zu einer „I-A-Güterzugstrecke“ ausgebaut. „Jetzt haben wir keine Ruhe mehr.“

So wie Familie Kitschke ergeht es vielen Anwohnern entlang der Strecke, zwischen Hamm und Oberhausen-Osterfeld haben sich

etliche Bürgerinitiativen gebildet – die Streitfrage ist überall ähnlich. Handelt es sich um Wohngebiete, Gewerbegebiete oder eine Mischung aus beidem? In Wohngebieten gelten schärfere Vorschriften für den Lärmschutz. Das Landgericht Bochum hat sich in der ersten Instanz in diesem Punkt bereits auf die Seite der Kläger gestellt. Demnach ist der Bahnverkehr zu laut, die Bahn muss passiven Lärmschutz wie den Einbau von Schallschutzfenstern bezahlen. Das reicht den Klägern nicht. Sie wollen Schallschutzwände, Tempolimits, Nachfahrverbote und weniger Erschütterungen an ihren Häusern, die durch den Bahnbetrieb ausgelöst werden.

Und ihre Chancen stehen nicht schlecht. Richter Hans-Friedrich Funke äußert sich eindeutig. „Man kann das hier als ruhige Wohnstraße bezeichnen“, spricht er in sein Diktiergerät. Ein Satz, den Rechtsanwalt Matthias Möller-Meinecke mit großer Erleichterung zur Kenntnis nimmt. „Wir führen hier sechs Musterklagen, aber allein an dieser Trasse stehen 300 Kläger in den Startlöchern, die nur abwarten, weil sie über keine Rechtsschutzversicherung verfügen.“

Bisher gibt es für Bestandsstrecken keine gesetzlichen Grundla-

gen beim Schallschutz, sie existieren nur für Neubaustrecken. „Der Bundesgerichtshof und das Landgericht Bochum haben in unserem Verfahren den Grenzwert für Wohngebiete auf 49 Dezibel festgelegt“, sagt der Rechtsanwalt. Gemessen an der Außenwand eines Hauses – in vier Metern Höhe.

Das sei für die Bahn äußerst beunruhigend. „Wenn wir damit durchkommen, hat das bundeswei-

„Wenn alle ihre Ansprüche geltend machen, könnte das die Bahn nervös machen

Matthias Möller-Meinecke, Anwalte Auswirkung.“ Allein in einer Großstadt wie Köln hätten dann 108 000 Bürger Anspruch zumindest auf passiven Lärmschutz. In Bonn und Düsseldorf wären es jeweils knapp 40 000. „Wenn die alle ihre Ansprüche einfordern, könnte das die Bahn nervös machen“, sagt Möller-Meinecke. Zumal es im Rheintal – an der Strecke zwischen Oberhausen-Emmerich und in Köln – bereits jetzt Bürger gebe, die ähnliche Klagen führen. Das OLG Hamm hat erkennen lassen, dass wirtschaftliche Argumente nicht ziehen. „Die haben gesagt, die Bahn ist ein Staatsunternehmen – und dass es sich um

öffentliche Gelder handelt.“

Beim Ortstermin waren in Westerholt auffällig wenige und sehr kurze Züge unterwegs – offenbar alle mit gedrosselter Geschwindigkeit. Die Bahnvertreter wollten sich dazu nicht äußern. Auch die Nachfrage bei der Pressestelle in Düsseldorf lief ins Leere. Zu laufenden Gerichtsverfahren werde man nichts sagen.

Er habe nichts gegen die Bahn, im Gegenteil, sagt Manfred Kitschke. „Umweltfreundlicher kann man nicht fahren.“ Es gehe lediglich darum, beim Lärmschutz nicht benachteiligt zu werden. Im November wird das Gericht wohl eine Tendenz erkennen lassen. „Dann wissen wir mehr.“ (mit dpa)

150 Millionen pro Jahr

Für Bestandsstrecken gibt es

beim Lärmschutz keine gesetzlichen Regelungen. Bei Aus- und Neubaustrecken gilt die 16. Bundesimmissionsschutzverordnung. Der Bund stellt freiwillig etwa 150 Millionen Euro pro Jahr für Schallschutz an Bestandsstrecken bereit. Bis 2030 sollen 3700 Kilometer saniert sein. Das bedeute eine Entlastung der Anwohner in 1485 Ortsdurchfahrten, so die Bahn.

Rheinische Post vom 15.10.2016, S. 3

Horror-Autobahn und Lebensader

Die Autobahn zwischen Köln-Ehrenfeld und Goch gehört zu den Strecken mit den meisten Staus im verkehrsreichen Nordrhein-Westfalen. Sie ist Ärgernis und Wirtschaftsfaktor zugleich. Doch der sechsspurige Ausbau von nur 64 Kilometern dauert mehr als 30 Jahre – fast ein Erwerbsleben.

rhein

VON MARTIN KESSLER

KÖLN/GOCH Sie misst nur 128 Kilometer. Das ist fast nichts für eine der großen bundesdeutschen Autobahnen. Und doch ist die Autobahn A57 für Hunderttausende von Pendlern, Urlaubern und Berufsfahrern fast so etwas wie eine zweite Heimat – denn sie verbringen Stunden auf der Magistrale des Niederrheins.

Die A57 ist Verkehrsader, Staufalle, Unglücksstraße und Wirtschaftsfaktor in einem. Wer morgens in den oft zehn und mehr Kilometer langen Autoschlangen steht und bis zu einer Stunde zu spät an seinem Zielort ankommt, flucht über die Engpässe, Baustellen und überlasteten Kreuze. Wer entlang der A57 wohnt, ärgert sich über den Lärm, verdankt aber gleichzeitig seinen Arbeitsplatz oder gar seinen Wohlstand der wichtigsten Verkehrsader des Niederrheins. Fast 13 Prozent der Wirtschaftsleistung Nordrhein-Westfalens, genau 77,5 Milliarden Euro, werden auf der Fläche zwischen Rhein und niederländischer Grenze produziert. Das ist mehr als das Bruttoinlandsprodukt der Rhein-Main-Metropole Frankfurt.

Weltkonzerne wie Ford, Bayer, Covestro, Solvay und Norsk Hydro haben neben der Autobahn ihre Werke, der amerikanische Technologiekonzern 3M unterhält an der Ausfahrt Neuss-Hafen seine Forschungslabors, der Versandhändler Amazon, der Sportartikelhersteller Asics und die Discounter Aldi und Lidl betreiben ihre

wichtigsten Warenverteilzentren entlang der Autobahn. Der größte Binnenhafen der Welt in Duisburg ist von der A57 binnen weniger Minuten ebenso gut zu erreichen wie die Fabriken der Lebensmittel-, Papier- und Autoteileindustrie im Neuss-Düsseldorfer Hafen.

Wer seine Freizeit im Wunderland Kalkar oder in der Skihalle Neuss verbringen will, auf den Spuren des Jahrhundertkünstlers Joseph Beuys wandelt oder den einzigartigen Archäologischen Park der einstigen Römerstadt Xanten besuchen will, kommt um die A57 nicht herum. Fast zwei Millionen Menschen wohnen in ihrem Einzugsgebiet, nicht wenige können von ihren Hochhäusern direkt den Verkehr beobachten. Für manche spielte die A57 Schicksal – als Lebensretter wie als Todesfalle. 16 Menschen starben dort seit 2011, im vergangenen Jahr waren es zwei.

Die A57 bewegt die Menschen. Wenn sie sich auf ihr bewegen können. Denn die niederrheinische Magistrale ist hoffnungslos überlastet. 254.300 Autos passieren an einem normalen Werktag den Abschnitt zwischen Neuss-Hafen und Neuss-West. Er ist eine der meistbefahrenen Stellen in Nordrhein-Westfalen. Nicht selten erreichen die Staus zwischen Kamp-Lintfort und Krefeld-Oppum mehr als zehn Kilometer Länge. Und auch in Richtung Köln-Nord heißt es oft: alles

dicht. Dabei ist die A57 derzeit fast baustellenfrei. Denn die Mega-Projekte Kreuz Kaarst/Kreuz Meerbusch mit über vier Jahren Bauzeit und der sechsstreifige Ausbau zwischen Neuss-West und Neuss-Hafen mit sogar sieben Jahren Bauzeit sind fertig. Doch auf die stressgeplagten Autofahrer kommt neue Unbill zu. Bis 2030 soll die Verkehrsverbindung von Kamp-Lintfort bis Köln-Nord auf sechs Spuren verbreitert werden. Fast eine halbe Milliarde Euro soll das Vorhaben kosten. Auf 64 Kilometern zwischen der Domstadt und Kamp-Lintfort wird dann wenig gehen.

Die langen Bauzeiten sind gewollt. „Die Planung und Durchführung muss alle Vorgaben der demokratischen Beteiligung, der Umweltverträglichkeit und der europaweiten Ausschreibung berücksichtigen“, meint Athanasios Mpasios, Projektleiter bei Straßen NRW, der für die Bauplanung verantwortlich ist. Allein das Ausschreibungsverfahren am Ausbauabschnitt Kaarst hat über ein Jahr gedauert, ehe die Unternehmen Züblin, Frauenrath und Schnorpfel bauen konnten.

Eine besonders hartnäckige Baustelle ist die Brücke bei Nievenheim. Brutale Rabauken hatten 2012 in einem Kunststoffröhren-Lager unter der Querung Feuer gelegt. Durch die Rauchentwicklung kam es auf der Autobahn zu einer Massenkarambolage mit einem Toten und zahlreichen Verletzten. Die Brücke selbst wurde durch die Hitze so beschädigt, dass sie abgerissen wer-

den musste. Seit dieser Zeit plant und baut der NRW-Straßenbetrieb an der Querung. Ein Stück deutscher Bauverwaltung im 21. Jahr-

hundert: Zunächst brauchte die Behörde einige Zeit, um Baurecht zu erhalten, dann wurde die Brücke innerhalb eines Jahres abge-

rissen. Dabei ging die Baufirma in Insolvenz. Schließlich übernahm eine andere Abteilung von Straßen NRW Planung und Ausführung. Da hatte das Projekt schon zwei Jahre Verspätung, und die Behelfsbrücke, die nach dem Abriss aufgebaut wurde, führt an jedem Werktag zu Staus und Verzögerungen. Der Bau der endgültigen Brücke, die sechsstreifig ausgeführt wird, begann 2014 und nimmt noch vier Jahre in Anspruch. Die Ausschreibung erfolgte europaweit, Einsprüche von Anliegern mussten behandelt werden. Zudem ist der Ausbau um eine Behelfsbrücke herum technisch kompliziert. „Aufgrund der Schwierig-

keiten beim Bauen unter Verkehr hat sich die Bauzeit erheblich verlängert“, meint Bauplaner Mpasios. „Wir sind in einem Korsett.“

Im Jahr 2018 – sechs Jahre nach dem üblen Jugendstreich – könnte dann die Brücke als erster Teil des sechsstreifigen Ausbaus der Strecke zwischen Dormagen und Neuss-Süd fertig sein. Vielleicht.

„Die fehlende Planungskapazität, nicht das Geld ist das Problem“, meint denn auch Stefan Dietzfelbinger, Hauptgeschäftsführer der IHK Niederrhein in Duisburg. Eine Autobahn wie die A57 sei die „Wirtschaftsgrundlage einer ganzen Region“. Ein Engpass verzögere die Wirtschaftsentwicklung, vor allem wenn große Logistiker wie Amazon, DHL, Zalando oder Hawi-Logistics die Autobahn nutzen. Von den elf Bauabschnitten, die seit 1997 geplant sind, wurden in 20 Jahren erst zwei realisiert. Selbst wenn 2030 alles fertig ist, hätte die Verbreiterung auf einer Strecke von 64 Kilometern über 30 Jahre gedauert.

Projektleiter Mpasios verweist auf die rechtlichen Probleme: „Früher

erstellten wir Plattenbauten direkt an der Autobahn.“ Die Bewohner nehmen den Lärm aber nicht mehr hin. So hätte die Städtische Wohnungsbaugesellschaft in Dormagen Einwendungen gegen den für sie nicht ausreichenden Lärmschutz erhoben. Der Abstimmungsprozess hat sich nicht zuletzt dadurch auf drei Jahre verlängert. Jetzt soll bei Dormagen eine Galerie mit halber Überdachung den Lärm von den Hochhäusern an der A57 abhalten. Die Baugenehmigung soll 2018 erfolgen. Rechtliche Probleme haben die Frist erneut um ein Jahr verzögert. Damit dauert allein das Verfahren bis zur Baureife neun Jahre.

Die Staus werden der Region und ihrer wichtigsten Autobahn erhalten bleiben. Vielleicht kann die Menschen am Niederrhein trösten, dass die A1 von Köln nach Dortmund bereits seit rund 40 Jahren noch nie ohne Baustelle war. „Autobahnen in Nordrhein-Westfalen“, so klagte einmal Helmut an de Meulen, der langjährige Geschäftsführer des Dortmunder IT-Unternehmens Materna, „werden nie fertig.“

Express vom 17.10.2016 , S. 3

Haben wir zu viele Zoos in NRW?

Millionenzuschüsse, teure Tickets, trotzdem im Minus

Zoo Wuppertal	Zoo Gelsenkirchen	Zoo Münster	Zoo Duisburg	Zoo Dortmund	Zoo Krefeld
<p>Eintritt: Tageskarte Erw. 14,50€, Kinder 4-16 J. 7€, Kleingruppe Erw. und bis 3 Kinder 28,50€, 2 Erw. und bis 3 Kinder 37€ Städtischer Zuschuss: 6,62 Mio. Euro Minus: keine Angabe</p>  <p>4500 Tiere, 450 Arten, 540 000 Besucher</p>	<p>Eintritt: Tageskarte Erw. 19,50€, Kinder 4-12 J. 12,50€, Nov. bis Feb. reduzierte Winterpreise (online 10 Prozent günstiger) Städtischer Zuschuss: Mischkalkulation Stadtwerke Minus: Ja - nicht öffentlich</p>  <p>900 Tiere, 100 Arten, 700 000 Besucher</p>	<p>Eintritt: Tageskarte Erw. 16,90, Kinder 3-14 Jahre 8,90 €. Schüler, Studenten 11,90 € Städtischer Zuschuss: 4,1 Mio. Euro Minus: 1,2 Mio. Euro</p>  <p>3054 Tiere, 320 Arten, 616 000 Besucher</p>	<p>Eintritt: Tagesticket Zoo inkl. Delfinvorführung Erwachsene 16,90€, Kinder 3-17 Jahre 9,90€ Städtischer Zuschuss: 3 Mio. Euro Minus: 2,6 Mio. Euro</p>  <p>6400 Tiere, 411 Arten, 1,02 Mio. Besucher</p>	<p>Eintritt: Tageskarte Erw. 8 €, Kinder ab 4 Jahre und Studenten bis 27 Jahre 4,50 €. Kleingruppe 1 Erw. und bis zu 4 Kinder 13,50€ Städtischer Zuschuss: 4,9 Mio. Euro Minus: 579 000 Euro</p>  <p>1500 Tiere, 230 Arten, 487 000 Besucher</p>	<p>Eintritt: Tageskarte Erw. 10,50€, Kinder 3-18 Jahre 5,50€, Familienkarte für 1 Erw. bis zu 4 Kinder 20€, Familienkarte für 2 Erw. und bis 4 Kinder 27,50€. Städtischer Zuschuss: 1,85 Mio. Euro Angeblich schwarze Null</p>  <p>1000 Tiere, 200 Arten, 487 000 Besucher</p>

Löwen, Elefanten, Tiger: An kaum einem anderen Ort der Welt gibt es so viele Zoos auf so dichtem Raum wie in NRW. Das ist schön für Familien und Zoofans, die nicht weit fahren müssen, um eine Giraffe oder einen Schimpansen live zu erleben. Aber es ist teuer für die Städte. Denn sie müssen ausnahmslos sechs- bis siebenstelligen Beträge zuschießen.

VON SIEGLINDE NEUMANN
sieglinde.neumann@cdw-press.de

In Köln liegt der drittälteste Zoo Deutschlands, keine Autostunde entfernt der Wuppertaler Zoo. Im Ruhrpott lockt die Zoom Erlebniswelt Gelsenkirchen, in Nachbarschaft der Zoos von Dortmund und Bochum. Die Delfine im Duisburger Zoo könnten theoretisch - zu den Nashörnern im 27 Kilometer entfernten Krefeld schwimmen. Zoo-Paradies NRW: Das bevölkerungsreichste Bundesland „leistet“ sich acht große Tierparks in höchstens (Köln-Münster) 150 Kilometer Entfernung, und das „leisten“ ist durchaus wörtlich gemeint.

Finanzspritze aus Steuern

Denn trotz überwiegend stolzer Eintrittspreise gibt es praktisch keinen Zoo, der sich für die Träger, sei es eine städtische AG, Stadtwerke oder Kommunen, wirtschaftlich rechnet. Aus dem Steuersäckel sowieso hoch verschuldeter Gemeinden fließen Millionenbeträge an Zuschüssen, um die Verluste für die Wildtier-Oasen im Großstadtgewimmel zu decken - und um zu gewährleisten, dass die Ticketpreise für Besucher nicht noch mehr durch die Decke schießen...

Rekordzuschuss Wuppertal

Wuppertal braucht 6,62 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich, Duisburg rund 3 Millionen, der Allwetterzoo Münster 4,1 Millionen - und macht trotzdem noch 1,2 Millionen Euro Miese.

„Zoos schreiben keine schwarzen Zahlen“, weiß Diplom-Biologin Sabine Haas (51) von der Zoom Erlebniswelt Gelsenkirchen. Hier fließen Alaska, Asien, Afrika unter dem Dach der Stadtwerke in die Mischkalkulation z.B. mit öffentlichen Bädern ein, konkretere Geschäftsdaten sind nicht öffentlich. Trotzdem,

sagt Haas, gäbe es seitens der Politik kaum Kritik: „Die Zoom Erlebniswelt ist gesetzt, auch als Aushängeschild für die Stadt.“ Murren dürften höchstens die Ticketpreise auslösen: Für Kinder von 4 bis 12 Jahren kostet der Eintritt regulär ohne Rabatt-Aktionen 12,50 € - NRW-Spitze. „Es ist ein personalintensiver Betrieb, und wir haben hohe Investitionen getätigt“, sagt die Sprecherin. „Umfragen zufolge sind unsere Besucher hier sechs Stunden unterwegs.“ Nur sei es mit dem Zoo wie mit Theater oder Museen: „Besucher haben die Erwartung, das muss wenig kosten.“ Und das tut ein Zoo definitiv nicht.

Vorbild Köln?

Auch in Köln würde ohne Millionen-Zuschüsse kein putziges Erdmännchen in die Oktobersonne blinzeln: Die Stadt schießt der Zoo AG jährlich 3,6 Millionen Euro zu. Macht bei mehr als einer Million Besucher pro Jahr etwas mehr als 3 € Subvention pro Nase, relativiert Zoo-Chef Prof. Theo Pagel (55) die Summe: „Wenn die Oper mal steht, wird uns dort jeder Platz 500 € kosten!“ 80 Prozent der Einnahmen würde die Zoo AG selbst erwirtschaften.

2015 gab es zwar 500 000 Euro Miese, im Vorjahr aber 100 000 Euro plus. Zu viele Zoos in NRW? Pagel sagt Nein, begründet wie Dr. Thomas Willems (46), Direktor des gemeinnützigen Allwetterzoos Münster: „Zoos zeigen nicht nur Tiere, sondern haben auch einen Bildungs- und Arten-

schutzauftrag. Wir sind wichtige weltweit ver-netzte Naturschutzzentren.“ So betreibt Münster eine

Zucht-Station für asiatische Schildkröten, von denen es auf der Erde kaum noch 100 Exemplare gibt. Diese Tiere

sind sogar empfindlich, um sie zu zeigen. Doch ihr Überleben wird gesichert, mitten in NRW. Nur der Bund der Steuerzahler NRW sieht die Zoodichte kritisch - wenn der Zuspruch zurückgeht. Negativ-Beispiel sei der Aquazoo Düsseldorf, geschlossen wegen Sanierung bei explodierenden Kosten. Janine Bergendahl: „Da muss man schon die Frage stellen - ist das nötig?“



10 000 Tiere, 700 Arten, 1 Mio. Besucher



Kölns Zoo-Direktor Dr. Theo Pagel (55) Fotos: dpa, Heinekamp

Kölns Zoo-Chef Prof. Theo Pagel: Tierparks wichtig Grüne Oasen für Erholung und Artenschutz

Prof. Theo Pagel (55) ist Direktor des Kölner Zoos. In Köln, Krefeld, Duisburg, Überall gibt es Elefanten, vom Steuerzahler subventioniert, ist das nicht zu viel und teuer?

Die Zoodichte ist angesichts der vielen Menschen in NRW nicht verkehrt. Zoos sind in städtischen Ballungsräumen grüne Oasen, Erholungs- und Bildungsorte. Die Artenvielfalt ist trotz scheinbar gleicher Tier-

re groß. Duisburg und Wuppertal haben afrikanische, Köln asiatische Elefanten, und den Schneeleoparden finden sie nicht in Duisburg. Allein wegen der Artenschutzprogramme dürfte man die Zahl der Zoos nicht reduzieren.

Was ist das Teuerste?

Das für vorbildliche Tierhaltung nötige Personal. Der Kölner Zoo beschäftigt 100 Zoo-

tierpfleger, alles Gesellen oder Meister. Der zweitgrößte Batzen ist Energie. Strom, Wasser, Wärme.

Stichwort Futter?

Futtermittel kosten 650 000 € im Jahr. Ein Bauer baut extra Laub für uns an, es wird von Hand gepfückt, eingefroren und im Winter an Affen und Nashörner verfüttert. Seelöwen und Pelikane brauchen

Fisch, Tiger und Löwen fressen bis acht Kilo Fleisch pro Tag.

Warum sind die Eintrittspreise in Köln so hoch? Die Zoo-AG steht vergleichsweise gut da...

19,50 € für eine Tageskarte ist kein Schnäppchenpreis, aber bei uns kann man einen ganzen Tag Tolles erleben und viel lernen. Mein Tipp für Kölner ist die Jahreskarte. Da kostet der Eintritt 30 Cent pro Tag.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016, S. 4

Ersatzmittel mit Nebenwirkungen

Die Welt will künftig ohne klimaschädliche Fluorkohlenwasserstoffe in Kühlmitteln auskommen. So soll die Erderwärmung um ein halbes Grad geringer ausfallen.

Von
Joachim Müller-Jung

FRANKFURT, 16. Oktober

Die internationale Klimapolitik hat einen weiteren Erfolg erzielt, Bundesumweltministerin Barbara Hendricks spricht gar von einem weiteren „Meilenstein“. Auf dem Umweltgipfel in der ruandischen Hauptstadt Kigali verständigten sich am Wochenende an die 200 Staaten auf eine rechtsverbindliche Ergänzung zum 1987 geschlossenen Montrealer Abkommen zum Schutz der Ozonschicht. Die Vereinbarung nützt letztendlich weniger dem Ozon, sondern läuft vielmehr darauf hinaus, die Erwärmung der Erdatmosphäre zu bremsen. Dabei geht es um die Fluorkohlenwasserstoffe (FKW), die beim Abschluss des Montreal-Übereinkommens vor fast 30 Jahren als „vorübergehender“ Ersatz für die inzwischen verbotenen, ozonzerstörenden Halone und Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) eingeführt wurden.

Beide Substanzgruppen, FCKW und FKW, sind extrem stabil, ungiftig und kaum entflammbar und waren deshalb als Kälte-, Isolier- und Treibgase in Kühlschränken, Klimaanlage, Dämmplatten und Isolierschäumen weltweit gefragt. Um die schon in den achtziger Jahren deutlich geschädigte Ozonschicht („Ozonloch“) in

der oberen Atmosphäre zu regenerieren, die uns dort vor den schädlichen Ultraviolettstrahlen schützen soll, waren die chemisch besonders zerstörerischen FCKW und Halone mit einem Produktionsverbot belegt worden – zum Preis, dass Ersatzmittel wie die in den alten Anlagen ebenfalls nutzbaren FKW gefördert wurden, die zwar wegen des fehlenden Chlors keine Ozonmoleküle mehr zerstören, dafür aber Wärmestrahlung extrem gut absorbieren und damit die Atmosphäre aufheizen.

FKW sind je nach Größe und Zusammensetzung der Kohlenwasserstoffe hundert- bis tausendmal so starke Treibhausgase als das bei der Verbrennung von Öl, Kohle und Gas freigesetzte Kohlendioxid. Allerdings liegen die emittierten Kohlendioxidmengen um Größenordnungen über den

Kühlmittelgasen. Während sich nun das vor einem Jahr beschlossene und in Kürze in Kraft tretende Pariser Klimaabkommen auf die – freiwillige – Vermeidung von Kohlendioxid und damit auf die Energiegewinnung konzentriert, hat man das längst rechtsverbindliche Ozon-Abkommen dazu auserkoren, den Klimaschutz gleichzeitig mit einer Neuregulierung der Fluorkohlenwasserstoffe voranzutreiben. Vor sechs Jahren waren die ersten Anträge dazu unter dem Montreal-Protokoll von einer umweltpolitisch eher ungewöhnlichen Koalition aus Kanada, den Vereinigten Staaten, Mexiko und Mikronesien eingegangen. Schon damals hatte die Industrie klimaschonendere Ersatzstoffe für die FKW entwickelt und in Industrieländern eingeführt, etwa Kohlendioxid, einfache Kohlenwasserstoffe oder Ammoniumgase, aber auch extrem kurzlebige, schnell abbaubare Fluorkohlenwasserstoffe, die nicht Jahre, sondern Tage bis Wochen in der Luft Schaden anrichten. Dennoch, die weltweite Nutzung und Emission der schädlichsten Fluorkohlenwasserstoffe stieg rapide – jedes Jahr um 8 bis 14 Prozent. Die klimaschädlicheren, billigeren Gase machten das Gros aus, zuletzt hat-

te ein Kilogramm FKW dieselbe Klimawirkung wie 1600 Kilo Kohlendioxid. Vor allem vor dem Hintergrund, dass in Schwellenländern und Entwicklungsländern im Süden jedes Jahr viele Millionen neuer Klimaanlage nachgefragt werden, so rechneten die Klimaforscher vor, hätte der Anteil der FKW-Gase an der Erderwärmung um die Mitte des Jahrhunderts auf ein Drittel bis fast die Hälfte steigen können.

Vor allem die amerikanische Regierung zusammen mit Kanada und Mexiko suchte einen schnellen Abschluss. Auch China, den inzwischen weltgrößten Produzenten von Fluorkohlenwasserstoffen, holte man ins Boot sowie die afrikanischen Staaten, die den Klimawandel besonders fürchten. Als kurz vor der Kigali-Konferenz Indien, das sich lange gegen allzu restriktive Einschränkungen gewehrt hatte, seiner Industrie die Verpflichtung auferlegte, auf das langlebigste und schädlichste FKW zu verzichten, schien der Weg für die Fortschreibung des Abkommens von Montreal endgültig frei. Zumal auch die Industrie mit an Bord war: Mehr als vierhundert Konzerne mit einem Marktvolumen von 3,5 Billionen Dollar befürworteten den FKW-Ausstieg, bevor der Gipfel von Kigali begann.

Ein einheitliches Auslaufen der FKW-Nutzung wird es dennoch nicht geben. Während Industriestaaten wie Europa und die Vereinigten Staaten die Herstellung und Nutzung von 2019 an bis zum Jahr 2036 um 85 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 2012 senken wollen, wird einem Großteil der übrigen Staaten eine etwas spätere und langsamere Reduktion erlaubt. Eine kleine Staatengruppe, bestehend aus Indien, Pakistan, Iran, Kuwait und Saudi-Arabien, kann FKW noch bis 2047 verbrauchen. Insgesamt sollen die nationalen Gesetze zum FKW-Ausstieg dafür sorgen, dass die Treibhausgase bis zur Mitte des Jahrhunderts um 80 bis 85 Prozent verringert werden und damit die Klimaerwärmung weltweit um ein halbes Grad geringer ausfällt als befürchtet.

**Frankfurter
Allgemeine Zeitung
vom 17.10.2016, S.
8**

Bindender Verzicht

So geht Umweltpolitik – der Hinweis konnte nach dem erfolgreichen Abschluss zum Montrealer Abkommen in Kigali niemanden überraschen: völkerrechtlich bindende Regeln mit entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten. Nicht wie beim Pariser Klimaabkommen also, das zwar große Ziele formuliert, aber auf die Freiwilligkeit der Vertragsstaaten setzt. Tatsächlich hat das Montrealer Abkommen, das zur Erhaltung der Ozonschicht geschaffen wurde, nicht nur das Verbot der ozonzeretzenden Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) schnell durchgesetzt, es ist in seiner Wirksamkeit längst das ökologische Aushängeschild der UN; es ist nebenbei auch das erfolgreichste Abkommen zum Schutz des Weltklimas. Durch den erzwungenen Verzicht auf FCKW und Halone nämlich hat man die Erwärmung spürbar eingedämmt – fünfmal so effektiv wie das berüchtigte erste Klima-Abkommen von Kyoto. Das Kyoto-Protokoll war ebenfalls rechtsverbindlich, doch sein Klimaschutzeffekt ging gegen null, und zwar einfach deshalb, weil es darauf ankommt, was da rechtsverbindlich geregelt wird. jom.

Süddeutsche Zeitung vom 17.10.2016, S. 1

Regierung bremst beim Verbraucherschutz

Als Reaktion auf die VW-Abgasaffäre wollte Justizminister Maas auch in Deutschland Sammelklagen möglich machen. Daraus wird nun nichts. Grüne kritisieren dies als Einknicken vor der Autoindustrie

VON MARKUS BALSER, KLAUS OTT
UND KATJA RIEDEL

Berlin/München – Die Bundesregierung verzichtet offenbar darauf, den Verbraucherschutz deutlich zu verbessern, wie sie das während der VW-Abgasaffäre versprochen hatte. Als der Skandal aufflog, hatte sie ein Gesetz angekündigt, das eine Art Sammelklage von Verbrauchern ermöglichen sollte. Doch dieses dürfte nach Informationen von *Süddeutscher Zeitung*, NDR und WDR nicht mehr vor der Bundestagswahl 2017 zustande kommen. Union und SPD geben sich gegenseitig die Schuld am Scheitern des Vorhabens, das den Kunden großer Unternehmen gemeinsame Schadenersatzklagen ermöglichen würde.

Das von Heiko Maas (SPD) geleitete Justiz- und Verbraucherministerium hatte vor einem Jahr erklärt, Kunden müssten sich besser gegen „unlautere Geschäftspraktiken“ wehren können, die beste Lösung dafür sei eine Musterklage. Dieses Vorhaben wolle man angesichts der VW-Affäre vorantreiben. Der Autokonzern hatte bei weltweit elf Millionen Diesel-Fahrzeugen die Schadstoff-Werte manipuliert.

VW will den betroffenen Kunden nur in der USA Schadenersatz zahlen, wo Sammelklagen möglich sind. Volkswagen-Fahrer in Europa sollen leer ausgehen. Diese Ungleichbehandlung wollte Maas zuerst nicht akzeptieren. Der Spitze des Verbraucherministeriums lagen im Herbst 2015 bereits „Eckpunkte“ für ein Gesetz über eine Musterklage vor. Ein Unterabteilungsleiter notierte im Oktober 2015, es sei angebracht, „verbraucherpolitische Kanten“ zu zeigen. Danach sieht es inzwischen aller-

dings nicht mehr aus. Unterlagen aus dem Ministerium zeigen, dass die Einführung einer Musterklage auf die lange Bank geschoben wird. Das Ministerium teilte dazu mit, man kommentiere „hausinternen Schriftverkehr“ nicht öffentlich.

In der Bundesregierung ist es offenbar unerwünscht, den Kunden von VW und anderen großen Unternehmen zu besseren Rechten zu verhelfen. Das zeigt auch der Umstand, dass im Februar 2016 bei einer Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Linken zur VW-Affäre ein vom Verbraucherministerium vorgeschlagener Passus entschärft wurde.

Einem Entwurf aus dem Hause Maas zufolge sollte deutlich gemacht werden, dass europäische und amerikanische VW-Fahrer nicht ungleich behandelt werden dürfen. Dieser Passus wurde durch eine Formulierung ersetzt, die besagt, eine Reparatur der Fahrzeuge genüge völlig. Ein Scha-

denersatz sei überflüssig.

Laut Unterlagen aus dem Hause Maas soll das von Alexander Dobrindt (CSU) geleitete Verkehrsministerium diese Entschärfung vorgenommen haben. Im Verkehrsressort wehrt man sich jedoch gegen den Eindruck, Dobrindt schütze VW und verhindere Fortschritte beim Verbraucherschutz. Dagegen sagte Nordrhein-Westfalens Verbraucherminister Johannes Remmel (Grüne), es sei völlig unverständlich, dass die Bundesregierung noch „keine nennenswerten Konsequenzen“ aus der VW-Affäre gezogen habe und den Kunden keine bessere Klagemöglichkeit gebe. Es sei ein „Schweigekartell“ von Regierung und Autoindustrie zugange.

► Seite 4 und Wirtschaft

Vergessene Verbraucher

VON KLAUS OTT

Vor einem Jahr, als die Abgas-Manipulationen von Volkswagen gerade bekannt geworden waren, äußerten sich Verbraucherminister Heiko Maas und sein Staatssekretär Gerd Billen sehr beherzt. VW-Kunden in Deutschland dürften nicht anders behandelt werden als in den USA, wo hohe Schadenersatzzahlungen fällig werden. Man wolle den Verbrauchern mit einer Art Sammelklage helfen, gemeinsam und massenhaft gegen Unternehmen vorzugehen.

Das wäre ein großer Fortschritt gewesen, nicht nur für die Kunden von Volkswagen. Doch inzwischen äußern sich Maas und Billen gar nicht mehr. Sie sagen nichts dazu, was aus der groß angekündigten Musterklage werden soll. Sie tauchen ab. Maas und sein Ministerium haben es in diesem Jahr sogar wehrlos hingenommen, dass nach einer Anfrage aus dem Bundestag eine ursprünglich vorgesehene deutliche Antwort zum Verbraucherschutz bei Volkswagen innerhalb der Regierung rigoros entschärft wurde.

Wenn Maas und Billen schon nichts bewirken können für die Kunden von Konzernen, dann sollten sie das wenigstens zugeben. Dann sollten sie den Verbrauchern und deren Verbänden sagen, dass eine Musterklage mit dieser Regierung nicht zu machen ist. Und dann sollten sie auch erklären, an wem das denn liegt. Einfach zu schweigen und zu warten, dass sich das Thema hoffentlich von selbst erledigt, das ist einfach zu billig.

Süddeutsche Zeitung vom 17.10.2016, S. 19

„Lücken im Rechtsschutz“

Justizminister Heiko Maas wollte, dass sich Verbraucher gemeinsam mit einer Sammelklage gegen Unternehmen wehren können. Doch dieser Ankündigung folgten keine Taten

VON MARKUS BALSER, KLAUS OTT
UND KATJA RIEDEL

Berlin/München – 300 000 Kunden sind angeblich betroffen, aber nur 194 bekommen ihr Geld zurück. So soll es beim Berliner Energieunternehmen Gasag nach einer Preiserhöhung der Fall gewesen sein. Mit Beispielen dieser Art kämpft die deutsche Verbraucherzentrale seit Jahren für eine Art Sammelklage, mit der sich Kunden großer Unternehmen gemeinsam und besser gegen Missstände wehren könnten. Bei der Gasag in Berlin ging es um eine Preisklausel aus den Jahren 2005 und 2006, die der Bundesgerichtshof Jahre später für unwirksam erklärt habe. Die Verbraucherzentrale in der Hauptstadt wollte für möglichst viele Kunden Geld zurückfordern, konnte nach eigenen Angaben aber nur 194 Betroffene vor Gericht vertreten. Der „bürokratische Aufwand“, sich von jedem einzelnen Gasag-Kunden dessen Forderungen juristisch abtreten zu lassen, sei immens gewesen.

Mit einer Sammelklage, so die Verbraucherschützer, wäre das viel einfacher gewesen. Der Berliner Streit um die Gaspreise endete mit einem Vergleich. Man habe sich im „Interesse der Kunden außergerichtlich geeinigt“, teilte die Gasag dazu jetzt auf Anfrage mit. Der Berliner Energieversorger wehrt sich gegen den Vorwurf, 300 000 Gas-Abnehmer über den Tisch gezogen zu haben. Einige Angaben der Verbraucherzentrale seien „nicht richtig“. Welche Aussagen das seien, sagt die Gasag nicht. Über die Details des Vergleichs habe man Stillschweigen vereinbart.

„Wir sind enttäuscht worden“, sagt die Verbraucherzentrale. Das sei natürlich jetzt bitter

In einem Papier mit dem Titel „Lücken im Rechtsschutz“ nennt die deutsche Verbraucherzentrale elf Beispiele, wie Millionen Kunden von Mobilfunk-Konzernen,

Versandhäusern, TV-Sendern, Versicherern und Energieversorgern insgesamt um Milliardenbeträge geprellt worden seien. Weil es in Deutschland nicht möglich sei, gemeinsam auf Rückzahlung oder Schadenersatz zu klagen. Manche Kritik in diesen elf Fällen mag überzogen sein. Der Assekuranz-Konzern Allianz etwa bezeichnet Vorwürfe, er habe bei einem Streit um den Rückkaufwert von Policen mutmaßlich mehreren Millionen Kunden insgesamt mehrere Milliarden Euro vorenthalten, als „abenteuerlich“. 1,6 Millionen Versicherer hätten 140 Millionen Euro erhalten, damit sei alles beglichen gewesen, so die Allianz.

Man muss also nicht gleich jede Anschuldigung von Verbraucherverbänden für bare Münze nehmen. Im Kern trifft die Kritik aber zu. Solange Kunden auf sich alleine gestellt sind, haben sie schlechte Chancen, sich vor Gericht durchzusetzen. Prozesse können lange und teuer sein. Das zeigt auch die Affäre um die manipulierten Abgasmessungen bei elf Millionen Dieselfahrzeugen von Volkswagen. Und das weiß kaum jemand besser als Gerd Billen, Staatssekretär im Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz. Billen war bei Umweltorganisationen und den Grünen aktiv und gehörte jahrelang dem Vorstand der deutschen Verbraucherzentrale an, bevor er in die Regierung wechselte.

Kaum hatte im September 2015 die Abgasaffäre von VW begonnen, da setzte sich Billen öffentlich bereits für bessere Verbraucherrechte ein. Die Regierung wolle zwar keine Sammelklagen wie in den USA, wo Konzerne horrenden Summen zahlen müssen, wenn sie ihre Kunden täuschen. Die Abgasbetrügereien kosten VW in Übersee mehr als 15 Milliarden Dollar. Das ist nicht im Sinne des früheren Verbraucherschützers und heutigen Staatssekretärs Billen. Er kündigte aber vor Jahresfrist an,

man arbeite an einer deutschen Lösung. Verbraucherorganisationen müssten die Möglichkeit haben, Kundenrechte wirksam und „auf Augenhöhe“ vor Gericht durchzusetzen. Nämlich dann, wenn Verbraucher massenhaft unlauteren Geschäftspraktiken oder überhöhten Preisen zum Opfer gefallen seien. Billens Konzept sah eine „Musterfeststellungsklage“ vor. Verbraucherverbände könnten dann Massenfälle mit nur einer Klage vor Gericht bringen. Die betroffenen Kunden könnten sich, um ihre Rechte geltend zu machen, in ein „Klageregister“ eintragen lassen. So ließe sich alles in einem Verfahren vor Gericht klären. Das würde, sagte Billen vor einem Jahr, den Verbrauchern helfen und die Kapazitäten der Justiz schonen.

Es schont nur nicht die von solchen Fällen betroffenen Unternehmen, bei denen es sich in der Regel um einflussreiche Konzerne mit bestem Lobbying handelt. Aus dem gewissermaßen rot-grünen Vorhaben von Billen und seinem Minister Heiko Maas (SPD), den Kunden von VW und anderen Unternehmen zu helfen, ist bis heute nichts geworden. Das erzürnt manche Bundesländer, die bereits im April 2016 das Ministerium von Maas gerügt hatten. Es sei für den einzelnen VW-Kunden nicht zumutbar, seine Ansprüche „gegenüber einem Weltkonzern wie Volkswagen“ im Wege einer „Individualklage“ geltend zu machen. Und es erzürnt Oliver Krischer, Vizechef der Grünen im Bundestag. „Vollmundigen Ankündigungen“ von Maas sei nichts gefolgt. Maas lasse sich zum „Verbraucher-Pappkameraden“ degradieren, sagt Krischer. Die deutsche Verbraucherzentrale erklärt, man habe geglaubt, dass die Musterklage jetzt komme. Man sei aber enttäuscht worden. „Das ist natürlich jetzt für uns bitter.“

► Seite 4

Westdeutsche Zeitung vom 17.10.2016, S. 1

Der deutsche Wald braucht dringend eine Verjüngungskur

Die Bundesbürger gehen gerne in den Wald. Doch extreme Witterung setzt ihm zu, die Bäume sind im Schnitt 77 Jahre alt.

Von Hagen Strauß

Berlin. Der Wald hat seit jeher Dichter und Denker inspiriert. Von Günter Grass stammt der Satz: „Wenn wir den Wald sterben lassen, verlieren Worte ihren Sinn.“ Laut einer Erhebung des bundeseigenen Thünen-Instituts unternimmt im Durchschnitt jeder Bundesbürger 28 Waldspaziergänge im Jahr. Der Forst ist als Erholungsgebiet besonders beliebt. Vor allem jetzt im Herbst, wenn die Blätter fallen.

Mehr als 55 Millionen Bürger gehen laut Umfrage mindestens einmal im Jahr in den Wald. 29 Prozent der Deutschen besuchen ihn sogar mindestens dreimal und 38 Prozent ein- bis zweimal pro Monat. „Die Mehrzahl der Waldbesuche erfolgt in der Nähe des jeweiligen Wohnortes“, hat das Institut festgestellt, das unter anderem Konzepte für eine nachhaltige und wettbe-

werbsfähige Forstwirtschaft erarbeitet. Dem dient auch der erste Deutsche Waldtag, der morgen und Mittwoch in Berlin stattfindet. Dort werden Fachleute und Experten auf Einladung von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) über die Herausforderungen des Klimawandels beraten. Die extremen Witterungen wie Trockenheit, Starkregen und Stürme setzen den Bäumen immer mehr zu. Bei der Konferenz geht es auch darum, wie die Erholungsfunktion des Waldes und die wirtschaftliche Bedeutung gestärkt werden können.

32 Prozent der Flächen in Deutschland sind mit Wald bedeckt Etwa 11,4 Millionen Hektar beträgt die Waldfläche in Deutschland, insgesamt sind 32 Prozent der Flächen mit Hölzern bedeckt, Tendenz laut Landwirtschaftsministerium leicht steigend. Davon sind

rund 57 Prozent Nadel- und 43 Prozent Laubbäume. 48 Prozent der Wälder sind in Privatbesitz. Die ökonomische Bedeutung von Holz ist immens: So arbeiten in der Forstwirtschaft rund 1,1 Millionen Beschäftigte, beim Hausbau, so das Ministerium, setzen immer mehr Menschen auf natürliche Dämmung durch Holz.

Nachhaltigkeit und Holzverwendung „spielen für den Klimaschutz in Deutschland eine wesentliche Rolle“, betonte kürzlich Philipp Freiherr zu Guttenberg, Präsident des Verbandes der Waldeigentümer. Immerhin entlasten die Wälder die Atmosphäre jährlich um 52 Millionen Tonnen CO₂, – mehr als die Metropolen Berlin und Hamburg pro Jahr ausstoßen. „Nur mit einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft meistern wir die großen globalen Herausforderungen wie den Klimawandel, die Ernährungssicherung und eine Versorgung mit nachwachsenden Rohstoffen“, sagt Schmidt.

Doch es ist nicht alles in Ordnung in dem Ökosystem: Knapp ein Viertel der Bäu-

BAUMARTEN

WALDINVENTUR Es gibt nach der letzten Waldinventur aus dem Jahr 2014 etwa 90 Milliarden Bäume in Deutschland. Die häufigsten Baumarten sind die Fichte (26 Prozent Flächenanteil), die Kiefer (23 Prozent) und die Buche (16 Prozent).

me ist laut der letzten Waldinventur älter als 100 Jahre, im Schnitt ist ein Baum 77. Der Wald braucht also eine Verjüngung, um widerstandsfähiger gegen den Klimawandel zu werden. „Dem Wald geht es zweifelsohne besser. Das Waldsterben ist heute kein Thema mehr so wie noch in den achtziger Jahren“, sagt Schmidt. Dafür setzen ihm Schädlingsbefall durch Borkenkäfer und Eichenprozessionsspinner zu. Immer wieder kritisieren Naturschützer den hohen Einsatz von Pestiziden und die mangelnde Naturbelassenheit der Wälder. Auch darüber wird bei der Konferenz geredet werden.

» **Tagesthemen**

Westdeutsche Zeitung vom 17.10.2016, S. 4

Schmidt: „Der Wald ist essentiell für den Klimaschutz“

INTERVIEW Der Bundeslandwirtschaftsminister der CSU setzt sich für eine nachhaltige Forstwirtschaft ein.

Das Interview führte Hagen Strauß

Berlin. Der Zustand des Waldes hat sich nach Ansicht von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) in den letzten Jahren deutlich verbessert. Das Waldsterben wie in den 80er Jahren sei heute kein Thema mehr, so der Minister im Gespräch mit unserer Redaktion. In Berlin findet ab morgen der erste Deutsche Waldtag statt, auf dem Experten über die Zukunft und die Bedeutung der Forstwirtschaft beraten werden.

Herr Minister, in den 1980er Jahren war das Waldsterben in aller Munde. Wie ist der Zustand des Waldes heute?

Schmidt: Dem Wald geht es zweifelsohne besser. Das Waldsterben ist heute kein Thema mehr so wie noch in den achtziger Jahren. Dafür haben auch Maßnahmen wie Katalysatoren in Autos und die Bodenschutzkalkung der Wälder gesorgt. Was uns heute eher beschäftigt, sind die Auswirkungen des Klimawandels. Gleichzeitig ist der Wald

Sein Prinzip heißt „schützen durch nützen“: Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU). Foto: dpa

aber auch ein Klimaschützer, dessen Beitrag zur Minderung der Treibhausgase essentiell ist.

Welchen Einfluss hat denn die Klimaveränderung auf den Wald?

Schmidt: Die Bäume und Pflanzen im Wald leiden unter den Folgen des Klimawandels, wie dem Temperaturanstieg und Extremwetter. Da Wälder lebenswichtig für uns sind, müssen wir sie vor diesen Klimaveränderungen schützen und dabei kommt dem Wald selbst eine Schlüsselrolle zu. Die Agenda 2030 und der Pariser Klimavertrag zeigen: Nur mit einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft meistern wir die großen globalen Herausforderungen wie den Klimawandel, die Ernährungssicherung und

eine Versorgung mit nachwachsenden Rohstoffen. Und der Wald leistet dabei einen essentiellen Beitrag für den Klimaschutz, etwa durch die Speicherung von Kohlenstoffdioxid in Holzprodukten und auch im Boden.

Gibt es keinen sauren Regen mehr?

Schmidt: Den sauren Regen, wie wir ihn in den achtziger Jahren kannten, gibt es so tatsächlich nicht mehr. Hier waren nicht zuletzt die Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft sehr erfolgreich. Insbesondere die Schwefeldioxid-Emissionen sind sehr

stark reduziert worden. Auch die Einträge von Stickstoff wurden gemindert, diese wollen wir aber weiter senken. Wir be-

obachten unseren Wald auf jeden Fall sehr genau, mit intensivem Monitoring über mehrere Jahre hinweg.

Kritiker sagen, Sie beschönigen die Lage. So sollen nur noch rund 20 Prozent der Buchen- und Eichenbestände aufweisen. Auch Straßenverkehr und Landwirtschaft setzen dem Wald zu. Was entgegnen Sie?

Schmidt: Wir beschönigen nichts. Beim Zustand der Baumkronen ist es jedoch schwierig, eine scharfe Grenze zwischen krank und gesund zu ziehen. Auf den ersten Blick kann man das häufig nicht sehen. Bäume mit einer Kronenverlichtung von über 25 Prozent gelten als geschädigt. 50 bis 65 Prozent der von Buchen und Eichen blieben in den vergangenen Jahren unterhalb dieser Schwelle. Die Ergebnisse schwanken aber und die Ursachen sind vielfältig: Ein extrem trockener Sommer kann genauso zu Laubschäden führen wie der Befall durch Insekten. Außerdem werden zum Schutz der biologischen Vielfalt mehr alte Buchen und Eichen stehen gelassen, und darunter

ZUR PERSON

MINISTER Christian Schmidt wurde am 26. August 1957 in Oberzenn geboren. Er trat im Jahr 1976 in die CSU ein. Seit 2011 ist er stellvertretender Parteivorsitzender der Christsozialen. Zum Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft wurde er am 17. Februar 2014 ernannt.

sind absterbende Bäume, die Lebensraum für Insekten und Höhlenbrüter bieten.

Aber ist das nachhaltig?

Schmidt: Mein Prinzip heißt schützen durch nützen. Mein Ziel ist eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, denn wir wollen die vielfältigen Funktionen des Waldes sichern: Der Wald bringt uns wirtschaftliche Erträge und Erholung, dient dem Klimaschutz und beherbergt eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt. Gleichzeitig sichert er Arbeit und Einkommen in den ländlichen Regionen. Nachhaltigkeit ist deshalb immer ökologisch und sozial und ökonomisch zu verstehen. Zu einem gesunden Wald gehört nachhaltige Bewirtschaftung.



Kölner Stadtanzeiger vom 17.10.2016, S. 3

Sehnsucht nach Medaillen

Staatliche Finanzhilfe soll es künftig nur für potenziell erfolgreiche Athleten geben

VON SUSANNE ROHLFING

Köln. Der Staat gibt Geld für den Spitzensport, derzeit etwa 160 Millionen Euro pro Jahr. Dafür will er Erfolge sehen, und zwar bitte in der offiziellen Währung des Sports: Medaillen aus Gold, Silber und Bronze. Doch die Ausbeute deutscher Athleten etwa bei Olympischen Spielen ist nicht mehr, was sie einst war. 42 Mal Edelmetall gab es in diesem Jahr in Rio – 1992 gewannen deutsche Athleten in Barcelona noch 82 Medaillen.

So kann es nicht weitergehen, haben sich vor zwei Jahren das Bundesinnenministerium (BMI) und der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) gesagt und eine Spitzensport-Reform auf den Weg gebracht. Der Entwurf ist inzwischen fertig und sorgt für allerlei Aufruhr in der Szene. Am Dienstag diskutieren in Frankfurt beim DOSB die Sportverbände darüber, am Mittwoch ist das Papier Thema im Sportausschuss des Bundestages. Wir stellen im Folgenden die umstrittensten der geplanten Änderungen vor.

FÖRDERUNG NACH MEDAILLENPOTENZIAL

„Ziel der Neustrukturierung ist es, den Spitzensport zukünftig erfolgreicher zu machen und gezielter Erfolgspotenziale für Podiumsplätze“ zu fördern, so steht es in dem Reformentwurf. Heißt: Gefördert wird nicht, wer bei den letz-

ten Spielen Medaillen gesammelt hat, gefördert werden auch nicht mehr ganze Sportverbände, sondern Geld vom BMI bekommen nur noch jene Athleten mit guten Aussichten auf Edelmetall bei den nächsten Olympischen oder Paralympischen Spielen, Weltmeisterschaften oder World Games. Knallhartes Leistungsprinzip also. Aber bitte ohne Doping. Sauberkeit ist die oberste Prämisse, auch das steht in dem Entwurf. Da hinkt dann der Vergleich mit 1992, als viele der deutschen Athleten noch aus dem DDR-System kamen, das die Sache mit der Sauberkeit bekanntlich nicht so streng sah.

Fördern nach Potenzial, so machen es etwa die Engländer, seit sie sich auf die Spiele 2012 im eigenen Land vorbereitet haben – da gewannen sie 65 Medaillen. In Rio waren es 67. Der Kölner Kanu-Olympiasieger Max Hoff findet die Idee auch gar nicht so schlecht. Im Leistungssport gehe es schließlich um Leistung. Aber er warnt: „Man darf die zweite Garde nicht vergessen, es ist wichtig, dass auch die ihr Training macht.“ Wichtig für den Konkurrenzkampf und damit für die Leistungen der Besten.

Michael Scharf, Leiter des Olympiastützpunktes Rheinland in Köln, ist einer von vielen Kritikern der Medaillenfixierung. Er ist überzeugt, dass Deutschland

wegen seines gut funktionierenden Anti-Doping-Systems international einen Wettbewerbsnachteil hat. „Man würde den einen oder anderen Sportler ins Doping treiben“, sagt er. „Wenn ein guter neunter Platz eines deutschen Gewichthebers nichts mehr Wert ist, ist der Maßstab falsch gewählt.“

Hinzu kommt die Frage: Misst sich die Daseins- (und Förderungs-)berechtigung des Spitzensports allein an Medaillen? Leistungssport sei – auch ohne alle vier Jahre einen Blick auf den Medaillenspiegel zu werfen – ein „wichtiger Pfeiler in einer Leistungsgesellschaft“, sagt Scharf. Nicht zu vergessen die Vorbildfunktion für den Breitensport, der wiederum unabdingbar ist für die Gesundheit der Menschen im Land.

KONZENTRATION DES STÜTZPUNKTSYSTEMS

Straffere Strukturen, professionellere Organisation, bessere Kontrolle durch den DOSB – diese Punkte sollen durch eine Änderung der Stützpunktlandschaft (siehe „NRW-Stützpunkten droht Zusammenlegung“) und eine Neustrukturierung des Kader-Systems erreicht werden. Ein zentralisiertes Training der Besten ist das Ziel. Dass das funktioniert, machen Sportarten wie Kanurennsport oder Turnen vor. „Dieser Weg wird vielen nicht schmecken“, sagt Ka-

nute Hoff, „aber um erfolgreich zu sein, musst du dich in die harten Trainingsgruppen begeben.“

Michael Scharf gibt zu bedenken: „Wer zentralisieren will, muss zunächst etwas entwickeln.“ Und wenn eine Sportart nur noch an einem Ort im gesamten Bundesgebiet in der Spitze gefördert würde, würde sich der Bereich, in dem Talente für diese Sportart generiert werden, stark verkleinern.

Allerdings ist die verstärkte und verbesserte Talentsichtung ebenso ein Aspekt in dem Eckpunktepapier zum Reformentwurf wie die bessere Unterstützung der dualen Karriere von Sportlern und eine Steigerung der Attraktivität des Trainerberufs. Womit wir bei der Frage des Geldes wären.

FINANZIERUNG

„Wir glauben, wir können mit dem vorhandenen Geld mehr erreichen. Indem wir intelligenter als bisher fördern“, sagte Innenminister Thomas de Maizière in der „Welt“. Davon, dass künftig mehr als 160 Millionen Euro pro Jahr für den Spitzensport ausgegeben werden könnten, ist bislang nicht die Rede. Ausgeschlossen hat es der Minister nicht – aber konkrete Zahlen wird es von ihm nicht geben, bevor das Reformkonzept verabschiedet ist. So kann er sich sicher sein, dass es trotz aller anstehenden Debatten seitens des Sports einen ernsthaften Einigungswillen gibt.

Kölner Stadtanzeiger vom 17.10.2016, S. 3

NRW-Stützpunkten droht Zusammenlegung

Michael Scharf, Leiter des OSP Rheinland, sieht die Pläne kritisch
VON SUSANNE ROHLFING

Köln. Aus drei mach eins, so könnte es den Olympiastützpunkten in NRW ergehen. Damit droht auch dem in Köln angesiedelten OSP Rheinland ein Statusverlust. Drei von bundesweit 19 Stützpunkten in NRW, sie würden, sollte der Entwurf der Spitzensportreform verabschiedet werden, wohl ebenso zusammengelegt werden wie die vier in Baden-Württemberg und die zwei in Sachsen (siehe „Die aktuellen Olympiastützpunkte“).

Michael Scharf, der Leiter des OSP Rheinland, lehnt das für NRW ab, er könne darin keinen Vorteil erkennen. „Bringt das dem dann einen Olympiastützpunkt ein Mehr an Kohle und damit die Chance auf eine bessere Betreuungsleistung der Athleten?“, fragt er. Und antwortet selbst: „Nein.“

Die aktuellen Olympiastützpunkte

Der DOSB unterhält aktuell 19 Olympiastützpunkte. Sie sollen eine „qualitativ hochwertige komplexe sportmedizinische, physiotherapeutische, trainings- und bewegungswissenschaftliche, soziale, psychologische und ernährungswissenschaftliche Betreuung“ von Bundeskaderathleten sicherstellen.

Denn die Pläne sähen vor, dass die anderen Stützpunkte als Außenstellen des OSP NRW bestehen bleiben. Wollte man den gesamten Spitzensport-Betrieb Nordrhein-Westfalens an einem Ort, sei es nun Köln, Dortmund oder Essen, konzentrieren, wäre ein hoher Millionenbetrag nötig, um die Sportstätten umzusiedeln.

Die Reiter etwa haben beste Anlagen in Warendorf. Die Kanuten in Essen und Duisburg, die Ruderer in Dortmund, die Rodler und Bob-Fahrer in Winterberg, die Schwimmer in Essen, die Badmintonspieler in Mülheim, die Tischtennispieler in Düsseldorf, die Judo, Boxer, Turner, Radsportler in Köln. Die Fechter in Bonn. Diese gewachsenen Strukturen ließen sich kaum zusammenlegen.

Bleiben die Verwaltungs-Mitarbeiter an den Olympiastützpunkten. Es gebe in Köln eine Dreiviertel-Stelle für eine Sekretariats-

Acht der 16 deutschen Bundesländer verfügen über einen Olympiastützpunkt.

Zwei Stützpunkte sind jeweils zwei Bundesländern (Hamburg/Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz/Saarland) zugeordnet. Bremen hat keinen eigenen Stützpunkt.

Kraft und eine Stelle für einen OSP-Leiter, sagt Scharf. An den Stützpunkten in Dortmund und Essen sei das ähnlich. „Da gibt es kein Einsparungspotenzial, selbst wenn zwei der Stützpunkte zu Außenstellen umgewidmet werden.“ Scharf beruft sich dabei auf eine Analyse der Führungsakademie des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) von 2012.

Betreut werden an den drei NRW-Standorten 1400 Athleten, 600 davon in Köln. In Sachen Ernährungsberatung etwa hat Scharf 10 000 Euro Honorar pro Jahr für zwei Fachleute zur Verfügung. Für die zwei zusätzlichen Kräfte in Essen und Dortmund und die übrigen 800 Athleten gibt es weitere 12 500 Euro. Was würde eine Zentralisierung an einem Stützpunkt bringen? Ein Ernährungsberater für alle bekäme ein Honorar von 22 500 Euro. Dafür müssten die Athleten von ihren unterschiedlichen Trainingsstandorten, die nicht veränderbar sind, alle an ei-

nen Ort zur Ernährungsberatung (oder Laufbahnberatung, oder Physiotherapie, oder, oder, oder) reisen. „Das macht keinen Sinn“, sagt Michel Scharf. Man könne NRW mit seinen 1400 Bundeskaderathleten aus verschiedensten Sportarten eben nicht mit etwa Mecklenburg-Vorpommern mit 150 Bundeskaderathleten aus vornehmlich vier Sportarten (Rudern, Short-Track, Wasserspringen, Segeln) vergleichen.

Der Kölner Kanu-Olympiasieger Max Hoff sagt: „Eine bessere Organisation würde dem einen oder anderen OSP sicher guttun, aber die bestehenden Strukturen können in einem Flächenland wie NRW nicht einfach zusammengelegt werden.“ Der DOSB wollte sich auf Anfrage nicht zu den im Entwurf der Spitzensportreform angedachten Zusammenlegungen von Olympiastützpunkten äußern, da bislang nicht endgültig feststehe, wie die Strukturen künftig aussehen sollen.

Die übrigen neun Olympiastützpunkte verteilen sich auf drei Länder: Baden-Württemberg hat vier (Freiburg/Schwarzwald, Rhein-Neckar in Heidelberg, Stuttgart, Tauberbischofsheim), NRW drei (Rheinland in Köln, Rhein-Ruhr in Essen, Westfalen in Dortmund) und Sachsen zwei (Chemnitz/Dresden, Leipzig). (sro)

Neue Rhein Zeitung vom 17.10.2016, S. 1

Olympia-Stützpunkte: Heftiger Streit in NRW

Werden Köln, Dortmund und Essen zusammengelegt?

An Rhein und Ruhr. Die Olympiastützpunkte in Dortmund und Köln erheben schwere Vorwürfe gegen den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB). Der Verband treibe „rücksichtslos“ seine Pläne voran, die drei Olympiastützpunkte in Dortmund, Köln und Essen künftig unter einer Trägerschaft zusammenzuführen. Die Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen würden gar nicht erst gefragt. „Das ist eine Entwürdigung der Athleten, Trainer und der betroffenen Kommunen“, schimpft der politische Sprecher der Olympiastützpunkte an Rhein und Ruhr, Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau (SPD). Er wirft DOSB-Vorstand Michael Vesper

„schlechten Stil“ vor.

Die geplante organisatorische Zusammenlegung der NRW-Olympiastützpunkte ist Teil einer groß angelegten „Neustrukturierung des Leistungssports und der Spitzensportförderung“ durch den DOSB und das Bundesinnenministerium. Bundesweit soll es künftig nur noch 13 statt 19 Olympiastützpunkte geben. Der Verband erhofft sich davon mehr Medaillen bei internationalen Wettbewerben. Die Dortmunder und Kölner befürchten harte Sparmaßnahmen. Der Sportbund, sagen sie, wolle die Olympiastützpunkte bei einer Tagung Ende Oktober in Frankfurt vor vollendete Tatsachen stellen. NRZ

Westdeutsche Allgemeine Zeitung
vom 17.10.2016, S. 1

Olympiazentren attackieren den Sportbund

Dortmund und Köln
fühlen sich übergangen

Von Matthias Korfmann
und Daniel Kamphaus

Düsseldorf. Die Olympiastützpunkte (OSP) in Dortmund und Köln erheben schwere Vorwürfe gegen den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB). Der Verband treibe „rücksichtslos“ seine Pläne voran, die drei Olympiastützpunkte in Dortmund, Köln und Essen künftig unter einer Trägerschaft zusammenzuführen. Die Verantwortlichen in NRW würden gar nicht erst gefragt. „Das ist eine Entwürdigung der Athleten, Trainer und der betroffenen Kommunen“, schimpft der politische Sprecher der OSP an Rhein und Ruhr, Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau (SPD). Er wirft DOSB-Vorstand Michael Vesper „schlechten Stil“ vor.

Erfolgreiche Stützpunkte

Die geplante organisatorische Zusammenlegung der NRW-Olympiastützpunkte ist Teil einer groß angelegten „Neustrukturierung des Leistungssports und der Spitzensportförderung“ durch den DOSB und das Bundesinnenministerium. Bundesweit soll es künftig nur noch 13 statt 19 Olympiastützpunkte geben. Der Verband erhofft sich davon mehr Medaillen. Die Dortmunder und Kölner befürchten harte Sparmaßnahmen an ihren Standorten. Der Sportbund, sagen sie, wolle die Olympiastützpunkte vor vollendete Tatsachen stellen. „Der DOSB versucht in Hinterzimmer-Gesprächen ein Modell gegen die Interessen von Verbänden, Trainern, Athleten und Kommunen durchzusetzen“, sagte Sierau zur WAZ. Bei den Olympia-

stützpunkten im Rheinland und in Westfalen handele es sich um die erfolgreichsten in Deutschland.

Kommentar Seite 1 / Bericht Politik

Unfairer Stil im Sportbereich

Es mag gute Argumente für eine Spitzensportreform geben. Fabian Hambüchen, der Turner, hat zwar nach Rio gesagt, er hasse die Medaillenzählerei, aber im Grunde geht es genau darum: Gold, Silber und Bronze. Dass man, um dieses Ziel zu erreichen, immer wieder mal die Sportförderung überprüfen und alte Zöpfe abschneiden muss, ist normal.

Die Olympiastützpunkte in Nordrhein-Westfalen können ihre Haltung, man möge nicht an bewährten Strukturen herumexperimentieren, andererseits auch recht gut begründen, denn ihre Athleten erkämpfen besonders viele Medaillen.

Es sind nicht die Argumente, die in diesem Streit irritieren, es ist vielmehr der Umgang der Beteiligten miteinander. Bei politisch wichtigen Projekten heißt es inzwischen, Bürger sollten möglichst mit einbezogen werden. Auf Sportfunktionärs-ebene ist Transparenz aber nach wie vor ein Fremdwort. Wie kann es sein, dass eine Reform der Olympiastützpunkte jahrelang geplant wird, und die Hauptbetroffenen – Sportler, Trainer, Vertreter der Städte – gar keine Ahnung haben, was da verhandelt wird? Die Verhandlungen gehören nicht ins Hinterzimmer.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016, S. 4

Gezerre um Olympiastützpunkte

Ihre Athleten haben 20 von 42 deutschen Medaillen in Rio geholt, dennoch gibt es Kritik an den NRW-Zentren. Gegen eine Fusion wehren sich Dortmund und Köln

Von Matthias Korfmann
und Daniel Kamphaus

Düsseldorf. Die Olympiastützpunkte (OSP) Westfalen, Rhein-Ruhr und Rheinland gehören zu den „Medaillenschmieden“. In Rio holten Athleten, die von den Stützpunkten in Dortmund und in Köln betreut werden, 20 von 42 deutschen Medaillen, darunter siebenmal Gold. Die Bilanz ist spitze, dennoch planen der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und das Bundesinnenministerium dort eine radikale Reform.

Kurios ist, dass die Leiter der Olympia-Stützpunkte Westfalen und Rheinland, Thomas Friedhoff und Michael Scharf, nicht wissen, was genau der Sportbund mit ihren „Förderzentren des Spitzensports“ eigentlich vorhat. Die Dortmunder und Kölner wurden zuletzt nicht einmal eingeladen, als es um die Reformpläne ging. Man hält sie für Querulanten.

Die drei Olympiastützpunkte in NRW sollen in einer Trägerschaft zusammengeführt werden. „Was das bedeutet, wissen wir nicht“, beteuert Thomas Friedhoff. Er befürchtet Entlassungen oder dass Trainingsbereiche gestrichen bzw. verlegt werden.

Geheimes Papier benennt Mängel

Die Olympiastützpunkte erscheinen dem DOSB „nicht optimal“. In

einem Strategiepapier, das dieser Zeitung vorliegt, werden Mängel genannt. Zu viel Selbstständigkeit bedeute zu viel Personal, vermeidbare Überschneidungen bei den Angeboten und ein zu großer Abstimmungsbedarf untereinander. Vor allem reibt sich der Sportbund an der komplizierten Trägerschaft. Der Stützpunkt Westfalen ist ein Betrieb der Stadt Dortmund. Die Kölner werden von mehreren Städten und Sportverbänden getragen. Dieser Flickenteppich mache „eine übergreifende, einheitliche Steuerung nahezu unmöglich“.

Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau (SPD), Sprecher der NRW-Olympiastützpunkte, kritisiert: „Es gibt keine Erklärung, was die neue Struktur bringen soll. Es ist nur schwammig von Synergieeffekten die Rede. Wir haben gute Strukturen und die sollen geschliffen werden. Das ist unfassbar!“

Michael Scharf, Leiter des Olympiastützpunkts Rheinland, ist sicher, dass durch eine Zusammenlegung der Standorte kein Geld gespart werden kann. „Sparen kann man nur, wenn ein Standort komplett eingestampft wird. Das wäre aber nicht im Interesse der Athleten“, sagt er. Scharf verweist auf eine Analyse der Führungs-Akade-

mie des DOSB aus dem Jahr 2012 nach der die Kader-Athleten in NRW optimal betreut werden und es keine Sparpotenziale gibt. Was das Ganze dann soll? „Es ist ein Politikum.“ Sportbund-Vorstand

Michael Vesper plane die Zusammenlegung schon lange. „Da wurde nichts demokratisch besprochen“, kein Athlet oder Stützpunktleiter gefragt.

Scharf hofft auf Hilfe durch NRW-Sportministerin Christina Kampmann (SPD). Sollte sie seine Bedenken teilen, käme es erstmals zur Diskussion in dem nun zweijährigen Prozess. „Wir betreuen in NRW 1400 von 4200 Bundeskaderathleten, wir sind das zentrale Leistungssport-Land. Man kann uns nicht mit anderen Ländern vergleichen“, meint Scharf.

Dietmar Alf, Leiter des Olympiastützpunkts Rhein-Ruhr in Essen, sieht die einheitliche Trägerschaft nicht so negativ: „Ein Haushalt statt drei könnte uns mehr Freiheit bei der sportfachlichen Betreuung geben.“ Skeptisch ist er, ob nicht gar weitere Fusionen drohen. „Da muss man vorsichtig sein.“

Das NRW-Sportministerium sieht noch Probleme bei der Finanzierung der Reform. Darüber hinaus äußert es sich nicht. Auch der DOSB schweigt.

Die NRW-Olympiastützpunkte im Detail

■ Die NRW-Olympiastützpunkte koordinieren die Betreuung von **1400 Kaderathleten** in den olympischen Sportarten – darunter Turn-Olympiasieger **Fabian Ham-büchen** und der **Deutschlandachter**. Die Stützpunkte wurden vor 22 Jahren mit dem Ziel gegründet: **mehr Medaillen**.

■ Zum **Stützpunkt Westfalen** gehören die Standorte Dortmund, Wattenscheid, Warendorf, Win-

terberg mit den Schwerpunkten Rudern, Reiten und Wintersport.

■ Am **Stützpunkt Rhein-Ruhr** mit Essen, Mülheim, Oberhausen, Duisburg, Krefeld, Düsseldorf, Wuppertal und Grefrath sind die Schwerpunkte Leichtathletik, Schwimmen und Hockey.

■ Das Hauptaugenmerk im **Rheinland** liegt bei Basketball, Hockey/Eishockey, Radsport.

**Westdeutsche
Allgemeine
Zeitung vom
17.10.2016, S. 4**

NRW-Städtetag will Geld aus Finanzpakt

Köln. Der NRW-Städtetag hat die Einigung über den künftigen Länderfinanzausgleich begrüßt. Dies schaffe mehr Planungssicherheit für die Haushalte der Länder und Kommunen. Da die Finanzausstattung der Länder verbessert werde, müssten davon auch die Städte profitieren, erklärte Pit Clausen, Vorsitzender des Städtetags. „Wir erwarten vom Land, dass ein Teil der Mittel den NRW-Kommunen zugute kommt“, sagte Clausen (SPD), der auch Oberbürgermeister von Bielefeld ist. Bund und Länder hatten am Freitag den Entwurf des künftigen Länderfinanzausgleichs vorgestellt. *dpa*

Die Welt vom 17.10.2016, S. 5

DORTMUNDS schlimmer Norden

Die Nordstadt gilt unter vielen problematischen Vierteln in Nordrhein-Westfalen als besonders

hartes Pflaster. Die Polizei habe die Kontrolle verloren, heißt es. Zu Recht? Ein Besuch

Wenn der Erste Polizeihauptkommissar Dirk Hamelmann die Nordstadtwache verlässt, muss er nur wenige Minuten gehen, bis er auf der Münsterstraße die ersten Dealer trifft. Junge Schwarz- und Nordafrikaner bieten offen Haschisch und Kokain an.

VON STEFAN LAURIN

Tatenlos sehe die Polizei dem nicht zu, sagt Hamelmann: „Wir haben hier ständig über 80 Beamte im Einsatz, es gibt einen Schwerpunktdienst, der sich um die Probleme in dem Viertel kümmert. Die kontrollieren die Internetcafés und Bars, gehen gegen Drogenhändler vor und achten darauf, dass das Verbot der Straßenprostitution eingehalten wird.“ In den vergangenen drei Jahren seien rund 400.000 Euro Drogengeld bei Dealern beschlagnahmt worden. Unter den vielen harten Stadtteilen Nordrhein-Westfalens gilt dieser als besonders hartes Pflaster.

Kommissar Hamelmann ist hier aufgewachsen. Der 53-Jährige kennt die Dortmunder Nordstadt wie kaum ein anderer. Als stellvertretender Leiter der Nordstadtwache trifft es ihn persönlich, wenn Politiker in diesen Tagen wieder von No-go-Areas in Nordrhein-Westfalen sprechen. Ausgelöst hat die Debatte ausgerechnet ein Zwischenfall in Hamelmanns Revier: Vor wenigen Tagen beobachtete eine Zivilstreife, wie ein junger Mann auf der Mallinckrodtstraße ein Trinkpäckchen nach einem Streifenwagen warf und lauthals schimpfte – als die Polizisten den Mann aufforderten, seine Personalien anzugeben, sahen sie sich

plötzlich umringt von einer feindseligen Menge. Es wurden immer mehr, am Ende waren es um die 100 Leute. Einige bedrängten die Beamten, die schließlich Unterstützung anforderten. Zwar landete der Trinkpäckchenwerfer auf dem Revier, der Vorfall jedoch auch auf der Tagesordnung des Düsseldorfer Landtags. Der Opposition diene er als Beleg dafür, dass es in NRW No-go-Areas gebe, in denen die Polizei nicht mehr Herr der Lage sei. Innenminister Ralf Jäger (SPD) hielt dagegen. Aus seiner Sicht war die Dis-

kussion der Beleg dafür, dass der NRW-Landtag in Teilen eine „No-Brain-Area“ sei – also ein „hirnloser Ort“.

Der Polizist Hamelmann sieht die Lage wie sein oberster Dienstherr. „Wenn unsere Beamten wegen eines geworfenen Trinkpäckchens eingreifen, zeigt das doch, dass wir wirklich jedes Delikt verfolgen, das wir mitbekommen.“ Eine No-go-Area, in die sich weder die Bürger noch die Polizei hineintrauen würden, sei die Nordstadt nicht. Er nennt Zahlen, die das untermauern sollen. Im Vergleich zum Vorjahr sei die Zahl der Straftaten bis August um sechs Prozent zurückgegangen, die Gewaltkriminalität sogar um 19 Prozent. „Wir arbeiten hart daran, die Nordstadt sicherer zu machen, und wir sind auf einem guten Weg.“ Was er nicht bestreitet: Die Dortmunder Nordstadt ist ein besonders hartes Stück Ruhrgebiet. Der Stadtteil gilt seit über 100 Jahren als Krisenzone – und ist zugleich eines der schönsten und aufregendsten Quartiere des Reviers. Hier leben Hipster, Junkies, Dealer, Künstler und Malocherrentner nebeneinander auf engstem Raum – ein bisschen so wie im Hamburger Schanzenviertel oder im Berliner Neukölln.

Die Schattenseiten kann man entlang weniger Straßenzüge abschreiten. An der Mallinckrodtstraße stehen Männer aus Südosteuropa in Trauben vor den schäbigen Cafés und Zockerläden. Der Bürgersteig ist übersät mit Kippen und Sonnenblumenkernen. Hier hat sich vor Jahren ein Arbeiterstrich etabliert, die Männer warten auf Jobs. Wenn sie einen bekommen, schufteten sie für ein paar Euro in der Stunde schwarz auf Baustellen. Gleich nebenan auf dem Nordmarkt, dem Zentrum des Viertels, sitzen die Junkies und Säufer, es stinkt nach Bier im Sommer, oft ist es laut, und ab und zu gibt es Schlägereien.

Nur ein paar Meter weiter, rund um die Schleswiger Straße, warten die letzten Prostituierten, die sich nach dem Verbot des Strichs vor fünf Jahren noch auf die Straße trauen, auf Freier – die meisten sind heroinabhängig. Um die 20 Frauen aus der Szene sind im Gefängnis, weil sie die Strafen nicht zahlen

können, die sie kassieren, wenn die Polizei sie erwischt, denn die Nordstadt ist, wie ganz Dortmund, ein Sperrbezirk.

Auf der Münsterstraße ist es ab Mitternacht gefährlich, hier kann man ohne Grund zusammengeschlagen werden oder fängt sich einen „Elfmeter“ ein: Man sitzt auf einer Bank, schaut auf sein Handy und kriegt einen Fußtritt mit Anlauf ins Gesicht. Kommt man wieder zu sich, ist das Smartphone weg, und die Jacke mit der Brieftasche meist auch. „Im Norden wohnen die Horden“ – mehr als 100 Jahre alt sei dieser Dortmunder Spruch, sagt auch Bastian Pütter. Der Chefredakteur des Obdachlosenmagazins „Bodo“ hat seine Magisterarbeit über die Geschichte der Nordstadt geschrieben: „Als es Mitte des 19.

Jahrhunderts mit der Industrialisierung in Dortmund richtig losging, brauchte man Platz für die vielen Arbeiter, die auf einmal kamen.“ Die Stadt schuf für sie einen neuen Stadtteil, modern, mit Parks, Plätzen und breiten Straßen. Und schuf zugleich eine Möglichkeit für die wohlhabenden Bürger im Süden der Stadt, in die neuen Immobilien zu investieren und so an der Dortmunder Gründerzeit teilzuhaben.

– „Wer neu nach Dortmund kommt, landet in der Nordstadt. Das waren erst die Bauernsöhne aus der Umgebung, die hier Jobs in den Stahlwerken bekamen, dann zogen Polen hier hin, später Türken, Griechen, Spanier und Portugiesen. Vor ein paar Jahren kamen die Bulgaren und Rumänen, und nun sind es vermehrt Menschen aus Nordafrika.“ Doch man dürfe in den Zuwanderern nicht nur ein wachsendes Kriminalitätsproblem sehen, sagt Pütter. Im Gegenteil: Die Türken und Araber seien besonders geschäftstüchtig, sie gründeten kleine Werbeagenturen, Reisebüros und Dönerbuden. So hielten sie die Wirtschaft im Stadtteil am Laufen. Viele Deutsche hingegen hingen in der klassischen Ruhrgebietsmentalität fest und warteten einfach stur darauf, dass einer komme und ihnen eine Arbeit gebe, sagt Pütter. Meldungen über Menschenansammlungen und mangelnden Respekt gegenüber der Polizei habe es schon im

Kaiserreich gegeben. Die Nordstadt sei trotzdem nie eine No-go-Area gewesen: „Nirgendwo in Dortmund sieht man so viele Polizisten und Mitarbeiter des Ordnungsamts wie hier.“

Vielleicht gibt es deshalb auch die andere Nordstadt, ihre helle Seite, die optimistische. Tagsüber ist sie ein Stadtteil für Frauen und Kinder. Die Klettergerüste auf den Spielplätzen sind umlagert, die Mütter sitzen auf den Bänken und schauen zu, wie ihr Nachwuchs im Sandkasten spielt. Die vielen Kinder gehen auf Schulen, die durchaus einen guten Ruf genießen. Das Helmholtz-Gymnasium schneidet im Vergleich mit anderen Schulen in NRW beim Zentralabitur hervorragend ab, die Grundschule in der Kleinen Kielstraße wurde 2006 vom damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler als beste Schule Deutschlands ausgezeichnet.

Die billigen Mieten ziehen Lebenskünstler, Aussteiger und Kreative an. Sie wohnen in liebevoll renovierten Altbauwohnungen. Die Gründerzeithäuser prägen den Charakter des Quartiers, das nur durch eine Bahnlinie von der Dortmunder Innenstadt getrennt ist. Läge die Nordstadt in Frankfurt, München oder Köln, die Mieten wären hier hoch, der Stadtteil würde als Musterbeispiel für Gentrifizierung durchgehen. Aber weil die Mieten immer noch güns-

tig sind, weil eine Altbauwohnung für fünf Euro pro Quadratmeter zu haben ist, sammeln sich hier viele, die eines nicht haben: Geld. Das sind Zuwanderer, Familien mit Kindern, aber eben auch Studenten und Künstler.

Einer von ihnen ist der Schriftsteller und Filmemacher Sascha Bisley („Zurück aus der Hölle. Vom Gewalttäter zum Sozialarbeiter“). Er schwärmt von dem preiswerten Loft, das er in einem Hinterhof bewohnt, und von dem Laden, den er mit einem Freund eröffnen will. Dort wollen sie ihre Filmproduktion unterbringen und Lesungen veranstalten. Die Kulturszene hält ihn hier.

In der Kneipe „Subrosa“ spielen Bands aus der ganzen Welt auf der winzigen Bühne und sorgen dafür, dass die mit Borussia-Dortmund-Devotionalien dekorierten Wände feucht sind vom Schweiß und der Hitze der Nacht. In der Nebenstraße finden im „Rekorder“ Konzerte und Partys statt, und nur ein paar Meter weiter liegt das kleine „Rockaway Beat“. Im „Sissikingkong“, einer Mischung aus Klub, Bar und Restaurant, finden Lesungen, Konzerte und Partys im Keller statt, in einem umgebauten Straßenbahndepot sitzt eines von mehreren Programmkinos im Viertel. Künstler haben in den billigen Nordstadthäusern ihre Ateliers. Das alles hält den Schriftsteller Bisley hier,

nur aber in einigen Entwicklungen sieht er Sprengstoff: „Wenn in Häusereingänge geschissen wird, geht das nicht, und wenn 150 Männer im Pulk auf der Straße zusammenstehen, ist das nicht für jeden angenehm.“ Wenn da nicht etwas passiere, „können Rechtsradikale bei der nächsten Wahl abräumen“.

Was viele Menschen in der Nordstadt stört, ist ein Gefühl der Ungerechtigkeit. Sie sehen, wie die Polizei die Dealer festnimmt – und wie sie dann am nächsten Tag wieder am selben Ort stehen. Es herrscht das Gefühl vor: Gegenüber den Drogenhändlern ist die Polizei ohnmächtig – aber wehe, jemand parkt falsch, dann hagelt es Knöllchen.

Dirk Hamelmann, der Nordstadtpolizist, kennt diese Vorwürfe. „Ich sage den Bürgern, die sich über Kriminalität beschweren, immer: Geben Sie nicht auf, wir tun es auch nicht.“ Die Menschenmenge, die seine Kollegen in Bedrängnis brachte, ist für Hamelmann nur ein weiterer Beweis für den schwindenden Respekt gegenüber der Polizei. „Die Kollegen, die in Fußballstadien oder auf Demonstrationen im Einsatz sind, erleben doch dasselbe: Will die Polizei jemanden kontrollieren, mischen sich immer häufiger dessen Kumpels ein“, sagt der Beamte. „Das ist ein Problem, und das können wir nicht dulden. Aber es ist kein Phänomen der Nordstadt.“

Welt am Sonntag vom 15.10.2016, S. NRW3

Ab in die TONNE

Über Kostenexplosionen bei öffentlichen Bauprojekten empören sich alle. Niemand kann die Verschwendung beenden. Oder will es gar keiner?

S

Schick sehen die Mülltonnen aus. Mit ihrem matten Anthrazit schmücken sie Leverkusens Innenstadt. Gleich 30 Exemplare des noblen Mülltonnenmodells „Toluca“ haben die städtischen Zuständigen gekauft, um die Müllentsorgung zum ästhetischen Erlebnis zu machen. 1258 Euro pro Stück und insgesamt 54.000 Euro schienen den Leverkusenern ein fairer Preis, um die City aufzuhübschen. Zum Vergleich: In den meisten Städten kosten Mülltonnen maximal einige Hundert Euro.

VON TILL-REIMER STOLDT

Wie die Kommunen Steuer- und Gebühreneinnahmen in Millionenhöhe verschwenden, listet alljährlich der Bund der Steuerzahler (BdSt) auf. Vergangene Woche veröffentlichte der Landesverband des BdSt bereits sein 44. Schwarzbuch zum Thema. Aufgezählt wurden darin Beispiele für gewaltige Kostenexplosionen, etwa beim Umbau der Kölner Oper, dessen Kosten von 230 auf 460 Millionen Euro hochschossen; aber auch Fälle kleinformatiger Verschwendung wie die Leverkusener Mülltonnenaffäre. Und wie jedes Jahr, so schwoll die öffentliche Empörung auch vergangene Woche an. Um sich bald drauf wieder anderen Themen zuzuwenden. An den Missständen änderte

das, wie stets, nichts.

Woran liegt das? Wieso bleibt die fast ritualhafte Empörung regelmäßig so folgenlos? Hat das Land keine Handhabe, um die Verschwendung insbesondere bei kommunalen Bauprojekten einzuschränken? Doch, wenn es wollte, könnte das Land sehr wohl etwas unternehmen, meint eine erstaunlich bunte Koalition von den Grünen über Teile der FDP bis zur AfD und vom Steuerzahlerbund über die Antikorruptionsorganisation Transparency International bis zur Initiative Mehr Demokratie, die sich für die Stärkung direkter Demokratie engagiert. Sie alle werben für die Einführung eines Transparenzgesetzes.

Dadurch könnten zentrale Ursachen ausufernder Baukosten beseitigt werden, so meint diese Koalition der Transparenzfreunde. Wobei ihnen vor allem eine Ursache vorschwebt: „Unternehmer und Politik“ besäßen „oft ein vitales Interesse, vor Beginn eines Bauprojekts zu niedrige Kosten zu versprechen“, so formuliert es Eberhard Kanski vom BdSt. Auch der frühere Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) klagte schon, öffentliche Hand und Bauunternehmen würden die Kosten anfangs leichtfertig herunterrechnen. Die Politik brauche den niedrigen Preis, um Zustimmung für das Vorhaben zu gewinnen – und das Unternehmen müsse ein bestechend billiges Angebot vorlegen, um den Auftrag zu erhalten.

Hinzu kommt, dass sogar handfeste Anreize gesetzt werden, um Baukosten in die Höhe zu treiben, wie CDU-Kommunalexperte André Kuper beobachtet.

Damit zielt Kuper auf die sonderbare Regelung, dass mit dem Bau beauftragte Ingenieurbüros ein Honorar beziehen, dessen Höhe mit der Höhe der Baukosten steigt. „Je höher die Kosten, desto höher die Honorare“, fasst Kuper zu-

sammen. Hier profitierten also „alle Beteiligten von steigenden Kosten – mit Ausnahme der öffentlichen Hand“.

Eine grundsätzliche Lösung dieser verfahrenen Situation versprechen sich Steuerzahlerbund, Grüne und Co. von einem Transparenzgesetz. Das würde alle Behörden verpflichten, sämtliche Verträge, Gutachten, Statistiken und sonstigen Dokumente vollständig einsehbar ins Internet zu stellen. Käme es so, könnten Fachleute, Oppositionelle, Journalisten, NGOs und ausgebootete Mitbewerber noch vor Beginn des Baus überprüfen, ob die zugrunde liegende Kostenkalkulation seriös ist oder nicht und ob ernsthafte Kostenvergleiche durchgeführt wurden. Zahlreiche Fälle von Verschwendung ließen sich laut den Transparenzfreunden so verhindern.

Wobei skeptische Fachleute wie Kuper schon vor Jahren einschränkten, ein solches Gesetz könne niemals alle Fälle von Kostenexplosion unterbinden. Schließlich kann der Schaden bei sanierungsbedürftigen Denkmälern oder Brücken zunächst nur von außen geschätzt werden. Das belegte auch die mittlerweile bundesweit prominente Brücke auf der A1 bei Leverkusen, deren Reparaturbedürftigkeit anfangs unterschätzt wurde. In so manchem Fall würden „die zu behebbenden Schäden erst im Verlauf der Baumaßnahme sichtbar“, so Kuper. Und dann seien „Kostensteigerungen unvermeidbar“.

Aber das spricht noch nicht gegen ein Transparenzgesetz, sondern nur gegen überzogene Erwartungen daran. Der Haupteinwand der Lokalpolitiker in den 396 NRW-Kommunen ist denn auch ein anderer. Sie werden vor allem von der Sorge getrieben, dass die Zwangstransparenz den politischen Gestaltungsraum der Kommunen massiv einschränken würde. Deshalb haben die Kommu-

nalverbände auch ihren Einfluss in CDU und SPD geltend gemacht, um das Gesetz zu vereiteln.

Und diese Befürchtung der Kommunen ist nicht unbegründet. So resultieren Kostensteigerungen häufig aus der Eile, mit der Bauprojekte vorangetrieben werden. Sie führt dazu, dass zu Baubeginn noch nicht alle notwendigen Kostenkalkulationen vorliegen. Genau diese Eile ist aber keineswegs immer der Schludrigkeit der Stadtoberen geschuldet, sondern oft Ausdruck einer politischen Entscheidung, so argumentieren die Kommunalverbände. Ob eine Kommune rechtzeitig vor Beginn der Sommersaison ihre Innenstadt aufhübschen möchte, um mehr Touristen anzulocken, oder ob sie schnellstmöglich eine zusätzliche Schule eröffnen will wegen der übergroßen Elternnachfrage, das liegt bislang in ihrem Ermessen.

Damit wäre jedoch Schluss, wenn sie schon vor Baubeginn die Einsprüche von Konkurrenzunternehmen und Interessengruppen gegen womöglich noch nicht ausgereifte Kostenschätzungen

aufarbeiten müsste. Schnelle politische Entscheidungen und die bewusste Inkaufnahme von Restrisiken wären dann nahezu unmöglich, so befürchtet SPD-Kommunalexperte Christian Dahm. Überhaupt würde dadurch der bürokratische Aufwand erhöht und die Dauer vieler Projekte weiter verlängert, warnt der Sozialdemokrat.

Dem widerspricht BdSt-Experte Kanski. Er ist überzeugt, „Sanierungsmaßnahmen und Bauprojekte würden durch ein Transparenzgesetz nur anfangs aufwendiger – bis die öffentliche Hand gelernt hat, die erwartbaren Einsprüche im Vorhinein auszuräumen“. Und dann, so verheißt Kanski, „würden erstens die Bauplanungen realistischer und zweitens nicht mehr die billigsten Anbieter den Auftrag erhalten, sondern die wirtschaftlichsten“, sprich: diejenigen, die alle eventuellen Kostensteigerungen bereits eingeplant haben.

Doch das überzeugt die Kommunalverbände nicht. Aus ihrer Sicht wäre der massive Verlust an politischer Souverä-

nität eine zwingende Folge des Transparenzgesetzes, während die erhofften Einsparungen bislang eben nur eine Hoffnung darstellen. Und deshalb wird es so schnell wohl auch kein Gesetz geben. Schließlich garantiert das Grundgesetz den Kommunen ihre Selbstverwaltung. Gegen ihren Willen wird das Land ihre Freiheit nicht einschränken können, zu diesem Ergebnis kam auch ein Rechtsgutachten für die SPD-Landtagsfraktion. In der SPD gilt deshalb allenfalls noch ein Transparenzgesetz nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz als denkbar. Dort ist es den Kommunen freigestellt, ob sie sich an den Transparenzvorgaben orientieren oder nicht.

Ganz untätig muss das Land angesichts von Geldverschwendung aber nicht bleiben, meint CDU-Mann Kuper. Er regt an, das Interesse der Ingenieurbüros an Kostensteigerungen zu kappen. Dazu müsste man festlegen, dass ihre Honorare nicht mehr bei Anstieg, sondern bei Rückgang der Baukosten steigen. Und diesen Vorschlag findet auch der BdSt „sehr bedenkenswert“.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 15.10.2016 , S. 6

Städte lassen Fördergelder in Milliardenhöhe liegen

Hilfe für arme Kommunen bisher kaum genutzt. Rathäuser waren mit Flüchtlingskrise beschäftigt

Von Stephanie Weltmann

Essen. Fördermittel in Milliardenhöhe hat das Bundesfinanzministerium klammen NRW-Kommunen zugesagt, damit sie marode Schulen oder kaputte Straßen sanieren können. Bisher haben die Städte aber nur einen winzigen Anteil dieser Fördergelder tatsächlich ausgegeben. Der Grund: In der Hochphase der Flüchtlingskrise sind sie schlicht nicht dazu gekommen.

Wegen der oft prekären Finanzlage schieben Kommunen seit Jahren einen gewaltigen Investitionsstau vor sich her. Ihnen fehlt Geld, um öffentliche Gebäude zu sanieren oder Kitas zu modernisieren. 2015 sagte der Bund Hilfe zu: 3,5 Milliarden Euro sollten von 2016 bis 2018 in die armen Städte fließen. Tatsächlich ausgegeben haben diese bisher aber nur 38,8 Millionen Euro – 1,1 Prozent der Gesamtsumme. Das berichtete das Handelsblatt. Laut Innenministerium sind auch in NRW bisher lediglich 35 Maßnahmen für rund

1,5 Millionen Euro abgerechnet worden. Zur Verfügung stehen aber 1,1 Milliarden Euro.

Der Bedarf an diesen Hilfgeldern sei gleichwohl groß, wehrt Helmut Dedy ab, Chef des NRW-Städtetags. Grund für die bisher eher maue Ausbeute ist nach Angaben des kommunalen Spitzenverbandes vielmehr, dass die Städte 2015 mit der Bewältigung der Flüchtlingskrise so sehr in Anspruch genommen wurden, dass

viele andere Aufgaben hintan stehen mussten. „Die Mittel sind so abgerufen worden, wie es möglich war“, sagt Dedy. Verzögerungen habe es nur gegeben, „weil sich die technischen Ämter in den Städten sehr stark um die Unterbringung von Flüchtlingen kümmern mussten“. Um andere Investitionen vorzubereiten, blieben kaum Kapazitäten.

Der Bund hat in Absprache mit den Kommunen und Ländern daher den Förderzeitraum verlängert. Die Städte haben bis einschließlich 2021

Zeit, ihre Mittel abzurufen – und beim NRW-Innenministerium stellt man nicht infrage, dass das auch vollumfänglich geschieht. Immerhin seien bereits 1200 Maßnahmen angemeldet und damit rund 50 Prozent der Fördermittel verplant.

Oberhausens Kämmerer Apostolos Tsalastras macht indes auf ein grundsätzliches Problem bei Förderprogrammen aufmerksam: Auch den städtischen Eigenanteil dürfe die Kommune nur für die eigentliche Investition ausgeben – nicht aber für den zusätzlichen Verwaltungsaufwand, der entsteht. Personal, das die Projekte vorbereitet, lasse sich so also nicht finanzieren. Oberhausen erhält 24,3 Millionen Euro aus dem kommunalen Investitionsfonds, für 2017 sind Projekte in Höhe von acht Millionen Euro angemeldet.

Immerhin: Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) will prüfen, ob der Bund den Städten bei der Planung künftig unter die Arme greifen kann.

Rheinische Post vom 17.10.2016, S. 3

Der schwierige Start von Kölns Stadtchefin Henriette Reker

Vor einem Jahr wurde die damalige OB-Kandidatin bei einem Angriff schwer verletzt. Ihre Geschäfte nahm sie erst im November auf.

VON DETLEV HÜWEL

KÖLN Sie kommt gerade von einer Tagung aus Paris. Dort sind ihr die vielen schwerbewaffneten Sicherheitskräfte auf den Straßen und in öffentlichen Einrichtungen aufgefallen. „Das gibt der Stadt ein martialisches Gepräge“, sagt Henriette Reker. Doch Sicherheit muss sein. Wer wüsste das besser als Kölns Oberbürgermeisterin?

Heute vor genau einem Jahr wurde die damalige Sozialdezernentin und OB-Kandidatin bei einer Wahlkampfveranstaltung von einem ultrarechten Fanatiker mit einem Messer lebensgefährlich am Hals verletzt. Davon, dass sie einen Tag später mit 52,7 Prozent zum neuen Oberhaupt der Domstadt gewählt wurde, hat sie zunächst gar nichts mitbekommen. Erst nachdem sie aus dem künstlichen Koma erwacht

war, erfuhr sie dies von ihrem Mann. Nach ihrer Genesung nahm sie am 21. November die Dienstgeschäfte im Rathaus auf. Erst dieses Datum zählt für die heute 59-Jährige als Beginn ihrer Aufgabe.

Lange Zeit spürte Reker die Folgen des Attentats. Sie litt unter Schluckbeschwerden und Alpträumen. Inzwischen habe sie „keine Bewältigungsprobleme mehr“, sagt sie. Personenschutz nimmt sie nur noch bei großen öffentlichen Veranstaltungen in Anspruch.

Henriette Reker hatte einen schwierigen Start als OB. Ihre Empfehlung kurz nach den Silvester-Übergriffen, Frauen sollten sich „weiter als eine Armlänge“ von Männern entfernt halten, wurde als reichlich naiv gewertet. Ihre anfängliche Bemerkung, es gebe keine Hinweise, dass sich Menschen aus der „Flüchtlingsgruppe“ unter den

Tätern befunden hätten, nagte an ihrer Glaubwürdigkeit. Von dem Ausmaß der Ausschreitungen habe sie erst am 4. Januar erfahren, gab sie später im Untersuchungsausschuss des Landtags zu Protokoll.

Jene Silvesternacht hat dem Ruf der Stadt enorm geschadet. Doch Reker ist zuversichtlich: „Diese Wunde wird spätestens nach dem nächsten Silvester geschlossen sein.“ In Zusammenarbeit mit Polizei und Ordnungsdienst sei inzwischen „eine neue Sicherheitsarchitektur mit deutlich mehr Sicherheit insbesondere für Frauen und Mädchen geschaffen“ worden. In der Stadt werde es „keine rechtsfreien Räume“ mehr geben.

Im Wahlkampf hatte die parteilose Politikerin, die von CDU, Grünen und FDP unterstützt wurde und wird, versprochen, frischen Wind in die Stadtverwaltung zu bringen.

„Ich möchte nicht aufräumen, sondern austräumen“, hatte sie beinahe drohend angekündigt. In den Köpfen der rund 17.000 Mitarbeiter müsse „Barrierefreiheit“ herrschen; nötig seien klare Verantwortlichkeiten und schnellere Entscheidungen, hat sie nach ihrer Wahl betont.

Die Oberbürgermeisterin ist zugleich Chef in dieser Verwaltung. Was hat sie in den zurückliegenden Monaten unternommen? Als Nachfolger für den aus Altersgründen ausscheidenden Stadtdirektor Guido Kahlen (SPD) hat sie den Düsseldorfer Dezernenten Stephan Keller (CDU) gewinnen können. Aus Düsseldorf holte sie auch die neue Verkehrsdezernentin Andrea Blome.

Ungleich schwerer als der Perso-

nalwechsel gestaltet sich offenbar der von Reker angestrebte Mentalitätswandel in der Verwaltung. Über manche Mitarbeiter denke sie: „Die kommen nur, um hier Schmerzensgeld zu bekommen“, hat sie in einem Interview geklagt. In der Verwaltung herrsche keine Kultur des Vertrauens. Sie kenne die Verwaltung seit fünf Jahren – „seitdem kann sie es nicht“. Mit ihrem Verdikt löste Reker erboste Reaktionen aus. Kritiker fragten, ob das der „neue Politikstil“ sei, den sie angekündigt

habe. Doch Reker lässt sich nicht von ihrem Ziel abbringen. Die in früheren Jahren festgefahrenen Verwaltungsstrukturen hätten „Schaden angerichtet, weil sie den Mitarbeitern keinen Freiraum und keine Verantwortung eingeräumt haben. Das wollen wir mit Hilfe eines internen Unternehmensberaters ändern“, bekräftigt Reker. Und sie bleibt dabei: „Wir müssen das Tempo der Verwaltung erhöhen.“

Reker will aber nicht nur Köln, sondern die gesamte Region nach vorne bringen. Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit hatte sie eine „Städtepartnerschaft“ mit Düsseldorf angeregt. Das sei, so Reker, „ein Stück weit ernst gemeint. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen Köln und Düsseldorf beiden Städten nützt. Die Reibereien in der Vergangenheit waren doch lächerlich.“



Henriette Reker (59) FOTO: DEA

Westdeutsche Zeitung vom 17.10.2016, S. 3

Im Schatten der Gewalt: Rekers erstes Jahr

Das Thema Sicherheit hat Henriette Rekers Anfangszeit als Kölner Oberbürgermeisterin dominiert. Darunter leiden andere Bereiche.

Von Yuriko Wahl-Immel

Köln. Henriette Rekers erstes Amtsjahr ist an Dramatik kaum zu überbieten: Als sie Oberbürgermeisterin von Köln wird, als erste Frau und erste parteilose Politikerin, liegt sie im Koma, schwebt in Lebensgefahr. Niedergestreckt von einem rechtsradikalen Attentäter einen Tag vor der Wahl am 18. Oktober 2015. Kaum hatte sie, halbwegs genesen, die Arbeit im Chefsessel von Deutschlands viertgrößter Stadt aufgenommen, sorgten die Übergriffe auf Hunderte Frauen in der Silvesternacht international für Entsetzen. „Schwierig“ ist als Attribut für Rekers erste 365 Tage im Amt wohl untertrieben.

„Das durch die Silvester-Vorfälle drängende Thema Sicherheit musste sofort angepackt werden. Das habe ich getan“, sagt die 59-Jährige. Ergebnis sei eine „neue und viel stärkere Sicherheitsarchitektur“ für die Millionenstadt.

Aber auch andere Baustellen habe sie – wenn auch weniger öffentlich beachtet – in Angriff genommen: „Wir haben die Weichen gestellt für eine solide Haushaltsführung.“ Köln ist milliardenschwer verschuldet. Bei Wohnungsbau und Verkehrsinfrastruktur habe sie Tempo gemacht, betont Reker. Die dringend nötige Reform der Verwaltung komme in Gang.

Reker will Köln in die „Champions League“ der Metropolen führen

Die Politikerin wird von ihrem Umfeld als „Kämpfernatur“ beschrieben – ohne diese Qualitäten ist der Job wohl nicht zu machen. Gewaltige Aufgaben stehen auch in Wirtschafts- und Kulturförderung, bei der Flüchtlingsintegration an. Reker ist gegen Filz und Klüngel angetreten, will Vertrauen in die Politik zurückgewinnen.

Sie wolle Köln zurück in die „Champions League“ der Metropolen führen, hatte Reker kurz nach ihrem Amtsantritt Ende November angekündigt.

Doch die massenhaften Übergriffe auf Frauen im Schatten des Doms fegten zunächst alle Pläne vom Tisch. Und sie überlagern noch immer alles.

Reker führe ihr Amt unter „sehr speziellen Vorzeichen“ und habe ein „merkwürdiges“ erstes Jahr hinter sich, in dem sie schwer zu kämpfen hatte, beschreibt Politikwissenschaftler Norbert Kersting. „Die Messerattacke, der langsame Einstieg und die Silvestervorfälle haben die Sicherheitspolitik zwingend in den Fokus gerückt. Das, worauf sie sich ursprünglich konzentrieren wollte, hat gelitten.“

In wichtigen Feldern wie mehr Bürgerbeteiligung, Umweltschutz, Migration und Integration habe sich Reker noch

nicht profilieren können. „Silvester hat sich stark eingepreßt. Obwohl sie für die damaligen polizeilichen Fehler nichts konnte, muss sie hier als OB noch immer korrigieren.“ Sie brauche „einen langen Atem.“

„Ich wünsche dem Attentäter, dass er zu der Einsicht kommt, dass Hass und Gewalt keine Lösung sind.“

Henriette Reker, Kölner Oberbürgermeisterin, über den Mann, der sie einen Tag vor der Wahl mit einem Messer niederstach

Der Experte für Kommunalpolitik sieht noch viel Arbeit für Reker. „Eine Stadt wie Köln muss sich auch bundesweit viel stärker in Position bringen. Es ist unklar geblieben, wofür die Metropole eigentlich steht“, meint Kersting. Zwar habe Reker gelernt aus ihrem heftig kritisierten Rat an Frauen, im Gedränge „weiter als eine Armlänge“ Abstand zu halten. Sie müsse sich aber grundsätzlich mehr öffentlich präsentieren und auch „telegener“ werden.

„Ich möchte nicht auf das Attentat reduziert werden“, sagt die Rathauschefin. Im Juli wurde ihr Peiniger Frank S. wegen versuchten Mordes zu

14 Jahren Haft verurteilt. An ihn richtete Reker später die versöhnliche Botschaft: „Ich wünsche dem Attentäter, dass er zu der Einsicht kommt, dass Hass und Gewalt keine Lösung sind.“

In der Landespolitik in Düsseldorf hat sich Reker keine neuen Freunde gemacht: Im Untersuchungsausschuss des Landtags zur Silvesternacht warf sie Innenminister Ralf Jäger und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (beide SPD) vor, sich nach den Vorfällen nicht ein einziges Mal bei ihr gemeldet zu haben – anders als Kanzlerin Angela Merkel (CDU).

Reker weiß, dass man in der kommenden Silvesternacht weltweit auf ihre Stadt schauen wird – und verspricht: „Es werden gute Bilder (...) aus Köln um die Welt gehen.“

SILVESTER 2016

SICHERHEIT Köln will mit mehr als 1000 Polizisten neue Übergriffe in der Silvesternacht verhindern, das kündigte Polizeipräsident Jürgen Mathies an. Im vergangenen Jahr seien nur rund 140 Beamte in der „besonderen Einsatzorganisation“ gewesen. Teil des geplanten Pakets ist auch eine Schutzzone um den Kölner Dom, die ein 1,10 Meter hoher Zaun umgeben soll, sowie mehrere Kontrollpunkte und Videoüberwachung.

Aachener Nachrichten vom 17.10.2016, S. 2

Machtkampf der CSU-Alpha-Tiere

Geht es Horst Seehofer nur um die beste Strategie? Oder will er vor allem Markus Söder als allmächtigen Doppel-Nachfolger verhindern? Fakt ist: Er selbst heizt die CSU-Personaldebate immer weiter an.

VON CHRISTOPH TROST

München. Er kann es nicht lassen. „Wir brauchen jetzt keine Personaldiskussion“, mahnte CSU-Chef Horst Seehofer seine Partei erst am vergangenen Montag. Doch nur wenige Tage später ist genau diese Diskussion wieder in vollem Gange – befeuert ausgerechnet von Seehofer selber. In einem Zeitungsinterview deutet der bayerische Ministerpräsident nun öffentlich an, er könnte im kommenden Jahr auf eines seiner Spitzenämter verzichten. Auf welches lässt er offen.

„Ich kann für die CSU nicht ewig den Libero machen“, sagt der 67-Jährige. „Einmal soll ich die absolute Mehrheit in München holen und dann die bayerischen Interessen in Berlin durchsetzen.“ Seehofer argumentiert: „Wenn wir in Zukunft erfolgreich sein wollen, müssen wir uns personell verbreitern.“

Das hatte Seehofer in den vergangenen Wochen in internen Sitzungen wiederholt gesagt: dass der nächste CSU-Chef in Berlin am Kabinettstisch sitzen müsse, um die Durchschlagskraft der CSU zu wahren beziehungsweise zu erhöhen. Nun verweist er auch öffentlich darauf, dass es eine Ämtertrennung in der CSU schon früher gegeben habe. „Damit ist die CSU auch gut gefahren: Alfons Goppel war Ministerpräsident und Franz Josef Strauß als CSU-Chef in Bonn.

Edmund Stoiber war Ministerpräsident und Theo Waigel als CSU-Chef in Bonn.“

Damit widerspricht Seehofer in erster Linie: sich selber. Mindestens bis ins vergangene Jahr hinein hatte er stets erklärt, dass beide Ämter – Ministerpräsident und Parteichef – in eine Hand gehören. So sagte er etwa 2015: „Sie haben in Berlin wenig Bedeutung, wenn Sie nur als Ministerpräsident kommen oder nur als Parteivorsitzender.“ Dahinter steht die CSU-Grundüberzeugung, dass die absolute Mehrheit und die Stärke in Bayern für die CSU das alles Entscheidende sind.

Nun ist Seehofer also umgeschwenkt. Begründung: Die Ämtertrennung sei notwendig, weil sich die politische Situation total verändert habe: „Wir werden mit hoher Wahrscheinlichkeit im nächsten Bundestag sieben Parteien haben. Damit wir da den anderen die Stirn bieten können, brauchen wir den CSU-Chef und weitere starke Kräfte in Berlin.“

Weiß Seehofer, was er will?

Aber ist das wirklich der vorrangige Grund für seine Überlegungen? Oder ist ihm – wie manche in der Partei mutmaßen – vielleicht die Doppelbelastung beider Ämter zu viel? Oder aber – und das ist eine

weit verbreitete Meinung bei den Christsozialen – geht es Seehofer vor allem darum, den bayerischen Finanzminister Markus Söder als wahrscheinlichen Erben beider politischer Spitzenämter zu verhindern?

Tatsächlich sprechen CSU-Vorstandsmitglieder inzwischen von einem „brutalen Machtkampf“ zwischen den beiden CSU-Alpha-

„Damit wir den anderen die Stirn bieten können, brauchen wir den CSU-Chef und weitere starke Kräfte in Berlin.“

HORST SEEHOFER, CSU-VORSITZENDER

tieren. Denn Söder will nicht nach Berlin – und wehrt sich nach Kräften gegen eine mögliche „Abschiebung“. Deshalb wies er Seehofers Vorschlag für eine Ämtertrennung auch öffentlich zurück – woraufhin Seehofer im Parteivorstand klarstellte, dass die „Hauptverantwortung“ für das Abschneiden bei der Bundestagswahl bei ihm als Parteichef liege.

CSU-intern werden nun die verschiedensten Szenarien diskutiert, wie es 2017 und 2018 laufen könnte – wobei viele derzeit über Seehofer sagen: „Wahrscheinlich weiß er selbst noch nicht, was er will.“

Szenario eins: Seehofer will 2017 den Posten als Parteichef abgeben, möglicherweise bei einem vorgezogenen Parteitag, also rechtzeitig vor der Bundestagswahl. Und an wen? Söder? Aber wenn der dabei bleibt, dass er nicht nach Berlin will? Geht dann Bayerns Innenminister Joachim Herrmann nach Berlin – und wird auch Parteichef? Für Söder wäre das ein Problem: Würde Herrmann Parteichef, würde es 2018 für Söder schwieriger, Ministerpräsident zu werden – beide kommen aus Franken. Würde sich Söder deshalb, gegen Seehofers Willen, notfalls auch in einer Kampfabstimmung zur Wahl stellen? Ganz am Ende dieses Szenarios stellt sich im Übrigen die Frage: Könnte es sein, dass Seehofer 2018 dann doch noch einmal als Ministerpräsident antritt?

Szenario zwei: Seehofer bleibt Parteichef und wechselt nach der Bundestagswahl als Minister nach Berlin – und macht Söder vorzeitig zum Ministerpräsidenten. In Söders Lager wird logischerweise diese Variante forciert. Doch Seehofers bisherige Äußerungen lassen dieses Szenario etwas unwahrscheinlicher erscheinen, zumindest derzeit.

Fakt ist: Seehofer hat den Druck auf Söder jetzt nicht mehr nur intern, sondern per Zeitungsinterview auch öffentlich massiv erhöht. Und für sich selbst, da lässt er weiterhin alle Optionen offen.

Seehofers Planspiele

CSU-Chef übt Druck in verschiedene Richtungen aus

► HAGEN STRAUSS (BERLIN)

Horst Seehofer hält sich für einen gewieften Taktiker. Insbesondere, wenn es darum geht, die CSU für die „Nach-Seehofer-Ära“ personell neu aufzustellen. Immer wieder hat der Parteichef potenzielle Nachfolgekandidaten aufgebaut, fallengelassen, gegeneinander angestachelt oder ausgespielt, so dass am Ende nur einer übrig geblieben ist: Der hartnäckige Markus Söder, Finanz- und Heimatminister und längst Gegenspieler Seehofers. Zuallererst richtet sich das, was der bayerische Ministerpräsident jetzt wieder betont hat, gegen ihn - die CSU müsse nach der Bundestagswahl in Berlin mit dem Parteichef und starkem Personal vertreten sein.

Gewieft ist das in Wahrheit nicht, sondern sehr durchschaubar. Die jüngsten Äußerungen des selbst ernannten „Liberos“ – im Fußball ist die Position längst abgeschafft – lassen nicht nur erneut viel Raum für Interpretationen, was seine eigene politische Zukunft angeht. Er erhöht vor allem den Druck auf Söder, der seit Jahren betont, nicht nach Berlin wechseln zu wollen. Es sind die üblichen Seehofer-Spielchen, mit denen er Debatten befeuert und sein Personal in die Bredouille bringt.

Dabei hält sich in Berlin das Gerücht, dass es bereits einen Deal geben könnte. Söder, der im innerparteilichen Kräfterennen deutlich an Stärke gewonnen hat, wird nach der Bundestagswahl Ministerpräsident, Seehofer wechselt in ein mögliches neues Merkel-Kabinett. Er bleibt Parteivorsitzender und diktiert der CDU, was geht und was nicht. Aus einem einfachen Grund: Damit mit Blick auf die bayerische Landtagswahl im Herbst 2018 im Bund nichts schiefgeht. Zumindest nichts, was der AfD in Bayern weiteren Zuspruch bringen könnte. Denn darum geht es - die CSU muss ihr Alleinstellungsmerkmal verteidigen, die einzige Regionalpartei mit bundespolitischem Anspruch zu sein. Dafür braucht sie weiterhin die absolute Mehrheit im Freistaat. Und erstarkt ausgerechnet rechts von ihr eine Partei, ist diese Mehrheit extrem in Gefahr.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.10.2016 , S. 2

Keine falsche Bewegung

Seehofers Spiel mit seinen
möglichen Nachfolgern

Von Albert Schäffer

MÜNCHEN, 16. Oktober. Horst Seehofer ist immer stolz darauf, das politische Spiel nach seinen eigenen Regeln zu betreiben. Für Politiker, die nicht Seehofer sind, gäbe es nur einen richtigen Termin, den eigenen Rückzug anzukündigen – es wäre der Tag des Rückzugs. Doch Seehofer, der in seinem 68. Lebensjahr mehr Seehofer denn je ist, schürt seit geraumer Zeit höchstpersönlich die Spekulationen über seine Zukunft. Es begann mit der Festlegung, nach der Bundestagswahl müsse ein CSU-Vorsitzender ein Berliner Amt haben, um sich in der Hauptstadt Gehör zu verschaffen – und nicht in München als Ministerpräsident gebunden zu sein, gleichsam mit einer provinziellen Fußfessel. Es setzte sich am Wochenende mit der bestechenden Formulierung fort, er könne nicht „ewig“ den Libero für die CSU machen – einmal in München die absolute Mehrheit holen und dann wieder in Berlin bayerische Interessen durchsetzen. Das hält der stärkste Seehofer nicht aus, konnte als Tenor verstanden werden.

Ankündigungen solcher Tragweite macht Seehofer schon längst nicht mehr im „Bayernkurier“, dem Parteimedien, wie es noch der CSU-Ahnherr Franz Josef Strauß pflegte. Für seine goldenen Worte vom Libero, der er nicht mehr sein will oder kann – je nach Lesart –, wählte er „Bild am Sonntag“. Damit war die Intonierung, Seehofer plane den Verzicht auf eines seiner beiden Spitzenämter – den CSU-Vorsitz oder das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten – gesichert. Und es war der maximale Kontrast zur Kanzlerin und CDU-Vorsitzenden Angela Merkel gesetzt, die partout nicht sagen will, wie sie die Vollendung ihrer politischen Biographie plant. Merkel ist auch in dieser Hinsicht die personifizierte Antithese zu Seehofer. Wo sie schweigt, redet er –

das Ergebnis ist allerdings das gleiche.

Denn wie immer, wenn Seehofer einen Ball vorlegt, ist offen, wo er landet; das macht gerade die Klasse eines Liberos aus, zumal wenn er nach seinen eigenen Regeln spielt. Allein das Wörtchen „ewig“ lässt die Beweglichkeit zu, die Seehofer so liebt. Sollte er sich im nächsten Jahr ganz aus der Politik zurückziehen, wird ihm niemand vorwerfen können, das nicht angekündigt zu haben. Wenn er wieder seiner eigentlichen politischen Leidenschaft frönen will, der Bundespolitik, und nach Berlin wechselt, in welche Aufgabe auch immer – er hat es gesagt. Zumal die Lustlosigkeit, mit der er kürzlich in einer Regierungserklärung seine Absichten für die Landespolitik für die verbleibenden zwei Jahre der bayerischen Legislaturperiode vortrug, Bände sprach.

Aber ausgeschlossen ist es auch nicht, dass Seehofer sein politisches Leben doch ruhig ausklingen lassen will, als bayerischer Ministerpräsident, der vor der Landtagswahl 2018 in den Austrag wechselt – rechtzeitig, um einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger die Bürde zu überlassen, die absolute Mehrheit zu behaupten. Niemand wird ihm vorwerfen können, das nicht gesagt zu haben. Alles ist möglich im großen Seehofer-Spiel, das macht gerade seinen Reiz aus, zumindest für Seehofer. Die große Schar seiner potentiellen Nachfolger – Markus Söder, Joachim Herrmann, Ilse Aigner, Manfred Weber und Alexander Dobrindt, um nur einige zu nennen – muss sich weiter gedulden. Nicht sie werden bestimmen, sondern Seehofer wird bestimmen, wo ihr Platz ist. Bis dahin heißt es für sie, keine falsche Bewegung zu machen und immer gute Miene zu Seehofers Spiel zu machen, auch wenn das Söder zunehmend schwerfällt.

Bei Seehofer kommt es immer auf jedes

Wort an: Die CSU sei mit einer Trennung des Parteivorsitzes und des Münchner Regierungsamts „auch gut gefahren“, sagt er und verweist auf die Dioskuren Alfons Goppel und Franz Josef Strauß sowie Edmund Stoiber und Theo Waigel. Auch, aber nicht immer, muss mit Blick auf die jüngere CSU-Geschichte hinzugefügt werden, und genau das hat Seehofer gesagt, wie er immer alles sagt. Und wie er immer alles voraussieht: Mit „hoher Wahrscheinlichkeit“ werde es im nächsten Bundestag sieben Parteien geben, sagt er voraus, ohne Parteinaamen zu nennen; alles andere wäre für einen Libero ein Anfängerfehler. Die Aufzählung überlässt er anderen – als da wären alphabetisch gereiht: AfD, CDU, CSU, FDP, Grüne, Linke, SPD. „Damit wir da den anderen die Stirn bieten können, brauchen wir den CSU-Chef und weitere starke Kräfte in Berlin“, sagt Seehofer, als wäre die CSU-Landesgruppe im Bundestag bislang ein unterbesetzter Außenposten und die CSU-Minister im Kabinett Merkel nur bedingt abwehrbereit.

Die nächsten Wochen dürften vernünftig für Seehofer werden: Wer glaubt, ihn eben noch in München gesehen zu haben, wird ihn im nächsten Augenblick schon in Berlin erleben – und umgekehrt. Und er wird noch viele herrliche Sätze formulieren, wie seine Antwort auf die Frage, ob er die CSU als Spitzenkandidat in die Bundestagswahl führen will: „Es ist schön, wenn die Menschen in Bayern der Meinung sind, dass das am besten der Seehofer machen kann. Das löst aber nicht mein Libero-Thema.“ Söder und andere aufgemerkt: Seehofer spricht nicht von einem Libero-Thema, sondern seinem Libero-Thema. So wie die CSU nicht eine Partei, sondern seine Partei ist – wenn auch nicht auf ewig. Hier könnte es sogar sein, dass der Ewigkeitsbegriff Söders und anderer sich deutlich von Seehofer unterscheidet.

Kölnische Rundschau vom 17.10.2016, S. 2

Showdown der Schwesterparteien

Die Zeit wird knapp für Angela Merkel und Horst Seehofer, um ihren Streit zu begraben

VON CHRISTOPHER ZIEDLER

PADERBORN. Es ist noch längst nicht alles wieder gut zwischen den beiden Schwestern. Das hat sich am Wochenende beim Bundestreffen der Jungen Union gezeigt, als die CSU-Delegation aus Bayern mit verschränkten Armen und ohne Applaus die Parteivorsitzende und den Generalsekretär der CDU begrüßte. Als Angela Merkel und Peter Tauber den Saal in Paderborn betraten, blieben die jungen Christozialen demonstrativ sitzen.

Dabei haben sich die Streitthemen inhaltlich schon weit angenähert. Da war der Auftritt der Kanzlerin nach der verlorenen Berlin-Wahl, als sie einräumte, dass ihr „Wir schaffen das“ vielen zu wenig war und sie sich wünschte, die Uhren zurückdrehen zu können. In ihrer Paderborner Rede ging Merkel wieder auf die bayerischen Befindlichkeiten ein, indem sie eine stärkere Bekämpfung der Fluchtursachen gelobte und mehr Abschiebungen nicht anerkannter Asylbewerber ankündigte: „Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung zur Rückführung derer, die abgelehnt wurden“.

Am Ende von Merkels Rede, in der sie für eine konsequente Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung wie der Wirtschaft in Deutschland warb, applaudierten denn auch einige JU-Delegierte aus dem Freistaat. „Das war eine

starke Rede zu den Zukunftsthemen dieser Republik“, lobte der bayerische Landesvorsitzende Hans Reichhart: „Wir müssen aber noch Vergangenheitsbewältigung betreiben.“

Da war sie wieder, die noch ungelöste Frage einer Obergrenze, die andere Annäherungen überlagert. Sonst läuft es nämlich zurzeit ganz gut zwischen Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer, der erst am Freitag mit der Einigung auf die künftigen Finanzbeziehungen von Bund und Ländern einen ihm wichtigen Punkt abhaken konnte. Das wiederum verleitete Merkel zur Aussage, die Verständigung „freut Bayern besonders“, und beförderte sofort Spekulationen, ob ihre nachgiebige Haltung in der Finanzfrage ebenfalls Teil ihrer Bemühungen war, auf Bayerns Ministerpräsidenten zuzugehen. In puncto Obergrenze aber gibt es bisher „null Annäherung“, wie aus der Münchner Staatskanzlei zu hören ist.

Die Absichtserklärung Merkels, alles dafür zu tun, dass sich eine Lage wie im Herbst 2015 nicht wiederholt, reicht Seehofer aber nicht. Er will darüber hinaus eine gesetzlich fixierte Garantie, dass im Falle einer erneuten Masseneinwanderung automatisch ein Begrenzungsmechanismus greift. „Dieses Kern-

element werde ich nicht aufgeben, nur damit Harmonie herrscht“, sagte er.

Wie eine flexible Auslegung des Begriffs aussehen könnte, zeichnet sich bestenfalls in groben Zügen ab. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer sprach am Wochenende ebenfalls in Paderborn von einem „Einwanderungsbegren-

zungsgesetz“, deutete aber auch Kompromissbereitschaft an: „Wir werden das Konzept der Obergrenze nicht aufgeben – wir werden aber versuchen, einen gemeinsamen Weg mit der CDU zu gehen.“

Am Freitag hat es ein weiteres Vier-Augen-Gespräch von Merkel und Seehofer im Kanzleramt gegeben – in ähnlich konzilientem Ton. Da ist zwar im Umfeld von Seehofer einerseits davon die Rede, dass es in der Sache „nichts Neues“ gegeben habe. Andererseits werden der gute Wille und die jüngsten Einigungen zur Erbschaftssteuer und zu den Bund-Länder-Finzen als „hilfreich“ bezeichnet: „Die Chancen steigen, dass wir uns einigen.“ Einen konkreten Termin für ein Folgetreffen gibt es noch nicht, doch glauben nicht wenige in Berlin und München, dass in der nun beginnenden Woche etwas passieren muss, also der Versuch einer endgültigen Aussprache ansteht. Es soll eine „echte Lösung sein, nicht nur ein Formelkompromiss“.

Die zugehörige Lesart der CSU, die am 4. und 5. November in München zu ihrem Parteitag zusammenkommt, geht so: Weil es ein wenig Zeit brau-

che, um der Basis eine mögliche Versöhnung des Spitzenpersonals kommunikativ zu verkaufen, müsse es in diesen Tagen dazu kommen. Sonst nämlich wäre ein Auftritt der Kanzlerin in München mit entsprechenden Jubelbildern nicht mehr zu machen. Im Umkehrschluss wäre es dann auch schwer hinzubekommen, dass Seehofer Anfang Dezember zum CDU-Parteitag nach Essen kommt, wo Merkels Wiederwahl als Bundesvorsitzende ansteht und ihre erneute Kanzlerkandidatur ausgerufen werden könnte. Ohne sichtbare Rück-

deckung durch die CSU könnte Merkel sich eventuell gegen einen erneuten Griff zur Macht entscheiden. Weil es eben noch keine Einigung gibt, so heißt es aus dem Kanzleramt, lässt Merkel ihre erneute Kandidatur weiter offen.

Wer Merkels Rede verfolgt hat, konnte allerdings kaum Zweifel daran hegen, dass sie eine vierte Amtszeit anstrebt. Als die Kanzlerin sagte, dass sich „in den nächsten fünf Jahren“ entscheide, ob Deutschland im Digitalzeitalter erfolgreich sein könne, klang das eindeutig so, als wolle sie diese Zeit aktiv mitgestalten.

Kölnische Rundschau vom 17.10.2016, S. 2

Gönnen können

KATJA BAUER, Berlin.
zu Dreierkoalitionen

Die Hauptstadt wird demnächst von einer rot-rot-grünen Koalition regiert. Es ist das erste Mal in der Geschichte der Republik, dass ein solches Bündnis unter Führung der SPD zustande kommt. Wenn man auf die Verhandlungspartner schaute, dann stellte sich allerdings kaum ein historisches Gefühl ein. Zu besichtigen waren ein paar Erwachsene mit gemäßigt freundlichen Gesichtern, die wissen, dass sie auf eine pragmatische Weise sorgsam miteinander umgehen müssen, wenn sie regieren wollten.

Pathos? Große Worte? Gebärden der Macht? Nichts davon. Das ist eigentlich ganz angenehm. Im Roten Rathaus – und in der Republik – wird der Abschied von einem Politikstil eingeleitet, der viel zu lange als alternativlos galt: Koch und Kellner können nach Hause gehen. Sie sind entlassen. Das Bild eines großen Maître, der im Zweifel durch die ganze Küche brüllend seine Brigade

dirigiert, passt immer seltener zu der Weise, in der die Wähler die Macht verteilen. Das Berliner Ergebnis zeigt einen generellen Trend: Das politische Feld erweitert sich und es differenziert sich aus.

In den Anfängen der Republik galt eine große Koalition als ordnungspolitisch unerwünschte Ausnahme. Die FDP ermöglichte der jeweiligen Volkspartei, eine sogenannte kleine Koalition zu bilden. Der

Einzug der Grünen und der PDS änderte dies zunächst nicht. Aber seit Gründung der Linkspartei 2005 regiert im Bund die zweite große Koalition. Aus der Ausnahme wurde auch in den Ländern schleichend das nächstbeste Mittel, um die ungeliebte Dreierkonstellation zu vermeiden. Was als Schwäche der Volksparteien beklagt wird, macht es einerseits zwingend, andere Mehrheiten zu bilden. Andererseits birgt dies auch die Chance, einen zeitgemäßen, weniger paternalistischen, kooperativen Politikstil zu etablieren. Das alte strategische Ziel der Volkspartei, den Juniorpartner klein zu regieren, muss passé sein.

Wer zu dritt stabil regieren will, muss alte Rituale der Macht hinter sich lassen und den beiden anderen Partnern ihre Stärken und Alleinstellungsmerkmale gönnen. Politisch ist das eine schwierige Gratwanderung ohne Vorbilder – mit offenem Ausgang. Und es wird sich zeigen, wie der Politikertypus aussehen muss, der solch ein Bündnis erfolgreich moderieren kann. Derzeit dienen die Länder als Labor – es regieren bald fünf Koalitionen mit drei Partnern. Die Farbe der Koalition spielt für die Suche nach dem Umgang keine entscheidende Rolle. In Thüringen, wo man auf zwei Jahre rot-rot-grün blicken kann, hat der Chef der Staatskanzlei, Benjamin Hoff, das Regierungsprinzip auf einen sehr einfachen Nenner gebracht: Gönnen können.

Kölner Stadtanzeiger vom 17.10.2016, S. 4

Rätselraten um Seehofers Zukunft

Noch eine Ehrenrunde in Berlin

VON THOMAS KRÖTER

Was denn die „Seele“ sei – darüber streiten Theologen und Philosophen. Zum Glück gibt es nun eine – eher schlichte – numerische Definition. Auf die Frage, warum er im Streit um eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen nicht auf Angela Merkel zugehe, antwortete Horst Seehofer: „Ich werde die Seele der CSU nicht verkaufen.“ Die Seele der allerchristlichsten bayerischen Staatspartei ist eine Zahl – 200 000. Mehr Menschen soll dieses Land pro Jahr nicht aufnehmen. Die Definition könnte einen auf die Gegenfrage bringen: Hat die CSU denn eine Seele? Keine Bange, sie hat. Demnächst sollen sich an der Spitze sogar zwei schwarze Seelen für sie zerreißen. Eine in München. Eine in Berlin. Er könne für seine Partei „nicht ewig den Libero machen“, lässt der aktuell bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende wissen. Wahrscheinlich will der aus der Not geborene Landespolitiker Seehofer seine Laufbahn mit einer Ehrenrunde in seiner Stammdisziplin krönen – der Bundespolitik. Die Ansage gilt vor allem der Kanzlerin. Selbst wenn sie ihm in der (Flüchtlings-)Sache noch nachgibt, traut er der CDU-Chefin persönlich so wenig über den Weg, dass er sie nur unter strengster persönlicher Aufsicht noch einmal Kanzlerin sein lassen mag.

Neue Rhein Zeitung vom 17.10.2016 , S. 2

Merkels Doppelpass mit dem „Libero“

Von Miguel Sanches
(politik@nrz.de)

Mehr CSU-Politik wagen?

Die Suche nach Sicherheit, so betitelt der Historiker Eckart Conze die Geschichte der Bundesrepublik. Ob Angela Merkel das Buch gelesen hat? Sie will den Deutschen die Sicherheit zurückgeben, die 2015 mit dem Kontrollverlust des Staates auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise verloren ging. Am Samstag sprach sie in Paderborn vor der Jungen Union von einer „nationalen Kraftanstrengung“, um abgelehnte Asylbewerber abzuschieben. Abschiedskultur statt Willkommenskultur. Das sind ganz neue Töne.

Die CSU ist auf dem Ohr hochmusikalisch. Wer den Auftritt der CDU-Kanzlerin vor dem Parteinachwuchs verfolgt hat, könnte auf die Idee kommen, dass sie mehr CSU-Politik wagen will. Die bayrische Schwester ist bizarr, aber innerhalb der Union nicht erfolglos.

Es hat seine eigene Logik, warum Horst Seehofer nun erklärt, ein CSU-Chef müsse nach Berlin. In jedem Fall argumentiert der bayrische Ministerpräsident in eigener Sache. Die Frage ist nur, ob er selbst nach Berlin oder einen der zahlreichen „Kronprinzen“ wegloben will, die ihn beerben möchten.

Über die AfD hat die Kanzlerin in Paderborn zwar nicht gesprochen. Sie hat die Konkurrenz aber im Blick, wenn sie mit einem Profil der Härte liebäugelt: Stärke zeigen, Polizei aufrüsten oder mehr Geld für das Militär. Man

darf bezweifeln, dass AfD-Wähler sich umstimmen lassen. Dafür hat sich die „Merkel-muss-weg“-Stimmung zu sehr verfestigt. Aber vielleicht hält die Kanzlerin weitere davon ab, sich abzuwenden und ihr Heil in einer Partei rechts von der Union zu suchen. Auch so nähert sich Merkel der CSU.

Jetzt muss Seehofer nur seine Anhänger von den Bäumen runterholen. Seit Freitag hat er ein neues Argument: eine Milliarde Euro mehr für Bayern. Der Freistaat hat bei den Verhandlungen über den Finanzausgleich abgesehen. Dass Merkel den Bayern so entgegenkam, ist stilbildend für das Verhältnis der Schwesterparteien. Natürlich war Eigennutz im Spiel, Merkels Eigennutz.

Nimmt man die Kanzlerin beim Wort, steht eine Neuauflage des Lagerwahlkampfes an. Union oder Rot-Rot-Grün? Das klingt nach klarer Kante, nach Feindbildern, Zuspitzung.

Merkel hat immer noch bessere Umfragewerte als ihre Partei. Indes wird die Kanzlerin kaum das Ergebnis von 2013 halten können. Dafür ist zu viel passiert, Vertrauen ging verloren. Jeder islamische Terroranschlag, ob gelungen oder vereitelt, ist eine politische Schrecksekunde. Für den Machterhalt nimmt die Kanzlerin jede Hilfe, die sie kriegen kann, auch vom Libero der CSU, von Seehofer. Da werden zwei Doppelpass spielen, die einfach nicht aufhören können.

Neue Rhein Zeitung vom 17.10.2016, S. 2

Der letzte Libero der CSU

Seehofer hat seinen eigenen Plan: Der Parteichef soll nach Berlin. Mit der Kanzlerin scheint er sich jetzt in vielen Fragen einig zu sein

Von Miguel Sanches

Berlin. Horst Seehofer will nicht so weitermachen. „Ich kann für die CSU nicht ewig den Libero machen“, hat der Parteichef der „Bild am Sonntag“ gesagt. Im modernen Fußball gilt die Position als überholt, in der CSU bald auch. Seehofer meint damit, dass er nicht länger der freie Mann sein und alles machen kann: verteidigen, gestalten, angreifen, Bayern als Ministerpräsident regieren und in Berlin auch noch dazwischengrätschen.

2017 wird er 68 Jahre alt. Dann will er kürzertreten, sich nicht länger überdehnen und eines von zwei Ämtern aufgeben. Seehofer glaubt, dass ein CSU-Chef nach Berlin gehört, im Erfolgsfall an den Kabinetttisch. Mit der Idee geht er seit Langem schwanger. Zuerst hatte er über eine Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl sinniert, auch um im Freistaat nicht Kanzlerin Angela Merkel (CDU) plakatieren zu müssen. Sie ist bei großen Teilen der CSU wegen ihrer Flüchtlingspolitik in Ungnade gefallen.

Die CSU kalkuliert schon die AfD ein

Vor einem Jahr hat Seehofer anders geredet. Da hat er noch dargelegt, warum Parteivorsitz und Amt des bayerischen Regierungschefs in eine Hand gehören. Zum einen ist Bayern die Machtbasis der CSU, München ihr strategisches Zentrum. Wenn sie zum anderen in Berlin regiert, spielt in Koalitionsrunden stets das Abstimmungsverhalten im Bundesrat eine Rolle. Das ist wiederum die Domäne des Ministerpräsidenten. Da kommt man sich schnell in die Quere. In Personalunion fällt vieles leichter.

Aber möglich wäre eine Aufteilung schon. Die CSU hat es in ihrer Geschichte oft bewiesen. Für ein stärkeres Spielbein in Berlin spricht die Annahme, dass im nächsten Bundestag sieben Parteien vertreten sein werden, die bisherigen fünf, dazu wieder die FDP und – vor einem Jahr nicht absehbar – die Alternative für Deutschland (AfD). „Damit wir

da den anderen die Stirn bieten können, brauchen wir den CSU-Chef und weitere starke Kräfte in Berlin.“ Ihm wäre die Rolle auf den Leib zugeschnitten. „Es ist schön, wenn die Menschen in Bayern der Meinung sind, dass das am besten der Seehofer kann“, sagt Seehofer.

Er zögert, würde wohl gern in Bayern bleiben und die Aufgabe in Berlin anderen übertragen. Das Problem ist, dass die wichtigsten CSU-Kräfte in München auf das Amt des Ministerpräsidenten spekulieren, auf Seehofers Nachfolge. Innenminister Joachim Herrmann hat schon bei der letzten Anfrage abgelehnt; hörte auf den Rat seiner Ehefrau. Ihn zieht es nicht nach Berlin. Wirtschaftsministerin Ilse Aigner kam aus Berlin nach München, just um dort einen Neuanfang zu machen. Finanzminister Markus Söder scharrt mit den Hufen, aber um Seehofer in München zu beerben. Söder kann so unterhaltsam sein wie sein Chef. Neulich in Aubing stellte er sich bei einem Bierzeltauftritt so vor: „I bin der Markus, da bin i dahoam, und da bleibe ich auch.“

Die „Reise nach Jerusalem“ – in Wahrheit nach Berlin – geht weiter. Gut möglich, dass Seehofer am Ende übrig bleibt. Er kommt eigentlich aus der Bundespolitik, saß 28 Jahre lang im Bundestag, war zweimal Minister. Es wäre eine Reise zurück zu den Wurzeln.

Mit Merkel hat er sich erst am Freitagnachmittag zu einem Vier-Augen-Gespräch getroffen. Der Verlauf der Unterredung erklärt womöglich Merkels befreienden Auftritt anderntags bei der Jungen Union in Paderborn, wo sie schon über den Wahlkampf 2017 sprach – gegen Rot-Rot-Grün –, die CSU einbezog und Ankündigungen machte, die auf der Linie von Seehofers Partei sind: Verbesserungen für die Rentner, eine Aufstockung des Verteidigungsetats, eine „nationale Kraftanstrengung“ zur Abschie-

bung abgelehnter Asylbewerber.

Schon vorher hatte sie klargemacht, dass das (Flüchtlings-)Jahr 2015 sich nicht wiederholen soll und dass sie sich den Satz „wir schaffen das“ verkneifen wird. Sie hat auch bei der Reform der Erbschaftsteuer und des Länderfinanzausgleichs dafür gesorgt, dass Bayern auf seine Kosten kommt.

Es geht um die „Seele“ der CSU

Es spricht viel dafür, dass die Kanzlerin eine weitere Amtszeit anstrebt, die Union zu einem Wahlprogramm und einem gemeinsamen Kandidaten für das Bundespräsidentenamt finden wird. Seehofer wünscht sich nach eigenen Worten auch, dass die Tradition nicht abreißt und die CDU-Chefin am 4. November als Gast zum CSU-Parteitag in München kommt. Was beide noch trennt, ist die Gretchenfrage der Flüchtlingspolitik: die Obergrenze für Flüchtlinge. Für Seehofer hat die Forderung einen hohen Stellenwert. „Ich werde die Seele der CSU nicht verkaufen.“

CDU BEI 32 PROZENT – AfD BEI 13 PROZENT

■ Die AfD zieht in der Wählergunst bundesweit wieder **an den Grünen vorbei**. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die Partei auf 13 Prozent. Das ist ein Prozentpunkt mehr als in der Vorwoche, wie aus dem Sonntagstrend des Meinungsforschungsinstituts Emnid für die „Bild am Sonntag“ hervorgeht.

■ Die Grünen kämen auf elf Prozent, ein Punkt weniger. In der vergangenen Woche lagen die beiden Parteien noch gleichauf. **Für die Union** würden unverändert 32 Prozent stimmen. Die SPD legt einen Punkt zu und erreicht 24 Prozent. Die FDP bleibt bei sechs Prozent und die Linke büßt einen Zähler auf neun Prozent ein.

Süddeutsche Zeitung vom 17.10.2016, S. 6

Die Kropf-Kontroverse

Auf ihrem Deutschlandkongress diskutieren CDU und CSU recht harmonisch über Europa – mit einer Ausnahme

Frankfurt – Streit in der Union? Zwist zwischen CDU und CSU? Wer an diesem trübten Herbstmorgen den Weg in ein Tagungszentrum an der Frankfurter Messe gefunden hatte, würde das verneinen. Beim vierten der sechs vereinbarten schwarzen Versöhnungstreffen, den Spitzen beider Seiten großsprecherisch als Deutschlandkongresse bezeichneten, ging es die allermeiste Zeit harmonisch zu.

Zu verdanken war das der Themenwahl, dem CSU-Protagonisten und der Tatsache, dass die Veranstaltung an einem Samstag um zehn Uhr stattfand, einer Zeit also, wo die Menschen wenig Zeit und Lust auf Polit-Treffen in kühlen Sälen haben. Das Interesse jedenfalls hielt sich in Grenzen, die hinteren Sitzreihen blieben allesamt leer. Einer aus der Hessen-CDU verwies entschuldigend darauf, dass die ganze Parteijugend in Paderborn sei. Dort sprach die Kanzlerin.

In Frankfurt redeten Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble für die CDU und der Europapolitiker Manfred Weber für die CSU über die EU und die Außenpolitik. Von Hader war kaum etwas zu spüren. Bis auf einen kleinen Moment. Da ging es – wie könnte es anders sein – um die Flüchtlingspolitik.

Schäuble, der eine anstrengende Woche mit USA-Besuch und langwierigen Bundesländer-Finanzverhandlungen hinter sich hatte und nun zu allem Überfluss vor einem nur halbgefüllten Saal reden musste, schlug harsche Töne an. Schleppern müsste das Handwerk gelegt werden, nicht alle Flüchtlinge könnten in Europa aufgenommen werden, die Verteilungsfrage müsse in der EU gelöst werden, sobald der Schutz der Außengrenzen garantiert und das Dublin-Abkommen über Asylverfahren wieder in Gang gekommen sei. Dann der Seitenhieb: „Die Debatte über Obergrenzen wird dann überflüssig sein wie ein Kropf.“ Die Obergrenzenfrage ist nach wie vor ein Streitapfel zwischen den Schwesterparteien, die CSU mit Horst Seehofer an der Spitze beharrt darauf, die CDU ist mehrheitlich dagegen.

Weber, Niederbayer, Fraktionschef der konservativen Volksparteien im Europaparlament und Seehofers Partei-Vize ist ein wohltemperierter Mensch, kein Kra-wall-Bruder. Er ging nur in einem Nebensatz auf Schäubles „Kropf“-Bemerkung ein. Jede Hilfsbereitschaft bei der Aufnahme von Flüchtlingen habe Grenzen, man müsse bei der Verteilung über Kontingen-

te reden. Das war es auch schon; die beiden Unionspolitiker und auch die Leute im Saal wollten diese Kontroverse nicht fortsetzen, die sich mit Seehofer nicht so einfach wird lösen lassen. Er pocht auf einer Obergrenze von 200 000 Zuwanderern pro Jahr. „Ich werde die Seele der CSU nicht verkaufen. Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit sind die wichtigsten Eigenschaften eines Politikers“, sagte der bayerische Ministerpräsident der *Bild am Sonntag*. Und äußerte die Hoffnung auf eine Einigung noch im Oktober.

Derweil mühten sich Schäuble und Weber, die eigenen Leute zu motivieren und von allfälligen Stimmenwanderungen hin zur AfD abzuhalten; ein Unterfangen, das vielleicht dringlicher ist als Obergrenzen-Streit. Von der war in Frankfurt nicht explizit die Rede, wohl aber von den populistischen Parteien in vielen Ländern der EU, die an Europa kein gutes Haar ließen, nationalistische Abschottungspolitik propagierten und damit Frieden und Wohlstand aufs Spiel setzten. „Die Frage ist, ob wir Europa den Populisten überlassen“, sagte Weber. Natürlich nicht, fügte er gleich hinzu. Und hatte auch einen Rat, wie CDU und CSU gemeinsam diesen Kräften trotzen könnten: „Populismus lässt sich nicht mit Populismus bekämpfen.“ Applaus im Saal. Manch einer dürfte dabei nicht nur an die AfD und den französischen Front National gedacht haben. Sondern womöglich auch an CSU-Chef Seehofer.

SUSANNE HÖLL

Merkel: Nationale Kraftanstrengung

Kanzlerin Angela Merkel hat die bisherige Abschiebepolitik kritisiert und eine „nationale Kraftanstrengung“ zur Rückführung von Migranten ohne Bleiberecht gefordert. In Deutschland sei dies in den vergangenen Jahren bei niedrigen Asylbewerberzahlen nicht konsequent umgesetzt worden, sagte die CDU-Vorsitzende am Samstag beim Deutschlandtag der Jungen Union in Paderborn. Angesichts der hohen Zahlen von Flüchtlingen und Migranten müsse sich dies aber ändern.

Wenn sich Bund, Länder und Kommunen nur gegenseitig die Schuld zuschöben, fördere dies nur die Politikverdrossenheit, sagte Merkel. „Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung zur Rückführung derer, die abgelehnt wurden“, forderte Merkel. Dazu gehöre auch die personelle Aufstockung in den Ausländerbehörden der Kommunen. Zugleich müsse die Integration derer vorangetrieben werden, die als schutzbedürftig eingestuft worden seien.

REUTERS

Der Tagesspiegel vom 16.10.2016, S. 7

Sozial demolierte Partei

Die SPD hat sich auf fast allen Politikfeldern von ihrer einstigen Stammwählerschaft entfernt. Ein Weg zurück ist nicht erkennbar – der wäre aber überlebenswichtig für sie. Eine Analyse

VON HARALD BERGSDORF

Mehr als ein Jahr vor der Bundestagswahl sinkt die Zustimmung für die SPD teilweise unter 25 Prozent. Zwar agiert sie derzeit in 13 Landesregierungen. Doch in Berlin verlor sie jüngst rund fünf Prozentpunkte.

Bei den jüngsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg (rund 13 Prozent) und Sachsen-Anhalt (rund elf Prozent) landete sie nur auf dem vierten Platz. In beiden Ländern überholte die AfD die SPD. Gerade die Niederlage in Baden-Württemberg schmerzt die SPD, weil dort ihr bundesweit zweitgrößter Landesverband ist.

Wenn die SPD aber in bevölkerungsreichen Flächenländern kaum 20 Prozent erringt, fällt es ihr umso schwerer, bundesweit erfolgreich zu sein. Dafür reichen Erfolge in Stadtstaaten wie Hamburg und Bremen kaum. Bei der Landtagswahl in NRW im kommenden Mai könnte die SPD weiter zurückfallen. Entsprechend ist die Stimmung in der Partei. Viele Mandatsträger fürchten um ihre politische Zukunft.

Zu den vielen Gründen, warum die SPD schwächelt, gehört die gewachsene Zahl an Mitbewerbern. Inzwischen konkurriert die SPD nicht nur mit CDU, Grünen und Linkspartei, sondern verstärkt auch mit der AfD. Die Rechtspopulisten punkten gerade auch bei Arbeitern.

Eine weitere Ursache, weshalb die SPD zunehmend ihren Status als Volkspartei verliert, ist ihre Distanz zu den Sorgen und Nöten von Normalbürgern. Gerade in den sozialen Souterrains der Gesellschaft findet die SPD immer weniger statt, insbesondere seit Oskar Lafontaines Rückzug. Das wütende Prekariat entfernt sich verstärkt von der SPD, die zunehmend zur Partei des öffentlichen Dienstes und von Akademikern mutiert. Aus Sicht vieler Normalbürger handelt es sich bei SPD-Funktionären um eine neue Art von abgehobener Oberschicht.

Seit der Schröder-Zeit schrumpft in Umfragen zugleich die SPD-Wirtschaftskompetenz, die für eine Volkspartei mitentscheidend für Wahlerfolge

Der Massenzug von Flüchtlingen beunruhigt besonders potenzielle Wähler in unteren sozialen Milieus

ist. Mit Umverteilungsplänen verschreckt die SPD daher gerade auch gut verdienende Facharbeiter, deren Zahl steigt – während die Zahl der klassischen Industriearbeiter sinkt (1950 rund 50 Prozent aller Erwerbstätigen).

Die Probleme der SPD häufen sich – höher als bei anderen Parteien. Seit 1998 hat die SPD auf Bundesebene zehn Millionen Wähler verloren. In den vergangenen 25 Jahren hat sie ebenfalls fast 50 Prozent ihrer Mitglieder eingebüßt. Zugleich

sinkt ihre Präsenz und Aktivität im „vorpolitischen Raum“, zum Beispiel in freiwilligen Feuerwehren und Sportvereinen. Inzwischen sucht sie Landratskandidaten per Zeitungsannonce. In manchen Bundesländern ist sie kaum noch vertreten, etwa in Teilen Bayerns, Baden-Württembergs, Sachsens oder auch Thüringens, wo sie mittlerweile als Juniorpartner der Linkspartei fungiert.

Mehr als andere Parteien leidet sie unter schrumpfenden Milieus, die auch in schwierigen Zeiten Loyalität sichern. Viele SPD-Anhänger können kaum noch erkennen und erklären, wofür ihre Partei genau steht. Eine Partei ohne Seismograf und Kompass in bewegten Zeiten?

Oft bekämpfen die SPD-Flügel eher einander statt sich programmatisch konstruktiv zu ergänzen, wie es sich für eine Volkspartei gehört. In der Partei dominiert oft eher Gesinnungs- als Verantwortungsethik. Maßgebliche Teile der SPD beweisen häufig mehr Sinn für das Wünsch- als das Machbare. Von politischer Deutungshoheit und Meinungsführung hat sie sich weitgehend verabschiedet. Es gelingt ihr kaum, in zentralen Fragen die Debatte zu prägen. Das gilt besonders für das Thema Asyl.

Der Massenzug der vergangenen Monate beunruhigt insbesondere das SPD-Wählerpotenzial. Stärker als andere Teile der Gesellschaft konkurriert es mit Migranten etwa um Wohnraum und Arbeitsplätze. Sorgen und Ängste wegen des Massenzuzugs grassieren zum Beispiel bei Verkäuferinnen, Paketzustellern, Reinigungskräften, Busfahrern und Hilfsarbeitern. Vor allem auch kleine Leute und integrierte Migranten fordern, den Massenzug deutlich zu begrenzen und Probleme nicht zu ignorieren oder schönzureden, etwa den hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen und Intensivtätern unter schlecht integrierten Migranten, sondern die Probleme (differenziert) anzupacken.

Bereits heute sind Integrationsprobleme gerade auch in (langjährig) SPD-regierten Ländern oft besonders ausgeprägt, etwa Bildungsdefizite, Arbeitslosigkeit und Kriminalität von Migranten. Vor allem auch Kommunalpolitiker plädieren daher dafür, einerseits Sogfaktoren und Anreize zu mindern und Deutschland als Zielland für Asylbewerber unattraktiver zu machen. Andererseits gelte es, rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber leichter abzuschieben – und das Asylrecht für wirklich Verfolgte zu sichern, die Unterstützung brauchen. Doch immer noch ist die Zahl der Abschiebungen in vielen SPD-regierten Ländern besonders gering.

Mehr denn je scheint die SPD heute tief gespalten zwischen „Multi-Kulti-Anhängern“ und eigenen Traditionswählern, die auch für Parolen der AfD empfänglich scheinen. Insgesamt meint in Umfragen nur eine kleine Minderheit, die SPD ver-

füge über ein Konzept, um den „Massenzug“ zu bewältigen.

Ebenfalls vernachlässigt die SPD seit Jahren den Kampf gegen Einbrüche, Diebstahl, Raub und rohe Gewalt. Hohe Kriminalität ist vielerorts nicht nur ein subjektives, sondern auch ein objektives Problem. Deshalb ist es bedeutsam, Bürger wirksam vor Verbrechen zu schützen. Das gehört zu den Hauptaufgaben einer Demokratie, gerade in einer zunehmend heterogenen Gesellschaft. Hier gilt es, haushaltspolitische Prioritäten zu setzen. Denn vor allem im schwachen Staat erklingen Rufe nach einem „starken Mann“. Gerade Schwa-

Viele denken, es handelt sich bei SPD-Funktionären um eine neue Art von abgehobener Oberschicht

che – Kinder, Frauen und Ältere – leiden, wenn der Staat im Kampf gegen Kriminelle Schwäche zeigt.

Kleine Leute sind besonders betroffen. Denn während der Klinikchef abends nach dem Kinobesuch mit dem Taxi, seinem Auto oder seinem Fahrer nach Hause fährt, muss die normale Krankenschwester nach der Spätschicht den öffentlichen Nahverkehr nutzen oder zu Fuß beziehungsweise mit dem Fahrrad „Angsträume“ überwinden. Gegen das Recht des Stärkeren gilt es deshalb, die Stärke des Rechts durchzusetzen. Doch verzeichnen (langjährig) SPD-regierte Länder in der Polizeilichen Kriminalstatistik höhere Fallzahlen und niedrigere Aufklärungsquoten. Seit längerer Zeit hält auch die Wählermehrheit die SPD in Fragen der öffentlichen Sicherheit für wenig kompetent.

Im Kontrast zur Rhetorik vieler SPD-Funktionäre fürchtet sich die Mehrheit mehr vor (privaten) Verbrechen als vor einem „Überwachungsstaat“. Kampf gegen Kriminalität ist insgesamt kein Randthema, sondern ein Zentralthema der politischen Mitte, gerade in Zeiten wie diesen. Umso wichtiger ist es, Parallel- oder gar Gegengesellschaften zu verhindern.

Unsozial wirkt auch die Schuldenpolitik vieler (langjährig) SPD-regierter Länder. Denn von hohen Schulden profitieren vor allem Banken und Reiche, bei denen sich der Staat Geld leiht. Je höher die Schulden, desto weniger Geld bleibt, um Bedürftige zu unterstützen und in Bildung zu investieren. Dennoch überweist zum Beispiel NRW pro Jahr – trotz aktueller Niedrigzinsen – mehrere Milliarden Euro für den Schuldendienst an Banken. Wie viele Laptops für bedürftige Schüler und Stipendien für begabte Arbeiterkinder ließen sich damit finanzieren? Seit geraumer Zeit verzeichnen SPD-regierte Länder eine besonders hohe Pro-Kopf-Verschuldung und verschlechtern damit das Investitions- und Beschäftigungsklima zulasten gerade kleiner Leute.

Von der Rente mit 63 profitieren hingegen weit überwiegend Männer mit langen Beitragszeiten. Kleinrenten hingegen nun pauschal aufzustoßen („Lebensleistungsrente“), hieße letztlich, auch solche Rentner besserzustellen, die durch ihren Partner bereits gut abgesichert sind oder über sonstige Einkommen verfügen, etwa aus Vermietung. Das wäre gerade auch deshalb fatal, weil langfristig

durchaus mehr Altersarmut droht. Grundsätzlich scheint es daher sozialer, nur denen zu helfen, die Hilfe wirklich brauchen.

Von Realitätsferne zeugt schließlich die desolate Bildungspolitik von langjährig SPD-regierten Ländern („Pisa“), obwohl gerade Bildung sozialen Aufstieg fördert. Insgesamt erklärt in Umfragen nur eine kleine Minderheit, die SPD verfüge über überzeugende Konzepte, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Für einen Wahlerfolg auf Bundesebene mangelt es der SPD derzeit auch an kampagnenfähigem Personal. Nicht in Sicht scheint derzeit ein Voll-

Die Öffnung für Rot-Rot-Grün im Bund ähnelt strategisch einem Sprung ins Dunkle

blutpolitiker und Wahlkämpfer vom Format eines Gerhard Schröder, der sich einst kongenial mit Oskar Lafontaine ergänzte – bis 1999. Frank-Walter Steinmeier erringt in Umfragen zwar immer wieder gute Werte. Doch so wie Peer Steinbrück hat er als Spitzenkandidat noch nie eine Wahl gewonnen. Ein neuer Anlauf Steinmeiers als Kanzlerkandidat scheint daher nahezu ausgeschlossen, solange die SPD-Chancen auf einen Wahlsieg 2017 als gering gelten.

Andrea Nahles wiederum scheint momentan noch zu jung, um zu kandidieren. Selbst aus Sicht vieler SPD-Genossen mangelt es ihr massiv an Kanzlerfähigkeit. Das muss aber nicht so bleiben. Derzeit sammelt sie Regierungserfahrung und führt das Ressort mit dem eindeutig höchsten Etat. Seit 2013 bemüht sie sich, durch Sacharbeit und kommunikative Disziplin, ihr Image zu verbessern. Bislang beweist sie als Ministerin immer wieder ihre besondere Durchsetzungsfähigkeit. Innerparteilich ist sie seit Juso-Zeiten ohnehin besser vernetzt als jedes andere SPD-Mitglied. Ein Scheitern der SPD-Kanzler-Ambitionen 2017 würde der flexiblen Nahles daher eher nutzen als schaden. Dasselbe gilt für Olaf Scholz.

Letztlich wird Sigmar Gabriel 2017 wohl antreten (müssen), obwohl seine Zustimmungswerte teilweise noch geringer ausfallen als die seiner Partei. Kandidieren wird er vor allem, um SPD-Chef zu bleiben. Um die SPD-Wahlchancen zu verbessern, arbeitet er unter anderem daran, die Wirtschaftskompetenz seiner Partei zu stärken. So kämpfte er etwa für das Freihandelsabkommen mit den USA, ebenfalls gegen heftige Widerstände in der SPD, denen er sich nun offenbar beugt. Nicht nur in dieser Frage führt eher die SPD Gabriel statt umgekehrt, obwohl politische Führung zum Anforderungsprofil eines Parteichefs gehört. Um Parteichef zu bleiben, wird er das SPD-Wahlergebnis von 2013 deutlich steigern müssen. Bislang hat auch Gabriel als Spitzenkandidat noch nie eine Wahl gewonnen. Durch seinen Rückschlag bei der jüngsten Wiederwahl zum Parteivorsitzenden mit nur 75 Prozent (ohne Gegenkandidaten) geht er zusätzlich geschwächt ins Rennen.

Weiter gelten die Grünen als bevorzugter Koalitionspartner der SPD, die mit der Ökopartei sowohl kooperiert als auch konkurriert. Weil es für Rot-Grün im Bund keine Mehrheiten gibt und weil die SPD ihrem Wählerpotenzial – anders als 2013 – auch eine realistische Koalitionsperspektive an-

bieten muss, hat sie sich bereits Ende 2013 per Parteibeschluss für die rot-rot-grüne Option geöffnet. Sie will vermeiden, wieder nur einen Vize-Kanzlerkandidaten aufstellen zu können. Ohne die Linke (oder die FDP) wird die SPD, wie es heute aussieht, keinen Kanzler stellen können.

Mit ihrer rot-rot-grünen Option verschreckt die SPD freilich viele ihrer „Mitte-Wähler“. Die Öffnung für Rot-Rot-Grün ähnelt daher strategisch einem Sprung ins Dunkle. Den wagt die SPD auch deshalb, weil sie fürchtet, Schwarz-Grün könnte

zum Modell auch für den Bund mutieren. Die Grünen wiederum wollen vermeiden, auf Bundesebene zur Nichtregierungs-Organisation zu mutieren, wenn die SPD wieder abschiemieren sollte.

Sollte es CDU und der Ökopartei tatsächlich gelingen, auch auf Bundesebene eine schwarz-grüne Koalition zu bilden und darin wirtschaftliche, soziale und ökologische Sensibilität zu verbinden, könnten sie die SPD damit strategisch an die Wand und längerfristig in die Opposition drücken. Das ist der Albtraum der SPD.

Der Autor ist Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Extremismusforschung. Er veröffentlichte mehrere Bücher zum Links- und Rechtspopulismus.

Der Spiegel vom 15.10.2016 , S. 24

Rot-Rot-Grün rückt näher

Knapp hundert Abgeordnete und Funktionäre der drei Parteien treffen sich zu Gesprächen.

Eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit auf Bundesebene wird konkreter. Am kommenden Dienstag wollen SPD-Generalsekretärin Katarina Barley, Linken-Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn und Ex-Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin an einem Treffen von knapp hundert Landes- und Bundestagsabgeordneten sowie Funktionären von SPD, Grünen und Linkspartei in Berlin teilnehmen. Aus allen 16 Bundesländern hätten sich Bundestagsabgeordnete angemeldet, heißt es bei den Veranstaltern. Organisiert wird die Gesprächsrunde von mehreren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden

aus den drei Parteien. Vier Stunden lang wollen sich die Teilnehmer austauschen, die Eröffnungsrede soll der emeritierte Göttinger Soziologieprofessor Oskar Negt halten. Noch in diesem Jahr soll ein weiteres Treffen stattfinden. Angespornt fühlen sich insbesondere die SPD-Teilnehmer, nachdem ihr Fraktionschef Thomas Oppermann vor wenigen Tagen im SPIEGEL mehr Engagement für ein solches rot-rot-grünes Bündnis gefordert hatte. Bei der Linken heißt es, das Treffen werde von den Fraktionschefs Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht unterstützt. kn, wow, akm

Rheinische Post vom 17.10.2016 , S. 4

Peinliche Panne beim Wahlprogramm der Grünen

Ein Passus fordert Straffreiheit für Sitzblockaden und bei Verstößen gegen das Vermummungsverbot. Er muss gestrichen werden.

VON THOMAS REISENER

DÜSSELDORF Der offizielle Vorschlag des grünen Landesvorstandes für das neue Wahlprogramm hat keine Woche gehalten. Einen Passus, in dem Straffreiheit für Verstöße gegen das Vermummungsverbot und die Teilnahme an Sitzblockaden gefordert wird, will der Landesvorstand nun schon wieder streichen: „Das ist ärgerlich, wird aber auf dem Parteitag im Dezember, der das Wahlprogramm endgültig beschließt, korrigiert. Der Landesvorstand hat dazu bereits einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht“, sagte NRW-Grünen-Chef Sven Lehmann.

Auf Seite 149 sieht der vom Landesvorstand verabschiedete Programmwurf vor, dass die strafbaren Verstöße gegen das Vermummungsverbot und die Teilnahme an verbotenen Sitzblockaden künftig nur noch Ordnungswidrigkeiten

sind: „Sitzblockaden und Verstöße gegen das Vermummungsverbot stellen beispielsweise einen Großteil der im Zusammenhang mit Demonstrationen festgestellten Straftaten dar. Nach dem Vorbild anderer Versammlungsgesetze kann hier die Justiz dadurch entlastet werden, dass Verstöße gegen das Vermummungsverbot und die Teilnahme an Sitzblockaden künftig als Ordnungswidrigkeit gewertet werden“, heißt es in dem Entwurf.

Das Vermummungsverbot untersagt Demonstranten, ihr Gesicht zu verdecken und sich ihrer Identifizierbarkeit zu entziehen. Verstöße können mit Gefängnis bestraft werden. Es gilt als Schutz vor gewaltbereiten Demonstranten. Sitzblockade-Demonstranten versuchen zum Beispiel, Atomtransporte zu verhindern oder andere an der Ausübung von deren Demonstrationsrecht zu hindern. Sie können strafrechtlich als Nötigung geahndet werden.

In beiden Fällen hätten die Grünen mit massivem Widerstand zu rechnen. Nicht zuletzt aus den Reihen der Polizei: Sitzblockade-Demonstranten binden massiv Personal, vermummte Krawallmacher sind sogar eine ernsthafte Gefahr für die Polizei: Immer wieder werden Beamte bei Demonstrationen verletzt, weil sie von vermummten Demonstranten mit Steinen oder gar Molotow-Cocktails beworfen werden. Außerdem ist juristisch

umstritten, ob die Forderungen nicht sogar gegen die Verfassung verstoßen. Insider berichten, die Grüne Jugend habe die Forderungen im Programmwurf platziert. Dort sei er vom Landesvorstand schlicht nicht bemerkt worden. Erst nach der offiziellen Vorstellung des Entwurfs am vergangenen Dienstag habe man die Passage bemerkt und sofort als unhaltbar eingestuft. Entsprechende Änderungen seien nun mit der Grünen Jugend abgestimmt.